

Wildcat-Zirkular

Nr. 28/29 Oktober 1996

8 Mark

Krise



Geld

Arbeiterklasse

Inhalt:

Editorial	1
»Jobs weg? Geld her!« Zum Kampf bei Fisher-Gulde in Ludwigshafen	9
John Holloway: »Der Abgrund tut sich auf: Aufstieg und Niedergang des Keynesianismus«	21
Werner Bonefeld: »Monetarismus und Krise«	49
John Holloway: »Globales Kapital und Nationalstaat«	84
Toni Negri: »Marx jenseits von Marx«, Kapitel 2: Geld und Wert	108
Futur antérieur: Zusammenfassung des Schwerpunkts über Arbeit – Negri: »Arbeitswert – Krise und Rekonstruktionsprobleme in der Postmoderne« .	129
Ferruccio Gambino: »Kritik am Begriff des Fordismus, wie ihn die Regulationsschule benutzt«	139

Kontakte:

- Ost:** Sisina, Postfach 360 527, 10975 Berlin, Tel.: 030/612 1848 (jaa@wildber.aball.de).
- West:** Sisina, Postfach 301 206, 50782 Köln (wildcat@link-lev.dinoco.de).
Wildcat, c/o Druckluft, Am Föderturm 27, 46049 Essen,
(wildwest@wirepool.free.de).
- Süd:** Wildcat, VK Linkes Ufer 20-24, 68159 Mannheim
Tel: 0621/657746 Fax: 0621/657747 (suba@wildcat.pfalz.de).
- Nord:** Wildcat, Postfach 306 325, 20354 Hamburg.

Abos:

Wer an der Diskussion teilnehmen will, soll das Zirkular abonnieren. Einzelexemplar 5 DM, 6 Ausgaben 30 DM. Schriftliche Bestellungen an Sisina, Berlin (s.o.) und Überweisung an Sisina GbR, Kto.-Nr. 315 02-109, Postbank Berlin, BLZ 100 100 00.

V.i.S.d.P.: P.Müller

– Editorial –

Die vorliegende Doppelnummer des Wildcat-Zirkulars ist eine umfangreiche Sammlung von theoretischen Texten. Da dies ohnehin die »letzte« Nummer ist, bevor Anfang Oktober über das weitere Erscheinen des Zirkulars neu entschieden werden muß, haben wir diese Ausgabe dazu benutzt, Material für unsere weitere Diskussion in handlicher Form herauszugeben. Wir hoffen aber, daß es auch bei den übrigen Zirkular-LeserInnen auf brennendes Interesse stoßen wird.

Im Sommer haben sich knapp zwanzig Leute aus dem Wildcat-Zusammenhang eine Woche lang in angenehmer Umgebung zu einem Workshop getroffen, um in Ruhe und grundsätzlicher über unsere politischen Auffassungen zu diskutieren. Da es schon seit einigen Jahren innerhalb von Wildcat solche Treffen nicht mehr gegeben hat und wir heute vor sehr grundlegenden Fragen stehen, konnte es zunächst nur darum gehen, anhand von Texten – u.a. aus dem Zirkular – die gemeinsamen Fragestellungen zu präzisieren und uns mit theoretischen Ansätzen bekannt zu machen. Im Februar hatten wir im Zirkular Nr. 24 darauf hingewiesen, daß allein über das Zirkular keine politische Diskussion in Gang gebracht werden konnte. Und dies, obwohl unter uns immer größere Unklarheit über gemeinsame Positionen und ein gemeinsames Begreifen der aktuellen Umbruchsituation besteht. Damit war und ist es schwierig geworden, zu einer kollektiven Praxis zu kommen, politische Vorschläge zu machen und eine revolutionäre Organisation voranzutreiben. Vorgaben wie die der »neuen Proletarität« blieben undiskutiert, theoretische Ansätze aus dem Ausland wurden zwar im Zirkular wiedergegeben, aber unter uns kaum diskutiert. Das Treffen im Sommer hat gezeigt, daß ein großes Diskussions- und Klärungsbedürfnis besteht. Wir wollen daher in Zukunft öfter den Raum dafür schaffen. Für November wurde ein Treffen vereinbart, auf dem es schwerpunktmäßig um »Geld und Krise« gehen soll.

Damit sind wir bei den vorliegenden Texten. Diese Zusammenstellung entstand nach und nach aus der Fortführung und Vorbereitung der weiteren Diskussion. Außer der Broschüre aus Ludwigshafen ***Jobs weg? Geld her!*** zum Kampf bei Fisher-Gulde, die das »Geld« ganz praktisch in den Mittelpunkt rückt, stammen alle Texte von »Fremdautoren«. Sie wurden von uns aus dem Englischen, Italienischen oder Französischen übersetzt. Das liegt nicht zuletzt daran, daß die weltweite revolutionäre Debatte im Moment um Deutschland einen großen Bogen macht. *»Kapitalisten denken und handeln global. Die ArbeiterInnen noch nicht«,*

schreiben die GenossInnen aus Ludwigshafen. Wir könnten ergänzen, die revolutionäre Debatte in Deutschland ist ebenfalls sehr borniert, auch wenn in jedem zweiten Satz das Wort »Globalisierung« vorkommt.

Diese Borniertheit scheint damit zusammenzuhängen, *wie* über Globalisierung diskutiert wird. Sie wird ausschließlich als Globalisierung des Kapitals und als Angriff betrachtet, demgegenüber sich auch die Linke reflexartig in die gemütliche Sicherheit nationaler Begrenztheiten, und sei es die der Diskurse, zurückzusehen scheint. Gegen einen solchen verkürzten Begriff von Globalisierung argumentieren Theoretiker wie Holloway und Bonefeld. Von Holloway hatten wir im Zirkular Nr. 21 die kurze Polemik »Capital Moves« übersetzt, das ihre grundsätzliche Kritik an einer *dinghaften* Vorstellung von Kapital und Geld verdeutlicht. Diese Kritik ist äußerst aktuell, da die gesamte Debatte um »Globalisierung«, »Neoliberalismus«, »Postfordismus« und »Krise« von solchen mystischen Dingen geprägt ist. In dem 1995 von ihnen herausgegebenen Sammelband »Global Capital, National State and the Politics of Money« entwickeln sie ihre Kritik und Auffassung des globalen Kapital*verhältnisses* genauer.

Diese Gruppe von Theoretikern, die sich um die Zeitschrift »Common Sense«¹ aus Edinburgh herum gebildet hat, versucht seit einigen Jahren, die grundlegenden Überlegungen des italienischen Operaismus sowohl gegen alte strukturalistische Vorstellungen wie gegen die neue Mainstream-Ideologie der Linken, den Ansatz der Regulationstheorie, zu wenden und dabei zu aktualisieren (vor allem mit dem 1991 erschienenen Sammelband »Postfordism and Social Form«). Die sogenannte Regulationstheorie, selbst ein Kind des Strukturalismus, bräuchte uns als rein akademischer Ansatz nicht übermäßig zu interessieren. Sie ist aber – ob unter diesem Namen oder nicht – mittlerweile zur beherrschenden politischen Auffassung innerhalb der hiesigen autonomen und radikalen Linken geworden. Immer wenn es um ein theoretisches Verständnis der aktuellen Umbruchsituation geht, flüchten sich die Autonomen in die Arme der regulationistischen Gewißheiten (siehe die Bücher von Joachim Hirsch, die Beiträge in Büchern zur Migration wie »Zwischen Flucht und Arbeit« oder die neue »Arranca«).

Demgegenüber finden Holloway und Bonefeld zurück zu einer radikalen Kritik des Kapitalverhältnisses, die vom Klassenkampf als dem treibenden Motor der Entwicklung ausgeht und auf deren Basis sie die Entwicklung seit den 60er Jahren untersuchen. Es würde sich sicher lohnen, das gesamte Buch ins Deutsche zu übersetzen und hier zu verbreiten. Einen älteren Aufsatz, »Das Geld in der Weltkrise« von Christian Marazzi, aus Zerowork Nr. 2 von 1977, haben sie abgedruckt, da sie ihn nach wie vor »für das Beste« halten, was grundsätzlich

¹ Common Sense, PO Box 311, Southern District Office, Edinburgh, EH9 1SF, Scotland.

zum Geld geschrieben worden ist. Er ist auf Deutsch im »Thekla 10 – Zerowork« vorhanden.

In diesem Zirkular findet ihr drei zentrale Kapitel aus dem Buch, die übrigen werden noch folgen. Der Aufsatz *Der Abgrund tut sich auf: Aufstieg und Niedergang des Keynesianismus* von Holloway ist für uns auch eine Fortsetzung der Diskussion um die Bewertung des Keynesianismus, die im letzten Zirkular mit dem Beitrag von Bellofiore und den Nachbemerkungen, die sich auf die Thesen von Karl Heinz Roth beziehen, begonnen wurde. Es handelt sich dabei keineswegs um rein akademisch-historische Fragen, sondern angesichts des neuen Auflebens eines linken Reformismus um das brennende Problem, wie wir an einem revolutionären Standpunkt festhalten können. So ist die von Hirsch verbreitete Theorie der Globalisierung, die sich an der Regulationsschule orientiert und durch die Veröffentlichung seines neuen Buchs im ID-Archiv Eingang in die theoretischen Auffassungen der Autonomen und Linksradikalen gefunden hat, die ausdrückliche Absage an revolutionäre Vorstellungen und das Werben für einen »radikalen Reformismus«, der unter anderem in einer »internationalen politischen Regulation« bestehen soll. Die Feindschaft der Arbeiterklasse sowohl gegen den historischen Keynesianismus wie gegen »Monetarismus« und »Neoliberalismus« und das Ansetzen an ihr ist angesichts dieser Verfallserscheinungen in der Linken eine zentrale Frage revolutionärer Identität. Mit anderen Worten: wollen wir nur die Auswüchse des Neoliberalismus abmildern – oder wollen wir den Kapitalismus in jeglicher Spielart beerdigen?

In *Globales Kapital und Nationalstaat* (eine frühere Fassung war 1993 in der Prokla bereits übersetzt worden) entwickelt Holloway ein grundlegendes Verständnis der Nationalstaaten als »Momenten des globalen Kapitalverhältnisses«, die sich als illusionäre politische Subjekte darstellen und damit den Anknüpfungspunkt aller reformistischen Strategien bieten. Dabei knüpft er an die in Westdeutschland entstandene, dort aber längst vergessene Staatsableitungsdebatte der 70er Jahre an. Er kritisiert ihren abstrakten und philosophischen Stil, erinnert aber an ihre radikal Fragestellung: warum kommt es überhaupt zur Trennung von »Ökonomie« und »Politik«, wie hängt die Verselbständigung der gesellschaftlichen Beziehungen zum Staatssubjekt mit der historischen Beschaffenheit dieser Gesellschaft zusammen. Diese radikale Kritik der verdinglichten Sphären des »Politischen« und des »Ökonomischen« und ihrer Getrenntheit schafft einen Ausweg aus den faden Widersprüchen der Globalisierungsdiskussion, in der nur gefragt wird, ob der »Staat« die »Ökonomie« noch beherrschen könne oder nicht. Die selbständige Existenz dieser beiden »Dinge« wird dabei fraglos vorausgesetzt.

Der Aufsatz *Monetarismus und Krise* von Bonefeld setzt die Analyse nach dem Scheitern des Keynesianismus fort und stellt fest, daß auch der Monetarismus, der ihn ablöste, die grundlegenden Probleme des Kapitals in der Krise nicht

lösen konnte. Die Flucht des Kapitals ins Geld und in den Kredit sei die Flucht vor der Aufsässigkeit der Arbeiterklasse gewesen. Kurzfristig konnte der Monetarismus zwar die bisherige Klassenzusammensetzung zerstören und die Gesellschaft verstärkt den nackten Geldbeziehungen unterwerfen. In dem Maße aber, wie das Kapital in den Kredit und die Spekulation flüchtet, entkoppelt es sich von seiner einzigen Existenzgrundlage, der lebendigen Arbeit. Der Kredit ist das Versprechen auf Teilhabe an zukünftigem Mehrwert – aber diese Zukunft ist für das Kapital äußerst fraglich. In Kritik an der regulationstheoretischen Vorstellung von einer neuen stabilen Phase kapitalistischer Akkumulation liest Bonefeld die immer gigantischere Aufblähung der Finanzmärkte als ein Anzeichen dafür, daß dem Kapital die Durchsetzung einer intensivierten Ausbeutung der ArbeiterInnen bisher nicht gelungen ist.

In einem weiteren Kapitel, das wir aus Platzgründen hier nicht mehr abdrucken konnten, entwickelt Bonefeld an den Schriften von Marx zum Geld grundlegendes zur Kritik dieser gesellschaftlichen Erscheinungsform. Er greift dabei auch auf die Vorlesungen von Toni Negri zu den »Grundrissen« von 1978 zurück, die unter dem Titel *Marx jenseits von Marx* erschienen sind, bisher aber nur ins Englische übersetzt wurden. Für unsere Diskussion haben wir daher das 2. Kapitel zu *Geld und Wert* übersetzt. Negri liefert eine spezifische Interpretation der Grundrisse, die sich gegen den orthodoxen Marxismus und seine Verdinglichung des »Wertgesetzes« wendet. Er will zeigen, wie Marx schon in den Betrachtungen zum Geld immer vom Antagonismus des Klassenkampfes ausgeht und nicht mit trockenen ökonomischen Kategorien hantiert. Da Negri über den Text spricht, ihn interpretiert und einordnet, ist es zu empfehlen, parallel zu Negri die etwa hundert Seiten bei Marx selber zu lesen. In einer Ausgabe der Zeitschrift »Futur antérieur« von 1992 mit dem Schwerpunkt »Arbeit« knüpft Negri in dem Aufsatz *Arbeitswert – Krise und Rekonstruktionsprobleme in der Postmoderne* an seine damalige Kritik der Marxorthodoxie an und spricht von zwei Formen des Wertgesetzes, der rein ökonomischen, quantitativen der Orthodoxie, und der wesentlich politischen, qualitativen, Wertgesetz als Gesetz der Ausbeutung und des Antagonismus der Arbeiterklasse. Negri entwickelt dann den Ansatz ausführlicher, der sein gesamtes politisches Denken prägt. Aufgrund der umfassenden Unterwerfung der Gesellschaft unter das Kapital, könne der Wert kein Maßstab mehr für die Produktivität sein, das Wertgesetz wird ausgelöscht, aber die Ausbeutung besteht weiter. Allerdings ist sie nun nur noch juristisches und politisches Kommando, das Kapital verliert seinen ökonomischen Sinn und existiert nur noch als die Reproduktion seiner eigenen Herrschaft. Wenn es so keine Dialektik mehr gibt zwischen Arbeiterklasse und Kapital, dann folgt für Negri daraus allerdings keine pessimistische Sichtweise von der totalen Herrschaft des Kapitals. Im Gegenteil, für ihn bedeutet das Ende dieser Dialektik die Möglichkeit des Kommunismus, der in

der »Kreativität der neuen Subjekte« innerhalb der reellen Subsumtion liegt. In seiner Analyse der Dezemberbewegung in Frankreich, die wir im Zirkular Nr. 26 übersetzt haben, versucht Negri diese grundlegende Auffassung an den realen Klassenkämpfen nachzuzeichnen und die in ihnen liegende kommunistische Perspektive aufzuzeigen. Der Aufsatz zum Arbeitswert macht es möglich, diese konkrete Analyse genauer zu diskutieren, als es bisher gelungen ist (siehe die Nachbemerkungen im Zirkular 26).

Der letzte Text ***Kritik am Begriff des Fordismus, wie ihn die Regulationsschule benutzt*** stammt von Ferruccio Gambino, der die politisch lähmenden Auffassungen der Regulationsschule an einem ihrer zentralen und wohl populärsten Begriff entwickelt, dem »Fordismus«. Er konfrontiert das vom Kapital ausgehende Verständnis des »Fordismus« mit der Realität in den Fabriken von Henry Ford, die er als »vorgewerkschaftlichen Fordismus« charakterisiert, und zeigt, wie erst in einer äußersten Zuspitzung der Klassenkämpfe die gesellschaftlichen Verhältnisse und Klassenbeziehungen entstanden, die von den Regulationisten in das statische Modell des »Fordismus« gepackt werden. Dabei kritisiert er auch die modellhafte Gegenüberstellung von »Fordismus« und »Toyotismus« und insbesondere die Versuche, angesichts der sich selbst eingeredeten Unausweichlichkeit des neuen Kapitalkommandos im »Toyotismus« eine irgendwie demokratischere oder mit mehr individuellen Freiheiten verbundene Variante des Kapitals erkennen zu wollen. Gambino bezieht sich anerkennend auf die von Holloway und Bonefeld eingeleitete Kritik an der Regulationsschule, geht mit seiner Analyse aber über sie hinaus, indem er ins Herz der kapitalistischen Mehrwertabpressung schaut, die Vorgänge im Inneren der Fabrik in den Mittelpunkt seiner Kritik stellt, was bei Holloway und Bonefeld nur am Rande vorkommt.

Und nun ans Lesen – Fortsetzung folgt!

Ein paar Anmerkungen zu den Übersetzungen: Die Texte wurden nach dem Sommer-Workshop für dieses Wildcat-Zirkular übersetzt, so daß nicht sehr viel Zeit blieb. Alle Übersetzungen sind mehrfach auf ihre inhaltliche Richtigkeit hin durchgesehen worden. In der Kürze der Zeit konnten wir einige problematische Stellen aber nicht mehr mit den Autoren selber durchsprechen, was grundsätzlich erforderlich gewesen wäre. Meistens haben die Übersetzungen auch noch nicht die sprachliche Form gefunden, die wir uns gewünscht hätten. Ebenso fehlt noch eine durchgehende Abgleichung der von den Autoren angeführten Zitate mit ggfs. bereits vorhandenen Übersetzungen sowie der Hinweis auf sie. Die vorliegenden Übersetzungen erfüllen ihren Zweck für unsere eigenen Diskussionen. Wir wollen sie aber demnächst auch als Buch herausbringen und werden sie dafür noch einmal überarbeiten und mit den Autoren durchsprechen.

Auf der theoretischen und teilweise abstrakten Ebene, auf der die Autoren

argumentieren, treten zusätzliche Probleme auf. Besondere Schwierigkeiten bereitet uns z.B. das englische Wort »labour«. In der englischsprachigen Literatur wird es durchgehend für »Arbeit« als Tätigkeit und für »ArbeiterInnen« im Sinne von Arbeiterbewegung gebraucht. Wenn z.B. vom Widerstand der »labour« gesprochen wird, sind sicher die lebendigen Subjekt gemeint. »Labour« als Substanz des Werts hingegen ist im marxistischen Sinne das Abstraktum Arbeit selbst. Wir befürchten allerdings, daß es sich hier nicht um ein reines Übersetzungsproblem handelt, sondern um einen ungenauen und verdinglichenden Sprachgebrauch, wie wir ihn aus der hiesigen gewerkschaftlichen Ideologie kennen. Dort ist auch die Redeweise von »Kapital und Arbeit« verbreitet, wenn der Klassenkampf als zufälliges und daher im Prinzip harmonisches Aufeinandertreffen zweier »Produktionsfaktoren« entpolitisiert werden soll. Die Frage ist also, ob der im Englischen übliche Sprachgebrauch nicht indirekt diese Mystifizierungen mittransportiert, zumal auch dort genauere Unterscheidungen sprachlich sehr wohl möglich sind. Bei den vorliegenden Übersetzungen der drei Texte von Holloway und Bonefeld sind wir zu keinem einheitlichen Vorgehen gelangt und werden auch dies mit den Autoren selber diskutieren müssen. (F.)

Hier noch das vollständige Inhaltsverzeichnis des Buchs *Global Capital, National State and the Politics of Money* (1995) von Bonefeld und Holloway. Die noch nicht übersetzten Kapitel sollen in den nächsten Zirkularen folgen.

1	Introduction: The Politic of Money <i>Werner Bonefeld and John Holloway</i>	1
2	The Abyss Opens: The Rise and Hall of Keynesianism <i>John Holloway</i>	7
3	Monetarism and Crisis <i>Werner Bonefeld</i>	35
4	Money in the World Crises: The New Basis of Capitalist Power <i>Christian Marazzi</i>	69
5	Capital, Crisis and The International State System <i>Peter Burnham</i>	92
6	Global Capital and The National State <i>John Holloway</i>	116
7	The Subversion of Money-as-Command in the Current Crisis <i>Harry Cleaver</i>	141
8	Money, Equality and Exploitation: An Interpretation of Marx's Treatment of Money <i>Werner Bonefeld</i>	178
9	Conclusion: Money and Class Struggle <i>Werner Bonefeld and John Holloway</i>	210

Der Abgrund tut sich auf:

Aufstieg und Niedergang des Keynesianismus

John Holloway (in: Bonefeld / John (Hrsg.): *Global Capital, National State and the Politics of Money*, 1995, Kapitel 2)

I

Keynes lümmelt gemütlich, zufrieden und freundlich in einem Sessel, neben sich einen Stapel Bücher und hinter sich eine Schautafel, die den dramatischen Rückgang der Arbeitslosenzahlen im Zeitraum 1930-1960 dokumentiert: dieses Titelbild eines weitverbreiteten Buchs transportiert das populäre Bild des Keynesianismus sehr anschaulich. Während eines Großteils der Nachkriegsperiode präsentierte sich der Keynesianismus einfach als ein nützlicher, rationeller und wissenschaftlicher Fortschritt im Management der Ökonomie, als eine theoretische Entwicklung, die die Grundlagen zur Überwindung des kapitalistischen Krisenproblems und für die Schaffung einer gerechten kapitalistischen Gesellschaft lieferte. Auch wenn der Keynesianismus in den letzten Jahren breit kritisiert wurde, dieses Bild veränderte sich kaum, der Keynesianismus mag womöglich in die Irre geleitet worden sein, aber er galt weiterhin als eine ohne Zweifel gut gemeinte theoretische Entwicklung. Inmitten solcher Bilder ist es manchmal schwer, sich daran zu erinnern, daß die Einführung der keynesianistischen Politik der Höhepunkt eines langanhaltenden, grausamen, blutigen und gewaltsamen Konflikts war, wie es ihn so in der Weltgeschichte noch nicht gegeben hatte.

Keynes war natürlich Wirtschaftswissenschaftler. Der Begriff »Keynesianismus« bezieht sich im strengen Sinne auf die von ihm vorgelegten ökonomischen Theorien und die mit seinem Namen verbundene Wirtschaftspolitik, die während und nach dem Zweiten Weltkrieg überall auf der Welt an Einfluß gewann. Diese Politik und Theorien sollten jedoch niemals isoliert betrachtet werden: Ihre Einführung gestaltete einen wichtigen Teil des neuen Modells der Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit. Vor allem in diesem breiten Sinne soll der Begriff hier benutzt werden.

Das zentrale Merkmal des Keynesianismus war die Anerkennung der organisierten Macht der Arbeiterklasse. Der Keynesianismus machte in einer institutionalisierten Form die Abhängigkeit des Kapitals von den ArbeiterInnen

deutlich, die Stärke der Präsenz der ArbeiterInnen im und gegen das Kapital.

In diesem Kapitel will ich den Aufstieg und Niedergang des Keynesianismus als einer Herrschaftsform zur Einbindung der Macht der ArbeiterInnen untersuchen.

Die Macht der Arbeiterklasse, auf die der Keynesianismus reagierte, zeigte sich im *Roten Oktober* von 1917 am dramatischsten. Die Russische Revolution war kein isoliertes Ereignis, sondern der Kamm einer Welle: Die Oberfläche des Kapitalismus war nicht nur in Petersburg und Moskau aufgebrochen, sondern, wenn auch nur kurz, an anderen Orten wie Berlin, Budapest, München, Turin etc. Diese revolutionären Kämpfe am Ende des Ersten Weltkriegs waren Teil einer viel breiteren Veränderung. Woodrow Wilson formulierte dies kurz vor seinem Tod so: »Die russische Revolution war das Symbol der Unzufriedenheit in diesem Zeitalter.« (Schlesinger, 1957, S. 94)

Die revolutionäre Bewegung und die Macht der Arbeiterklasse lebten voneinander, und der Aufstieg der Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Parteien in allen fortschrittlichen kapitalistischen Ländern seit Ende des 19. Jahrhunderts war der Ausdruck einer daraus resultierenden langanhaltenden Welle, auch wenn sie weniger spektakulär war. Trotz aller Mängel der organisierten Bewegung (besonders des Zusammenbruchs »der sozialistischen Internationale« am Vorabend des Krieges) ist die sichtbare Kraft der Arbeiterklasse in den ersten Jahren des Jahrhunderts enorm gewachsen.

Hinter dieser sichtbaren, organisierten Kraft der ArbeiterInnen verbarg sich eine weniger sichtbare, tückische Kraft: die Macht der Ausgebeuteten, der Ausbeutung zu widerstehen. Die wachsenden Organisationen zogen viel von ihrer Kraft aus der Erkenntnis der ArbeiterInnen, daß das Ausmaß ihrer Ausbeutung Schranken hat, so schlecht ihre Bedingungen auch sein mögen. Das Kapital mochte ihr Leben kontrollieren, aber das Überleben des Kapitals hing von ihrer Arbeit ab. Die Macht resultierte genau aus der Bedingung, mit der die Zugehörigkeit zur Arbeiterklasse bestimmt werden kann: Arbeit. Diese Erkenntnis äußerte sich nicht nur in der Verweigerung der Arbeit durch Streiks, sondern auch im ständigen und alltäglichen Kampf um die Kontrolle des Arbeitsprozesses: die Kontrolle darüber, wie Dinge gemacht werden und mit welcher Geschwindigkeit. Auch die herrschenden Kapitalisten mußten frustriert der Tatsache ins Auge sehen, daß sie keine völlige Kontrolle über den Arbeitsprozeß hatten, der doch die Quelle ihres Profits war. Taylor hatte es am eigenen Leib erfahren, »es war einfach so, (...), tatsächlich wurde der Laden von den Arbeitern geführt und nicht von den Chefs«. Gemeinsam wurde von den ArbeiterInnen sorgfältig geplant, wie schnell jede Arbeit erledigt werden sollte (Bravermann, 1974, S. 102). Taylors Lebenswerk spricht die Frustration des Kapitals deutlich aus und war der Überwindung ihrer Ursache gewidmet, der Macht der ArbeiterInnen, den Arbeitsprozeß zu kontrollieren. Mit unterschiedlichen Umgebungen, Fabriken und

vor allen mit der Art der Arbeit, variierte das Ausmaß dieser Macht der ArbeiterInnen, ihre eigene Arbeit zu kontrollieren. Insbesondere die qualifizierteren ArbeiterInnen hatten im Produktions- und Arbeitsprozeß eine unentbehrliche Rolle inne, und übten die größte Kontrolle über ihren Arbeitsprozeß aus. Die Position der qualifizierteren ArbeiterInnen gab der Bewegung der Arbeiterklasse dieser Zeit einen besonderen Charakterzug, der sich in der Organisation in Gewerkschaften (hauptsächlich nach Berufen) und auch in der Ideologie der revolutionären Teile der sozialistischen Bewegung in ihrer Vorstellung vom Sozialismus als Kontrolle des Arbeitsprozesses durch die ArbeiterInnen niederschlug. Die Fähigkeiten der ArbeiterInnen schlugen von einer notwendigen Bedingung für industrielle Entwicklung in ein Hindernis für die Kapitalakkumulation um (Coriat, 1982, S. 12).

Das Kapital war seit Beginn des Jahrhunderts zunehmend mit seiner Abhängigkeit von den ArbeiterInnen konfrontiert worden. Furcht vor der organisierten Arbeiterbewegung und die wachsenden Schwierigkeiten, die Mehrwertproduktion ausreichend zu steigern, um die wachsenden Investitionskosten ausgleichen zu können, waren zwei Ausdrucksformen dieser Entwicklung. Das imperialistische Ausschwärmen des Kapitals auf der Suche nach neuen Arbeitskräften, neuen Rohstoffen und neuen Märkten konnte die Schwierigkeiten zwar ausgleichen, aber gleichzeitig beförderte dies die inner-imperialistische Konkurrenz auf eine neue Stufe der inner-imperialistischen Rivalität und des Kriegs.

Die Auswirkungen des Krieges waren eine zweischneidige Geschichte. Einerseits spaltete er die internationale Arbeiterbewegung und schwächte die Stellung der Facharbeiter in den Fabriken, feststehende Gewohnheiten wurden z.B. durch das Auftauchen von Frauen zur Steigerung der Kriegsanstrengungen, »verwässert«. Andererseits entfachte er überall auf der Welt eine Welle der Unzufriedenheit, die das Kapital bedrohte wie niemals zuvor.

Die Antwort des Kapitals auf diese Bedrohung war vielschichtig. Seit dem Ende des Krieges gab es in allen führenden kapitalistischen Ländern Stimmen, die nach Reformen riefen: Politiker und Theoretiker der Bourgeoisie, die mit der Diskreditierung des alten Kapitalismus argumentierten und eine neue soziale Ordnung für notwendig erachteten. Diese Forderungen nahmen viele verschiedene Formen an, und tauchten in den 20er Jahren bei vielen verschiedenen Gelegenheiten auf.

Es gab drei grundsätzliche Streitfragen in den strategischen Debatten der 20er Jahre: die internationalen Beziehungen, die Rolle des Staates und die Kontrolle über das Geld.

Den ersten Zusammenstoß zwischen »progressiven« und »reaktionären« Kräften gab es direkt nach dem Krieg, anläßlich der Verhandlungen über den Versailler Friedensvertrag. Viele der jungen Reformer, die Teil ihrer nationalen Delegationen waren, resignierten voller Ekel und Empörung, als sie bemerkten,

daß ihre Führer mehr an der »bösen, alten Verschwörung der nackten Gewalt« interessiert waren (Schlesinger, 1957, S. 14) als an der Erschaffung einer neuen Ära der Weltgeschichte. Unter diesen Resignierenden befand sich auch Keynes, der als Teilnehmer der britischen Delegation dort war.

Einer der Schlüsselstreitpunkte war die Haltung der Westmächte gegenüber der neuen revolutionären Regierung in Rußland. Die Progressiven wollten eine versöhnliche Antwort auf die sowjetische Drohung. So zog Keynes in der Broschüre *Die ökonomischen Konsequenzen des Friedens*, in der er seinen Rücktritt begründen wollte, über die Diplomaten der alten Schule her, die »sich benahmen, als ob die Außenpolitik ein billiges Melodram wäre« (Keynes, 1971, S. 185). Keynes argumentierte, statt eines Ausschlusses Rußlands und der Rache an Deutschland sollte die Politik der Siegermächte durch den Wiederaufbau Deutschlands und die Wiedereingliederung Rußlands in den Weltmarkt bestimmt sein: »Gleichgültig ob die von der Sowjetregierung vertretene Form des Kommunismus immer zum russischen Temperament passen mag oder nicht, die Wiederkehr des Handels, der Annehmlichkeiten des Lebens und der normalen wirtschaftlichen Motive werden wohl nicht geeignet sein, die extremen Formen jener Doktrin der Gewalt und Tyrannei zu unterstützen, die Kinder des Krieges und der Verzweiflung sind« (Keynes, 1971, S. 187; auch Negri, 1988, S. 16).

Die Frage nach der neuen internationalen Ordnung wurde durch den Versailler Vertrag zügig ohne die Ansichten der progressiven Kräfte beantwortet. Das zweite Problem, die Frage nach der Rolle des Staates, blieb über die 20er Jahre hinaus bestehen. Im Krieg hatte sich die Rolle des Staates beispiellos ausgeweitet, u.a. über die erweiterte Kontrolle der Produktion. In den Jahren nach dem Krieg vertraten die Progressiven die Position, der Staat müsse eine aktive Rolle in der Wirtschaft übernehmen, dies mache die Entwicklung des Kapitalismus notwendig. Dieses Argument kleidete sich in verschiedene Formen und unterschiedliche Rechtfertigungen, von der zugegebenen Angst vor der Revolution über die wohlthätige Sorge um die Armen bis hin zum einfachen Streben nach ökonomischer Effizienz, aber ein roter Faden zog sich in allen Ländern durch die Debatten. Das dringendste Problem war die Rolle des Staates in der Produktion, überall hatte der Staat während des Krieges direkt oder indirekt wichtige Sektoren der Produktion und des Transportes übernommen. Die »Progressiven« argumentierten, daß diese nicht wieder in privaten Besitz zurückgehen sollten; der moderne Staat sollte bestimmte grundlegende Industrien im Interesse des nationalen Wohls zuverlässig kontrollieren (Schlesinger, 1957, S. 37 ff.; Clarke, 1988, S. 200). Dieses Argument ging ins Leere: die im Krieg übernommenen Industrien waren in den Nachkriegsjahren wieder in private Hände zurückgegangen. Aber der Streit um die Rolle des Staates ging weiter. Viele Gründe wurden angeführt, warum der Staat aktiver bei der Bereitstellung sozialer Wohlfahrtsfürsorge sein sollte, besonders bei Arbeitslosigkeit. Durch die

Unterstützung der ökonomischen »Rationalisierung« sollte der Staat eine aktive Rolle bei der Förderung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit spielen, so lautete ein anderes Argument. Alle Aufgaben, die gewöhnlich mit dem keynesianistischen Staat nach 1945 in Verbindung gebracht werden, wurden bereits in den 20er Jahren formuliert.

Das gilt auch für die generelle Konzeption des Staates als dem verantwortlichen Agenten für das Management der Ökonomie, besonders durch die Manipulation der Nachfrage. Solche Ideen finden sich nicht nur in den frühen Schriften von Keynes, sondern z.B. auch in den Arbeiten von Foster und Catchings in den USA. In ihrem Buch *The Road to Plenty*, veröffentlicht 1928, attackierten sie das Say'sche Gesetz, das Fundament der orthodoxen ökonomischen Theorie, demzufolge sich die Gesamtnachfrage nach Waren zwingend dem Angebot angleiche, so daß die Finanzierung der Produktion automatisch genug Kaufkraft hervorbringe, um alle produzierten Waren zu kaufen. Foster und Catchings wiesen daraufhin, daß es so eine automatische Balance nicht gab, weil der Geldfluß ständig durch Sparen unterbrochen wurde (worauf Marx 60 Jahre vorher im 2. Kapitel des Kapitals hingewiesen hatte). Folglich war die einzige Möglichkeit der Regierung, die Prosperität aufrechtzuerhalten, die Gewährleistung eines ausreichend hohen Flusses an Geldeinkommen zu den Verbrauchern: Diese Politik sollte auf folgenden Prinzipien beruhen: Wenn das Geschäften nachläßt, muß man »den Konsumenten mehr Geld geben«, und wenn sich eine Inflation abzeichnet, weniger (Schlesinger, 1957, S. 135).

Geld war zentraler Punkt in jeder Diskussion über eine erweiterte Rolle des Staates. Pläne wie die von Foster und Catchings sahen vor, daß die Regierung in Zeiten der Rezession ein erhöhtes Haushaltsdefizit in Kauf nehmen sollte, und solche Ideen fanden die orthodoxeren Politiker und Theoretiker dieser Tage abscheulich. Der Streit um die finanzielle Orthodoxie gipfelte in dieser Periode in den Diskussionen um den Goldstandard. Die Wiederherstellung des Goldstandards, unter dem die Nationalwährungen an den Goldpreis gebunden waren, stellte für viele den Schlüssel zur Rekonstruktion des internationalen politischen Systems nach dem Ersten Weltkrieg dar und war eine der ersten Aufgaben, die sich der neue Völkerbund gestellt hatte (Clarke, 1988, S. 204). Die Bedeutung und Tragweite (sowohl symbolisch, als auch real) der Wiederherstellung des Goldstandards lag in der Unterordnung der nationalen Währung, und somit des Nationalstaats, unter die internationale Bewegung des Geldes, und damit der Festschreibung einer möglichst kleinen Rolle des Staates, was den Konservativen so sehr am Herzen lag. Sie zwang die Regierungen zu einer finanziellen Disziplin, der sie aufgrund des öffentlichen Drucks sonst womöglich ausgewichen wären. So wurde die Wiedereinführung und Erhaltung des Goldstandards zum Symbol für die Lebensfähigkeit der alten liberalen Weltordnung, die die »Progressiven« bereits für zum Untergang verdammt hielten. Die Debatten über

die internationale Ordnung, die Rolle des Staates und des Geldes wurde in den 20er Jahren unter Politprofis, Beratern und Sachverständigen geführt: den Politikern, Beamten und Intellektuellen der Bourgeoisie. Dahinter stand jedoch das unausgesprochene (oder wenigstens selten erwähnte) Subjekt aller bürgerlichen Theorie: die Macht der Arbeiterklasse. Das soll nicht bedeuten, daß z.B. die von ihren nationalen Delegationen in Versailles enttäuschten Idealisten nur zynisch an wirksameren Mitteln zur Unterdrückung der ArbeiterInnen bastelten, aber die Diskussion war von der »Wirklichkeit« geprägt, und wichtigstes Kennzeichen dieser »Wirklichkeit« waren die allseits erfahrenen wachsenden Schwierigkeiten bei der Beherrschung und Ausbeutung der ArbeiterInnen. Mittelpunkt der Debatten in den 20er Jahren war der Zusammenstoß zwischen zwei strategischen Antworten auf die durch den Oktober 1917 symbolisierte neue Macht. Manchmal war sogar das Subjekt dieser Diskussionen in recht eindeutigen Aussagen zu finden. Weit weg von den Straßen St. Petersburgs, Münchens oder Berlins malte US-Generalstaatsanwalt A. Mitchell Palmer ein farbiges Bild der allgegenwärtigen Ängste des Kapitals:

»Wie ein Steppenbrand fegte vor einem Jahr die Flamme der Revolution über jede amerikanische Institution von Recht und Ordnung. Sie fraß sich ihren Weg in die Wohnungen der amerikanischen Arbeiter, die scharfen Zungen der revolutionären Hitze leckten an den Altaren der Kirche, sprangen auf die Glockentürme der Schulglocken über, krochen in die heiligen Ecken der amerikanischen Häuser, trachteten danach, das Ehegelübde durch liederliche Regeln zu ersetzen, die Fundamente der Gesellschaft einzuäschern« (Schlesinger, 1957, S. 42).

Für Politiker vom Schlage Palmers war die Antwort einfach: gewaltsame Unterdrückung von allem, was auch nur im entferntesten nach revolutionärer Drohung roch, Rückzug des Staates aus seiner im Krieg erweiterten Rolle, Ausschluß der Gewerkschafter aus dem politischen Prozeß, in den sie während des Krieges hingeholt worden waren, und Wiederherstellung der Macht des Geldes über den Staat. In internationalen Angelegenheiten entsprach dieser Position eine unversöhnliche Haltung gegenüber der sowjetischen Revolution, zunächst militärische Intervention und dann diplomatische Isolation. Im Nachhinein wurde diese Herangehensweise oft als naiv dargestellt: Es war jedoch im großen und ganzen diejenige Strategie, die von allen wichtigen Regierungen in den 20er Jahren angewandt wurde. Die 20er Jahre basierten auf der gewaltsamen Unterdrückung jeglicher Bewegung der ArbeiterInnen auf der ganzen Welt, ob diese nun echt oder nur geträumt waren.

Die zweite Antwort war komplexer. Von einer einzigen »strategischen Antwort« zu sprechen, ist natürlich eine grobe Vereinfachung. In Wirklichkeit

handelte es sich um eine ganze Fülle von politischen Richtungen, politischen Vorschlägen, unternehmerischen Vorstößen, sowie um theoretische Entwicklungen in verschiedenen Regionen der Welt, mit oft sehr unterschiedlichen Motivationen und Schlußfolgerungen. Überall stand die russische Revolution für die Welle der Unzufriedenheit, vor diesem verbreiteten Hintergrund wurde eine neuen Rolle des Staates überall zum Thema. Die Erkenntnis, daß die Dinge sich verändert hatten, war der Ausgangspunkt. Das alte Gleichgewicht war zerstört:

»Die Vorstellungen der Partei der alten Welt gehören in eine Zeit, die 50 oder 100 Jahre zurückliegt, als die Gewerkschaften noch machtlos waren und der Moloch der Wirtschaft sich noch ungehindert und sogar unter Beifall auf dem Weg des Fortschritts Bahn brechen durfte. Die Hälfte der Schulbuchvorstellungen unserer Staatsmänner basiert auf Vorstellungen, die einmal richtig oder zumindest teilweise richtig waren, aber nun werden sie von Tag zu Tag immer weniger richtig.« (Keynes, 1972, S. 305)

Das alte Gleichgewicht war unter der gebündelten Kraft der ArbeiterInnen zusammengebrochen. Die Vorstellung, daß Arbeitskraft einfach wie jede andere Ware auf dem Markt behandelt werden kann, verlor seine Gültigkeit: *»Die Gewerkschaften sind stark genug, um das Spiel der Kräfte von Angebot und Nachfrage zu stören« (Keynes, 1972, S. 395).* Daher verlor das Say'sche Gesetz seine Gültigkeit: Man konnte nicht mehr davon ausgehen, daß allein die Kräfte des Marktes den effektivsten Einsatz des Kapitals sichern konnten:

»Im wirtschaftlichen Bereich heißt das vor allem, daß wir neue Strategien und neue Methoden finden müssen, um das Wirken der ökonomischen Kräfte unter Kontrolle zu bekommen, damit diese nicht in unerträglichen Widerspruch zu den heutigen Vorstellungen von dem geraten, was im Interesse von gesellschaftlicher Stabilität und Gerechtigkeit getan werden sollte.« (Keynes, 1972, S. 306)

Während die »Partei der alten Welt« das veränderte Gleichgewicht der gesellschaftlichen Kräfte nicht erkannte oder nicht erkennen wollte, traten die fortschrittlichen Kräfte für ein neues Arrangement mit den ArbeiterInnen ein. Das hieß nicht, daß sie zu den ArbeiterInnen überliefen (*»Ich mag durch das beeinflusst sein, was mir gerecht und vernünftig erscheint; aber der Klassenkampf wird mich auf der Seite der gebildeten Bourgeoisie finden«*), so erklärte sich Keynes in eben diesem Artikel, 1972, S. 297), sondern daß sie eine Strategie entwickelten, die auf der Anerkennung der neuen Situation beruhte, eine Strategie, die die Arbeiterklasse als Motor der Entwicklung einbinden würde (siehe Negri, 1988). Eine Strategie, die die Macht der Arbeiterklasse nicht besiegen, sondern zügeln

und neu bestimmen sollte.

Nicht nur in den Debatten über die Politik des Staates machte man sich die neue Situation bewußt, sondern ebenso in der Entwicklung neuer Praktiken der Unternehmensführung. Taylor hatte sein Evangelium der »wissenschaftlichen Betriebsführung« bereits seit der Jahrhundertwende gepredigt: einen deutlichen Angriff gegen die Macht der Facharbeiter durch die detaillierte Untersuchung und Zerstückelung der handwerklichen Arbeiten in einfache und eng kontrollierte Abläufe. Henry Ford hatte die Zerstückelung weiter entwickelt; er hatte sie mit dem elektrisch betriebenen Förderband verbunden, um das Fließband zu schaffen, wo einzelne Schritte zur Produktion der Fordautos an verschiedenen Positionen entlang des Bandes verrichtet wurden. Die technologische Entwicklung von Ford wurde jedoch bald mit der Tatsache konfrontiert, daß Autos weder durch die Wissenschaft noch durch die Technik, sondern von arbeitenden Menschen produziert werden. Es war keine Überraschung, daß die ArbeiterInnen die neue Organisation der Arbeit als unerträglich langweilig empfanden und selten lange blieben. Nehmen wir beispielsweise das Jahr 1913: Um eine Belegschaft von 15 000 aufrecht zu erhalten, mußten während dieses Jahres 53 000 ArbeiterInnen eingestellt werden (Coriat, 1982, S. 56). Fords berühmter »Fünf-Dollar Tag«-Lohnvertrag wurde 1914 eingeführt, um diesen chaotischen Strom an ArbeiterInnen unter Kontrolle zu bringen.

Fünf Dollar waren mehr als das Doppelte des vorherigen Lohnes in einer Fordfabrik, aber nicht alle sollten ihn erhalten. Man mußte ein Mann sein, über 21 Jahre alt und seit mindestens sechs Monaten in der Fabrik gearbeitet haben. Zudem war es notwendig, sich solch einen hohen Lohn auch moralisch zu verdienen. Der Direktor der von Ford neu geschaffenen Abteilung für Soziologie drückte das folgendermaßen aus:

»Es ließ sich leicht voraussehen, daß fünf Dollar am Tag in den Händen bestimmter Männer zu einem ernststen Hindernis auf dem Weg zur Rechtschaffenheit und einem wohlgeordneten Leben werden und diese Männer zur Bedrohung für die ganze Gesellschaft machen konnten; deshalb wurde von Beginn an festgesetzt, daß kein Mann diese Lohnsteigerung erhalten sollte, der nicht wußte, wie man damit besonnen und vorsichtig umzugehen hatte« (Lee, 1916, S. 303, zitiert nach Coriat, 1982, S. 57).

Bei der Reduzierung der Fluktuation der ArbeiterInnen war der Fünf-Dollar Tag höchst erfolgreich: nach 1914 fiel sie auf weniger als 0,5 Prozent im Jahr (Coriat, 1982, S. 59). Dies schuf die Basis für eine neue, diszipliniere Organisation der Arbeit in der Fabrik, eine Intensivierung der Arbeit, die trotz des Anstiegs der Lohnkosten die Produktionskosten für das Modell T von Ford um etwa 17 Prozent reduzierte (Beyon, 1973, S. 24; Coriat, 1982, S. 59). Außerdem bildete

sich so eine neue Gruppe relativ wohlhabender ArbeiterInnen, die einen neuen Markt für die Massenproduktion des Modell T ergaben.

Eindruckvollstes Merkmal des Ford-Vertrages ist der Tauschhandel zwischen der Akzeptanz einer disziplinierenden, seelenzerstörenden Monotonie während des Tages und eines relativ komfortablen Konsums nach der Arbeitszeit, die strenge Trennung zwischen dem Tod in der entfremdeten Arbeit und dem »Leben« als Konsument. Was aber betont werden sollte, ist nicht einfach die grausame Natur der fordistischen Produktion, sondern daß der Ford-Vertrag eine eindrucksvolle Anerkennung der Abhängigkeit des Kapitals von der Arbeit und der Versuch war, die Macht der ArbeiterInnen (letztlich die Macht, nicht zu arbeiten) als monetäre Forderung nach Waren neu zu bestimmen. Die innovative Anerkennung und Neubestimmung der Macht der ArbeiterInnen machten Ford zu einer wichtigen Gestalt dieser Periode, zum »einflußreichsten Geschäftsmann unter allen Wirtschaftsführern« (Schlesinger, 1959, S. 73).

Aber nicht nur Ford und dessen Nachfolger führten neue Managementmodelle ein. In den 20er Jahren gab es noch mehr veränderungswillige Stimmen in den Unternehmensleitungen, da das Management versuchte, das Problem der hohen Fluktuation und des informellen Widerstands der ArbeiterInnen in den Griff zu bekommen: viele der großen Firmen begannen in dieser Zeit mit »liberaleren« Formen der Arbeitsorganisation und einer systematischeren Organisation der Produktion zu experimentieren (Gordon, 1982, S. 172 ff). All diese Methoden suchten nach Wegen, die Unzufriedenheit der ArbeiterInnen in eine Form zu kanalisieren, die den Interessen des Kapitals dienen würde.

Die Veränderungen in den Führungsetagen und die neuen Ansichten über die Rolle des Staates waren ziemlich unkoordiniert, auch wenn es Leute gab, die einen »Taylor...für das gesamte ökonomische System« (Tugwell, zitiert nach Schlesinger, 1959, S. 194) für notwendig hielten, oder andere, die Verbindungen zwischen Taylor und Keynes sahen (Schlesinger, 1959, S. 201).

Die Veränderungen der Managementstrukturen befanden sich in den 20er Jahren noch in den Kinderschuhen, noch immer beherrschte die »Partei der alten Welt« die Politik. Im Rückblick werden die Ansichten der Konservativen gewöhnlich als schlicht reaktionär geschildert, ohne Tuchfühlung zur Welt der Nachkriegszeit. Es könnte jedoch eingewandt werden, daß die Zeit für die neue Herrschaftstrategie noch nicht reif war. Das alte Gleichgewicht war zusammengebrochen, aber es war nicht sicher, ob die Bedingungen zur Etablierung irgendeines neuen Gleichgewichts bereits bestanden. In der unmittelbaren Nachkriegswelt bestand in vielen Regionen der Welt noch immer die Drohung der Revolution. Erst als die Welle von revolutionären Kämpfe gewaltsam unterdrückt worden war, wuchs der Glaube an eine Strategie zur Neubestimmung der Macht der Arbeiterklasse. So kam es beispielsweise in Großbritannien erst nach der Niederschlagung des Generalstreiks von 1926 zur Entwicklung einer neuen

Institutionalisierung des Kampfs der Arbeiterklasse, die später den Gegenpart zu den politischen Initiativen des Keynesianismus spielen sollte.

Nachdem die Arbeiterklasse auf der Straße besiegt worden war und die unmittelbare Drohung einer Revolution verblaßte, verbesserten sich die Bedingungen für die institutionelle Integration der Macht der Arbeiterklasse, aber die Notwendigkeit einer Veränderung erschien weniger offensichtlich. Erst nach dem Börsenkrach von 1929 und der folgenden Krise nahm der Druck nach Veränderung wieder zu.

Der Börsenkrach von 1929 war der endgültige Zusammenbruch der alten Ordnung, der endgültige Zusammenbruch des bestehenden Herrschaftsmodells. Daß der Börsenkrach einen Wendepunkt in der historischen Entwicklung darstellte, ist unbestritten, aber üblicherweise wird er als wirtschaftliches Ereignis dargestellt, in rein äußerlicher Beziehung zur Entwicklung der Klassenverhältnisse. Als unmittelbare Ursache des Börsenkrachs gilt im allgemeinen eine Überakkumulation an Kapital im Verhältnis zu einem begrenzten Markt (siehe z.B. Clarke, 1988, S. 217). Der Boom der amerikanischen Wirtschaft in den 20er Jahren basierte auf der schnellen Ausbreitung der neuen Industrien für langlebige Konsumgüter, aber der Markt war begrenzt, er beschränkte sich im wesentlichen auf die Mittelschicht. Eine Ausdehnung der Kredite ermöglichte die Fortdauer der Akkumulation nachdem der Markt sich erschöpft hatte, aber dies geschah in Form einer Wertpapierspekulation. Die Schranke des begrenzten Marktes machte sich schließlich im Zusammenbruch der Wertpapierbörse von 1929 geltend.

Aber der Zusammenbruch war mehr als das: er war das andere Gesicht der Oktoberrevolution von 1917. Oberflächlich betrachtet gibt es keinen Zusammenhang zwischen diesen beiden Ereignissen: »es scheint offensichtlich zu sein, daß die Ereignisse von 1929 nichts mit denen von 1917 zu tun haben«, wie Negri es ausdrückt (1988, S. 22). Tatsächlich aber markieren diese beiden Daten wichtige Aspekte derselben Krise. Die Revolution von 1917 war die grellste Erklärung seitens der Arbeiterklasse gewesen, daß die alte Beziehung zwischen Kapital und ArbeiterInnen an einem Bruchpunkt angekommen war. Der Börsenkrach von 1929 machte dem Kapital endgültig klar, daß dies tatsächlich der Fall war, trotz all seiner Versuche zur Entspannung der Zwischenkriegs-Welt.

Aber warum ist dann die »innere Verbindung« zwischen 1917 und 1929 nicht deutlicher? Wenn der Börsenkrach von 1929 die Rechtfertigung für die Behauptungen der Sozialisten über die Intensität der Widersprüche des Kapitals und die darin enthaltene Zusammenbruchstendenz ist, warum geschah dies so spät, lange nachdem die revolutionäre Flut wieder verebbt war? Wenn der Börsenkrach von 1929 nur den dramatischsten Ausdruck des Zusammenbruchs der alten Modelle der Beziehung zwischen Kapital und ArbeiterInnen darstellt, wenn »die Krise von 1929 tatsächlich eine Fortsetzung der dem Ersten Weltkrieg vorangegangenen ungelösten wirtschaftlichen Krise war«, wie Mattick es

ausdrückt (1978, S. 116), warum ereignete sich dieser Krach nicht zu dem Zeitpunkt, als die Macht der ArbeiterInnen am größten war? Worin bestand die Verbindung zwischen der Macht der Arbeiterklasse, die sich 1917 am deutlichsten zeigte, und dem Zusammenbruch der Kapitalismus zwölf Jahre später? Wenn die Krise der Ausdruck für die Macht der ArbeiterInnen im und gegen das Kapital ist, warum ereignete sich die Krise, nachdem die Arbeiterklasse zumindest oberflächlich gesehen entscheidend besiegt worden war?

Der Schlüssel zum Verständnis der Distanz zwischen 1917 und 1929, dem Auseinanderfallen der zwei Gesichter der Krise, liegt im Kredit. Die Macht der ArbeiterInnen bricht sich an den Formen des Kapitalverhältnisses, insbesondere am Geld und am Kredit. Wenn das vorherrschende Ausbeutungsmodell an seine Grenzen stößt, wenn das Profitstreben des Kapitals durch die errichteten Positionen der ArbeiterInnen blockiert wird, kommt es sowohl zur Nachfrage nach als auch zur Bereitstellung von Krediten. Einerseits braucht das Kapital Darlehen, um über das hinwegzukommen, was es als zeitweilige Schwierigkeiten betrachtet. Andererseits versucht Kapital, das sich schwer tut, Profite in der Produktion zu finden, sich auf den Finanzmärkten auszudehnen. In der Existenz des Geldes als einer vom Wert getrennten Form liegt die Möglichkeit (oder die Unvermeidlichkeit) eines zeitlichen Auseinanderfallens zwischen dem Zusammenbruch der Beziehung zwischen Kapital und Arbeit und deren Offenbarung in Form eines Sinkens der Rentabilität des Kapitals.

Der Kredit ist immer ein Glücksspiel mit der Zukunft. Wenn das Kapital Kredite aufnimmt, setzt es eine Portion Mehrwert ein, die noch nicht produziert worden ist. Wird der erforderliche Mehrwert nicht produziert, dann verfällt das Kapital. Können die Bedingungen der Produktion genügend verändert werden, um die Mehrwertproduktion um die erforderliche Menge auszuweiten, dann ist das Spiel gewonnen. Die Ausweitung der Kredite, mit denen ein Sinken der Rentabilität aufgeschoben wird, macht die Restrukturierung der Produktionsverhältnisse objektiv noch dringender als zuvor. Zudem wird es dadurch auch schwieriger, da die Bedingungen beibehalten werden, unter denen sich die Macht der ArbeiterInnen entwickelt hatte.

Im wesentlichen geschah in den 20er Jahren genau dies. Der Lagerauffüllungsboom, eine unmittelbare Nachwirkung des Kriegs, war 1921 in Europa schon wieder vorüber (Clarke, 1988, S. 197). In den Vereinigten Staaten allerdings hielt dieser Boom durch die 20er Jahre, gestützt durch die während des Krieges erfolgten Umstrukturierungen der Produktion (Mattick, 1978, S. 116), die Entwicklung des neuen Automobils und der Gebrauchsgüterindustrie und schließlich zunehmend durch eine enorme Ausdehnung des Kredits, sowohl in Form von Bankdarlehen als durch die Schaffung fiktiven Kapitals an der Börse (Mattick, 1978, S. 119). In den Vereinigten Staaten stieg während der 20er Jahre die Produktivität steil an, aber nicht steil genug, um den Mehrwert zu produzie-

ren, der erforderlich gewesen wäre, um die Rentabilität aufrechtzuerhalten. Schließlich offenbarte sich im Börsenkrach vom Oktober 1929 die Kluft zwischen dem tatsächlich produzierten Mehrwert und demjenigen, auf den an der Börse gesetzt worden war: »Schließlich erlagen auch die Vereinigten Staaten den Realitäten der Nachkriegszeit«, wie Mattick es ausdrückt (Mattick, 1978, S. 116).

Aber auch nach dem Börsenkrach gab es jedenfalls auf der politischen Ebene keine unmittelbare Anerkennung der Notwendigkeit einer neuen Ordnung. In den Vereinigten Staaten, in Großbritannien und anderswo reagierten die Regierungen, indem sie sich eingruben. Finanzielle Orthodoxie war die Antwort auf den Druck, unter dem der Staat geriet, der Druck, eine aktivere Rolle bei der Stimulierung der Wirtschaft zu übernehmen und den Millionen Entlassenen Sozialunterstützung zukommen zu lassen. Der ausgeglichene Staatshaushalt wurde zum Symbol der politischen Verteidigung einer Welt, die nicht mehr existierte.

In der Sphäre der Einzelkapitale wurden Änderungen schneller erzwungen. Der Zusammenbruch der Rentabilität zwang die Einzelkapitale bei Strafe des Untergangs zu einer Reorganisierung ihrer Beziehung mit den ArbeiterInnen. Die neuen Managementsysteme, die in den 20er Jahren kaum Land gewinnen konnten, wurden bald zur Überlebensbedingung:

»Zwei Auswirkungen der Depression konzentrierten die Aufmerksamkeit auf die Notwendigkeit neuer Systeme des Arbeitsmanagements. Erstens der Zusammenbruch der Profite, der die Firmen dazu zwang, über alle verfügbaren Methoden nachzudenken, um die Rentabilität wieder herzustellen und ihre Kontrolle über den Arbeitsprozeß zu verbessern. Zweitens führte die Depression ziemlich schnell zur Unzufriedenheit der ArbeiterInnen – und endlich natürlich zum Auftauchen von Industriegewerkschaften. Die Bewegung der Industriegewerkschaften stellte eine neue Kraft dar, mit der sich fast alle Unternehmer auseinandersetzen mußten, da sie einige der wichtigsten Bestandteile sowohl des Antriebssystems als auch der ersten Versuche mit ausgeklügelteren Strategien direkt in Frage stellte (Gordon, 1982, S. 176).

Dieser neue Druck der Arbeitermacht gab der Veränderung der kapitalistischen Herrschaftsform endlich eine Gestalt. In den Vereinigten Staaten führte die Unzufriedenheit der ArbeiterInnen, der Protest gegen die durch den ausgeglichenen Staatshaushalt symbolisierte Macht des Geldes, zur Niederlage Hoovers in den Wahlen von 1932 und zum Erfolg von Roosevelt und seiner Verpflichtung auf einen »New Deal« [Neuverteilung der Karten]. Der ursprüngliche »New Deal« war allerdings unbestimmt und widersprüchlich: Erst unter dem Druck der Arbeitskämpfe der 30er Jahre und dem Aufstieg des in der CIO organisierten Gewerkschaftswesens nahm er die Form an, mit der wir ihn heute verbinden.

Das neue industrielle Gewerkschaftswesen entwickelte sich aus den neuen Arbeitsverhältnissen. Die Ausbreitung des Fordismus bedeutete die Ausbreitung eines neuen Typs von unausgebildetem Massenarbeiter, der in großen Fabriken arbeitete. Der fordistische Deal, der ausgehandelte Kompromiß zwischen Langeweile und Bezahlung, machte den Lohn deutlicher als jemals zuvor zum Brennpunkt der Kämpfe. Als Ford 1915 seinen »Fünf Dollar-Tag« verkündete, war dies ein einseitiger Akt gewesen, um die Flucht vor unerträglichen Arbeitsbedingungen einzudämmen. Aber nachdem der Lohn zum derart ausschließlichen Brennpunkt gemacht worden war, war es unwahrscheinlich, daß die ArbeiterInnen auf eine Anordnung der Unternehmensleitung warten würden. Der Druck zu kollektiven Lohnverhandlungen führte dazu, daß Anfang der 30er Jahre ein neues Gewerkschaftswesen aus dem Boden schoß. Die Forderung nach der Anerkennung der neuen Gewerkschaften als Vertreter der ArbeiterInnen in den kollektiven Verhandlungen wurde in den 30er Jahren von immer mehr Firmen akzeptiert. Dies geschah nicht ohne Widerstand, aber das Kapital erkannte auch, daß die Kanalisierung der Unzufriedenheit in Lohnforderungen einen wichtigen Baustein bei der Errichtung einer geordneteren Beziehung zu den ArbeiterInnen darstellte. Auf den Plakaten für die Rekrutierungskampagne der CIO wurde dies eindrucksvoll aufgenommen: »Präsident Roosevelt will, daß du der Gewerkschaft beitreitest.« Wie Tronti schreibt:

»Die Parole ›organisieren wir die Unorganisierten‹ paßte beiden gut in den Kram: dem modernen Kapital und der neuen Gewerkschaft. Es gibt solche Momente von Wahlverwandtschaft zwischen den beiden Klassenprotagonisten der modernen Geschichte, wenn beide gleichermaßen und jeweils in ihren eigenen Bereichen innerlich gespalten sind und gleichzeitig Probleme der strategischen Ausrichtung und der organisatorischen Umstrukturierung lösen müssen.« (1976, S. 117)

Diese Dynamik der ArbeiterInnen führte zur Arbeitspolitik der Roosevelt-Regierung und zur Verabschiedung des Wagner Act [Gewerkschaftsgesetzgebung] im Jahre 1935. Unter immensem sozialen Druck und gegen den Widerstand wichtiger Teile des Kapitals wurde in den USA in den 30er Jahren eine neue Beziehung zwischen Kapital und ArbeiterInnen geschmiedet, die sich auf die Anerkennung der Macht der ArbeiterInnen und den Versuch ihrer Integration konzentrierte. Der »New Deal« »bedeutete den Beginn eines neuen Spiels, aber mit denselben Spielern« (Mattick, 1978, S. 129). Später wurde dieses »neue Spiel« unter dem Namen Keynesianismus bekannt: »Lord Keynes ist in Wirklichkeit ein amerikanischer Ökonom«, um es mit Trontis treffendem Satz zu sagen (1976, S. 115).

Aber Mitte der 30er Jahre war dies neue Spiel von seiner Durchsetzung noch

weit entfernt. Zum einen gab es alternative, konkurrierende Modelle für die Gestaltung des neuen Spiels. In Deutschland hatte es die Krise der alten Modelle und die Dynamik der ArbeiterInnen mit einer anderen Antwort zu tun. Die grausame Unterdrückung der revolutionären Strömungen der Nachkriegszeit war nicht so säuberlich von der institutionellen Einverleibung der Bewegung der Arbeiterklasse getrennt, so nahm dieser neue Korporatismus eine besonders blutige Gestalt an. Auch in Rußland hatte die enorme Wucht des Schlags der ArbeiterInnen im Jahre 1917 der schließlich unter Stalin erfolgten Eindämmung dieser Macht eine ganz andere Gestalt gegeben.

Die eindeutige Durchsetzung des neuen Spiels wurde jedoch nicht einfach durch die Existenz konkurrierender Modelle verhindert. Entscheidender war die Tatsache, daß die Bedingungen für eine durchgreifende Restauration der kapitalistischen Rentabilität noch nicht gegeben waren. Die wirtschaftliche Genesung der ersten »New Deal«-Jahre hatte sich als kurzlebig erwiesen. Ende 1937 kam es zu einem erneuten Konjunkturreinbruch. Die Kapazitätsauslastung sank z.B. in der Stahlproduktion von 80 auf 19 Prozent. Trotz der dann folgenden Neubelebung hatten die Vereinigten Staaten 1939 immer noch 10 Millionen Arbeitslose, und die privaten Investitionen lagen noch immer ein Drittel unter dem Stand von 1929 (Mattick, 1978, S. 138 f.). Die Veröffentlichung der *General Theory* von Keynes im Jahre 1936 gaben zwar den Praktiken des »New Deal« eine neue theoretische Konsistenz, aber weder die theoretische Konsistenz noch die Regierungspolitik reichten, um die Restrukturierung durchzuziehen, die zur Wiedereinsetzung des Kapitalismus auf einer stabilen Grundlage notwendig gewesen wäre.

Erst der Krieg brachte diese Restrukturierung zustande. »Wieder einmal regierte der Tod die Welt, dieser größte aller Keynesianer« (Mattick, 1978, S. 142). Wo New Deal, Nationalsozialismus und Stalinismus nur auf die möglichen Linien der weiteren Entwicklung hinweisen konnten, setzte sich der Krieg erfolgreich durch. Die durch den Krieg zustande gebrachte Zerstörung und Entwertung von konstantem Kapital war sogar umfangreicher als die Bankrotte und Abschreibungen der Großen Depression. Auf der Arbeit wurden die nach dem Börsenkrach von 1929 eingeführten Veränderungen der Management-Methoden weiterentwickelt, allerdings in einer Atmosphäre größerer Disziplin: »In den Vereinigten Staaten versuchten viele Unternehmer, die Disziplin der Kriegsjahre auszunutzen, um die am Ende der Depression an die Gewerkschaften verlorene Initiative und Kontrolle wiederzugewinnen« (siehe Gordon, 1982, S. 182). Dabei konnten die Unternehmer aller wichtigen Länder auf die Mithilfe der Gewerkschaften setzen, diese predigten nämlich die Unterordnung des Klassenantagonismus unter das gemeinsame Ziel, den Krieg zu gewinnen (siehe z.B. Gordon, 1982, S. 183; Middlemas, 1979, S. 266 ff.). Die veränderten Beziehungen auf der Arbeit wurden von einer rapiden Veränderung der Produktions-

technologie begleitet, da die Regierung Ressourcen in die für strategisch wichtig gehaltenen Bereiche der technologischen Entwicklung fließen ließ. So kam es in Bereichen wie der Elektronik und der Petrochemie zu rasanten Fortschritten. Die Einberufungen und die Ermordung von Millionen brachte die Lösung des Problems Arbeitslosigkeit: eine gewaltige »Verschrottung von Arbeitskraft« (Bonefeld, 1988, S. 56).

Der Krieg war der Höhepunkt der Umstrukturierungsanstrengungen der Zwischenkriegszeit. Die »sozialen Möglichkeiten des Krieges« hatte John Dewey, schon damals einer der intellektuellen Führer des amerikanischen Liberalismus, bereits in einem Artikel von 1918 entdeckt: die Anwendung der Technologie zum Nutzen des Gemeinwohls, die Unterordnung der Produktion für den Profit unter diejenige für Gebrauchszwecke und die Organisation der finanziellen Mittel unter öffentlicher Kontrolle (Dewey 1918, zitiert nach Schlesinger, 1957, S. 39). Die Taylorisierung der Gesellschaft, die Roosevelts Berater Tugwell im New Deal gesucht hatte, wurde während des Krieges ein ganzes Stück mehr zur Realität. Die von Keynesianern und New-Deal-Anhängern so lange herbei gesehnte Ausdehnung des Staates, wurde in einem noch nie dagewesenen Umfang verwirklicht. Der von der »Partei der alten Welt« so verbissen verteidigte ausgeglichene Staatshaushalt geriet in Vergessenheit. Und mit dem Ende des Krieges und der Etablierung der Vereinigten Staaten zur alleinigen hegemonialen Macht konnten staatliche Intervention und Geldregulation einen internationalen Siegeszug antreten, der in der Zwischenkriegszeit völlig unmöglich gewesen war. Jetzt endlich konnte das Kapital neue Karten austeilen, und auf den Leichen von 20 Millionen [nicht 55 Millionen? A.d.Ü.] Menschen konnte ein neues Spiel begonnen werden.

Zum erstenmal seit fast 50 Jahren stand nicht mehr unmittelbar der Zusammenbruch des Kapitalismus bevor, der lange Zeit sowohl das sozialistische als auch das bürgerliche Denken beherrscht hatte. Seit der Jahrhundertwende hatten sich alle marxistischen Debatten um den Streit gedreht, ob der Zusammenbruch des Kapitalismus zwangsläufig sei oder nicht. Auch für das bürgerliche Denken hatten der Krieg, die Welle der Revolutionen, der Bösenkrach und die Große Depression, der Faschismus, die Wiederbewaffnung und wiederum der Krieg einen Schock nach dem anderen für die Vorstellung von kapitalistischer Stabilität dargestellt, und 30 Jahre lang Pleite, Zusammenbruch und Revolution zu seinen größten Sorgen gemacht.

Mit dem Ende des Krieges 1945 waren die Hoffnungen auf und die Ängste vor der Revolution nicht sofort verschwunden. Im Gegenteil: die unmittelbare Nachkriegszeit war eine Periode beträchtlichen Aufruhrs. Aber das allgemeine Gleichgewicht hatte sich verschoben. Zum erstenmal seit fast 50 Jahren stand das Kapital auf einer Grundlage, von der aus es sich energisch der Akkumulation und der Ausbeutung widmen konnte, auf einer Grundlage, auf der es einen neuen

Schein von Stabilität aufbauen konnte, und die Millionen, die auf dem Weg dahin niedergemetzelt worden waren, verschwanden in einem Nebel aus Gedächtnisschwund und Trauertagen.

II

Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre war das neue Spiel vorbei. Ohne Unterbrechungen war es nie gespielt worden. Selbst nachdem die Turbulenzen der unmittelbaren Nachkriegszeit unter Kontrolle waren, selbst nach der vollständigen Etablierung des »Marschallismus« in Europa und der weltweiten Herrschaft der USA machten sich in den 50er und frühen 60er Jahren antikoniale und revolutionäre Bewegungen und Arbeitsunruhen laut bemerkbar. Aber erst Ende der 60er Jahre begann das nach dem Krieg etablierte Muster von Beziehungen zwischen Kapital und ArbeiterInnen sich aufzulösen.

Die oft so genannte »Krise des Keynesianismus« ist nicht einfach eine Krise der ökonomischen Theorie oder der Wirtschaftspolitik: Es handelt sich um Symptome einer Krise in der Beziehung zwischen Kapital und ArbeiterInnen, eine Krise des besonderen Modells der Bändigung der Macht der ArbeiterInnen. So betrachtet ist es offensichtlich, daß sich die Krise weder als Versagen der objektiven Strukturen (oder als Wirken der »objektiven Gesetze des Kapitals«) noch einfach aus der subjektiven Dynamik der ArbeiterInnen und schon gar nicht aus den Spannungen zwischen den Kapitalisten oder nationalen Kapitalen verstehen läßt. Die Beziehung zwischen Kapital und ArbeiterInnen brach zusammen: Die Spannungen, die in dieser Beziehung von Beginn an vorhanden waren, nahmen zu und brachen auf. Der durch den Keynesianismus gebändigte Antagonismus ließ sich nicht länger bändigen.

Die effektive Ausbeutung der ArbeiterInnen war die Vorbedingung für das Herrschaftsmodell der Nachkriegszeit gewesen. Nach dem Krieg waren nicht nur in den USA, sondern auch in Europa fordistische Methoden der Massenproduktion breit eingeführt worden. Dies brachte einen scharfen Produktivitätsanstieg, aber der war nicht umsonst zu haben. Die fordistische Produktion beruhte auf einem stillschweigenden Tauschhandel zwischen einem hohen Grad an Entfremdung und Langeweile bei der Arbeit und steigendem Konsum nach der Arbeit. Die Unzufriedenheit wurde in Nachfrage verwandelt und durch jährliche Lohnverhandlungen reguliert. Mit der Etablierung dieses Modells als herrschendem Muster wurden seine Widersprüche deutlicher.

Der fundamentale Widerspruch aller kapitalistischen Produktion drückt sich in der Kategorie der Entfremdung aus: dem Widerspruch zwischen dem Potential menschlicher Kreativität in der Produktion von Gebrauchswerten und der Form, die dieser Kreativität im Kapitalismus aufgezwungen wird, der Schaffung von Werten unter der Kontrolle von jemand anderem: kurz gesagt, der Reduktion der

konkreten Arbeit auf abstrakte Arbeit. Die fordistischen Produktionsmethoden mit ihrem beispiellosen Ausmaß an ungelerten, monotonen Tätigkeiten verschärften diesen Widerspruch noch. Zunehmend drückte sich dieser Widerspruch nicht in Kämpfen gegen die Entfremdung (und für Arbeiterkontrolle) aus, sondern immer mehr in einer Rebellion gegen die Arbeit an sich. Die tödliche Langeweile der fordistischen Arbeit stieß auf Revolten aller Art, die alle in erster Linie das Aufbrechen der tödlichen Monotonie sinnloser Tätigkeiten zum Ziel hatten: Sabotageakte, Absentismus, kurze »wilde« Streiks und dergleichen mehr nahmen zu. Auf die Produktivität und die Rentabilität hatte dies alles eine weitaus ernstere Wirkung als die breiter publizierten Lohnstreiks.

Mit der Einbettung in eine besonders starre Arbeitsorganisation wurde die Revolte gegen die Arbeit nur noch wirksamer. Da sich der Angriff von Taylor und dann von Ford auf die Macht der Facharbeiter gegen die Flexibilität und Urteilskraft des Fachwissens richtete, führte er zu einer sehr unflexiblen Produktionsorganisation. Die Zerstückelung der Arbeit in kleine, zeitlich genau abgestimmte Arbeiten und die anschließende Zusammenführung dieser Arbeiten mit der Arbeit der Maschine in einem spezifischen Prozeß sollte ursprünglich die Macht der Facharbeiter brechen. Aber der Kampf machte sie sowohl zu einer Waffe gegen das Kapital als auch zu einer Schranke für das Befehlsrecht des Kapitals. Die Starrheit vergrößerte die Wirkung jeder Unterbrechung im Fluß im Arbeitsprozesses, da die Nichtausführung eines Teils des Ablaufs oft die Ausführung anderer Teile des Ablaufs unmöglich machte: nicht nur in einer bestimmten Fabrik oder Firma, sondern zwischen Zulieferketten und der Weiterverarbeitung. Diese Starrheit schuf auch genau definierte Arbeitsplätze, die für die ArbeiterInnen oft zu Machtpositionen wurden, von denen aus sie für höhere Löhne kämpfen konnten. So wurden Dienst nach Vorschrift und Auseinandersetzungen um die Arbeitsplatzbeschreibung zu üblichen Formen des Arbeitskampfes. Die ArbeiterInnen benutzten oder verteidigten eben jene Starrheit, die ihnen ursprünglich vom Kapital aufgezwungen worden war.

Angesichts der Starrheit und der Revolte war Geld das große Schmiermittel. Sowohl die Veränderungen durch die Unternehmensleitungen als auch die Unzufriedenheit der ArbeiterInnen konzentrierten sich auf die Lohnverhandlungen. Lohnerhöhungen (oder spezielle Prämien) wurden zum wichtigsten Mittel, mit dem das Management seine eigene Starrheit überwand und Veränderungen im Arbeitsablauf einführte: »Bezahlung für Veränderung« setzte sich als Prinzip der gewerkschaftlichen Verhandlungen durch, wenigstens in den besser organisierten Branchen. Die Lohnverhandlungen wurden so auch zum Brennpunkt der organisierten Proteste der Arbeiterklasse; die Gewerkschaften wurden immer mehr zu den »Managern der Unzufriedenheit«, um einen Ausspruch von C. Wright Mill zu benutzen. Der Konflikt wurde von den Gewerkschaften in eine Geldforderung kanalisiert, um die im Lohnverhandlungsritual gekämpft werden

sollte.

Die Monetarisierung des Konfliktes wurde immer problematischer, da sich die produktive Macht der ArbeiterInnen in einem immer höheren Lebensstandard ausdrückte. Mit dem Anwachsen der Revolte gegen die Arbeit wurde die Kanalisierung der Unzufriedenheit immer unwirksamer und zugleich teurer. Einerseits waren steigende Löhne ein nur ungenügender Ansporn, um eine effektive Kontrolle der Unternehmensleitung über den Arbeitsprozeß zu gewährleisten. Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre häuften sich Klagen, das Management habe die Kontrolle über die Fabrik verloren (siehe Holloway 1987). Gleichzeitig drückten sich diese Schwierigkeiten bei der Durchsetzung einer wirksamen Kontrolle und die Macht des Widerstandes gegen die Durchsetzung neuer Arbeitsbestimmungen in steigenden Lohnforderungen aus, die oft mit Streikdrohungen oder Streiks geltend gemacht wurden (siehe Armstrong, 1984). Die Kontrolle über den Lohn und die Beschränkung dessen, was als Macht der Gewerkschaften erschien, wurde zu einer vorherrschenden Sorge dieser Zeit.

Mit dem Anwachsen der Revolte gegen die Ausbeutung in ihrer monetarisierten und nicht-monetarisierten Form wurde die Abpressung des Mehrwertes für das Kapital immer schwieriger. Aber es ist wichtig, hier nicht zu übertreiben. Trotz der unzweifelhaften Wirksamkeit der Kämpfe der Arbeiterklasse fiel die Ausbeutungsrate nicht: Im Gegenteil stieg sie weiterhin, da die zunehmende Mechanisierung des Produktionsprozesses die Arbeit produktiver machte, und so die Mehrwertaneignung durch das Kapital weiter anstieg. Die Veränderung bestand nicht im Sinken der Ausbeutungsrate, sondern in der Verteuerung der Ausbeutung für das Kapital: Um die ArbeiterInnen effektiv auszubeuten, mußte das Kapital immer mehr in Maschinen und Rohstoffe investieren. Dies läßt sich z.B. an der Verlangsamung des Produktivitätsanstiegs trotz steigender Investitionen in allen großen Ökonomien zwischen 1968 und 1973 ersehen (siehe Armstrong, 1984, S. 249). Somit fiel die Profitrate (die Rate des Gewinns aus dem gesamten investierten Kapital) trotz der steigenden Ausbeutungsrate.

Der Schlüssel zum Fall der Profitrate (dokumentiert z.B. bei Glyn und Sutcliffe, 1972 und Armstrong et al., 1984) war somit die Tatsache, daß die Ausbeutung für das Kapital immer teurer wurde. Diesen Anstieg der Ausbeutungskosten bezeichnete Marx als Anstieg der organischen Zusammensetzung des Kapitals: Mit der Entwicklung der kapitalistischen Produktion kommt es zu einem tendenziellen Anstieg des konstanten Kapitals (der Teil des Kapitals, dem die in Maschinen und Rohstoffen verkörperte tote Arbeit entspricht) im Verhältnis zum variablen Kapital (der Teil des Kapitals, dem die lebendige Arbeitskraft entspricht). Die Betonung der steigenden organischen Zusammensetzung des Kapitals wird oft den Erklärungen der Krise aus den Kämpfen der Arbeiterklasse entgegengestellt (wie z.B. in den Debatten zwischen »Fundamentalisten« und »Neo-Ricardianern«). Wenn wir jedoch die steigende organische Zusammen-

setzung nicht als ein dem Klassenkampf äußerliches ökonomisches Gesetz ansehen, sondern als Ausdruck der steigenden Ausbeutungskosten, dann löst sich die Polarität zwischen Klassenkampf und kapitalistischen Entwicklungsgesetzen auf.

Warum wurde eine effektive Ausbeutung der ArbeiterInnen für das Kapital immer teurer? Die Revolte gegen die Arbeit und die Kämpfe um höhere Löhne führten unmittelbar zur Einschränkung und Unterbrechung der Ausbeutung und zum Anstieg der Kosten. Mittelbar veranlaßten sie das Kapital auch dazu, »die widerspenstige Hand der ArbeiterInnen« durch die Einführung von Maschinen zu umgehen, die die widerspenstigen und unzuverlässigen ArbeiterInnen ersetzen sollten. So gesehen ist die Antwort des Kapitals auf die besondere Dynamik dieser Kämpfe schlicht ein Teil seines generellen unaufhörlichen Kampfes zur Konsolidierung und Intensivierung seiner Herrschaft durch die Aneignung der Produkte der Arbeit und ihre Verwandlung in tote Arbeit als Hebel zur Intensivierung der Ausbeutung der lebendigen Arbeit. Das Kapital lebt davon, die Produktivkraft der Arbeit gegen sie selbst zu wenden (siehe Bonefeld, 1990). Die Notwendigkeit zur Mechanisierung wird den Einzelkapitalen zwar über den wirtschaftlichen Druck der Konkurrenz vermittelt, aber die Mechanisierung ist keine vom Klassenkampf getrennte »ökonomische Tendenz«, sondern Teil des unaufhörlichen Überlebenskampfes des Kapitals: Die steigenden Ausbeutungskosten sind Ausdruck der Schwierigkeiten der kapitalistischen Reproduktion.

Historisch neu in der Krise der steigenden Ausbeutungskosten war in den 60er Jahren die Rolle der »indirekten Ausbeutungskosten«, wie man es nennen könnte. Die Ausweitung des Staates, die nach dem Krieg zu den zentralen Stabilitätsbedingungen für eine Fortsetzung der Kapitalakkumulation gehörte, brachte erhebliche neue Kosten für das Kapital mit sich. Auch wenn Steuerreformen zentral zum ständigen Kampf des Kapitals um die Senkung der Ausbeutungskosten gehören, werden die Staatsausgaben im allgemeinen vom Kapital bezahlt, und egal, in welcher Form die Steuern erhoben werden, müssen sie von der zur Akkumulation verfügbaren Mehrwertmasse abgezogen werden (siehe Bullock und Yaffe, 1975). Die Entwicklung des keynesianischen Sozialstaates nach dem Krieg trug viel zur Effektivität und Stabilität der Ausbeutung bei, aber das hatte seinen Preis.

Die Kosten der Schaffung stabiler Akkumulationsbedingungen stiegen, während ihre Effektivität gleichzeitig nachließ. Genau wie der Lohn ein immer unwirksames Mittel zur Kanalisierung der Revolte gegen die Arbeit darstellte, war der Staat ein immer weniger wirksames Mittel zur Kanalisierung der gesellschaftlichen Unzufriedenheit. Die Vergesellschaftung des Kapitals, zu der die Ausweitung des Staates nach dem Krieg geführt hatte, verstärkte die Entfremdung in der Gesellschaft.

Ebenso wie die fordistische Produktion den Widerspruch zwischen dem

Potential der menschlichen Kreativität und der fremden Form vertiefte, die dieser Kreativität durch die kapitalistische Wertproduktion aufgezwungen wird, vertiefte die Ausweitung des Staates als Sozialstaat den Widerspruch zwischen dem Potential einer bewußten gesellschaftlichen Organisierung und der Form, die diesem Potential im Kapitalismus aufgezwungen wird – dem Staat. Als der Staat immer mehr Bereiche des gesellschaftlichen Lebens durchdrang, wuchs das Bewußtsein um den Gegensatz zwischen gesellschaftlicher und staatlicher Kontrolle. Zu der Revolte gegen die Arbeit gesellte sich die Revolte gegen den Staat, die sich oft schlicht in Zerstörungswut und Kriminalität ausdrückte, aber ebenso in bewußten Kämpfen, die sich nicht leicht vom Staat integrieren ließen: Kämpfe um Wohnungen, Bildung, Gesundheit, Verkehrsmittel und so weiter (siehe z.B. Cockburn 1977; LEWRG, 1979). Die gegenseitige Durchdringung von Fabrikkämpfen und Kämpfen in der Gesellschaft, die der Mai 1968 in Frankreich und der »heiße Herbst« 1969 in Italien dramatisch vorführten, drückte den späten 60er und frühen 70er Jahren in vielen Ländern ihren Stempel auf: Dies meint Negri (1988) mit der Neuzusammensetzung der Arbeiterklasse im gesellschaftlichen Arbeiter (*operaio sociale*).

Die wachsenden Schwierigkeiten, den Protest innerhalb der etablierten Mechanismen staatlicher Schlichtung zu halten, ließen sich an den steigenden Kosten des »Forderungsmanagements« ablesen. Die für den keynesianischen Staat zentrale Institutionalisierung des Protestes beruhte nicht einfach auf einer Bürokratisierung durch Gewerkschaften, Sozialdemokratie und Institutionen des Sozialstaats: Ihre materielle Stütze war die Fähigkeit, dem gebändigten Druck begrenzte, aber erhebliche Zugeständnisse zu machen. Als der Druck auf den Staat zunahm, stiegen auch die Kosten der Bändigung des Druckes, und damit auch die Steuern und die indirekten Ausbeutungskosten.

Ende der 60er Jahre wurde immer deutlicher, daß der relativ stabile Aufschwung der Nachkriegsjahre zuende ging. In allen führenden kapitalistischen Ländern fielen die Profite (siehe Armstrong et al., 1984, S. 245 ff.) und nahmen die sozialen Unruhen zu. Steigende Kosten, und vor allem die Lohnkosten, wurden für den Fall der Profite verantwortlich gemacht, und es wurde immer stärker versucht, die Lohnsteigerungen unter Kontrolle zu bekommen und gleichzeitig die Produktivität zu steigern. Zunächst aber wurde das Nachkriegsmodell der Beziehungen zwischen Kapital und ArbeiterInnen nicht in Frage gestellt. Man glaubte, daß sich der Versuch, die Löhne unter Kontrolle zu bekommen und die Produktivität zu steigern, nur im gegebenen Rahmen durchsetzen ließe, also durch die institutionalisierte Anerkennung der Macht der ArbeiterInnen, durch die Gewerkschaften. Die Bemühungen um Kontrolle der Löhne und Steigerung der Produktivität stellten die Gewerkschaften nur noch mehr ins Zentrum des ganzen politischen Systems. Sowohl auf betrieblicher Ebene, wo einschneidende Veränderungen des Arbeitsprozesses oder der Technik

nur durch Verständigung mit den Gewerkschaften möglich waren (siehe Holloway, 1987), als auch dort, wo der Staat versuchte, die Lohnsteigerungen durch irgendeine Einkommenspolitik in den Griff zu bekommen. Bald wurde klar, daß nur die aktive Mitwirkung der Gewerkschaften einer staatlichen Einkommenspolitik zum Erfolg verhelfen konnte. Der »Keynesianismus in der Krise« machte die Grundlagen des ganzen Nachkriegsmodells der Beziehungen zwischen Kapital und ArbeiterInnen sichtbar: die Anerkennung und Institutionalisierung der Macht der ArbeiterInnen und somit die zentrale Rolle der Gewerkschaften.

Der Versuch, die Löhne unter Kontrolle zu bekommen, machte die widersprüchliche Position der Gewerkschaften deutlich. Sie konnten zwar ausreichend in den Staat eingebunden werden, um sie zum Mittel zur Begrenzung von Lohnforderungen zu machen, aber die Gewerkschaften konnten die Unterstützung ihrer Mitglieder nur halten, indem sie als Gegenleistung für die Lohnzurückhaltung gleichzeitig andere staatliche Zugeständnisse aushandelten (bei der Planung, bei der Beschäftigungspolitik oder bei Verbesserungen der Sozialleistungen). Je mehr die Gewerkschaften in den Staat eingebunden wurden, um so deutlicher stützte sich das staatliche System auf die Gewährung von Zugeständnissen: Das Kapital mußte die Eindämmung der direkten Ausbeutungskosten (Löhne) mit einem Anstieg der indirekten Kosten bezahlen (steigende Staatsausgaben). Daß sich die Gewerkschaften zunehmend im Herzen des Systems eingruben, machte alles nur noch starrer: Sowohl in der Organisation der Produktion oder der Organisation des Staates wurde es immer schwieriger, größere Veränderungen durchzuführen.

Die zunehmende Integration der Gewerkschaften in den Staat machte sie scheinbar mächtige. Aber ihre Macht war die institutionalisierte Macht der ArbeiterInnen, und als Institutionen standen sie immer mehr außerhalb und gegen die Macht, die sie repräsentierten. Je mächtiger ihr Einfluß im Staat erschien, desto weniger effektiv zeigten sie sich sowohl bei der Vertretung als auch bei der Zurückhaltung ihrer Mitglieder. Ihre Macht wurde immer mehr ausgehöhlt, eine institutionelle Macht ohne Substanz. Dasselbe galt in unterschiedlichem Ausmaß für die sozialdemokratischen Parteien. Die zentrale Rolle der Gewerkschaften, die ihnen nach dem Krieg bei der Kanalisierung der Arbeitermacht innerhalb der kapitalistischen Herrschaftsweise zukam, brachte den Parteien mit engen Verbindungen zu den Gewerkschaften oft eine privilegierte Stellung ein. Als die Probleme der Akkumulation ab Mitte/Ende der 60er Jahre immer deutlicher wurden, favorisierten sogar Organisationen von Kapitalvertretern sozialdemokratische Parteien als einzige Parteien, die die Forderungen der ArbeiterInnen unter Kontrolle halten könnten: Ein schönes Beispiel war die kurz vor den Wahlen 1974 »durchgesickerte« Offenbarung, daß der britische Industriellenverband (CBI) auf einen Labour-Sieg setzte. Als die widersprüchliche Position der

Gewerkschaften deutlicher wurde, spitzten sich aber auch die Widersprüche innerhalb der sozialdemokratischen Parteien zu. Die Konflikte zwischen »linken« und »rechten« Flügeln verschärfen sich, und sie verloren immer mehr den Kontakt zu der Klasse, die sie angeblich vertraten.

Die zunehmenden Akkumulationsprobleme drückten sich in einer zunehmenden Krise der institutionellen Strukturen des Keynesianismus aus, sowohl auf betrieblicher als auch auf staatlicher Ebene. Aber selbst als die Krise sich weiter verschärfte, reagierte das Kapital vorwiegend nicht mit einem offenen Angriff auf das etablierte Muster der gesellschaftlichen Beziehungen. Die Kontrolle des Lohns, die Beschränkung der öffentlichen Ausgaben und die Unterdrückung nicht-institutionalisierter Formen von Arbeitermacht wurden stärker betont; aber die Annahmen des Keynesianismus wurden immer noch von den meisten als Rahmen der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung akzeptiert. Die wachsenden Widersprüche des gesamten Herrschafts- und Kampfmusters der Nachkriegszeit wurden durch die Ausdehnung des Geldes im Zaum gehalten.

Natürlich hatte die »Partei der alten Welt« schon lange vor dem Krieg vor den Gefahren der Inflation gewarnt. Als die Roosevelt-Regierung 1933 in den USA den Goldstandard aufgab, hatte Bernard Baruch, ein führender Demokrat, protestiert:

»Das läßt sich nur noch als Herrschaft des Pöbels rechtfertigen. Vielleicht hat das Land es noch nicht begriffen, aber ich glaube, wir werden feststellen, daß wir uns in einer Revolution befunden haben, die drastischer war als die französische Revolution. Die Masse hat den Sitz der Regierung an sich gerissen und versucht nun, den Reichtum an sich zu reißen. Der Respekt vor Recht und Ordnung ist dahin.« (zitiert nach Schlesinger, 1959, S. 202).

In gewissem Sinne hatte Baruch recht. Roosevelts Entscheidung, den Goldstandard aufzugeben, sollte die Lenkung der nationalen Wirtschaft von den Zwängen des Weltmarktes befreien, um dem starken sozialen Druck begegnen zu können. Aber dies war keine Preisgabe der Herrschaft des Geldes. Ganz im Gegenteil ließ sich die Herrschaft des Geldes nur durch finanziellen Nationalismus, durch die Abkopplung der nationalen Währungen vom internationalen Fluß der Werte vor dem »Pöbel« retten. »Rette sich wer kann«, hieß das Motto des Kapitals, als es in den verschiedenen Nationalstaaten mit Forderungen konfrontiert war, die sich nicht mit dem freien Funktionieren des internationalen Marktes vereinbaren ließen. Die Preisgabe des Goldstandards bedeutete nicht den Verzicht auf die Herrschaft des Geldes: Sie bedeutete nur, daß die Herrschaft des Geldes weitaus flexibler auf den sozialen Druck in den verschiedenen nationalen Finanzgebieten reagieren konnte.

Natürlich wurden die nationalen Währungen nicht völlig abgekoppelt. Die internationalen Kapitalströme flossen weiterhin, sowohl in Form von internationalen Finanzen als von internationalem Handel, aber weniger frei als zuvor. Eine gewisse Ordnung wurde wiederhergestellt durch die Bildung verschiedener Währungsgebiete und das dreiseitige Abkommen zwischen Frankreich, Großbritannien und den USA von 1936, in dem die Regierungen vereinbarten, einzugreifen, um feste Wechselkurse zwischen den drei wichtigsten Währungsgebieten aufrechtzuerhalten. Aber eine neue internationale Geldordnung wurde erst nach dem Krieg mit dem Abkommen von Bretton Woods von 1944 eingerichtet, das 1947 in Kraft trat.

Das System von Bretton Woods sollte die Herrschaft des internationalen Geldes mit der Anerkennung der Macht der ArbeiterInnen in Einklang bringen. Dazu wurde ein System etabliert, das um die Anerkennung des Dollars als internationaler Leitwährung herum aufgebaut war. Möglich wurde das durch die überwältigende Stärke des US-Kapitals, die am Ende des Krieges ganz klar durchgesetzt war. Der Dollar und Gold sollten austauschbar als internationales Geld dienen, wobei der Dollar zu einem festen Kurs in Gold konvertierbar sein sollte. Die nationalen Währungen wurden zu festen Wechselkursen an den Dollar gebunden. Diese Wechselkurse sollten nur im Falle eines fundamentalen Ungleichgewichts verändert werden können; der neue Internationale Währungsfond (IWF) sollte Geld bereitstellen, um kurzfristige Unausgewogenheiten auszugleichen (Burnham, 1990; Bonefeld, 1993a).

Ein Effekt dieses Systems war die Überführung der inflationären Flexibilität des Dollars in den Fluß des internationalen Geldes. Wie Mandel sagt, »etablierten die siegreichen imperialistischen Mächte des Zweiten Weltkrieges in Bretton Woods ein internationales Währungssystem, das die Basis für eine internationale Version der inflationären Kreditausweitung abgeben sollte, die inzwischen auf nationaler Ebene akzeptiert war« (1975, S. 463). Die Macht des »Pöbels«, die Roosevelt 1933 zur Aufgabe des Goldstandards gezwungen hatte, wurde nun in die internationalen Kapitalströme integriert. Der Marshall-Plan und andere Dollar-Hilfsprogramme nach dem Krieg sollten der keynesianischen Lösung auch auf internationaler Ebene zum Durchbruch verhelfen: die Verwandlung von Protest in Nachfrage durch die Schaffung von Geld (vgl. Mandel, 1975, S. 463).

Ein zweites Element des Systems von Bretton Woods war die Erhaltung eines gewissen Schutzes der nationalen Volkswirtschaften vor dem Weltmarkt. Die Stärke des gesellschaftlichen Drucks in der Krise der 30er Jahre hatte die nationalen Regierungen dazu gezwungen, durch die Preisgabe des Goldstandards und die Errichtung von Zollschränken ihre nationalen Volkswirtschaften von der zerstörerischen Macht des Weltmarktes abzuschotten. Die Festlegung fester Wechselkurse bewahrte ein gewisses Maß an Abschottung und schützte die

nationalen Währungen vor kurzfristigen Geldbewegungen auf dem Weltmarkt. Es ging nicht darum, die nationalen Volkswirtschaften vom internationalen Kapitalfluß abzuschotten, sondern eine Reihe von Ventilen zu schaffen, um diesen Fluß zu regulieren und einen gewissen kurzfristigen Schutz zu bewahren. Ebenso wie die Preisgabe des Goldstandards ein entscheidender Teil von Roosevelts New Deal gewesen war, so war die Bewahrung dieser Ventile ein wesentlicher Teil der keynesianischen Vorstellung von aktiver Staatsintervention.

Sowohl durch die Rolle des Dollars als auch durch das System der festen Wechselkurse wurde die Macht »des Pöbels« in das internationale Währungssystem eingebunden, um dort als Instabilität wiederaufzutauchen.

Den Kern dieser Instabilität stellt die seit dem Krieg für die Kapitalakkumulation entscheidende Ausweitung des Kredits dar. Die neue internationale Geldordnung vergrößerte den Spielraum für die Ausweitung der Kredite auf nationaler Ebene und sorgte durch die doppelte Rolle des Dollars als nationale und internationale Währung zwangsläufig dafür, daß die Kreditinflation in den USA als Element von Instabilität in das internationale System eindrang.

Die Ausweitung der Kredite zur Aufrechterhaltung der Nachfrage, zu der die Stärke des gesellschaftlichen Drucks die Regierungen in den 30er Jahren gezwungen hatte, war von Keynes theoretisch als dauerhafter Bestandteil von Wirtschaftspolitik gerechtfertigt worden. Praktisch war die Hauptursache der Kreditausweitung in der Nachkriegszeit aber nicht die Defizit-Finanzierung durch den Staat, sondern die Ausweitung von Überziehungskrediten, die die Banken dem Privatsektor gewährten: sowohl Produktionskrediten für Firmen als auch Konsumentenkrediten für Privatpersonen, hauptsächlich zum Kauf von Häusern und langlebigen Konsumgütern. Die private Verschuldung in den USA stieg zwischen 1946 und 1974 von 73,6 auf 140 Prozent des jährlichen Brutto-sozialproduktes, während die öffentlichen Schulden tatsächlich proportional zurückgingen (Mandel, 1975, S. 418). Die nationalen Regierungen übten also nur indirekte Kontrolle über einen Großteil der Kreditausweitung aus. Hinter dieser Ausweitung stand die Kreditnachfrage des produktiven Kapitals und der Konsumenten, die nach einem höheren Lebensstandard strebten, aber auch das Angebot an verleihbarem Kapital, das sicherere Gewinne suchte, als sich durch Direktinvestitionen in die Produktion erwarten ließen.

Die Entwicklung eines Dollarmarkts außerhalb der Vereinigten Staaten, der sogenannte »Eurodollarmarkt«, verschärfte die fehlende staatliche Kontrolle über die Kreditausweitung noch erheblich. Dies lag an der Stellung des Dollars als internationaler Währung. Die Genesung der kapitalistischen Volkswirtschaften in anderen Ländern nach dem Krieg führte allmählich zu einem relativen Niedergang der Vormachtstellung der US-Wirtschaft. Die Dollars, die die Weltmärkte überfluteten und anfänglich dazu gedient hatten, aus den USA exportierte Waren zu kaufen, verwandelten sich zunehmend in Reserven in europäischen

Banken (Bonefeld, 1993a). Diese Reserven dienten dann zunehmend als Quelle für Kredite sowohl an den Staat als auch an privates Kapital. Ab Anfang der 60er Jahre wuchs ein internationaler Finanzmarkt außerhalb jeder staatlichen Kontrolle und neben den nationalen, regulierten Märkten heran. Schon 1969 befanden sich 40 Milliarden Dollar (1964 waren es 11 Milliarden gewesen) in den Händen anderer kapitalistischer Länder, was die Goldreserven der USA bei weitem übertraf (Bonefeld, 1990). Unter diesen Umständen erschien die Konvertibilität des Dollars mit dem Gold nun immer brüchiger.

Die Brüchigkeit des internationalen Währungssystems wurde deutlicher, als sich die steigenden Kosten der Ausbeutung der ArbeiterInnen spürbar in fallenden Profiten und zunehmenden sozialen Spannungen ausdrückten. Die Nachfrage nach Krediten stieg, da die Staaten auf den gesellschaftlichen Druck zu reagieren und die sinkende Nachfrage zu stützen versuchten und Firmen Kredite aufnahmen, um während ihrer – so hofften sie – vorübergehenden Schwierigkeiten flüssig zu bleiben. Außerdem stieg das Kreditangebot, da das Kapital Anlagemöglichkeiten suchte, die profitabler und sicherer waren als produktive Investitionen.

Eine weitere Quelle der Instabilität entsprang der veränderten Stellung der nationalen Währungen, die im Bretton-Woods-System durch feste Wechselkurse an den Dollar gekoppelt waren. Die festen Wechselkurse schotteten die nationalen Währungen vor kurzfristigen Spekulationen auf den internationalen Geldmärkten ab. Der Preis dafür waren aber möglicherweise chronische Zahlungsbilanzprobleme und schließlich verschärfte Spekulation, als die Notwendigkeit einer Änderung der festen Wechselkurse sichtbar wurde. Die Verbindung zwischen Weltmarkt und nationaler Wirtschaft machte sich dann in der Form einer heftigen Währungskrise geltend. So ging es dem Pfund Sterling, als sich der Niedergang der britischen Wirtschaft in Zahlungsbilanzproblemen, Spekulationen und 1967 schließlich in der Abwertung des Pfunds ausdrückte.

Die Abwertung des Pfundes, das bei internationalen Transaktionen immer noch eine wichtige Währung darstellte, machte die Stellung des Dollars, die durch die Ausweitung des Eurodollarmarkts und den ungeheuren Anstieg der öffentlichen Verschuldung durch den vergeblichen Versuch, die Revolution in Vietnam zu ersticken, bereits stark angegriffen war, noch brüchiger. Die Unmöglichkeit, nationale und internationale soziale Spannungen anders als durch eine Ausweitung der Kredite in den Griff zu bekommen, drückte sich in zunehmender Instabilität des Geldes aus. Immer mehr Dollarbesitzer versuchten sich abzusichern, indem sie ihre Dollar in Gold konvertierten. Angesichts des enormen Ungleichgewichts zwischen der Dollarmenge und den Goldreserven der USA, verkündete die Nixon-Regierung im August 1971 die Aufhebung der Konvertibilität von Dollar und Gold auf unbestimmte Zeit. Durch das Smithsonian Agreement von Dezember 1971 wurde ein neues System fester Wechsel-

kurse eingerichtet, aber auch dies geriet unter starken Spekulationsdruck, und im März 1973 wurde das Prinzip der festen Wechselkurse aufgegeben (Bonefeld, 1993a; Armstrong et al., 1984, S. 293).

Soweit das System der festen Wechselkurse die nationalen Währungen vor kurzfristigen spekulativen Kapitalbewegungen geschützt hatte, bedeutete der endgültige Tod von Bretton Woods den Wegfall dieses Schutzes. Die Politik der Staaten war wieder direkt dem Geldfluß auf den internationalen Märkten unterworfen. Bonefeld (1993b, S. 58 f.) drückt es so aus: »Letztenendes wird jeder irgendwie mit der weltweiten Akkumulation ›inkompatible‹ inländische Versuch von Akkumulationssteuerung durch den Spekulationsdruck auf seine nationale Währung bestraft. Dieser Druck setzte der nationalen Herrschaft über das Geld und die Ausweitung des Kredits Grenzen und ordnete die nationale Politik der internationalen Geldbewegung unter«. Das bedeutete aber keine Rückkehr zum Goldstandard, diesem Reich scheinbar sicherer Macht, das die »Partei der alten Welt« so wacker gegen Roosevelt, die Keynesianer und die Plünderungen »des Pöbels« verteidigt hatte. Das internationale Geld wurde nun nicht mehr durch das Gold dargestellt, sondern durch den Dollar, und es bewegte sich nun viel schneller und flüchtiger, als es das zu Zeiten des Goldstandards je getan hatte.

Der Druck auf das alte Nachkriegsmuster gesellschaftlicher Beziehungen stieg von allen Seiten. Fallende Profite und zunehmende soziale Unruhen verhöhnten die keynesianischen Behauptungen über eine Versöhnung der sozialen Konflikte und die Sicherung einer harmonischen, krisenfreien Entwicklung des Kapitalismus. Der Zusammenbruch des internationalen Währungssystems beseitigte die Abschottung vom Weltmarkt, einen der wesentlichen Bestandteile des keynesianischen Konzepts der Staatsintervention. Diese Spannungen schlugen sich in der scharfen Krise von 1974/75 nieder: In allen führenden Ländern sackte die Produktion in den Keller, Arbeitslosigkeit und Inflation erklommen neue Höhen (Mandel, 1978, S. 14) und der Strom der »Pedrodollars« in die Eurodollarmärkte verstärkte die Unbeständigkeit des weltweiten Geldsystems.

Alle verkündeten den Tod des Keynesianismus. In den Debatten der Ökonomen verloren die Keynesianer rapide an Boden gegenüber den wieder in Mode gekommenen monetaristischen Theorien. In Großbritannien, den USA und auch anderswo attackierten Konservative die Ausweitung des Staates, die Stellung der Gewerkschaften und die »Politik des Konsenses«, und rechtfertigten ihre Positionen mit den Theorien von Leuten wie Hayek und Friedmann. Sogar sozialdemokratische Parteien, deren Stellung im politischen System von der Anerkennung der Macht der ArbeiterInnen abhing, denunzierten den Keynesianismus nun als nicht mehr realistisch. Premierminister James Callaghan faßte das 1976 auf der Konferenz der Labour Party in die Worte:

»Wir dachten immer, man könne mit Ausgaben Rezessionen überwinden und die Beschäftigung durch Steuersenkungen und verstärkte Staatsausgaben ankurbeln. Ich sage euch ganz offen, daß diese Option nicht mehr existiert, und soweit sie je existiert hat, dann hat sie nur dadurch funktioniert, daß wir der Wirtschaft jedesmal seit dem Krieg eine höhere Dosis Inflation verabreicht haben, woraufhin immer sofort die Arbeitslosigkeit gestiegen ist.«

Der New Deal war vorbei, das Spiel zuende. So sah es wenigstens aus. Aber bis dahin hatte nur einer der Spieler den Tisch verlassen. Die gesellschaftlichen Kräfte, die dem Kapital die Anerkennung der Arbeitermacht aufzwingen hatten, existierten noch immer, und zwar stärker denn je, und durch bloße Erklärungen von Politikern ließen sie sich nicht abschaffen. Und wenn das keynesianische Spiel vorbei war, welches sollten dann die neuen Regeln sein? Es hatte über 30 Jahre Kampf und Millionen von Toten gebraucht, bis der Keynesianismus etabliert war. Nach fast 30 Jahren relativer Stabilität stand der Kapitalismus wieder im Chaos. Sollte sich eine neue Ordnung einfach durch den Willen der Politiker durchsetzen lassen, oder würde die Welt erneut Zerstörung und Elend durchmachen müssen? Der Abgrund hatte sich aufgetan. ■

Literatur:

- Armstrong, P., Glyn, A. and Harrison, J. (1984) *Capitalism since World War II* (London: Fontana).
Beyon, H. (1973) *Working for Ford*, (Harmondsworth: Penguin).
Bonefeld, W. (1988) »Class Struggle and the Permanence of Primitive Accumulation«, *Common Sense* 6.
Bonefeld, W. (1990) »The State Form and the Development of the State under Monetarism«, Ph D.thesis, University of Edingburgh.
Bonefeld, W. (1993a) *The Recomposition of the British State During the 1980s*, (Aldershot: Dartmouth).
Bonefeld, W. (1993b) »The Global Money Power and the Crisis of Keynesianism«, *Common Sense* 13.
Bravermann, H. (1974) *Labour and Monopoly Capital*, (New York: Monthly Review Press).
Bullock P. and Yaffe, D. (1975) »Inflation, Crisis and the Post-War Boom, *Revolutionary Communist* 3/4.
Clarke, S. (1988) *Keynesianism, Monetarism and the Crisis of the State*, (Aldershot: Edward Elgar).
Cockburn, C. (1977) *The Local State*, (London: Pluto Press).
Coriat, B. (1982) *El Taller y el Cronometro*, (Madrid: Siglo XXI).
Foster, W.T. and Catchings, W. (1928) *The Road to Plenty*, (New York: Popular Edition).
Glyn, A. and Scutcliffe, B. (1972) *British Capitalism, Workers and the Profit Squeeze* (Hammondsworth: Penguin).

- Gordon, D. Edwards, R. and Reich, M. (1982) *Segmented Work, Divided Workers: The Historical Transformation of Labour in the US* (Cambridge: Cambridge University Press).
- Holloway, J. (1987) »The Red Rose of Nissan«, *Capital & Class* 32.
- Keynes, J.M. (1936) *General Theorie of Employment, Interest and Money*, (London: Macmillan).
- Keynes, J.M. (1972) »Am I a Liberal«, Vol. XI of *Collected Writings* (London: Macmillan).
- Lee, J.R. (1916) »The so-called profit sharing system in the Ford plant«, *Annals of the Academy of Political Science*, LXV.
- London Edinburgh Weekend Return Group (LEWRG) (1979): *In and Against the State* (London: Pluto Press).
- Mandel, E. (1975) *Late Capitalism*, (London: New Left Books).
- Mandel, E. (1978) *Economics, Politics and the Age of Inflation*, (London: Merlin).
- Mandel, E. (1978) *The Second Slump* (London: New Left Books).
- Middlemas, K. (1979) *Politics in Industrial Society* (London: Andre Deutsch).
- Negri, A. (1988) *Revolution Retrieved: Selected Writings on Marx, Keynes, Capitalist Crisis and New Social Subjects 1967-1983* (London: Red Notes).
- Schlesinger, A. (1957) *The Age of Roosevelt: The Crisis of the Old Order* (Cambridge, Mass.: The Riverside Press).
- Schlesinger, A. (1959) *The Age of Roosevelt: The Coming of the New Deal* (Cambridge, Mass.: The Riverside Press).
- Tronti, M. (1976) »Workers and Capital«, in *The Labour Process and Class Strategies*, CSE Pamphlet 1 (London: Stage 1).

Monetarismus und Krise

Werner Bonefeld (in: Bonefeld / John (Hrsg.): *Global Capital, National State and the Politics of Money*, 1995, Kapitel 3)

Einführung

Der Keynesianismus schien Mitte der 70er Jahre seine Kraft verbraucht zu haben. Das Gespenst eines sozial reformierten und wirtschaftlich pulsierenden Kapitalismus hatte sich angesichts von Massenarbeitslosigkeit, Hyperinflation, Zahlungsbilanzdefiziten, gesunkenen Profitraten und einem schleppenden Wirtschaftswachstum völlig blamiert. Die keynesianische »Wirtschaftsplanung« geriet ins Stolpern, als sie in den 70er Jahren beansprucht wurde. Wie Holloway andeutet¹, signalisierte die Abschaffung des Systems von Bretton Woods² den Zusammenbruch des Traggiebers des Keynesianismus nach dem Zweiten Weltkrieg. Das System von Bretton Woods regulierte die internationale Finanzierung der Nachfrage auf dem Weltmarkt durch Defizite auf der Grundlage einer inflationären Ausgabe von US-Dollars an den Rest der Welt. Der internationale Rahmen der inflationären Nachfrigesteuerung beruhte auf der Anerkennung des Dollars als internationaler Leitwährung. Der Dollar wurde in *Parität* zu *Gold* definiert. Die nationalen Währungen waren dem Dollar untergeordnet, der die doppelte Funktion sowohl einer internationalen als auch einer nationalen Währung ausübte. Die nationalen Währungen waren an den Dollar mittels fester Wechselkurse gekoppelt, die nur im Falle eines fundamentalen Ungleichgewichts geändert werden konnten. Die doppelte Funktion des Dollars bedeutete, daß die Stabilität von Bretton Woods davon abhing, daß ein US-Handelsbilanzüberschuß die Ungleichgewichte bei der Zahlungsbilanz kompensieren konnte. Solange die USA eine günstige Handelsbilanz aufrechterhielten, funktionierte der Dollar als Kredit, der anderen Ländern als Tauschmittel für in den USA produzierte Waren gegeben wurde. Diese Dollars dienten nicht als Zahlungsmittel, sondern als Kredit, dessen Realisierung als Zahlungsmittel in Form eines Anspruchs auf die

¹ Siehe »Der Abgrund tut sich auf« von Holloway (in diesem Zirkular).

² Zu diesem System siehe Burnham (1990) und Burnham: "Kapital, Krise und das internationale Staatensystem" in diesem Band [in der englischen Buchausgabe]; siehe auch Bonefeld (1993a; 1993b) sowie Brett (1983) und Pilbeam (1992).

zukünftige Ausbeutung von Arbeitskraft bestand. Das System von Bretton Woods etablierte die Verbindung zwischen der Ausbeutung von Arbeitskraft und der Realisierung von zirkulierendem Mehrwert auf der Grundlage einer weltweiten Ausdehnung des Geldangebots.

Die Abschaffung des Systems von Bretton Woods 1971-73 war eine Antwort auf das enorme Anwachsen eines Geldkapitals, das von der Ausbeutung von Arbeitskraft abgetrennt war. Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre kurbelte die Ausweitung des Kredits die Weltwirtschaft an und half so, die ArbeiterInnen durch Vollbeschäftigungsgarantien sowie durch einen internationalen Verfall der Reallöhne in das Kapitalverhältnis zu integrieren. Angesichts der Unruhe in der Arbeiterklasse Ende der 60er Jahre, fallender Profitraten, sinkender Wachstumsraten und sofort verfügbarer Kredite begann das Kapital nicht nur auf der Suche nach profitabler Verzinsung durch die ganze Welt zu rasen (vgl. Lipietz 1982; 1984). Es begann auch, Wetten auf die zukünftige Ausbeutung der ArbeiterInnen abzuschließen (siehe Holloway 1990). Diese expansionäre Antwort auf den Klassenkonflikt beschleunigte die Befreiung des Geldes von der Produktion und unterstützte in seiner Konsequenz die monetaristische Offensive, die um die Mitte der 70er an Stärke gewann.

In den 20ern und 30ern hatten Monetaristen wie Hayek und von Mises wiederholt vor den Gefahren gewarnt, die in einem reformierten Kapitalismus lauerten. Keynes und Hayek hatten verschiedene Antworten auf die Krise vorgeschlagen. Diese Schlacht hatte Hayek verloren. Die Wirtschaftskrise von 1929 und die ihr zugrundeliegende »Arbeiterfrage« (vgl. Holloway: »Der Abgrund tut sich auf« [in diesem Zirkular]) führten zu einer Entwicklung, in der der »rohe Kapitalismus« »angesichts der potentiell revolutionären Drohungen von unten durch eine im eigenen Interesse vorgenommene Anpassung« (Keegan 1993, 22) modifiziert werden mußte. In den 60er Jahren wurde der Keynesianismus gefeiert und Keynes als Erretter bejubelt. Das *Zeitalter von Keynes* wurde ausgerufen. Kurz nach dem Zusammenbruch des Systems von Bretton Woods wurde der Keynesianismus aber als destruktive Doktrin gegeißelt und das *Ende der keynesianischen Ära*³ verkündet. Der Monetarismus »überwand« den Keynesianismus nicht aufgrund seiner intellektuellen Gewitztheit. Der Monetarismus siegte durch Nichtantreten des Gegners. Die praktische Bedeutung des Monetarismus entstand nicht aus seiner Geschlossenheit als Doktrin. Was dem Monetarismus seine praktische Bedeutung gab, war die Deregulierung der weltweiten Finanzbeziehungen Anfang der 70er Jahre.

In den 70er Jahren drückte der Monetarismus der Neuen Rechten die neue kapitalistische Offensive der Deflation aus. Der Kapitalismus »lebte über seine

³ Skidelsky (1977); Lekachman (1966). Dieser Teil verdankt Gamble (1993, 42) einiges.

Verhältnisse«, und der Monetarismus versuchte das wiedergutzumachen, indem er die ArbeiterInnen die Kosten tragen ließ: und zwar mittels Intensivierung der Ausbeutung, niedrigerer direkter und indirekter Löhne, Kürzungen bei Leistungen und einer strengen Kontrolle des Verhältnisses zwischen öffentlichen Ausgaben und Löhnen. Der Monetarismus lieferte also eine radikale Antwort auf die Krise der kapitalistischen Reproduktion: Als die Garantien eines Wachstums durch Vollbeschäftigung zu einer Gefahr für die inländische Akkumulation wurden, erklärte der Monetarismus die Zerschlagung der Beschäftigungsgarantien zu einer Vorbedingung für die Erholung der Wirtschaft; als die Höhe der öffentlichen Ausgaben eine staatliche Finanzkrise auslöste, verkündete der Monetarismus die Abschaffung des keynesianischen Verhältnisses zwischen öffentlichen Ausgaben und Löhnen;⁴ als die korporatistische Strategie der sozialen Integration den sozialen Frieden nicht mehr sichern konnte, erklärte der Monetarismus die Gewerkschaften für unerwünscht; als die Arbeitslosigkeit dramatisch zunahm, sprach sich der Monetarismus für die Freiheit des Marktes und eine natürliche Arbeitslosenquote aus. Die Freiheit des Marktes wurde zur Grundlage aller demokratischen und wirtschaftlichen Freiheit erklärt.

Während der Keynesianismus sich um die Zukunft des Kapitalismus sorgte, ist der Monetarismus damit beschäftigt, die Gegenwart zu bewahren. Statt die zukünftige Ausbeutung der Arbeitskraft durch Deficit spending zu verpfänden, bestellte der Monetarismus den Konkursverwalter. Die Bedeutung des Monetarismus liegt darin, daß er die Verpflichtung zu einer Politik der Vollbeschäftigung zurückweist zugunsten der Unterwerfung der sozialen Beziehungen unter die sogenannte Freiheit des Marktes. Der konzertierte Versuch des Monetarismus, die Ideologie des Marktes wieder in den Mittelpunkt der politischen Bühne zu rücken, bedeutete auf einer grundsätzlichen Ebene, der Arbeiterklasse die sogenannte wirtschaftliche Freiheit aufzuerlegen. Die Rolle des Staates besteht in der Absicherung der wirtschaftlichen Freiheit des gleichen Tauschs auf dem Markt und nicht in der sogenannten Ausübung von Zwang auf die Marktkräfte durch die kollektive Planung der Ressourcen. Der Monetarismus griff die institutionellen Formen an, die die politische Stärke der ArbeiterInnen förderten, einen mit den Grenzen des Marktes »unvereinbaren« Lebensstandard durchzusetzen. Die Gesellschaft zur monetären Austerität zu zwingen, bedeutet zweierlei: Erstens wird es grausam bestraft, wenn jemand anderen Werten als denen der materiellen Bereicherung anhängt. Zweitens ist das Geld für diejenigen, die es schon besitzen, der Weg zu Freiheit und Wohlstand. Für diejenigen, die kein Geld haben, definiert es ihre Armut sowie ihre Existenz als Ware Arbeitskraft. Wie alle anderen Akteure auf dem Markt müssen die Besitzer der Arbeitskraft

⁴ Siehe Callaghan, zitiert in »Der Abgrund tut sich auf« von Holloway [in diesem Zirkular].

ihre Erwartungen auf die Grenzen des Marktes beschränken, ohne einen Staat, der sich mittels einer Politik, die Beschäftigung und Einkommen garantiert, auf dem Markt einmischt.

Seit Mitte der 70er wurde die Verpflichtung zu einer Politik der Vollbeschäftigung als erstem Ziel der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik abgeschafft. Die Neudefinition der gesellschaftlichen Beziehungen auf der Grundlage der wirtschaftlichen Freiheit führt zur Zerstörung der Formen, mit denen die ArbeiterInnen seit dem Zweiten Weltkrieg politisch integriert worden waren. Die Wiedererlangung der Kontrolle über das Geldangebot bedeutete die grundlegende Zerstörung des keynesianischen Verhältnisses zwischen öffentlichen Ausgaben und Löhnen, d.h. einer Integration der ArbeiterInnen auf der Grundlage sozialer Reformen und materieller Zugeständnisse. Seit Ende der 70er Jahre war der Versuch, den Kredit einzuschränken, ein Angriff auf die gesamte Verfaßtheit der Gesellschaftsverhältnisse seit dem Krieg: Die Gewerkschaften wurden aus dem Staat gedrückt, die Sozialausgaben gekürzt, die Lohngarantien dereguliert und die Arbeitslosen gezwungen, für ihre Bezüge zu arbeiten. Der ganze Staat wurde repressiver gemacht durch bürokratische Formen von Kontrolle, mit denen die Abwälzung der Kosten des knappen Geldes auf die Gesellschaft durchgesetzt werden sollte.

Aber irgendetwas ging schief. Anfangs versprach der Monetarismus eine »Rückkehr zu den Grundlagen«: Du kannst nicht ausgeben, was du nicht verdient hast. Als jedoch Mexiko 1982 in Verzug zu geraten drohte, wanderte die monetaristische Orthodoxie auf den Müllhaufen der Geschichte. Statt durch Rückzahlung der Schulden und weise Zurückhaltung der Regierung die kapitalistische Welt zu »erzeugen«, mußte die neue Orthodoxie Geld ausgeben, Geld ausgeben und nochmals Geld ausgeben. In den 80er Jahren sind die Kredite, statt zurückzugehen, in einem Maß explodiert, das es in der modernen Geschichte noch nicht gegeben hatte. Die monetaristische Politik wurde jedoch insofern beibehalten, als die gesellschaftlichen Beziehungen für das Schuldenwachstum verantwortlich gemacht wurden. Während die Regierungen der Neuen Rechten Staatskonzerne privatisierten, um ihre Bilanzen auszugleichen, wurden die Schulden vergesellschaftet: durch Steuerreformen, Rettung von Banken, den Gebrauch von öffentlichen Ausgaben als ein Mittel zur Disziplinierung der Armen, sowie durch die Ermunterung, privaten Konsum durch Kredite zu finanzieren. Es gab eine unheilige Allianz zwischen Massenarbeitslosigkeit und schleppenden Investitionen in die Produktion einerseits und dem Ansteigen öffentlicher und privater Verschuldung andererseits. Diese Allianz hielt nicht lange. Der Börsenkrach 1987 hängt direkt mit dem Ausbruch der Schuldenkrise 1982 zusammen. Die westliche Welt hatte auf die Ereignisse von 1982 mit einer expansionären Politik geantwortet, der aber keine Wertproduktion gegenüberstand, mit der die Schulden hätten gedeckt werden können. Mit anderen Worten:

Die Loslösung des Geldes von der Produktion ging in den 80er Jahren ungebremst weiter. Der Markt benutzte seine Freiheit, um mit Hilfe einer Deregulierung der Kreditkontrollen das Geld von Arbeit und Mühsal zu befreien. Die monetaristischen Regime frönten einer Ausweitung der Kredite *während* des Booms. Als dann Anfang der 90er Jahre die Schockwelle eintraf, herrschte verbreitete Furcht vor einer Kreditkrise. Die Rezession der 90er Jahre zeigte, daß das Wirtschaftswunder der 80er Jahre in Wirklichkeit eine Illusion war. Es wäre jedoch falsch, den Monetarismus als sündige Lehre anzusehen. Er predigte nicht die Geldknappheit, nur um dann bei den Schulden zu prassen. Der Monetarismus war, zumindest in den 70er Jahren, eine Ideologie der Hoffnung auf eine gesteigerte Produktivität und verkündete so eine stärkere Kopplung von Geld und Ausbeutung.

In diesem Text geht es um das Schicksal des Monetarismus. Wir werden Gründe für die Behauptung anführen, daß der Monetarismus die Krise des Keynesianismus nicht überwunden hat.

Am Anfang war die Harmonie

Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre hatte der Klassenkonflikt den Staat dazu gezwungen, »aggressive Arbeitgeber nicht zu ermutigen, aus Furcht vor den destabilisierenden Auswirkungen einer solchen Klassenkonfrontation« (Clarke 1988, 281). Als eine Antwort auf die enormen sozialen Unruhen zu jener Zeit wurde eine expansionäre Politik begonnen, um so den Protest in Nachfrage und Vollbeschäftigungsgarantien umzuwandeln. Die Defizitfinanzierung der Akkumulation und eine beschleunigte Inflation entstanden also als ein Mittel zur Befriedung des gesellschaftlichen Konflikts.

Die Atempause, die durch die Ausweitung der Kredite entstand, erzeugte die Illusion einer wiederhergestellten Akkumulation, die in Wirklichkeit aber immer auf Spekulation basierte. Das Wuchern der spekulativen Investitionen schwächte die Verknüpfung zwischen Geld und Ausbeutung genau zu der Zeit, als der keynesianische Konsens seinen Höhepunkt erreichte. Die expansionäre Antwort unterstützte den Boom zwischen 1970 und 1972, die »schnellste zweijährige Expansionsperiode seit 1951/52 beim Bruttoinlandsprodukt der entwickelten kapitalistischen Länder« (Maddison, zitiert bei Keegan 1993, 48). Damals sah es so aus, als sei der keynesianische Konsens der Nachkriegsperiode unangreifbar. Ursache und Motor der expansionären Antwort auf die Krise waren der »Zusammenbruch des Wechselkurssystems von Bretton Woods und die dadurch gelockerten Zwänge auf die Nachfragesteuerung« (Maddison, zitiert bei Keegan 1993, 48). Hinter der Befriedung des Klassenkonflikts durch soziale Reformpolitik stand mit anderen Worten die Abschaffung jenes Systems, das »dazu da« war,

die Zahlungsbilanzdefizite in den Griff zu bekommen. Wie Cleaver (1989, 22) zeigt, war die Abschaffung von Bretton Woods »das *faktische* Eingeständnis der nationalen Regierungen, daß sie nicht länger die Macht hatten, die Akkumulation intern in Bahnen zu halten, die sich mit der globalen Akkumulation vereinbaren ließen«. Ursprünglich sahen die Keynesianer die Deregulierung des internationalen Geldes als eine Befreiung von den Zwängen, die Bretton Woods auf die nationale Steuerung ausgeübt hatte. »Das Floaten der Wechselkurse wurde als Erfolg gefeiert, weil es die keynesianische Politik weltweit elastischer machte, indem es die Beschränkungen der internationalen Zahlungsbilanz aufhob« (Itoh 1978, 1; siehe auch Mandel 1987). Die expansionäre Politik war eine pragmatische Antwort auf den Klassenkampf. Es mußte allerdings ein Preis dafür gezahlt werden: Der keynesianische Konsens in seiner Gesamtheit war bedroht.

Die kreditgestützte Expansion verschob die Rezession bis kurz nach der offiziellen Abschaffung von Bretton Woods 1971-73. Nach der Vervierfachung der Ölpreise Ende 1973 und dem daraus resultierenden Rückgang der Akkumulation stagnierte oder sank die Produktion in den meisten Industrieländern. 1974 hatte die Rezession alle entwickelten Industrieländer erfaßt. Die Welle von Konkursen und Zahlungsverzügen traf nicht nur das produktive Kapital, sondern auch das Bankensystem. Als die Krise ausbrach, war das Bankensystem überdehnt. Das größte internationale Problem der Krise waren die unregulierten Eurodollarmärkte⁵, auf denen einige Banken pleite gingen und viele der Zahlungsunfähigkeit nur um Haaresbreite der entkamen.⁶

Nachfragesteuerung, Geld und die Zukunft

Die expansionäre Antwort auf die Ereignisse Ende der 60er Jahre stellte einen Versuch dar, eine direkte Konfrontation mit den ArbeiterInnen in der Gegenwart zu vermeiden und eine Lösung der Arbeiterfrage in der Zukunft zu suchen. Anders ausgedrückt schaffte die Ausweitung des Geldangebots einen massiven Anspruch auf die zukünftige Ausbeutung der ArbeiterInnen. Die Flucht aus der Gegenwart in die Zukunft war also, wie Suzanne de Brunhoff (1978, 47) es ausdrückte, »die Suche nach zukünftiger kapitalistischer Produktion, um der Möglichkeit der Überproduktion in der Gegenwart zu entgehen«. Diese Flucht

⁵ Zu diesen Märkten siehe »Der Abgrund tut sich auf« von Holloway; siehe auch »Die Subversion des Geldes-als-Kommando« von Cleaver in diesem Band [in der englischen Buchausgabe (deutsch im nächsten Zirkular)] sowie Bonefeld (1993a) und Wachtel (1990).

⁶ Siehe Itoh (1978); Mandel (1987); Wolf (1988); siehe auch Sampson (1983).

aus der Gegenwart steht im Mittelpunkt der keynesianischen Nachfragesteuerung (siehe Negri 1988b). Die Verknüpfung von Zukunft und Gegenwart liegt in der Kreditausweitung, einer Ausweitung, die vom Staat durch seine Reserven und seine Steuerhoheit gedeckt wird. Die Deckung der Zukunft, also die Deckung der zukünftigen Rückzahlung der Kreditverpflichtungen, hängt jedoch von der Ausbeutung der ArbeiterInnen in der Gegenwart ab. Eine wachsende Verschuldung, die nicht in einer verstärkten Ausbeutung der ArbeiterInnen, also im Anwachsen des Kapitals, ihre Entsprechung findet, wird früher oder später untragbar, da die Zinsforderungen einen immer größeren Anteil am Mehrwert beanspruchen und produktive Investitionen zunehmend unprofitabel machen. Gleichzeitig steigt der Spekulationsdruck auf die Währungen durch die inflationäre Abwertung und eine Akkumulation von nicht durch die Ausbeutung von ArbeiterInnen »gedeckten« Defiziten. Um den Kredit als Anspruch auf die Zukunft aufrechterhalten zu können, muß die Ausbeutung der ArbeiterInnen einen echten Ressourcentransfer liefern, mit dem die Kreditzinsen bedient und möglichst die Schulden zurückgezahlt werden können. Die kreditgestützte Akkumulation erfordert also mit anderen Worten eine effektive Ausbeutung der ArbeiterInnen, damit diese die Ressourcen liefern, mit denen die Schulden bedient werden können. Ohne effektive Ausbeutung der ArbeiterInnen öffnet sich die Schere zwischen Schulden und Mehrwert noch weiter, was die Profitabilität und die zukünftige Akkumulation des Kapitals untergräbt und somit faule Kredite und eine Finanzkrise erzeugt.

Defizitfinanzierung, Floaten und der Monetarismus

Das inflationäre Anwachsen von weltweit unregulierten Krediten definierte die »Macht des Geldes« neu.⁷ Die Bewegung des Geldkapitals auf weltweit unregulierten Märkten integrierte die Nationalstaaten durch eine Synchronisierung von fallenden Profitraten, Zahlungsbilanzproblemen und dem Wirtschaftszyklus. Diese Entwicklungen untergruben die Versuche, »den Zyklus in einem Land zu kontrollieren« (O'Connor 1984, 2). Nach dem Zusammenbruch von Bretton Woods wurde die Zahlungsbilanz- und Wechselkurspolitik immer stärker von internationalen Kapitalbewegungen dominiert. Unter den Bedingungen hoher Inflation und niedrigen Wirtschaftswachstums verschob sich das Spektrum der wirtschaftlichen Aktivitäten, über die Entscheidungen getroffen werden mußten, in Richtung eines viel schnelleren und instabileren Regimes, das durch die

⁷ Zur Neudefinierung der »Macht des Geldes« siehe Marazzi: »Das Geld in der Weltkrise«, TheKla 10 "ZeroWork".

Wechselkurse bestimmt wurde. Die Krise der Akkumulation zeigte sich für den Staat in Form nachteiliger Auswirkungen des Floatens der Wechselkurse. Dem Zusammenbruch von Bretton Woods folgte die Abschaffung der im Verhältnis zum Dollar festen Wechselkurse und die Deregulierung der Währungsverhältnisse untereinander. Diese Deregulierung wird als Floaten der Wechselkurse bezeichnet. Das Floaten brachte die Einführung eines auf mehreren Währungen beruhenden Standards mit flexiblen Kursen untereinander. Das Floaten der Wechselkurse schuf einen Markt für Währungsspekulationen durch das Geldkapital. Die Integration der Vielzahl von Staaten auf der Grundlage floatender Kurse zwang der nationalen Organisation des Geldes wegen der destabilisierenden Bewegungen des spekulativen Geldes gegen die nationale Währung monetäre Disziplin auf. Während die Defizitfinanzierung der Beschäftigung vor allem schwächere Kapitale stützte, machte die inflationäre Entwertung der nationalen Währung den »Schutz der einheimischen Akkumulation« vor den ungünstigen Auswirkungen floatender Wechselkurse schwieriger.

Das veränderte die nationale Organisation des Geldes grundlegend. Die Deregulierung der weltweiten Kreditbeziehungen setzte die Durchsetzung des Geldes gegen die Staaten anstelle der formalistischen Strukturen der Währungsanpassung unter den Staaten. Die Loslösung des Geldes von der Ausbeutung hatte Wetten auf die Zukunft zur Folge, Wetten, bei denen die Bewegungen des spekulativen Kapitals die »Polizeifunktion« ausübten. Die Bewegungen dieses Kapitals konterten expansionäre Lösungen der Arbeiterfrage mit weltweiter Geldverknappung. Die Deregulierung des Geldes machte es nötig, daß das spekulative Kapital die Rolle eines internationalen Polizisten spielte. Wenn ein Nationalstaat Schwierigkeiten hatte, den gesellschaftlichen Beziehungen die Geldverknappung aufzuzwingen und den Wert seiner Währung durch effektive Ausbeutung der ArbeiterInnen zu garantieren, trieben massiver Vermögensabfluß aus dem Land oder aus seiner Währung ihn noch tiefer in die Finanzkrise. Letztenendes wird jeder irgendwie mit der weltweiten Akkumulation »inkompatible« inländische Versuch von Akkumulationssteuerung (expansive Politik) durch den Spekulationsdruck auf seine nationale Währung bestraft. Dieser Druck setzt der nationalen Herrschaft über das Geld und die Ausweitung des Kredits Grenzen und ordnet die nationale Politik dem internationalen »Terrorismus des Geldes« unter (vgl. Marazzi: »Das Geld in der Weltkrise«, TheKla 10 »Zero-Work«).

Die expansionäre Politik stützte die Produzenten auf Kosten einer steigenden Inflation und wachsender Verschuldung in weltweitem Maßstab (siehe Mandel 1987). Die 70er Jahre waren durch Stagnation gekennzeichnet. In diesem Kontext bedeutete Defizitfinanzierung, daß der Aufnahme von Krediten auf den unregulierten Dollarmärkten keine effektive Ausbeutung der ArbeiterInnen gegenüberstand. Die Bonität der Kredite wurde vielmehr durch die Staaten als

Kreditnehmer letzter Instanz garantiert. Zusätzlich finanzierte der Staat Zahlungsbilanzdefizite durch Kredite von Eurodollarbanken. Der Staat gerät hierdurch in eine Schuldenspirale. Die Ausbeutung der ArbeiterInnen wird zwar durch Kredite gestützt, aber gleichzeitig hängt die Bonität der Kredite von der Fähigkeit des Staates ab, die Konvertibilität der Kredite in Zentralbankgeld zu garantieren. Die keynesianische Integration der ArbeiterInnen wurde umso spekulativer, je stärker die kapitalistische Reproduktion auf einem inflationären Anwachsen eines von der Produktion abgekoppelten Kredits beruhte. Die Krise der kapitalistischen Integration der ArbeiterInnen spitzte sich in Form von Inflation und einer Finanzkrise des Staates zu.⁸ Die Grenzen einer dauerhaften ökonomischen Reproduktion wurden an dem begrenzten Nachschub offizieller Reserven deutlich, mit denen die nationalen Währungen gegen spekulative Bewegungen von Geldkapital hätten gestützt werden können. Floatende Währungen verstärkten die Nachfrage nach internationalen Reserven aufgrund der größeren Schwierigkeiten bei der Stabilisierung der Wechselkurse. »Das bedeutete, daß die nationalen Behörden nicht kleinere, sondern größere Reserven brauchten, um die floatenden Währungen zu verteidigen, während der Spielraum für eine von äußeren Erwägungen unabhängige Innenpolitik nicht größer, sondern kleiner wurde« (Clarke 1988, 344). Größere Reserven geben die Sicherheit, die formale Gleichheit beim Austausch internationalen Geldes aufrechterhalten zu können. Wenn nicht gesichert werden kann, daß die internationalen Geldbesitzer die politische Garantie der Konvertibilität des Geldes in Zentralbankgeld akzeptieren, führt das erstens zu spekulativem Druck auf die Währung, was wiederum zur Umleitung des internationalen Geldes führt und die Integration der »Inlands-Produktion« in den Weltmarkt zu untergraben droht. Es bringt zweitens eine Destabilisierung der internationalen Kreditbeziehungen mit sich, da die Kreditgeber Barzahlung verlangen, was wiederum die Reproduktion aller auf Kredit beruhenden gesellschaftlichen Beziehungen zu untergraben droht. Zunächst als Antwort auf die Arbeiterfrage entwickelt wurde die expansionäre Politik nun zum Hauptproblem, dem das Kapital bei der Integration der ArbeiterInnen gegenüberstand.

In den 70er Jahren gelang es dem Staat immer weniger, das Kreditsystem zu stützen, und gleichzeitig wurde die Garantie des Geldes durch die Zentralbankreserven zunehmend infrage gestellt. Nach den Banken-Crashes 1974 wurden die Banken 1976 und 1977 immer besorgter, wie sicher ihre Darlehen an Länder wie Argentinien, die Türkei, Peru und Indonesien noch waren, denn alle diese

⁸ Zur Finanzkrise siehe: O'Connor (1973); Gough (1975), Hirsch (1978a; 1978b). Siehe ebenfalls Offes Arbeit (1984) über die Krise des Sozialstaats. Eine Einschätzung dieser Herangehensweisen findet sich bei Clarke (1991; 1992; 1988).

Länder hatten um Zahlungsaufschub gebeten. Die Furcht vor einer Neuauflage der Finanzkrise war nicht auf diese Länder beschränkt: Die britische »IWF-Krise« 1975, die Pfund Sterling-Krise 1976, die Dollarkrise 1977 und die »Beinahe«-Zahlungsunfähigkeit Italiens 1976 (siehe Mandel 1987) waren deutliche Winke, daß die Integration der ArbeiterInnen in das Kapitalverhältnis durch Anleihen auf die Zukunft erreicht worden war.

Die finanziellen Schwierigkeiten der Staaten machten deutlich, daß die expansionären Antworten auf die »Arbeiterfrage« ins Stocken gerieten. Das machte es für die Regierungen schwerer, dem Druck zu widerstehen, der von ihnen forderte, die bestehenden Garantien betreffs Einkommen, Beschäftigung und sozialer Absicherung zu deregulieren. Das Anwachsen der Arbeitslosigkeit war der Preis, der für eine niedrigere Inflation gezahlt werden mußte. Der Widerspruch beim Versuch, der ArbeiterInnen auf der Grundlage von Defizitfinanzierung Herr zu werden, liegt darin, daß die Ausweitung der Kredite nicht durch eine effektive Ausbeutung von ArbeitInnen gedeckt wird, sondern vom Staat mittels seiner Reserven und seiner Einkünfte. Die kreditgestützte Akkumulation hing von der Fähigkeit des Staates ab, die Konvertibilität der Kredite in Bargeld zu garantieren. Die Folge der unregulierten weltweiten Kreditbeziehungen ist, daß der Staat vom obersten Umverteiler des Reichtums letztlich zum obersten Kreditnehmer wird. Diese Entwicklung machte aus den Zahlungsbilanzen und Haushaltsdefiziten wichtige Variablen für die Fähigkeit von Nationalstaaten, die formale Gleichheit des Tauschs auf dem Weltmarkt zu garantieren.

Seit Anfang der 70er Jahre fiel die rasche Akkumulation von Geld mit gesunkenen Profitraten und einer schwerfälligen produktiven Akkumulation zusammen. Die Nettokreditgeber auf den Finanzmärkten waren produktive Kapitale (Altwater 1985).⁹ Während das produktive Kapital erwirtschaftete Profite auf die Finanzmärkte verschob, finanzierte es gleichzeitig Investitionen in die Produktion über Kredite. Die zunehmende Verschuldung des funktionierenden Kapitals schlug sich nieder in der Form einer abnehmenden Bedeutung von Krediten für den Boom und einer zunehmenden Bedeutung von »Zirkulationskrediten«, wie es Hilferding (1910/1981), oder »Recyclingkrediten«, wie es Altwater (1985) nennt.¹⁰ Recyclingkredite finanzieren keine Ausweitung der

⁹ Auch OPEC-Länder trugen zum Wachstum des Eurodollarmarkts bei (siehe Wachtel 1990). Der sogenannte Petrodollar hatte jedoch am Anwachsen des auf diesem Markt plazierten Geldvolumens nur einen kleinen Anteil (Schubert 1985). Siehe auch Altwater und Hübner (1987).

¹⁰ Das folgende Zitat von Marx macht das Argument vielleicht klarer: »In Zeiten der Klemme ist die Nachfrage nach Leihkapital Nachfrage nach Zahlungsmittel und weiter gar nichts; keineswegs Nachfrage nach Geld als Kaufmittel. (...) Die Nachfrage nach Zahlungsmitteln ist bloße Nachfrage nach Umsetzbarkeit in *Geld*, soweit Kaufleute und Produzenten gute Sicherheiten bieten können; sie

Akkumulation, sondern lindern eher die Liquiditätsprobleme, indem sie die Produzenten in die Lage versetzen, ihre Schulden zu bedienen, ohne in Verzug zu kommen. Diese Form von Krediten ist rein spekulativ, da sie an Schuldner gegeben werden, um Probleme bei den Zinszahlungen für ihre Kredite zu lösen und so die Zahlungsunfähigkeit zu verhindern. Daß immer mehr solcher Kredite in Anspruch genommen wurden, zeigte die Schwierigkeiten bei der Umwandlung der Kredite in ein effektives Kommando über die ArbeiterInnen, d.h. ein Kommando, das das Wachsen der Kredite durch den ArbeiterInnen abgepreßten Mehrwert garantiert.

Für Kapitalisten, die diese Art von Kredit erhalten, existiert er nicht als Kaufmittel sondern als Zahlungsmittel oder – bei Insolvenz – als Mittel, den Zusammenbruch zu verzögern und folglich die Zahlungsunfähigkeit bei den Krediten hinauszuschieben. Die spekulative Dimension dieses Kredits erhält die Zahlungsfähigkeit auf einer immer fiktiveren Grundlage, was eine immer drastischere Durchsetzung der Ausbeutung in der Produktion erfordert, um finanziell flüssig zu bleiben. Der Recyclingkredit verläßt die Banken jedoch nicht wirklich, da er in der Form von Zinszahlungen existiert. Gleichzeitig nimmt die Schuldenlast für den Schuldner zu und die erhoffte Ausbeutung der ArbeiterInnen erzeugt einen Inflationsdruck durch eine »pseudogesellschaftliche Bestätigung von Privatarbeit« (vgl. De Brunhoff 1978). Vor dem Hintergrund einer Akkumulation geldförmiger Ansprüche auf noch nicht existierenden Mehrwert diente der Kredit größtenteils als ein Mittel, die gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse auf einer zunehmend spekulativen Grundlage aufrechtzuhalten.

Trotz einer Erholung 1976 blieb das Wirtschaftswachstum in den 70er Jahren niedrig im Vergleich mit den in den 60er Jahren erreichten Werten. Die Integration der ArbeiterInnen ins Kapitalverhältnis basierte auf einer spekulativen Verschiebung der Kapitalvernichtung. Der Versuch, die Akkumulation durch eine inflationäre Abschmelzung der Löhne und eine Politik der Kreditausweitung zu stützen, führte zum genauen Gegenteil. Es gab keinen Durchbruch bei der Produktivität, und durch die Auswirkungen der »deflationären Inflation« stiegen die Kosten der Ausbeutung der ArbeiterInnen (vgl. Mattick 1980). Das inflationäre Wachstum der Kredite läßt die Profite produktiver Investitionen schrumpfen, da sich die Schere zwischen Schulden und Mehrwert öffnet. Außerdem entwertet die Inflation das Geldkapital, was zum Abfluß von Kapital nach außen führt und den Wechselkurs nach unten drückt. Die spekulative Hinausschiebung der Zahlungsunfähigkeit stieß an »die reale Unmöglichkeit, die Inflation zur

ist Nachfrage nach *Geldkapital*, soweit dies nicht der Fall ist, soweit also ein Vorschuß von Zahlungsmitteln ihnen nicht nur die *Geldform* gibt, sondern das ihnen mangelnde *Äquivalent*, in welcher Form es sei, zum Zahlen.« (25/531).

Finanzierung zukünftiger Investitionen zu benutzen« (siehe Marazzi: »Das Geld in der Weltkrise«, TheKla 10 »ZeroWork«).

Vor diesem Hintergrund hing die kapitalistische Reproduktion von einer deflationären Integration der ArbeiterInnen ins Kapitalverhältnis ab, um die Schere zwischen Schulden und Mehrwert durch eine effektive Ausbeutung der ArbeiterInnen zu schließen. Mit anderen Worten: Das Geld muß die ArbeiterInnen zum Zwecke der Ausbeutung in Gang setzen, statt durch eine inflationäre Ausweitung des Kredits unproduktive Produzenten über Wasser zu halten. Die Tilgung der Schulden erfordert eine Verschiebung von der inflationären Nachfragesteuerung in Richtung einer Politik des gesunden Geldes, damit die Reserven wieder aufgestockt werden können. Die Wiedererlangung der Kontrolle über das Geldangebot erfordert einen deflationären Angriff auf die gesellschaftlichen Beziehungen durch Intensivierung der Arbeit und eine Senkung der öffentlichen Ausgaben, die als Geld bei den ArbeiterInnen landeten. Der Austeritätsangriff auf die ArbeiterInnen drückte sich in der Behauptung des Monetarismus, »Armut ist keine Unfreiheit« (vgl. Joseph und Sumption 1979), und in seiner Forderung aus, »man kann nicht ausgeben, was man nicht verdient hat«.

Die Auffassung, Armut sei keine Unfreiheit, stellt den Kern der monetaristischen Orthodoxie dar. Der Monetarismus ist eine Theorie der Hoffnung, insofern er auf die uneingeschränkte Freiheit des Marktes vertraut. Statt Anleihen auf die Zukunft aufzunehmen und dabei die zukünftige Ausbeutung der ArbeiterInnen zu verpfänden, verlangt der Monetarismus das Eintreiben unbezahlter Schulden. In den 70er Jahren entwickelte sich der Monetarismus der Neuen Rechten als eine Antwort auf die Abkopplung zwischen Geld und Ausbeutung. Hinter der Deregulierung des weltweiten Geldflusses und der Loslösung des Dollars vom Gold stand der Druck, zu deflationieren. Der Monetarismus holte den Konkursverwalter: Um die Kredite zurückzahlen und die Zinsen zu bedienen, appellierte er an patriotische Gefühle, nach denen man von weniger als dem leben sollte, was »die Nation produzierte« und erwirtschaftete, um die goldene Formel des Kapitalismus vom Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage zu erreichen.

Mitte der 70er Jahre war die Forderung des Monetarismus, zum Markt zurückzukehren, angebracht. Der Vorschlag eines »Wert für Geld«-Kapitalismus enthält die Idee einer engeren Beziehung zwischen Geld und Ausbeutung. Statt Defizite und eine Anhäufung potentiell wertloser Schulden zuzulassen, versprach der Monetarismus eine Verknappung des Geldes und eine schlankere und gesündere Wirtschaft. Die Stärkung der Verknüpfung zwischen Geld und Ausbeutung war abhängig von der Zersetzung der Arbeiterklasse in ein profitables Arbeitsheer. Von Mises (1949, 591) sagt es so: »Soweit es Löhne gibt, wird die Arbeit behandelt wie jeder materielle Produktionsfaktor und auf dem Markt gekauft und verkauft«. Wie jeder andere Produktionsfaktor wandern die Arbeiter-

rInnen auf den Müllhaufen, wenn sie nicht mehr gebraucht werden oder ihr produktives Potential in der Produktion verbraucht ist. Statt Einkommensgarantien zu geben, werden die Menschen aufgefordert, sich zum richtigen Preis zu verkaufen, wenn sie einen Job wollen; statt Vollbeschäftigung zu garantieren, wird die Arbeitslosigkeit als »natürlich« dargestellt; die öffentlichen Ausgaben garantieren keine soziale Absicherung mehr, sondern schaffen Hungerlöhne, um die Wirtschaft zu fördern und die Menschen in Armuts-, Steuer- und Schuldenfallen zu treiben. In den 70er Jahren übernahmen Regierungen aller Glaubensrichtungen den monetaristischen Sermon der Hoffnung auf die Freiheit des Marktes mit nahezu unziemlicher Hast. Die Regierungen setzten auf die disziplinierende Rolle von Massenarbeitslosigkeit und Verschuldung. Man glaubte, daß eine Politik des knappen Geldes die Arbeitgeber dazu ermutigen würde, ihr Recht auf Management wieder geltend zu machen, um durch eine effektive Ausbeutung der ArbeiterInnen im Geschäft zu bleiben. Eigentlich sollte dieses Wiedergeltendmachen die ArbeiterInnen auf der Grundlage von Profitabilität statt einer kreditgestützten Hinausschiebung des Bankrotts ins Kapitalverhältnis integrieren.

Die Unterordnung der sozialen Beziehungen unter das knappe Geld sollte die politische Macht der Arbeiterklasse und die Gewerkschaften und ihre Fähigkeit zu effektiven Verhandlungen angreifen. Die Durchsetzung nicht gesteuerter Tauschverhältnisse auf dem Markt stellte einen Versuch dar, dem Geld eine effektive Rolle bei der Steuerung der Kapitalakkumulation zu schaffen, nämlich durch die Förderung einer größeren Flexibilität bei den Löhnen, die Befreiung des Marktes von den »Verkrustungen« von Tarifverhandlungen, juristisch durchsetzbarer Mindeststandards bei der Arbeit und schützender Sozialgesetzgebung. Der monetaristische Versuch, die Verbindung zwischen Geld und Ausbeutung zu verstärken, erkannte die Tatsache an, daß Geld Arbeit kommandieren muß.

Monetarismus und Schulden

Brennpunkt der internationalen Kreditbeziehungen waren der Dollar und die US-Banken. Die Stabilität der internationalen Währungs- und Kreditbeziehungen hing von der Stabilität des Dollars ab, der 1977 an Wert zu verlieren begann. Angesichts eines Zahlungsbilanzdefizits von 20 Milliarden Dollar und eines Anstiegs der Inflation von 6,8 Prozent 1977 auf 9 Prozent 1978 ließ Carter den Verfall des Dollars zu. »Von Ende 1977 an durfte der Dollar auf dem Devisenmarkt nach unten floaten, aber das führte im Herbst 1978 zum Fiasko, als kurzfristig angelegtes Kapital die Flucht ergriff« (Evans 1985, 116). In einem Versuch, den Druck auf seine Reserven zu mildern, führte Carter deflationäre

Maßnahmen ein, um die Zinsen hochzutreiben und den Abfluß einzudämmen, und nahm auf den internationalen Devisenmärkten Kredite auf. Die hohen Zinsen in den USA stellten das Vertrauen in den Dollar wieder her, was sich in der Aufwertung des Dollar gegenüber anderen Währungen ausdrückte. Dieser Schritt verwandelte jedoch das Überangebot an Geld in eine Geldverknappung. Die Dollarkrise und die Wiederherstellung des Dollars durch hohe Zinsen waren lediglich ein erstes Beben, das Schlimmeres ankündigte. Die Verwandlung des Überangebots an Geld in eine Geldknappheit war ein Zeichen dafür, daß die Akkumulation Ende der 70er Jahre auf eine erneute Rezession zusteuerte.

Mitte der 70er Jahre war die monetaristische Politik in allen westlichen Staaten übernommen worden. Die politische Stärke der Arbeiterklasse war jedoch in korporatistischen Formen von Klassenkollaboration anerkannt worden. Die Ende der 70er Jahre geführte Debatte über Neokorporatismus, über die Krise des Modells Deutschland und die Krise des Krisenstaats (siehe u.a. Panitch 1986; Esser und Fach 1981; Hirsch 1980; Negri 1988c; 1988d; London 1980) zeigt, daß die Auferlegung der »Austerität durch Konsens« (vgl. Bologna 1977/1994) sich schwerwiegenden Problemen gegenüber sah. Carters deflationäre Politik bereitete den Weg für den sehr viel rigoroseren Monetarismus der Neuen Rechten, die von Thatcher im Vereinigten Königreich und Reagan in den Vereinigten Staaten angeführt wurde.

Die monetaristischen Regimes unterstützten die Rezession Anfang der 80er Jahre durch eine prozyklische Politik. Sie wollten das Geldangebot verknappen, den »Kredit« durch hohe Zinsen unter Druck setzen und das Verhältnis von Schulden zum Bruttoinlandsprodukt durch Kürzungen bei den öffentlichen Ausgaben verringern. Statt das produktive Kapital durch leicht zugängliche Kredite, niedrige Zinsen und Defizitfinanzierung zu unterstützen, verstärkte die deflationäre Politik die Schwierigkeiten der schwer geplagten Produzenten durch einen monetären Druck auf ihre Zahlungsfähigkeit. Angesichts einer tiefen Rezession griff die Geldverknappung die Löhne der Arbeiterklasse direkt durch die Erhöhung der Arbeitslosigkeit und indirekt durch die Verringerung der Arbeitsplatzsicherheit an. Die Kontrolle des Geldangebots beruhte auf der formidablen Idee, daß Massenarbeitslosigkeit und Armut die Auflösung der Arbeiterklasse in ein profitables Arbeiterheer fördern würde.

Die tiefe Rezession Anfang der 80er Jahre machte die Widersprüche der kreditgestützten Akkumulation deutlich. Als die Krise ausbrach, verstärkte teures und knappes Geld die massenhafte Zahlungsunfähigkeit und Vernichtung von funktionierendem Kapital und die Massenarbeitslosigkeit. Modernere Produzenten standen unter starkem finanziellen Druck, weil die Einführung neuer Produktionsmethoden Ende der 70er Jahre großteils durch Kredite finanziert worden war, was eine vorgezogene Bestätigung [prevalidation] des produktiven Potentials des fixen Kapitals erlaubte, als sich schon eine Rezession abzeichnete. Durch die

Verteuerung der Kredite fiel die zu erwartende Profitabilität neuer Investitionsprogramme außerdem unter die Zinssätze, also ging die Verschiebung erwirtschafteter Profite auf die Geldmärkte weiter. Wenn ihre Kredite nicht zurückgezahlt werden konnten, investierten die Banken in neue Recyclingkredite (siehe Mandel 1987, 210 f). Wegen der hohen Zinsen und dem Fehlen von Möglichkeiten, profitabel in die Produktion zu investieren, ging der Abfluß von Kapital in spekulative Kanäle weiter. Das Kapital spekulierte weiter auf seine eigene Zukunft, während die tatsächlich produzierten Profite, von denen die Zinsen hätten abgeschöpft werden können, sanken. Zwar bewahrten die hohen Zinsen die Banken Anfang der 80er Jahre vor der Zahlungsunfähigkeit. Doch die Auswirkungen der Maßnahmen, die das Vertrauen des Geldkapitals durch eine Politik des knappen Geldes wiederherstellen sollten, drohten eine ernsthafte Finanzkrise herbeizuführen, denn die Zahlungsschwierigkeiten produktiver Aktivitäten bedeutete, daß massenhaft Kredite platzten, was wegen der Überausweitung der Kredite die Stabilität der Banken bedrohte (Guttmann 1989). Außerdem rissen der rasante Verfall und die Enwertung des produktiven Kapitals riesige Löcher in die Dividenden der Aktienbesitzer. Während funktionierende Kapitale in Konkurs gingen, Investitionen strichen und Produktionskapazitäten entwerteten, explodierte gleichzeitig das Geldangebot, statt sich zusammenzuziehen, da die Firmen massiv Kredite auf den weltweiten Kreditmärkten aufnahmen, um Zahlungsfähigkeit und Liquidität zu bewahren (Sutcliffe 1983; Clarke 1988).

Es gelang den politischen Behörden während der Rezession nicht, das Verhältnis zwischen öffentlichen Ausgaben und Löhnen ernsthaft zu beeinträchtigen. Die öffentlichen Ausgaben stiegen eher noch (Mullard 1987; Friedman 1989; Malabre 1988). Die hohen Zinsen machten zusätzliche Gelder zur Finanzierung öffentlicher Ausgaben teurer. Außerdem verschärfte die Zerstörung produktiver Aktivitäten die Finanzkrise des Staates und die Zahlungsbilanzprobleme und setzten die nationalen Reserven unter Druck. Gleichzeitig versuchten die Banken, ihre Reserven zu vermehren, indem sie Zentralbankwechsel diskontierten [d.h. Staatsanleihen unterhalb des Nennwertes aufkauften; A.d.Ü.] (Guttmann 1989). Die Gleichzeitigkeit von Zahlungsbilanzschwierigkeiten und Schuldenproblemen drohte, den Versuch der Aufrechterhaltung einer formalen Tauschgleichheit durch eine Politik der staatlichen Austerität zu untergraben.

Die Verknappung des Geldangebots trieb die Kosten der Schuldenbedienung für sogenannte Schuldnerländer stark in die Höhe. In den 70er Jahren waren die realen Zinsen negativ gewesen, weil die Inflationsraten höher lagen als die nominalen Zinssätze: »Damals bedeutete die Inflation, daß ein Dritte-Welt-Land die Güter oder Dienstleistungen am Ende immer billiger bekam, wenn es einen Kredit aufnahm, um Zahlungsverpflichtungen nachzukommen, statt an die Reserven zu gehen« (George 1988, 28). Als jedoch die Zinssätze rasant zu

steigen begannen, hatten diese Staaten den Schwarzen Peter. Die Verknappung des internationalen Geldangebots stellte die Fähigkeit der sogenannten Schuldnerländer in Frage, Kredite in Zahlungsmittel zu verwandeln. Das führte zu einer Bedrohung der Stabilität der weltweiten Kreditbeziehungen. Im Durchschnitt stieg die Verschuldung in den Schuldnerländern zwischen 1973 und 1982 jährlich um 20 Prozent, verglichen mit einem jährlichen Anstieg der Nettoexporte um 16 Prozent und einem Anstieg des Bruttosozialprodukts um 12 Prozent jährlich. Die Auslandsschulden stiegen von 11 Milliarden Dollar 1972 auf fast 800 Milliarden Dollar 1982 (Altvater und Hübner 1987, 21). Hohe Zinsen machten den Kredit in diesen Staaten zur Ursache einer akuten Liquiditätskrise.

Die Durchsetzung der Geldverknappung verschärfte die Krise des Geldes zu einer Krise des Staates. Da Kredite als Zahlungsmittel dienen sollten, verstärkte die wachsende internationale Nachfrage nach Bargeld angesichts stockender Kreditrückzahlungen die Verwundbarkeit des internationalen Finanz- und Kredit-systems. Der Druck, unter allen Umständen exportieren zu müssen, um Schulden zurückzahlen zu können, und wachsende soziale Spannungen zwangen Polen (1981), Argentinien (1982) und Mexiko (1982) dazu, ihre Zahlungsunfähigkeit zu erklären. Durch den internationalen Geldfluß und den Druck auf die Banken kehrte die Schuldnerkrise in die Metropolenländer zurück. Der Monetarismus stand der realen Möglichkeit gegenüber, daß das Geld seine Macht gegen sich selbst richten würde.

Der Versuch, durch eine staatliche Austeritätspolitik die gesellschaftliche Reproduktion in die kapitalistische Form eingezwängt zu halten, war mit seinen eigenen Auswirkungen in Konflikt geraten. Als Mexiko 1982 um ein Haar Zahlungsunfähigkeit anmelden mußte, rissen die globalen Kreditbeziehungen in einem Ausmaß, daß die politischen Instanzen in den Metropolenstaaten, besonders in den USA, die Zinssätze deutlich senkten, die monetaristische »Wirtschafts«politik aufgaben und wieder zur Ausweitung der Kredite Zuflucht nahmen. Die Gefahr einer Wirtschaftskrise größeren Ausmaßes wurde durch ein riesiges Ankurbelungsprogramm mit der Notenpresse abgewendet, das noch 1982 die weltweite Scheinbestätigung [pseudovalidation] wiederherstellte.

Der monetaristische Versuch, die Grenzen des Marktes wieder durchzusetzen, hätte fast zur Zerstörung des Marktes selbst geführt. Das Scheitern des Keynesianismus hatte den Monetarismus zwar politisch stark und glaubwürdig gemacht, aber nun reproduzierte der Monetarismus den Widerspruch zwischen monetärer und produktiver Akkumulation in gesteigerter Form. Daß sich der Kredit nicht in effektives Kommando über die ArbeitInnen verwandeln ließ, zeigt die produktive und zerstörende Macht der ArbeiterInnen – gerade diese wollte das Kapital unter Kontrolle bekommen, indem es den gesellschaftlichen Beziehungen die Geldknappheit aufzwang. Der Übergang von einer staatlichen Austeritätspolitik hin zu einer Politik der Defizitfinanzierung führte wieder eine

Integration der ArbeiterInnen auf der Grundlage einer Defizitfinanzierung der Nachfrage ein. Daß die Kontrolle durch eine Politik des knappen Geldes durchgesetzt wurde und daß das Kommando über die ArbeiterInnen in Form von Massenarbeitslosigkeit und massenhafter Liquidation von Produktionskapazität wiederhergestellt wurde, untergrub die Ansprüche auf die zukünftige Ausbeutung in einem solchen Ausmaß, daß das internationale Finanzsystem ernsthaft erschüttert wurde. Der Schuldentransfer in die USA war eine Reaktion nicht *einfach* auf die Möglichkeit eines Zusammenbruchs der internationalen Kreditbeziehungen, sondern auf die Krise der kapitalistischen Herrschaft über die produktive Macht der ArbeiterInnen, die sich in der Möglichkeit eines Zusammenbruchs der internationalen Kreditbeziehungen bemerkbar machte. Die Durchsetzung knappen Geldes sollte die Beziehung zwischen Geld und Ausbeutung verstärken, aber stattdessen untergrub sie die Ausbeutung und damit das Geld selbst. Die Durchsetzung der Geldverknappung drohte, die Vorbedingung des Geldes selbst, nämlich die produktive Aktivität der ArbeiterInnen zu zerstören. Ein riesiger Anspruch auf Mehrwert war zahlungsunfähig. Die Grenzen der Akkumulation wurden dadurch deutlich, daß genau die Kredite fehlten, mit denen die Überakkumulation spekulativ hinausgeschoben worden war, um die produktive Macht der ArbeiterInnen im Zaum zu halten. Als sich der Zusammenbruch der internationalen Kreditbeziehungen abzeichnete, wurde der Monetarismus als Wirtschaftspolitik fallengelassen und durch eine Politik der steuerlichen Umverteilung und Kreditausweitung ersetzt. Die ArbeiterInnen wurden durch eine erneute spekulative Zurückstellung von Überakkumulation und Krise im Zaum gehalten. Das völlige Scheitern des Versuchs, die ArbeiterInnen durch eine Verringerung des Geldangebots zu zügeln, führte zur Wiedereinführung jener Politik, die die Neue Rechte offiziell lauthals ablehnte, nämlich des Steuer- und Kreditexpansionismus des Keynesianismus.

Monetarismus und Kreditausweitung

Die kapitalistischen Staaten des Westens antworteten auf die Krise der Jahre 1980 bis 1982 mit einer keynesianischen defizitären Nachfragesteuerung im Weltmaßstab. Die treibende Kraft bei der Genesung waren die USA, die den Boom durch zwei spektakuläre Defizite unterstützten: das Haushaltsdefizit und das Handelsbilanzdefizit. Die Nachfragesteuerung besonders bei Militärausgaben bereitete den Weg. Wie Mandel (1988) es ausdrückte, wurden die überzeugtesten Konservativen zu den glühendsten Verfechtern des Keynesianismus. Ungeachtet ihrer monetaristischen Rhetorik hielten sie den Boom mit riesigen Defiziten am

Laufen.¹¹ Diese Unterstützung sah nicht viel anders aus als Keynes' »Deficit spending«: Verschuldung, Aufblähen des Geldangebots und Ausgeben von Geld, das erst noch durch die zukünftige Ausbeutung der ArbeitInnen gedeckt werden muß. Das US-Haushaltsdefizit stieg enorm an. In den 80er Jahren »machen die Zinszahlungen auf die Kredite und die Verteidigungskosten zusammen fast 40 Prozent aller Bundesausgaben aus« (Malabre 1988, 210). Das durchschnittliche Haushaltsdefizit für »die sechs Jahre 1982-87 betrug 184 Milliarden Dollar« (Friedman 1989, 19). Bis 1986 hatten die USA über 250 Milliarden Dollar Auslandsschulden angehäuft: »Diese 250 Milliarden Dollar sind nur die Auslandsschulden: Im Jahr 1986 schuldete die US-Regierung amerikanischen Käufern von Staatsanleihen weitere 1,750 Milliarden Dollar, so daß ihre gesamte öffentliche Verschuldung tatsächlich 2 Billionen US-Dollar ausmachte (George 1988, 25).¹² Die Finanzierung der US-Handelsbilanz- und Haushaltsdefizite durch Kapitalimporte machte aus dem größten Gläubiger der Welt, den USA, den größten Schuldner der Welt. Der Dollar wurde durch das Hereinströmen spekulativen Kapitals und durch die Schuldknechtschaft, die den sogenannten Schuldnerländern aufgezwungen wurde, gestützt: »Es ist klar, daß die Dritte Welt nicht zahlen kann – und doch tut sie es! Allein für Lateinamerika betrug der Kapitalzufluß zwischen 1982 und 1985 weniger als 38 Milliarden Dollar, während es 144 Milliarden Dollar an Schuldendienst zurückzahlte. Nettotransfer von den Armen zu den Reichen: 106 Milliarden Dollar« (George 1988, 63). Reagans Versuch, die USA politisch und wirtschaftlich wieder zu stärken, indem sie »über ihre Verhältnisse lebten«, verwandelte die angebotsorientierte Politik in eine Politik des Imports von spekulativem Kapital. Der Fluß von Geldern in die USA wurde durch die hohen Zinssätze in den USA ermöglicht. Die hohen Zinssätze erwiesen sich nicht als effektive Bremse gegen die inflationäre Kreditausweitung. Die Gläubiger wurden vor der vollen Last der ausstehenden Schulden geschützt (siehe George 1992), während die Schuldner vor der Steuerlast durch Steuernachlässe geschützt wurden. Gläubiger, die in der Klemme steckten, wie etwa die großen Banken wurden nach ihren Spekulationsverlusten refinanziert (Mandel 1987). Banken erhielten Steuererleichterungen für »uneinbringbare Außenstände« und verkauften diese an Einrichtungen der öffentlichen Hand. Während die verschuldeten Staaten in den 80er Jahren nicht aus ihren Schulden

¹¹ Die folgenden Ausführungen halten sich eng an Mandel (1988, 105).

¹² Zu den Schulden in anderen westlichen kapitalistischen Ländern siehe Mandel (1988; 1987), Wolf (1988). Im Vereinigten Königreich verringerten sich Haushaltsdefizit und Handelsbilanzdefizit in den 80er Jahren dank der Einkünfte aus dem Nordseeöl (Keegan 1984; 1989), aus Privatisierungen (Gamble 1988), aus einer höheren Steuerlast (Rowthorn 1992) und dank der drastischen Einschnitte bei jenem Teil der öffentlichen Ausgaben, der eine soziale Reformpolitik unterstützte. Siehe auch Clarke (1988), Bonefeld (1993a), und die Beiträge in Michie (1992).

herauswachsen durften, konnten die Banken ihre Schuldenprobleme vergesellschaften. Wie George (1992, 106) es ausdrückte, »waren in den 80er Jahren das einzige, was vergesellschaftet statt privatisiert wurde, die Schulden selbst«. In den USA bildeten Steuersenkungen die Grundlage für die steuerliche Abfederung der hohen Zinssätze. In Großbritannien wurden Steuersenkungen auf der Grundlage der Senkung der öffentlichen Ausgaben und der Einnahmen aus Privatisierungen umgesetzt. Das Scheitern der Zersetzung der Arbeiterklasse in ein profitables Arbeiterheer mußte zu einer zunehmenden Auflösung der Verbindung zwischen Geld und Ausbeutung führen, die sich in höheren Inflationsraten, finanzieller Instabilität und geringem Wachstum der produktiven Aktivität ausdrückte. Noch nie brachen so viele Banken zusammen wie während des Booms. Die Größenordnung dieser Pleiten ging weit über die 30er Jahre hinaus (siehe Mandel 1987, 300; Dziobek 1987). Selbst viele der überlebenden Banken waren eine Zeitlang »technisch bankrott« (vgl. Keegan 1993, 185).

Die expansionäre Antwort auf die Schuldnerkrise erkannte den Umstand an, daß die einzige konsequente Art, die ArbeiterInnen innerhalb des Kapitalverhältnisses festzuhalten, die Ausweitung der Akkumulation ist. Die expansionäre Antwort bedeutete allerdings nicht, daß der Monetarismus schlicht abgeschafft wurde. Tatsächlich ging die monetaristische Politik weiter. Es gab ein »Nebeneinander« zweier verschiedener politischer Linien. Einerseits finden wir die Politik der monetären Expansion (mehr Kredite, weniger Kontrollen und eine Erhöhung des Steueraufkommens), andererseits die Durchsetzung von Austerität gegen die gesellschaftlichen Beziehungen. Erstere erkennt die Tatsache an, daß die deregulierten weltweiten Kreditbeziehungen die Befreiung von »inländischen« Geldzielen gebracht hatten. Die letztere stellt einen Versuch der monetären Anpassung dar, d.h. einen Versuch, die Ausweitung der Kredite durch die Kontrolle der öffentlichen Ausgaben zu decken. Nach 1982 konzentrierte sich die monetaristische Politik des freien Marktes auf die Kontrolle jenes Teils der öffentlichen Ausgaben, der eine soziale Reformpolitik unterstützte. Zur Durchsetzung des knappen Geldes gegen die sozialen Beziehungen gehörte ein Versuch, den Konsum stärker an Arbeit zu koppeln. Durch die Kontrolle der öffentlichen Ausgaben sollte sich das Wirtschaftswachstum in einem sinkenden Anteil der öffentlichen Ausgaben am BIP niederschlagen. Das sollte den Spekulationsdruck auf den Wechselkurs abwehren, weil die Konvertibilität der Schulden in echtes Geld durch Staatseinkünfte gedeckt wäre. Das wiederum sollte Steuersenkungen ermöglichen, die den Druck der Kreditkosten auf die Schuldner ausgleichen und den Unternehmern Investitionsanreize bieten sollten. Die Akkumulation wurde mit anderen Worten durch eine Lockerung der Kreditbeschränkungen und durch eine massive Umverteilung des nationalen Reichtums an das Kapital mittels der Steuerpolitik aufrechterhalten.

Die expansionäre Antwort auf die »Krise von 1982« und der Angriff auf das keynesianische Verhältnis zwischen öffentlichen Ausgaben und Löhnen gingen Hand in Hand. Die Abstimmung zwischen Kreditausweitung und Kontrolle des Geldangebots konzentrierte sich auf die Arbeiterklasse. Wie Gamble (1988, 122) sagte, »wurden weiterhin keynesianistische Techniken benutzt, nur war das Ziel jetzt eher, die Stabilität der Finanzen wiederherzustellen, als eine hohe Beschäftigungsrate und starkes Wachstum zu bewahren«. Das Festhalten an der Politik des knappen Geldes zielte auf die Senkung der Lohnkosten und des Lebensstandards. Und zwar durch eine restriktive Geldpolitik, die die Arbeiterklasse benachteiligte, und durch eine spalterische Steuerpolitik, die die allgemeine Steuerlast erhöhte, während das Kapital durch steuerliche Anreize gefördert wurde. Das bedeutete auch, daß der Sozialstaat nicht als ein Mittel benutzt wurde, um die Auswirkungen der Arbeitslosigkeit abzumildern, sondern als ein Mittel, über die Durchsetzung ökonomischer und finanzieller Unsicherheit sowie Zwangsarbeit soziale Kontrolle auszuüben.¹³ Um den Klassenkampf durch die einzig logische Weise im Zaum zu halten, in der sich das Lohnverhältnis durchsetzen läßt, nämlich durch dauerhafte Akkumulation, lockerten die politisch Herrschenden die Geldpolitik und bemühten sich, die fiktive – oder spekulative – Integration der ArbeiterInnen ins Kapitalverhältnis durch Kürzung der öffentlichen Ausgaben und die Durchsetzung der »Marktfreiheit« gegen die Arbeiterklasse im Griff zu behalten, indem sie die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften schwächten, die Arbeitslosigkeit steigen ließen, Mindest- und Tariflöhne deregulierten, die Arbeitsmärkte spalteten, die Menschen in Steuer- und Schuldenfallen trieben und den Sozialstaat als Mittel benutzten, um Menschen in Armut und Schulden zu halten und sie für ihre Sozialleistungen arbeiten zu lassen. So gesehen machte der Übergang zu einer expansionären Politik die Wiederherstellung einer vom Keynesianismus inspirierten Kollaboration mit den Gewerkschaften unmöglich. Stattdessen sollte der soziale Frieden eher erzwungen als ausgehandelt werden – ein Versuch, das gesellschaftliche Umfeld zu stabilisieren, ohne dabei der Arbeiterklasse größere monetäre Zugeständnisse zu machen. Im Zeichen gelockerter Kreditkontrollen und Reagans »Militär-Keynesianismus« (Clarke 1988; Gamble 1988; Harman 1993; Mandel 1987) griff die monetaristische Politik die Institutionen zur Integration der ArbeiterInnen durch soziale Reformen an.¹⁴

¹³ Siehe die »Workfare«-Programme in den USA und die »Ausbildungs«-Programme im Vereinten Königreich.

¹⁴ Nach dem Abtreten der »monetaristischen Volkswirtschaftslehre« versprach die britische Premierministerin Thatcher, »den Sozialismus in Britannien zu töten« (siehe Bonefeld 1993a), und kämpfte 1984/85 gegen die Bergarbeiter. Die Bergarbeiter wurden als der »innere Feind« gebrand-

In den 80er Jahren ermöglichten Liberalisierung der Finanzmärkte und Deregulierung der Kreditkontrollen eine Orgie der Spekulation; das Spekulationskapital züchtete Profite durch unproduktive Investitionen auf den Geldmärkten. Als Auswirkung der Deregulierung der Finanzen »stiegen die Ausgaben der Verbraucher sprunghaft an, finanziert durch die Abnahme der privaten Ersparnisse nach der Abschwächung der Inflation und durch ein enormes Wachstum der Verbraucherkredite« (Clarke 1988, 336). In den USA sanken die Ersparnisse dramatisch von etwa 6 Prozent des privaten Einkommens in den 70er Jahren auf 2,9 Prozent im Jahr 1985 (Guttmann 1989, 42; für das Vereinigte Königreich siehe Keegan 1989). Das nichtregulierte und unkontrollierte Bankensystem ermöglichte es sehr vielen Menschen trotz staatlicher Austeritätspolitik ihren Lebensstandard über den Zugang zu Verbraucherkrediten aufrechtzuerhalten. Im Vereinigten Königreich wurde das Absinken der Sparquote durch einen Anstieg der privaten Verschuldung verstärkt. Diese Schulden »stiegen von 45 Prozent des Einkommens vor Steuer Anfang der 80er Jahre auf 81,3 Prozent Ende 1987« (Keegan 1989, 209). Viele Menschen konnten ihren Lebensstandard nur aufrechterhalten, indem sie Schulden machten. Die monetaristische Politik entwickelte sich nach 1982 auf zwei Arten: Kreditgestützte Akkumulation und ungehinderte und nichtregulierte Ausweitung der Kredite einerseits, andererseits die Integration der privaten Schulden durch die Austeritätspolitik mit einer brutalen law-and-order-Kontrolle der sozialen Beziehungen. Die Aufblähung der weltweiten Defizitfinanzierung der Nachfrage weist darauf hin, daß die neue Rechte den Glauben an ihre eigene Heilslehre verloren hatte, als sie Anfang der 80er Jahre mit den Realitäten einer größeren Wirtschaftskrise konfrontiert wurde. Ihre Verwandlung in ungläubige Keynesianer verpfändete die zukünftige Ausbeutung der ArbeiterInnen zur selben Zeit, während gleichzeitig die Ausgaben für Recht und Ordnung in allen möglichen Formen drastisch zunahmen.

Die »extrem keynesianistische Politik der Reagan-Regierung« (vgl. Wolf 1988) war ein Keynesianismus in neuen Kleidern. Während Keynesianer die antizyklische Funktion der Defizitfinanzierung betonen, betrieb der Keynesianismus der Neuen Rechten eine prozyklische Ausweitung der Kredite, um den Boom am Laufen zu halten. Die Defizitfinanzierung der Gesamtnachfrage fand nicht während der Rezession statt, sondern während des Booms. Außerdem senkte die prozyklische Defizitfinanzierung der 80er Jahre nicht die Arbeitslosigkeit. Die keynesianische Verpflichtung zur Umverteilung von Einkommen und Beschäftigung wurde zur selben Zeit abgeschafft, als die Regierungen eine expansionäre Politik verfolgten, die mit Keynesianismus assoziiert wird. Mit

markt und mit der Hilfe paramilitärischer Polizeikräfte besiegt (Bonefeld 1993a; Fine und Millar 1985).

anderen Worten: Die ehemaligen Monetaristen blieben antikeynesianisch, und zwar *nicht*, weil die keynesianische Politik expansionär war, sondern weil sie eine Umverteilung vorsah. Seit der »Krise von 1982« wurde die keynesianische Politik der Ausweitung der Kredite prozyklisch angewandt, wobei die Besitzen den bevorzugt wurden und die Austerität sich gegen die wandte, auf deren Ausbeutung die kapitalistische Reproduktion beruht. Expansionäre Politik und staatliche Austeritätspolitik entsprachen sich genau. Sozialleistungen wurden abgeschafft zugunsten einer Disziplinierung durch Austerität; die Steuerpolitik wurde zur Disziplinierung durch Steuer- und Armutsfallen benutzt; gegen die Gewerkschaften wurden drakonische Maßnahmen ergriffen. Die Menschen sollten mit schlechter werdenden Bedingungen, intensiverer Arbeit und niedrigeren Löhnen für die Ausweitung der Kredite zahlen. Die Politik der Kreditausweitung sollte also durch Armut gekontert und die Kredite durch eine stärkere Anbindung des Kosums an die Arbeit gedeckt werden. Verschlechterung der Bedingungen und Anwachsen der Armut waren das Spiegelbild des Booms der 80er Jahre.

Die gleichzeitige Existenz von Massenarbeitslosigkeit, Defizitfinanzierung und wachsender Verschuldung zeigte aber, daß der Boom rein spekulativ war. Die wachsende Verschuldung war in keiner Weise durch eine verstärkte Ausbeutung der ArbeiterInnen gedeckt. Tatsächlich stiegen während des Booms die Investitionen in Geld enorm, während die Investitionen in die direkte Ausbeutung von ArbeiterInnen dramatisch hinterherhinkten (siehe Glyn 1992; Mandel 1987). Die keynesianische Defizitfinanzierung sorgte für Finanzinvestitionsmöglichkeiten. Erwirtschaftete Profite wurden eher zu Geld gemacht als produktiv investiert. Man könnte zwar sagen, daß die Verschuldung dazu diente, eine Rezession hinauszuschieben, die viel tiefer gewesen wäre als die Anfang der 80er Jahre, oder vielleicht sogar den Ausbruch einer Krise in der Größenordnung von 1929-32 zu verzögern (siehe Mandel 1987; 1988), aber im Ergebnis führte sie zur Anhäufung von zunehmend uneinlösbaren Schulden. Und es ist keine Überraschung, daß der *Economist* im Mai 1987 berichtete, daß US-Wirtschaftsexperten sich fragten, was ihnen in diesem Jahr bevorstünde, anhaltendes Wachstum oder Krise? Der Keynesianismus der Neuen Rechten war eine verzweifelte Krisenmanagement-Maßnahme. Statt das Geld enger an die Ausbeutung zu binden, riß die Verbindung zwischen beiden zunehmend ab. Während der Monetarismus sich für die Tugenden des freien Marktes aussprach, machte das Kapital Geld aus Geld in einem verzweifelten Versuch, soviel wie möglich zu akkumulieren, ohne sich auf dem umkämpften Terrain der Produktion schmutzig

zu machen.¹⁵

Der Boom der 80er Jahre beruhte auf der Intensivierung der Arbeit und dem Anstieg der Produktivität. Der Anstieg der Produktivität beruhte zu einem großen Teil auf der Schließung unproduktiver Betriebe Anfang der 80er Jahre. Die Produktivität stieg auch, weil die Arbeitslosigkeit mit sinkender Produktion anstieg (siehe Glyn 1992; Nolan 1989). Der Boom war ein Boom des »Geldes«, weil das Geld in ein verkäufliches Ding verwandelt wurde. Obwohl die Löhne nach unten gedrückt und die Klassenbeziehungen durch Arbeitslosigkeit zersetzt wurden, obwohl die Arbeitsorganisation neuzusammengesetzt wurde und die Ausbeutungsrate stieg (siehe Harman 1993), verhinderte der anhaltende Widerstand gegen die industrielle Umstrukturierung entweder einen ausreichenden Anstieg der Profitraten auf produktive Investitionen oder die Schaffung staatlicher Überschüsse, die einen neuen Investitionszyklus hätten ankurbeln oder finanzieren können. Der Aufschwung der Akkumulation wurde vom Konsum ausgelöst – eine Rückkehr zu einer Integration der ArbeiterInnen in das Kapitalverhältnis auf der Grundlage der Defizitfinanzierung der Nachfrage. Das Kapital entschied sich für Investitionen ins Geld statt in die Produktion und gab so aufgeblähten Immobilienpreisen, einem Übernahmefieber und der esoterischen Kunst der Spekulation Nahrung – durch die hervorragenden Möglichkeiten, die diese Investitionen boten. All diese Investitionen stellen jedoch ein weitestgehendes Vermeiden echter Investitionen dar, einen Widerwillen gegen genau die Ankurbelung der Akkumulation auf der Angebotsseite, die die Defizitfinanzierung der Nachfrage auszulösen versucht hatte.¹⁶ Der kreditgestützte Boom der 80er Jahre war eine Antwort auf das Scheitern bei der Zersetzung der Arbeiterklasse in ein profitables Arbeiterheer. Während des Booms beschleunigte sich die Trennung von monetärer und produktiver Akkumulation, eine Trennung, die den Boom nährte und die zum Zusammenbruch von 1987 und in die Rezession der 90er Jahre führte. Als das Kapital sich Anfang der 80er Jahre der Möglichkeit einer größeren Krise gegenüber sah, begann es um Geld zu spielen, und der Reichtum der 80er Jahre war ein Spielerreichtum. Die monetaristischen Politiker, die gepredigt hatten, daß die Regierung das Volk in Ruhe lassen sollte, hatten ihre früheren Vorhersagen vergessen, die von Mises (1944, 21) vor langer Zeit folgendermaßen zusammengefaßt hatte: »Die Ausweitung der Kredite kann einen vorübergehenden Boom herbeiführen. Aber solch fiktiver Wohlstand muß in einer allgemeinen Depression des Handels, einer Krise enden.«

Der Börsenkrach von 1987 signalisierte, daß der Keynesianismus der Neuen

¹⁵ Siehe Cleaver: »Die Subversion des Geldes-als-Kommando« in diesem Band [in der englischen Buchausgabe (deutsch im nächsten Zirkular)].

¹⁶ Siehe Anmerkung 15.

Rechten gescheitert war.¹⁷ Obwohl der Börsenkrach drastisch klarmachte, auf welch wackligen Fundamenten der Boom gestanden hatte, führte er nicht zum völligen Zusammenbruch des Aktienmarktes. Das wurde verhindert durch ein riesiges Reflationspaket mit Zinssenkungen, einer Lockerung der Kontrolle über das Geldangebot und finanzieller Unterstützungen für Banken und andere Finanzinstitutionen. Dieses Reflationspaket trug zur Aufrechterhaltung des kreditgestützten Booms bei. Man hielt sich an Samuel Brittons Rat: »Wenn eine Krise droht, brauchen wir Hubschrauber, die Banknoten vom Himmel regnen lassen. Das bedeutet eine lockere Bankenkreditvergabepolitik und, falls das nicht ausreichen sollte, eine Mischung aus Steuersenkungen und steigenden Staatsausgaben« (zitiert in Harman 1993, 15). Der Börsenkrach führte zum Verschwinden der monetaristischen Rhetorik, die den Keynesianismus der Neuen Rechten umgab. Der *Economist* stellte nach dem Börsenkrach fest: »Die unmittelbare Aufgabe ist eine keynesianische: Wenn der Börsenkrach die Nachfrage bedroht, muß man sie unterstützen« (zitiert in Harman 1993, S.15). Der Keynesianismus wurde somit offiziell wieder zum Leben erweckt und sogar von seinen früheren Kritikern als Retter bejubelt.

Der kreditgestützte Boom hielt bis 1990 an. Ende der 80er Jahre begann die Inflation weltweit anzusteigen. Die Rezession der 90er Jahre ist die längste und tiefste seit Ende des Zweiten Weltkriegs. Es gab mehr Bankrotte als während vorangegangener Rezessionen seit den 60er Jahren (siehe Harman 1993). Der Immobilienboom in den USA, dem Vereinigten Königreich und Japan brach zusammen, und Deutschland steckt in der tiefsten Rezession seit Weimar.¹⁸ Die Arbeitslosigkeit stieg drastisch und die Zahlungsunfähigkeit großer Firmen zwang die Banken dazu, in ungeheurem Maßstab uneinbringbare Außenstände abzuschreiben. Der Verbraucherboom brach in sich zusammen. Der Kredit steckte nicht nur in einer Klemme: Die Ausweitung des Kredits blieb ruckartig stehen.

Die Trennung monetärer Akkumulation von der Ausbeutung der ArbeitInnen in der Produktion traf den Staat in Form einer Zwickmühle zwischen der sogenannten »Überhitzung der Konjunktur« und dem spekulativen Druck auf die Währung. Anfang der 90er Jahre wurde die Kreditausweitung, mit der die Auswirkungen des Börsenkrachs von 1987 erstickt worden waren, zunehmend »inkompatibel« mit den weltweiten Grenzen der Kreditmärkte. Die expansionäre Antwort auf den Börsenkrach führte zu einer Entwicklung, bei der die Zusammensetzung des gesellschaftlichen Kapitals mehr denn je wie eine umgedrehte

¹⁷ Zum Börsenkrach siehe die Beiträge in *Capital & Class* 34, Harman (1993), Mandel und Wolf (1988); siehe auch Bonefeld (1993a).

¹⁸ Siehe Harman (1993) zur Rezession in Deutschland und Japan.

Pyramide aussieht: »Phantomkredite« wurden akkumuliert in Form spekulativer Wetten auf die Zukunft des kranken Herzblutes des Kapitalismus, d.h. auf die Integration der ArbeiterInnen als variable Komponente erweiterter Ausbeutung. Da die Schulden jedoch stärker anstiegen als der Mehrwert, sah es immer unwahrscheinlicher aus, daß die Ausbeutung der ArbeitInnen sich in Dividenden für die Anteilseigner niederschlagen würde. Große Firmen wie PanAm und Maxwell Communications gingen bankrott. Überall gingen die Profite in den Sturzflug über. Vor diesem Hintergrund wurde es nicht nur immer »unprofitabler«, aus der sich öffnenden Schere zwischen Schulden und Mehrwert Geld zu machen; es wurde auch gefährlicher. Vor dem Hintergrund der Krisen der US-Bausparkassen [Savings & Loans] und auf dem Immobilienmarkt brach Ende der 80er Jahre der Risikoanleihen-Markt zusammen. Investoren sahen sich mit einem Riesenhaufen unrückzahlbarer Schulden konfrontiert, und der rasante Anstieg der Bankrotte bedeutete, daß die Banken schließlich das Problem fauler Kredite hatten. Kredite zu bekommen wurde teurer, und die Banken trieben Schulden ein, um ihre Reserven zu schützen. Die kritische Finanzlage der Produzenten verstärkte sich zur selben Zeit, als die kreditgestützte Privatsnachfrage zum Stillstand kam. Anfang der 90er Jahre wuchsen die Befürchtungen über eine unmittelbar bevorstehende weltweite Kreditkrise. Viele Industrien waren mit Krediten überhäuft worden, und jetzt fehlten etlichen dieser Firmen die Mittel, um sie wieder zurückzuzahlen. Genauso wie die zügellose Spekulation sich jahrelang selbst angeheizt hatte, tat es jetzt der neue Skeptizismus. Die Investoren begannen, zu den Ausgängen zu rennen.

Nationalstaaten sind nicht isoliert vom Rest der Welt,¹⁹ sondern durch den Wechselkursmechanismus integriert, und darüber, ob sie mit den ArbeiterInnen fertigwerden, wachen in der weltweiten Akkumulation die spekulativen Kapitalbewegungen als »Polizei«. Vielleicht hätten die Regierungen gern die Schulden weginflationiert, um damit die Schuldenlast vieler Firmen zu senken und gleichzeitig die Reallöhne zu entwerten und den allgemeinen Lebensstandard zu senken, aber Währungsspekulationen hätten zu einer Liquiditätskrise geführt und damit die Steuerkrise des Staates verstärkt und die Finanzierung von Zahlungsbilanzdefiziten schwierig gemacht. Angesichts der Krise der US-Bausparkassen [Savings & Loans] Ende der 80er Jahre und spekulativen Drucks auf die Währungen antworteten die Regierungen mit einer Politik der Geldverknappung, indem sie die Zinssätze anhoben, um den spekulativen Druck abzuwehren und es den Banken und anderen Geldinstituten zu ermöglichen, unrückholbare

¹⁹ Siehe »Globales Kapital und Nationalstaat« von Holloway (in diesem Zirkular) und »Kapital, Krise und das internationale Staatensystem« in diesem Band [in der englischen Buchausgabe]. Siehe auch Bonefeld (1992) und Burnham (1990; 1993).

Außenstände und Spekulationsverluste auszugleichen. 1988/89 mußten die Arbeitgeber höhere Löhne zugestehen, weil die Arbeitslosenzahlen wieder fielen und die ArbeiterInnen für den Anstieg der industriellen Produktivität in den 80er Jahren finanziell entschädigt werden wollten (siehe Harman 1993). Die Lohnstückkosten stiegen (siehe *Financial Times*, 14.10.89). Ende der 80er Jahre wurden Befürchtungen laut, daß der Anstieg der Profitabilität in den 80er Jahren nicht länger ausreiche, um die Investitionen auszuweiten. Das Sinken der Profite löste einen Teufelskreis aus, da die Firmen gezwungen waren, Schulden zu machen, um Zahlungsschwierigkeiten zu meistern. Die hohen Zinssätze beschnitten die Profite zur selben Zeit, als das Herzblut des Booms, d.h. der Kredit, sich Anfang der 90er Jahre in die Zwangseintreibung unbezahlter Schulden verwandelte – die Hauptstütze staatlicher Austeritätspolitik. Die Ironie einer keynesianischen Politik in monetaristischem Rahmen lag darin, daß es, als 1990 die Rezession kam, kaum noch Spielraum für eine keynesianische antizyklische Politik des Deficit spending gab. Die monetaristische Politik verknappte das Geld wegen der Gefahr ungezügelter Spekulation auf die zukünftige Richtung der Politik, auf die Liquidität der Nationalstaaten, die Fähigkeit der Firmen, Kreditverpflichtungen nachzukommen, und auf die Stabilität des Immobilienmarkts.

Im Vereinigten Königreich stieg die Inflation 1990 auf fast das Doppelte. Angesichts des Londoner Poll tax riot April 1990 [siehe Wildcat 51, 5 ff. A.d.Ü.] und der Besorgnis auf den internationalen Finanzmärkten über die wirtschaftliche und politische Lage in Großbritannien trat die damalige Thatcher-Regierung in einem Versuch, die Geldpolitik zu verankern und so das spekulative Wetten auf die Innenpolitik abzuwehren, der »Währungsschlange« des Europäischen Währungssystems (EWS) bei (siehe Smith 1992). Wie Anfang der 80er Jahre wurde zu Beginn einer Rezession eine Politik des knappen Geldes gefahren. Das Ziel war, die Verantwortung für die deflationären Auswirkungen einer Hochzinspolitik nach außen zu verlagern und von den anderen europäischen Staaten Unterstützung für das britische Pfund zu erhalten. Vor dem Hintergrund riesiger Zahlungsbilanz- und Haushaltsdefizite²⁰ bedeuteten die monetären Beschränkungen des EWS, daß die Zinssätze, die 1989 auf 15 Prozent erhöht worden waren, vor dem Eintritt nur auf 14 Prozent gesenkt wurden und im Sommer 1992 auf 10 Prozent fielen (siehe Stewart 1993, 62 f). Die Zinssätze fielen jedoch nicht real, »weil die Inflationsrate mittlerweile von etwa 10 Prozent auf etwa 4 Prozent

²⁰ Die Zahlungsbilanz war seit 1987 im roten Bereich und hat seither stetig zugenommen (siehe Stewart 1993). Der Kreditbedarf der öffentlichen Hand war von 1987/88 bis 1990/91 negativ und verschlechterte sich stark 1991/92 und nahm 1992/93 dramatisch zu auf 36,5 Milliarden verglichen mit einem Budgetüberschuß von einer halben Milliarde 1990/91 (siehe McKie 1993).

gesunken war« (Stewart 1993, 63). Die Verteidigung des Pfunds gegen Spekulationsbewegungen war ursprünglich erfolgreich, denn die Arbeitslosigkeit stieg von unter 6 Prozent 1990 auf 9 Prozent 1991 und über 10 Prozent 1992 (Stewart 1993; McKie 1993). Die Zahl der Pleiten und Firmenzusammenbrüche stieg war schon 1990 dramatisch gestiegen und stieg noch weiter (siehe Smith 1992, 257). Zusätzlich strichen die Firmen ihre Investitionen zusammen. Es gab eine massive Entwertung von Kapital. Die Lohnforderungen ließen nach, und die Zahl der Streiks sank auf ein sehr niedriges Niveau (siehe McKie 1993). Ursprünglich hatten hohe Zinsen als ein Mittel gegolten, die Wirtschaft zu deflationieren, ohne die großen Firmen ernsthaft zu bedrohen. Ihre Profite galten als hoch genug, um sie zu schützen. Anfangs trieben die hohen Zinsen kleinere Firmen in die Pleite und griffen die sozialen Beziehungen durch Zahlungsunfähigkeit bei Verbraucherkrediten einschließlich Hypotheken an. Die britische Regierung hoffte auf eine sanfte Landung, indem sie die Gesellschaft für den Inflationsdruck zur Kasse bat. Die Vergesellschaftung des Schuldenproblems bedeutete einen massiven Anstieg von Obdachlosigkeit, Zwangsversteigerungen, privaten Pleiten und Arbeitslosigkeit. Doch die Vergesellschaftung der Schulden durch die Auferlegung von Armut hielt den Abschwung nicht auf.

Durch den Zusammenbruch der Verbraucherausgaben wurde der Einzelhandel von der Schuldendeflation getroffen. Einzelhandelskapazitäten wurden überflüssig, was den Immobilienmarkt angesichts der platzenden Hypotheken und Büroschließungen erst zum Brodeln und dann zum Platzen brachte. Die Krise des Immobilienmarkts wirkte wieder auf das Finanzsystem zurück und verursachte Rückzahlungsunfähigkeit zur selben Zeit, als sich die Probleme mit faulen Krediten durch Firmenpleiten häuften. Der Schutz größerer Firmen durch ihre Profite hielt nicht lange. Die Schulden der Aktiengesellschaften waren in den 80er Jahren dramatisch gestiegen. Die Schuldenlast lag um die 20 Prozent des Aktienkapitals, im Vergleich zu 8 Prozent 1980/81 (siehe Smith 1992, 193). 1990/91 fielen die Investitionen in die Industrie drastisch (siehe Smith 1992, 193). Die Profite hielten den hohen Zinsen nicht stand und begannen daher ernsthaft zu sinken. Das Bankensystem stand am »Rand des Zusammenbruchs unter dem Gewicht von Konzernpleiten und privaten Bankrotten« (Smith 1992, 244). Die Banken versuchten, ihre Konten durch höhere Rückstellungen für faule Kredite zu stützen und ihre Schuldenprobleme durch Entlassungen, höhere Gebühren und größere Zinsspannen bei Darlehen zu vergesellschaften. Kredite wurden teurer und schwerer erhältlich. Gleichzeitig hielten »Konsumenten« und »Firmen« sich bei der Kreditaufnahme zurück und bemühten sich, ihre Schulden zu bedienen (siehe Stewart 1993, 102).

Die Kreditvergabe ging in weltweitem Maßstab zurück. In den USA sank z.B. die Kreditaufnahme durch Firmen: »Früher sah es so aus, daß Firmen in Rezessionen mehr Kredite aufnahmen: 1973 stiegen die Bankdarlehen insgesamt

um 12,2 Prozent, in den 80er Jahren um 3,5 Prozent und 1981 um 5,4 Prozent. Doch 1990 *sanken* die Darlehen insgesamt um 3,6 Prozent« (Harman 1993, 42). Die Verfügbarkeit von Geld war aber nicht infrage gestellt. Es fehlte nur an profitablen Möglichkeiten, es auszugeben (Harman 1993, 44). Es gab also einen Kreditmangel und eine weltweite Kapitalknappheit, während die Firmen gleichzeitig zusätzliche Kredite benötigten, um zahlungsfähig zu bleiben. Während Kredite schwer zu bekommen waren, wurden frühere Schulden fällig. Wie Harman (1993, 45) andeutet, »ist die Diskussion über die Kreditkrise ein Hinweis darauf, daß das System in einer Sackgasse angelangt ist«.

Während der Rezession stieg das Verhältnis der Schulden zum Bruttoinlandsprodukt, was zu einem wachsenden Anteil von Schuldendiensten in den Staatshaushalten führte (siehe *Financial Times*, 27. September 1993). Da die Regierungen durch stark steigende Zinsen immer verwundbarer wurden, verstärkte sich mit dem Anstieg der Arbeitslosigkeit der Druck auf die öffentlichen Ausgaben. Hohe Zinsen, anhaltend niedriges Wirtschaftswachstum, Druck auf die öffentlichen Ausgaben und geringere Steuereinnahmen verstärkten die Finanzkrise des Staates. Und während die Haushaltsdefizite stiegen, wurde die Deckung der weltweiten Kreditbeziehungen durch die Währungsreserven und Staatseinnahmen schwächer. Daraufhin spielten die Spekulationsbewegungen noch stärker »Polizei« gegen die nationalen Versuche, Währungen durch deflationäre Kontrolle der sozialen Beziehungen zu schützen, was wiederum durch Währungsspekulationen und damit durch einen Abfluß der Reserven die Finanzkrise der Staaten verstärkte. Vor dem Hintergrund riesiger Zahlungsbilanz- und Haushaltsdefizite sowie eines schleppenden Wirtschaftswachstums und eines ins Stolpern geratenen Bankensystems wurde das Pfund Sterling zum Angriffsziel der Herrschaft des Marktes. Die Pfund Sterling-Krise 1992 – als die Mitgliedschaft im EWS ausgesetzt und das Pfund abgewertet wurde – und die Beinahe-Suspendierung des EWS 1993 zeigten an, daß die Rezession an einem aussichtslosen Punkt angelangt war. Die Entscheidung von 1993, die Schwankungsbreite im EWS auf 15 Prozent oberhalb und unterhalb der Mittelkurse zu erhöhen, lief auf ein Eingeständnis der Regierungen hinaus, daß die Politik des knappen Geldes zur Kontrolle der sozialen Beziehungen durch Austerität erfolglos geblieben war und sie somit den Spekulationsdruck nicht abwehren konnten.

Vor dem Hintergrund gesunkener Inflationsraten, Massenarbeitslosigkeit und der Unruhe auf den Finanzmärkten waren die Haushaltsdefizite im Jahr 1992 überall auf einem hohen Niveau: »Der Durchschnittswert für die wichtigsten OECD-Staaten war von 22,7 Prozent 1979 auf 43,6 Prozent gestiegen, und für Ende 1993 wurde erwartet, daß alle europäischen Staaten außerhalb der Maastrichter Zielvorgaben für Staatsverschuldung von maximal 3 Prozent des BIP liegen würden« (Harman 1993, 49). Wird die Schuldenkrise, die die Dritte Welt bedrängte, nach Norden ziehen? Es gibt eine erneute keynesianische Nachfrage-

stimulierung – die Defizite steigen, und die ersten grünen Triebe der Erholung zeigen sich dank der Dämpfung der Lohnkosten, einer massiven Kapitalentwertung sowie der Vergesellschaftung der Probleme mit faulen Krediten: »Der Keynesianismus scheint ein Comeback zu erleben« (Gamble 1993, 80). Was heißt das aber? Die keynesianische Politik der Defizitfinanzierung in weltweitem Maßstab wurde »bereits verbraucht bei der Stützung der zyklischen Expansion der 80er Jahre, sie hinterläßt einen gewaltigen Überhang an Staatsschulden, deren Schuldendienst einen immer größeren Anteil des Bundeshaushalts schluckt« (Burkett 1994, 12). Nach den Riots von Los Angeles kündigte Clinton einen »Krieg gegen die Armut« an und in Großbritannien versprach Major angesichts der Abschaffung der Poll tax, eine »klassenlose Gesellschaft« zu schaffen. Sollten wir tatsächlich die Rückkehr der sogenannten »Wohlstandsgesellschaft« erleben, die Ende der 50er und Anfang der 60er Jahre die Phantasie so vieler Menschen beschäftigte? Das Vorstellung von Wohlstand ist verführerisch – besonders angesichts von Massenarbeitslosigkeit, wachsender Armut und steigender Obdachlosigkeit. Doch bevor wir uns verführen lassen, werden wir erst zu den Grundlagen zurückkehren müssen: »Die Schwäche des gegenwärtigen Aufschwungs zeigt das Wiederaufkommen einer langfristigen Krise mit demselben Grundcharakter wie in den 30er Jahren« an (Burkett 1994, 9).

In den 90er Jahren ist der Keynesianismus eine teure Angelegenheit. Regierungen auf der ganzen Welt predigen die Heilslehre steigender Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit. Das Versprechen besteht somit darin, daß weniger und schlechter bezahlte Arbeiter mehr produzieren werden. Wie Burkett (1994, 13) es ausdrückt: »Unter den gegenwärtigen Bedingungen übersetzt sich ein Ansteigen der Produktivität in erster Linie in eine höhere Arbeitslosigkeit«. Mit anderen Worten: Ein Anstieg der Produktivkraft der ArbeiterInnen macht es dem Kapital sehr schwer, die Arbeitslosen als eine variable Komponente zum Zwecke der erweiterten Ausbeutung zu betrachten. Vor dem Hintergrund der Privatverschuldung und der jüngsten Versuche der Regierungen, ihre Bilanzen durch weitere Einschnitte in den Sozialstaat, vor allem bei alleinerziehenden Müttern und Rentnern, und durch höhere Steuerlasten für die Besitzlosen auszugleichen, ist der Versuch, eine Wirtschaftskrise zu vermeiden, indem die Ausbeutung der ArbeiterInnen durch Defizite angekurbelt wird, nicht ohne Probleme. Wie die *Financial Times* (9. September 1993) ausführt: »Die Regierungen wissen, wenn die Politik an Glaubwürdigkeit verliert, drehen die internationalen Märkte einfach den Geldhahn zu.« Ohne eine effektive Ausbeutung der gesellschaftlichen Arbeitskraft wird die Akkumulation ein spekulatives Glücksspiel bleiben: »Es kann kaum verwundern, daß der IWF insgeheim fürchtet, daß die Schuldendrohung Richtung Norden zieht. Heutzutage ist es die Akkumulation von Schulden in der Ersten Welt, und nicht Afrikas Dauerkrise, die die IWF-Funktionäre um den Schlaf bringt« (E. Balls in den *Financial Times* vom 27. September

1993). Clintons Versprechen, einen »Krieg gegen die Armut« zu führen, sollte ernst genommen werden. Die politischen Regime in sogenannten Schuldnerländern liefern nicht nur reichliches Beweismaterial für einen Monetarismus in der Krise, sondern sie präsentieren auch die wahrscheinlichere Zukunft eines Kapitalismus, der weiterhin in die Zukunft investiert, weil er sich in der Gegenwart nicht amortisiert.

Monetarismus: Eine Schlußfolgerung

Seit Ende der 60er Jahre fiel das Sinken der Akkumulationsraten in der Produktion mit einer rapiden Akkumulation von Geld zusammen. Es gab eine dramatische Trennung von Geld und Ausbeutung. Der Kredit wurde nicht in Kommando über Arbeit zum Zwecke erweiterter Mehrwertproduktion umgesetzt. Das Kapital entschied sich eher für Spekulation als für die Schaffung von Mehrwert. Die Bedeutung der Geld-Spekulation liegt im Vermeiden einer direkten Beziehung zur Arbeiterklasse. Die Spekulation trifft nicht auf den gleichen Widerstand, auf den das Kapital in der Fabrik trifft. Seit Mitte der 70er Jahre wurde der Versuch, die Profitabilität wiederherzustellen, ohne eine Wirtschaftskrise im Ausmaß der 30er Jahre durchzumachen, mit einer Politik der Deflation und der Aufgabe der Verpflichtung zu Vollbeschäftigung und sozialer Reformpolitik verbunden.

Der Zusammenbruch von Bretton Woods und die Deregulierung der internationalen Kredit- und Geldmärkte erwies sich als allerwichtigstes Ereignis im Klassenkampf in der und gegen die Form des kapitalistischen Staates. Hinter der Deregulierung des internationalen Geldes stand die Strategie der Austerität als ein Mittel, die Klassenbeziehungen durch die unbarmherzige Unparteilichkeit der monetären Intervention und die Intensivierung der Arbeit zu spalten. Die Herrschaft des Geldes besteht jedoch nur, wenn die Vorbedingung dieser Herrschaft reproduziert wird, d.h. wenn die ArbeiterInnen für die erweiterte profitable Reproduktion eingespannt werden. Die keynesianistische und die monetaristische Politik sind abhängig von einer dauerhaften Akkumulation, um so die ArbeiterInnen durch die aufsplitternde Durchsetzung des Lohnverhältnisses im Zaum zu halten. Beide Strategien betonen verschiedene Momente der widersprüchlichen Einheit der Mehrwertproduktion, und indem sie eine Seite des Widerspruchs zugunsten der anderen aufgeben, führen sie einen Zusammenbruch beider Seiten herbei: sowohl des Geldes als auch der Produktion. Durch die Loslösung der monetären Akkumulation von der produktiven Akkumulation stellte sich die widersprüchliche Einheit der Mehrwertproduktion als krisenbehaftete Spaltung zwischen funktionierendem Kapital und Kreditsystem dar. Beide Pole dieses Widerspruchs existieren als verschiedene Momente des Kreislaufs des gesellschaftlichen Kapitals, ein krisenbehafteter Widerspruch, der die Krise der Herr-

schaft über die Arbeit nach sich zieht. Wir haben betont, daß es weder Keynesianismus noch Monetarismus gelang, die ArbeiterInnen im Zaum zu halten und die »Arbeiterfrage« zu lösen. Der Angriff auf die Arbeiterklasse in den 80er und 90er Jahren spitzte bereits bestehende Entwicklungen zu. Diese Verstärkung wurde durch die Krise des Keynesianismus beschränkt und beschleunigt. Die monetaristische Politik reagierte auf die Krise des Keynesianismus, ohne sie zu überwinden.

In den 80er Jahren wurden weiterhin keynesianistische Strategien benutzt, und gleichzeitig schwächten die Angriffe auf den Sozialstaat nicht die Beziehung zwischen Löhnen und öffentlichen Ausgaben ab. Dem Versuch, die Verbindung zwischen Konsum und Arbeit zu verstärken, widersprach das Anwachsen der Privatverschuldung. Im Ergebnis vertiefte sich die Krise der keynesianistischen Politik der staatlichen Austerität. Die Rezession der 90er Jahre ist ein Ausdruck für das Scheitern des Keynesianismus der Neuen Rechten.

Zum Klassenkampf um die Kredit- und Geldpolitik in den 80er Jahren gehörte der Kampf um die gesellschaftliche Durchsetzung monetärer Austerität in und durch Arbeitslosigkeit, deflationäre Angriffe, Auferlegung von Armut und die Intensivierung von Arbeit und polizeistaatliche Kontrolle. Doch die Intensivierung der Arbeit, die Verschrottung von ArbeiterInnen, und die Mikrochip-Revolution führte keine profitable Integration der ArbeiterInnen in das Kapitalverhältnis herbei. Der Kreislauf des gesellschaftlichen Kapitals basierte auf einer erneuten spekulativen Verzögerung von Überakkumulation und Krise, heraufbeschworen durch die weltweite Defizitfinanzierung der Nachfrage. Die Integration der ArbeiterInnen in das Kapitalverhältnis vollzog sich auf der Basis von Schulden.

Die spekulative Akkumulation der 80er Jahre dehnte die Grenzen des Marktes durch Kredite aus, und die Akkumulation schien nur durch die Verfügbarkeit von Krediten begrenzt zu sein. Die Verfügbarkeit von Krediten ist jedoch die Verfügbarkeit von Geldkapital, das die Grenzen der kapitalistischen Akkumulation in der Form von Spekulation und (schließlich, wie 1987) einer Finanzkrise wieder geltend macht. Die Schuldenkrise der 80er Jahre, die Wirtschaftskrise 1987 und die Rezession der 90er Jahre sind Ausdruck der Krise der kapitalistischen Herrschaft über die ArbeiterInnen zum Zwecke der Ausbeutung. Da die Krise aber hartnäckig weiterging und frühere politischer Maßnahmen auch keine Lösung herbeigeführt hatten, machte sich das Geld eher repressiv als kreativ geltend. Trotz der gesellschaftlichen Durchsetzung knappen Geldes gibt es keine Neuzusammensetzung der Klassenbeziehungen, die einen neuen Akkumulationszyklus in Gang setzen könnte. Weit davon entfernt, Investitionen, Beschäftigung und Ausstoß anzuregen, bestand das Ergebnis der Kreditausweitung bei knappem Geld in einer Verschlechterung der Bedingungen und Massenarbeitslosigkeit. Es gab keinen Durchbruch bei den Investitionen. Die

Kreditausweitung wurde eher zur Spekulation genutzt als für die Schaffung von Mehrwert. Zur Wiederherstellung des Kreislaufs des gesellschaftlichen Kapitals ist nicht nur, wie in den 80er Jahren, eine spalterische und zersetzende Auflösung der Klassenbeziehungen in Begriffen wie Eigentümer und Bürger nötig, sondern vor allem die Durchsetzung der Verwertung im Arbeitsprozeß. Das bedeutet nicht nur die Intensivierung der Arbeit und den repressiven Ausschluß der vom Kapital zwangsläufig als unverwertbar Betrachteten aus der Produktion, sondern vor allem die Umwandlung von Geld in wirklich produktives Kapital, d.h. in Kapital, das auf sich erweiternder Stufenleiter Arbeit ausbeutet. Dies Umwandlung setzt die Neuzusammensetzung des Verhältnisses von notwendiger und Mehrarbeit voraus. Die Neuzusammensetzung dieses Verhältnisses ist nicht in Sicht.²¹

Anfang der 90er Jahre zeigt sich an der Schwäche der produktiven Aktivität und der Instabilität des Finanzsystems, daß es dem Neo-Liberalismus nicht gelungen ist, die zukünftige Ausbeutung der ArbeiterInnen in der Gegenwart zu sichern. Vor dem Hintergrund der tiefen und langanhaltenden Rezession Anfang der 90er Jahre gibt es eine nostalgische Sehnsucht nach dem Keynesianismus. Immer mehr Studien plädieren nach etlichen Jahren des Deficit spending für eine Rückkehr zur keynesianistischen Politik. Diese Studien betonen, daß marktwirtschaftliche Ökonomien sich nicht selbst stabilisieren und daher eine Art keynesianistischer Intervention brauchen (siehe Stewart 1993; Keegan 1993). Der Keynesianismus wird wieder als Mittel, den Kapitalismus für die Kapitalisten sicher zu machen. In den 90er Jahren ist die Forderung, daß die Regierung das Volk entlasten und den Marktkräften mehr Spielraum gewähren solle, altmodisch geworden. Es gibt eine Nachfrage nach einem neuen Konsens. Der Keynesianismus der alten Schule wird wegen seines exzessiven Interventionismus kritisiert, während der Monetarismus wegen seines exzessiven deflationären Eifers und seines religiösen Glaubens an die Selbstregulierung des Marktes abgelehnt wird. Sowohl exzessive Deflation als auch exzessive Anreize zur Ausweitung sind schädlich (vgl. Keegan 1993). Man kann sich nicht auf die Marktkräfte verlassen, aber es ist nicht ratsam, zur voll entwickelten Staatsintervention zurückzukehren (siehe Stewart 1993). Es gibt eine Nachfrage nach einen neuen »Realismus«: Markt und Staat müssen kooperieren (vgl. Mitchell 1989, 51). Würde die »Feinabstimmung« dieses Verhältnisses auch eine Rückkehr zu einem »sozialen Kapitalismus« mit sich bringen (vgl. Keegan 1993), d.h. zu einem Kapitalismus

²¹ Zum Verhältnis zwischen »Geld« einerseits und notwendiger Arbeit und Mehrarbeit andererseits siehe »Geld und Wert« von Negri (in diesem Zirkular); siehe auch »Das Geld in der Weltkrise« von Marazzi (TheKla 10, ZeroWork) und »Geld, Gleichheit und Ausbeutung« von Bonefeld (in diesem Zirkular).

der Sozialreformen? Es gibt Vorschläge für einen reformierten Keynesianismus und einen »Marktsozialismus«. ²² Wie in der Vergangenheit schlägt die reformistische Linke vor, die Marktkräfte gegen ihre ihnen eigene zerstörerische Natur zu verteidigen. Sie möchten das Unmenschliche menschlicher machen. ²³ Die sogenannte keynesianische Ära begann nicht in den 30er Jahren, sondern sie entwickelte sich durch Faschismus und Krieg. ■

Literaturverzeichnis:

- Agnoli, J. (1990) *Die Transformation der Demokratie und andere Schriften zur Kritik der Politik* (Freiburg: Ca-Ira).
- Altwater, E. (1985) 'Kredit und Hegemonie', in M. Jänicke (ed.), *Vor uns die goldenen fünfziger Jahre* (Munich: Piper).
- Altwater, E. and Hübner, K. (1987) 'Ursachen und Verlauf der internationalen Verschuldungskrise', in E. Altwater et al., *Die Armut der Nationen* (Berlin: Rotbuch).
- Bologna, S. (1977/1994) 'The Tribe of Moles', forthcoming in S. Bologna *Selected Writings by Sergio Bologna* (London: Red Notes).
- Bonefeld, W. (1992) 'Social Constitution and the Form of the Capitalist State', in W. Bonefeld, R. Gunn and K. Psychopedis (eds), *Open Marxism Vol 1: History and Dialectics* (London: Pluto Press).
- Bonefeld, W. (1993a) *The Recomposition of the British State During the 1980s* (Aldershot: Dartmouth).
- Bonefeld, W. (1993b) 'The Global Money Power of Capital and the Crisis of Keynesianism', *Common Sense*, 13.
- Brett, E.A. (1983) *International Money and Capitalist Crisis* (London: Heinemann).
- Burkett, P. (1994) 'The strange US Economic Recovery and Clintonomics historically Considered', *Capital & Class*, 52.
- Burnham, P. (1990) *The Political Economy of Postwar Reconstruction* (London: Macmillan).
- Burnham, P. (1993) 'Marxism, Neo-Realism and International Relations' *Common Sense*, 14.
- Clarke, S. (1988) *Keynesianism, Monetarism and the Crisis of the State* (Aldershot: Edward Elgar).
- Clarke, S. (1991) 'The State Debate', in S. Clarke (ed.), *The State Debate* (London: Macmillan).
- Clarke, S. (1992) 'Global Accumulation of Capital and the Periodisation of the Capitalist State Form', in W. Bonefeld, R. Gunn and K. Psychopedis (eds), *Open Marxism Vol. I: History and Dialectics* (London: Pluto Press).
- Cleaver, H. (1989) 'Close the IMF, Abolish Debt and End Development', *Capital & Class*, 39.
- De Brunhoff, S. (1978) *The State, Capital and Economic Theory* (London: Pluto Press).
- Dziobek, C. (1987) 'Die verschuldete westliche Welt', in E. Altwater et al. *Die Armut der Nationen* (Berlin: Rotbuch Verlag).

²² Siehe McNally (1993) zu einer Kritik des Marktsozialismus.

²³ Siehe Agnoli (1990) zur affirmativen Kritik und Akzeptanz des *status quo* beim Reformismus.

- Esser, J. and Fach, W. (1981) 'Korporative Krisenregulierung', in U.v. Aleman (ed.), *Neo-Korporatismus* (Frankfurt: Campus Verlag).
- Evans, T. (1985) 'Money Makes the World Go Round', *Capital & Class*, 24.
- Fine, B. and Millar, R. (eds) (1985) *Policing the Miners' Strike* (London: Lawrence & Wishart).
- Friedman, B.M. (1989) *Day of Reckoning* (New York: Vintage).
- Gamble, A. (1988) *The Free Economy and the Strong State* (London: Macmillan).
- Gamble, A. (1993) 'The Decline of Corporatism', in D. Crabree and A.P. Thirwall (eds) *Keynes and the Role of the State* (London: Macmillan).
- George, S. (1988) *A Fate Worse Than Debt* (London: Penguin).
- George, S. (1992) *The Debt Boomerang* (London: Pluto Press).
- Glyn, A. (1992) 'The "Productivity Miracle", Profits and Investment', in J. Michie (ed.), *The Economic Legacy 1979-1992* (London: Academic Press).
- Gough, I. (1975) 'State Expenditure in Advanced Capitalism', *New Left Review*, 92.
- Guttmann, R. (1989) 'Der Strukturwandel des amerikanischen Finanzkapitals', *PROKLA*, 74.
- Harman, Ch. (1993) 'Where is Capitalism Going', *International Socialism*, 58.
- Hilferding, R. (1910/1981) *Finance Capital* (London: Routledge & Kegan Paul).
- Hirsch, J. (1978a) 'The Crisis of Mass Integration', *International Journal of Urban and Regional Research*, 2 (ii).
- Hirsch, J. (1978b) 'Was heißt eigentlich "Krise der Staatsfinanzen"', *Leviathan Sonderheft*, 1/78.
- Hirsch, J. (1980) *Der Sicherheitsstaat*, VSA, Hamburg.
- Holloway, J. (1990) 'The Politics of Debt', *Common Sense*, 9.
- Itoh, M. (1978) 'The Inflationary Crisis of Capitalism', *Capital & Class*, 4.
- Joseph, K. and Sumption, J. (1979) *Equality* (London: John Murray).
- Keegan, W. (1984) *Mrs. Thatcher's Economic Experiment* (London: Penguin).
- Keegan, W. (1989) *Mr Lawson's Gamble* (London: Hodder & Stoughton).
- Keegan, W. (1993) *The Spectre of Capitalism* (London: Vintage).
- Lekachnan, R. (1966) *The Age of Keynes* (New York: McGraw-Hill).
- Lipietz, A. (1982) 'Towards Global Fordism', *New Left Review*, 151.
- Lipietz, A. (1984) 'Imperialism or the Beast of Apocalypse', *Capital & Class*, 22.
- London (1980) London Edinburgh Weekend Return Group, *In and Against the State* (London: Pluto Press).
- Malabre, A.L. (1988) *Beyond Our Means* (New York: Vintage).
- Mandel, E. (1987) *Die Krise 1974-1986* (Hamburg: Konkret Literatur Verlag).
- Mandel, E. (1988) 'Der Börsenkrach. Dreizehn Fragen', in E. Mandel and W. Wolf, *Börsenkrach und Wirtschaftskrise* (Frankfurt: Internationale Sozialistische Publikationen).
- Mandel, E. and Wolf, W. (1988) *Börsenkrach & Wirtschaftskrise* (Frankfurt: Internationale Sozialistische Publikationen).
- Marx, K. (1966) *Capital Vol. III* (London: Lawrence & Wishart).
- Mattick, P. (1980) *Economic Politics and the Age of Inflation* (London: Merlin).
- McKie, D. (ed.) (1993) *The Guardian Political Almanac 1993/4* (London: Fourth Estate).
- McNally, D. (1993) *Against the Market* (London: Verso).

- Michie, J. (ed.) (1992) *The Economic Legacy 1979-1992* (London: Academic Press).
- Mitchell, A. (1989) *Competitive Socialism* (London: Unwin).
- Mullard, M. (1987) *The Politics of Public Expenditure* (London: Croom Helm).
- Negri, A. (1984) *Marx Beyond Marx: Lessons on the Grundrisse* (South Hadley, Mass.: Bergin & Garvey Publishers).
- Negri, A. (1988a) *Revolution Retrieved: Selected Writings on Marx, Keynes, Capitalist Crisis and New Social Subjects 1967-1983* (London: Red Notes).
- Negri, A. (1988b) 'Keynes and the Capitalist Theory of the State post-1929', in A. Negri, *Revolution Retrieved* (London: Red Notes).
- Negri, A. (1988c) 'Crisis of the Planner-State', in A. Negri, *Revolution Retrieved* (London: Red Notes).
- Negri, A. (1988d) 'Crisis of the Crisis State', in A. Negri, *Revolution Retrieved* (London: Red Notes).
- Nolan, P. (1989) 'The Productivity Miracle', in F. Green (ed.), *The Restructuring of the UK Economy* (London: Harvester & Wheatsheaf).
- O'Connor, J. (1973) *The Fiscal Crisis of the State* (New York: St Martin's Press).
- O'Connor, J. (1984) *Accumulation Crisis* (Oxford: Blackwell).
- Offe, C. (1984) *Contradictions of the Welfare State*, K. Keane (ed.) (London: Hutchinson).
- Panitch, L. (1986) *Working Class Politics in Crisis* (London: Verso).
- Pilbeam, K. (1992) *International Finance* (London: Macmillan).
- Rowthorn, B. (1992) Government Spending and Taxation in the Thatcher Era, in J. Michie (ed.), *The Economic Legacy, 1979-1992* (London: Academic Press).
- Sampson, A. (1983) *The Money Lenders* (London: Hodder and Stoughton).
- Schubert, A. (1985) *Die internationale Verschuldung* (Frankfurt: Suhrkamp).
- Skidelsky, R. (ed.) (1977) *The End of the Keynesian Era* (London: Macmillan).
- Smith, D. (1992) *From Boom to Bust* (London: Penguin).
- Stewart, M. (1993) *Keynes in the 1990s: A Return to Economic Sanity* (London: Penguin).
- Sutcliffe, B. (1983) *Hard Times* (London: Pluto Press).
- Von Mises, L. (1944) *Planned Chaos, The Foundation for Economic Education* (New York: Irvington--on-Hudson).
- Von Mises, L. (1949) *Human Action* (New Haven: Yale University Press).
- Wachtel, H. (1990) *The Money Mandarins* (London: Pluto Press).
- Wolf, W. (1988) 'Casino-Kapitalismus oder die Dialektik von Boom, Crash und Krise', in E. Mandel and W. Wolf, *Börsenkrach & Wirtschaftskrise* (Frankfurt: Internationale Publikationen).

Globales Kapital und Nationalstaat

John Holloway (in: Bonefeld / John (Hrsg.): *Global Capital, National State and the Politics of Money*, 1995, Kapitel 6)

Die momentanen Probleme »linker« Politik haben viel mit dem Zerbrechen des Mythos vom Sozialismus in einem Land zu tun, ob in seiner »kommunistischen« oder sozialdemokratischen Form. Der Zusammenbruch der Sowjetunion und der osteuropäischen Regimes, die zunehmende Integration Chinas in den Weltmarkt, der Orientierungswechsel etlicher »sozialistischer« Regimes in verschiedenen Teilen der Welt und die rechte Politik der sozialdemokratischen Parteien in Europa haben deutlich gemacht, daß der Sozialismus heute nur noch als globales Projekt denkbar ist.

Was das genau heißt oder wie es sich erreichen läßt, ist vielleicht nicht klar, aber es ist klar, daß starre Vorstellungen vom Staat eines der größten Hindernisse sind, die so ein Projekt überwinden muß. Wie immer muß jeder Versuch, eine Vorstellung vom Sozialismus zu entwickeln, sich mit der Bedeutung des Staats und seinem Verhältnis zum Kapital auseinandersetzen, aber jetzt ist klarer denn je, daß sich dieses Verhältnis nur in einem globalen Kontext verstehen läßt.

Die unmittelbare Anregung für diesen Artikel war ein Kurs zur »Krise des Wohlfahrtsstaates«, den ich an der Maestría de Ciencias Sociales der FLACSO (Facultad Latinoamericana de Ciencias Sociales, Mexiko, D.F.) gehalten habe.¹

Über die Krise »des Wohlfahrtsstaats« oder die Reform »des Staates« in einem internationalen Zusammenhang zu sprechen, führt sofort zur Frage »Welcher Staat? Wo?«. Für jemanden, der den größten Teil seines Lebens in Europa verbracht hat, gibt es ein zusätzliches Problem: Wie relevant sind Gedanken, die in Europa über »den Staat« entwickelt wurden, für Leute, deren wesentlicher Bezugspunkt der paraguayische, bolivianische oder argentinische Staat ist? Die Antwort kann nur in Richtung eines Begriffs von Fragmentierung einer vereinten Welt liegen.

¹ Dieses Kapitel erschien auf englisch zuerst in *Capital & Class* 52 (Frühjahr 1994). Er ist eine veränderte Version eines ursprünglich auf spanisch in *Perfiles Latin Americanos*, No.1, FLACSO, Mexico city, (Dezember 1992) veröffentlichten Artikels. In dieser Ausgabe geht es um die Reform des Staates in Lateinamerika. Viele Leute haben hilfreiche Kommentare zu diesem Kapitel abgegeben: Mein Dank geht vor allem an Colin Barker, Werner Bonefeld, Peter Burnham und Eloina Peláez. [Auf deutsch ist eine Übersetzung der älteren Fassung aus *Capital & Class* in der *Prokla* Nr. 90 erschienen, die wir für diese Ausgabe überarbeitet haben.]

Der Staat

Schon die Begriffe »Reform des Staates« oder »Krise des Wohlfahrtsstaates« weisen auf den Umstand, daß wir etwas Gemeinsames in der Entwicklung verschiedener Staaten ausmachen und daher behaupten, eine Analyse, die sich an einem bestimmten Staat orientiert, sei unzureichend. Die Staaten scheinen recht unterschiedliche, separate Dinge zu sein, und dennoch sprechen wir von der Reform »des Staates« oder der Krise »des Staates«, als ob es nur einen Staat gebe, und unterstellen damit eine Art Einheit dessen, was als getrennt erscheint. Wie können wir das Verhältnis verstehen, das zwischen der Entwicklung verschiedener Staaten als Einheit des Getrennten, als Einheit durch Getrenntheit/Getrenntheit durch Einheit »des Staates« und der Vielzahl verschiedener Staaten besteht?

In der Tradition der politischen Wissenschaft gilt der Staat als grundlegende und weitgehend unhinterfragte Kategorie. Die Existenz des Staats wird vorausgesetzt, bevor irgendeine Diskussion überhaupt beginnt. In der Tradition der Politischen Theorie (jedenfalls der an den britischen Universitäten gelehrt) werden Kategorien wie Autorität, Verpflichtung und Rechte diskutiert, aber der Staat wird als Kategorie vorausgesetzt. Bei Politikstudien werden Bestimmungsfaktoren staatlichen Handelns, Beziehungen zwischen Staaten, wechselnde Regierungsformen usw. analysiert, aber immer auf der Grundlage eines vorausgesetzten Ausgangspunktes, des »Staates«.

Die überwältigende Mehrzahl der Arbeiten in dieser Disziplin nimmt sich einen bestimmten Staat als fast ausschließlichen Bezugsrahmen und analysiert politische Entwicklungen, als ob sie in rein nationalen Begriffen verstanden werden könnten. Dies gilt besonders für Arbeiten aus den Vereinigten Staaten und Europa: Es ist z.B. auf der Linken wie auf der Rechten üblich, »Thatcherismus« oder »Reaganismus« als rein nationale Phänomene zu analysieren und nicht als Teil einer globalen Verschiebung im Verhältnis von Staat und Markt. In Lateinamerika ist den Leuten der globale Zusammenhang, in dem die aktuellen Veränderungen stattfinden, viel klarer, aber in gewissem Sinne beschränkt und bestimmt die unhinterfragte Kategorie »des Staates« immer noch die Debatte.

Wenn der Staat als Ausgangspunkt genommen wird, erscheint die Welt (insoweit sie überhaupt erscheint) als die Summe der Nationalstaaten. Trends oder Entwicklungen, die über die Grenzen eines Staates hinausgehen, werden entweder in Begriffen zwischenstaatlicher Beziehungen (wie in der Tradition der »Unterdisziplin« »Internationale Beziehungen«) oder durch Analogiebildungen (wie in der »Unterdisziplin« »Vergleichende Politik«) diskutiert. Beide gehen nicht von einem Begriff der Einheit der Nationalstaaten aus, sondern von deren Trennung: Gemeinsame Entwicklungstendenzen können nur als Teil des zwi-

schenstaatlichen Netzwerks von Machtbeziehungen verstanden werden, die entweder direkt oder über Institutionen wie den Internationalen Währungsfonds ausgeübt werden; oder es geht um die Ähnlichkeiten zwischen Staaten bei Ideen, politischen Institutionen oder gesellschaftlichen Strukturen. Ein wichtiges Beispiel dafür ist die gegenwärtig einflußreiche Regulationstheorie, die national definierte Begriffen wie Fordismus und Postfordismus einführt und sie dann mit Analogiebildungen auf verschiedene Erscheinungen anzuwenden versucht.

Wie die Entwicklung des Staates aussieht, hat sich viel mit zwischenstaatlichem Druck, dem Druck internationaler Organisationen und mit institutionellen und theoretischen Moden zu tun, doch das reicht nicht, um die Tiefe und den globalen Maßstab der gegenwärtig stattfindenden Veränderungen zu erklären. Wenn man die Veränderungen etwa mit dem Druck des IWF erklärt, verschiebt man das Problem bloß auf eine andere Ebene: Was steckt hinter der politischen Orientierung und dem Einfluß des IWF? Ebenso wirft eine Erklärung der Veränderungen durch den Einfluß neoliberaler Vorstellungen einfach die Frage auf, warum das neoliberale Denken gerade zu dieser bestimmten Zeit einen derartigen Einfluß in verschiedenen Ländern gewonnen hat. Vergleichende Analysen, die sich auf das Stattfinden ähnlicher sozio-ökonomischer Veränderungen in den verschiedenen Ländern konzentrieren, wie in der regulationistischen Analyse des Fordismus, gehen tiefer, aber so verlockend die Analogien sein mögen: Sie sind im allgemeinen skizzenhaft und oberflächlich (Clarke 1988/1991). Die Einheit, auf der die Analogien zwangsläufig beruhen, wird nicht Gegenstand der Theorie. Um die Entwicklungen, die momentan in den verschiedenen Ländern stattfinden, wirklich einigermaßen zu verstehen, müssen wir über die Kategorie »des Staates« oder vielmehr über die Annahme der Getrenntheit der verschiedenen Staaten hinausgehen, damit wir ihre Einheit diskutieren können.

Hier bietet sich die Dependenztheorie als verlockende Alternative an, insoweit sie betont, daß die Welt eine Einheit ist und sich das Handeln einzelner Staaten nur im Kontext der bipolaren Beziehung von Zentrum und Peripherie (d.h. der Ausbeutung der Peripherie durch das Zentrum) verstehen läßt. Hier gibt es einen Begriff der Einheit getrennter Staaten, insoweit sie alle als Elemente einer bipolaren Welt verstanden werden. Allerdings bleibt die Analyse sehr staatsorientiert, da das »Zentrum« und die »Peripherie« als »zentrale Staaten« und »periphere Staaten« (oder Gruppen von Staaten wie in »Lateinamerika«, vgl. Marini 1973) begriffen werden. In diesem Sinne ist die Dependenztheorie eng verwandt mit der Tradition der Unterdisziplin »Internationale Beziehungen«: Obwohl die Betonung auf dem Vorrang des Weltsystems vor den einzelnen Staaten liegt, wird das Weltsystem im Grunde als internationales Staatensystem verstanden, wobei die Staaten des Zentrums die herrschenden Akteure sind und der einzig mögliche Weg aus der Abhängigkeit heraus im Handeln der periphe-

ren Staaten besteht.² Wie in der Mainstream-Tradition definiert der Staat eine Unterscheidung zwischen Innen und Außen, nur daß in der Dependenztheorie die Betonung (bezüglich der abhängigen Staaten) stark auf den äußeren und nicht auf den inneren Bestimmungsfaktoren des staatlichen Handelns liegt. Entwicklungen wie etwa Staatsreformen in den peripheren Staaten können so nur als Ergebnis aus dem Verhältnis von Zentrum und Peripherie erwachsener äußerer Zwänge verstanden werden, aber es gibt keinen Begriff, mit dem wir die Dynamik dieser Beziehung verstehen könnten.

Der Staat als eine Form gesellschaftlicher Verhältnisse

Jeder Staat behauptet seine Getrenntheit von anderen Staaten, seine nationale Souveränität. Um zu verstehen, warum wir von der Krise oder der Reform »des Staates« sprechen können, als ob es nur einen Staat gebe, müssen wir diese Getrenntheit aufweichen, den Staat als Kategorie auflösen.

Den Staat als Kategorie aufzulösen heißt, den Staat nicht als Ding an sich zu verstehen, sondern als eine gesellschaftliche Form, eine Form gesellschaftlicher Verhältnisse. Wie in der Physik haben wir inzwischen akzeptiert, daß es nichts absolut Getrenntes gibt, daß Energie in Masse verwandelt werden kann und Masse in Energie; ebenso gibt es in der Gesellschaft keine absoluten Trennungen, keine harten Kategorien. Wissenschaftlich zu denken heißt, die Denkkategorien aufzulösen, alle gesellschaftlichen Phänomene als eben dies zu verstehen: als Formen gesellschaftlicher Verhältnisse. Gesellschaftliche Verhältnisse, Verhältnisse zwischen Menschen, sind flüssig, unvorhersehbar, instabil, oft leidenschaftlich, aber sie erstarren zu bestimmten Formen, Formen, die eine eigene Selbständigkeit, eine eigene Dynamik zu gewinnen scheinen, Formen, die zentral für die Stabilität der Gesellschaft sind. Die verschiedenen akademischen Disziplinen nehmen diese Formen (Staat, Geld, Familie) als gegeben hin und tragen damit zu ihrer scheinbaren Festigkeit und daher zur Stabilität der kapitalistischen Gesellschaft bei. Wissenschaftlich zu denken heißt, diese Disziplinen zu kritisieren, diese Formen aufzulösen, sie als Formen zu verstehen; frei zu handeln heißt, diese Formen zu zerstören.

Der Staat ist also eine erstarrte (oder, um Marx' Begriff zu gebrauchen, »fetischisierte«) Form gesellschaftlicher Verhältnisse. Er ist ein Verhältnis zwischen Menschen, das nicht als ein solches erscheint, ein gesellschaftliches Verhältnis, das in der Form von etwas den den gesellschaftlichen Verhältnissen Äußerlichem existiert. Dies ist der Ausgangspunkt für ein Verständnis der

² Siehe Dabat (1992) zu einer ähnlichen Kritik der Dependenztheorie.

Einheit von Staaten: Alle sind sie erstarrte, scheinbar selbständige Formen gesellschaftlicher Verhältnisse.

Aber warum erstarren gesellschaftliche Verhältnisse auf diese Weise und inwiefern hilft uns diese Einsicht, die Entwicklung des Staates zu verstehen? Dies war die Frage, die von der sogenannten »Staatsableitungsdebatte« gestellt wurde, einer etwas eigentümlichen, aber sehr wichtigen Diskussion, die sich in den 70er Jahren von Westdeutschland aus auf andere Länder ausdehnte.³ Die Debatte war insofern eigentümlich, als sie in einer äußerst abstrakten Sprache geführt wurde, oft ohne daß die politischen und theoretischen Folgerungen der Argumentation deutlich gemacht wurden. Die Unzugänglichkeit der Sprache und die Tatsache, daß die Teilnehmer die Folgerungen aus der Debatte häufig nicht entwickelten (oder sich ihrer nicht bewußt waren), setzte die Debatte Mißverständnissen aus, und der Ansatz wird oft als »ökonomische« Theorie des Staates oder als »Kapitallogik«-Ansatz abgetan, der versuche, die politische Entwicklung als einen funktionalen Ausdruck der Logik des Kapitals zu verstehen – und damit keinen Raum für den Klassenkampf lasse. Diese Kritik läßt sich zwar an manchen Beiträgen zu Recht üben, aber die Bedeutung der Debatte insgesamt bestand im genauen Gegenteil: Sie bot eine Grundlage, um vom ökonomischen Determinismus und Funktionalismus loszukommen, unter dem viele Diskussionen zum Verhältnis von Staat und kapitalistischer Gesellschaft leiden, und den Staat als Moment der Gesamtheit der gesellschaftlichen Verhältnisse der kapitalistischen Gesellschaft zu diskutieren.

Die Konzentration der Debatte auf den Staat als besondere *Form* gesellschaftlicher Verhältnisse stellt den entscheidenden Bruch mit dem ökonomischen Determinismus dar, der z.B. im Basis-Überbau-Modell (und dessen strukturalistischen Varianten) angelegt ist. Das Augenmerk auf die Funktionen des Staates nimmt die Existenz des Staates als gegeben hin. Es gibt im Basis-Überbau-Modell keinen Platz, um nach der Form des Staates zu fragen, zu fragen, warum gesellschaftliche Verhältnisse überhaupt zur scheinbar selbständigen Form des Staates erstarren. Nach der Form des Staates zu fragen heißt, die Frage nach seiner historischen Besonderheit aufzuwerfen: Die Existenz des Staates als eines von der Gesellschaft getrennten Dinges ist eine Besonderheit der kapitalistischen Gesellschaft, ebenso wie die Existenz des »Ökonomischen« als eines von offen zwangsförmigen Klassenverhältnissen Unterschiedenen (Gerstenberger 1990). Die Frage lautet daher nicht: Wie determiniert das Ökonomische den politischen

³ Zur Staatsableitungsdebatte und ihrer Verbreitung siehe z.B. Holloway und Picciotto (1978), Clarke (1991) (*Großbritannien*); Vincent (1975) (*Frankreich*), Perez Sainz (1981) (*Spanien*); *Criticas de la Economía Política* (1979, 1980); Sánchez Susarrey (1986) (*Mexiko*); Archila (1980); Royas und Moncayn (1980) (*Kolumbien*); Fausto (1987) (*Brasilien*).

Überbau? Sie lautet vielmehr: Was ist das Besondere an den gesellschaftlichen Verhältnissen des Kapitalismus, das zur Erstarrung (oder Besonderung) gesellschaftlicher Verhältnisse in Form des Staates führt?⁴ Ihr Gegenstück ist die Frage: Was führt zur Konstitution des Ökonomischen und des Politischen als unterschiedlicher Momente derselben gesellschaftlichen Verhältnisse? Die Antwort ist sicher, daß es etwas Besonderes mit dem gesellschaftlichen Antagonismus auf sich hat, auf dem der Kapitalismus (wie jede Klassengesellschaft) beruht. Im Kapitalismus beruht der gesellschaftliche Antagonismus (das Verhältnis zwischen Klassen) auf einer Form der Ausbeutung, die nicht offen vortritt, sondern vermittelt ist durch den »freien« Kauf und Verkauf der Arbeitskraft als einer Ware auf dem Markt. Diese Form von Klassenverhältnis setzt eine Trennung zwischen dem auf der »Freiheit« der Arbeiter beruhenden unmittelbaren Ausbeutungsprozeß und dem die Möglichkeit von Zwang enthaltenden Prozeß der Aufrechterhaltung der Ordnung in einer Ausbeutungsgesellschaft voraus (vgl. Hirsch 1974/1978).

Den Staat als Form gesellschaftlicher Verhältnisse zu betrachten, heißt natürlich, daß die Entwicklung des Staates nur als Moment der Entwicklung der Gesamtheit gesellschaftlicher Verhältnisse verstanden werden kann: Sie ist ein Teil der antagonistischen und krisengeschüttelten Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft. Als eine Form kapitalistischer gesellschaftlicher Verhältnisse hängt seine Existenz von der Reproduktion dieser Verhältnisse ab. Er ist daher nicht nur ein Staat in einer kapitalistischen Gesellschaft, sondern ein kapitalistischer Staat, da sein eigener Fortbestand an die Förderung der Reproduktion kapitalistischer Gesellschaftsverhältnisse insgesamt geknüpft ist. Die Tatsache, daß er als besondere oder erstarrte Form gesellschaftlicher Verhältnisse existiert, heißt allerdings, daß das Verhältnis zwischen Staat und Kapitalreproduktion komplex ist: Man kann weder in funktionalistischer Manier annehmen, daß alles, was der Staat tut, notwendig im besten Interesse des Kapitals ist, noch kann man annehmen, daß der Staat das für die Sicherstellung der Reproduktion der kapitalistischen Gesellschaft Nötige leisten kann.

⁴ Die Staatsableitungsdebatte hat die Frage wiederbelebt, die Pashukanis 1923 gestellt hat:

»Warum bleibt die Herrschaft einer Klasse nicht das, was sie ist, d.h. die faktische Unterwerfung eines Teils der Bevölkerung unter den anderen? Warum nimmt sie die Form einer offiziellen staatlicher Herrschaft an oder – was dasselbe ist – wird der Apparat des staatlichen Zwangs nicht als der privater Apparat der herrschenden Klasse geschaffen, warum spaltet er sich von der letzteren ab und nimmt die Form eines unpersönlichen, von der Gesellschaft losgelösten Apparats der öffentlichen Macht an?« (Pashukanis 1970, S.119f.).

Diese Frage kostete Pashukanis schließlich das Leben, da die Schlußfolgerung, nämlich daß der Staat eine spezifisch kapitalistische Form gesellschaftlicher Beziehungen ist, unvereinbar mit Stalins Versuch war, einen staatlichen »Sozialismus in einem Land« aufzubauen.

Vom Staat als einer erstarrten Form gesellschaftlicher Verhältnisse zu sprechen, heißt, sowohl von seiner Trennung von als auch von seiner Einheit mit der Gesellschaft zu sprechen. Die Trennung oder Erstarrung (oder Fetischisierung) ist ein ständig wiederholter Prozeß.⁵ Die Existenz des Staates bedeutet einen beständigen Prozeß der Abtrennung bestimmter Aspekte gesellschaftlicher Verhältnisse, deren Definition als »politischer« und daher von den »ökonomischen« getrennter. Der Antagonismus, auf dem die Gesellschaft beruht, wird damit zersplittert: Kämpfe werden in politische und ökonomische Formen kanalisiert, die keinen Raum für Fragen zur Struktur der Gesellschaft insgesamt läßt. Die Aufstände in Los Angeles und anderen Städten im letzten Jahr sind in offensichtliches Beispiel, wo die Stabilität der vorhandenen Gesellschaft sehr stark nicht nur vom Einsatz nackter Gewalt, sondern auch von der Fähigkeit abhing, die soziale Unzufriedenheit in die etablierten Verfahren des politischen Systems zu kanalisieren und einer oft unzureichend definierten Ablehnung der bestehenden Ordnung bestimmte Definitionen aufzudrücken. Dieser Prozeß der Durchsetzung von Definitionen für gesellschaftliche Kämpfe ist gleichzeitig ein Prozeß der Selbstdefinition des Staates – als einer erstarrten Form gesellschaftlicher Verhältnisse –, und durch diesen Prozeß wird der Staat andauernd als eine von der Gesellschaft getrennte Instanz neu konstituiert (Holloway 1980/1991; 1991).

Nationalstaaten als Formen der globalen Gesamtheit gesellschaftlicher Verhältnisse

»Der Staat« wird damit doppelt aufgelöst: er ist keine Struktur, sondern eine Form gesellschaftlicher Verhältnisse; er ist keine völlig fetischisierte Form, sondern ein Prozeß der Formierung (Fetischisierung) gesellschaftlicher Verhältnisse (und daher ein ständiger Prozeß der Selbstkonstitution). Aber die Diskussion bewegt sich immer noch auf der Ebene »des Staates«: Bisher ist noch nichts zu der Tatsache gesagt worden, daß »der Staat« nicht ein Staat ist, sondern eine Vielheit von Staaten. Wie ansonsten wohlwollende Kritiker des Staatsableitungsansatzes ausgeführt haben (Barker 1978/1991), von Braunmühl 1974; 1978), »behandelt« die Debatte »den Staat, als ob er nur im Singular existiere. Der Kapitalismus ist jedoch ein Weltsystem von Staaten, und die Form, die der

⁵ Man kann nicht wie Jessop (1991) und Hirsch (wenigstens in seinen späteren Arbeiten scheinbar) annehmen, daß die Besonderung des Staates ein Prozeß ist, der in der Ursprungszeit des Kapitalismus vollendet wurde. Solch ein Ansatz führt unweigerlich zum Funktionalismus. Zu einer Kritik an Jessop vgl. Holloway (1991).

kapitalistische Staat annimmt, ist die Form des Nationalstaates« (Barker 1978/1991, 204).

Auf einer Ebene geht diese Kritik daneben, denn es ging der Staatsableitungsdebatte nicht um das Verständnis eines bestimmten Staates, sondern um das Verständnis des »Staatlichen« oder besser »des Politischen«. Die Ableitung »des Politischen« aus der Natur der kapitalistischen Gesellschaftsverhältnisse abstrahierte davon, daß »der Staat« nur in Form einer Vielheit von Staaten existiert. Im Zusammenhang der Analyse der allgemeinen Beziehung von Staat und Gesellschaft war es, wie Picciotto bemerkt, »praktisch, eine Deckung der Gesellschaft und der Klassen in ihr mit dem Staat innerhalb dieser Gesellschaft anzunehmen.«⁶ Aber ob das praktisch war oder nicht: Dieser Punkt wurde in der Debatte nie geklärt, und daher kam es zu einer fürchterlichen Verwirrung zwischen »dem Staat« im Sinne des »Politischen« (im folgenden einfach als »das Politische« bezeichnet) und »dem Staat« im Sinne des mexikanischen, argentinischen oder deutschen Staates (im folgenden als »Nationalstaat« bezeichnet).⁷ Das führte zur Verarmung des Begriffs »des Politischen« und war mitverantwortlich für die Schwierigkeiten, die Debatte weiterzuführen, nachdem das allgemeine theoretische Argument einmal ausgeführt worden war.⁸

Welches sind die Konsequenzen dieser Unterscheidung zwischen dem Politischen und dem Nationalstaat? Das Politische ist, wie wir gesehen haben, ein Moment der Gesamtheit kapitalistischer Gesellschaftsverhältnisse. Die »Gesamtheit kapitalistischer Gesellschaftsverhältnisse« ist eine globale (weltweite) Totalität. Das Kapital kennt von Natur aus keine räumlichen Grenzen. Die »Freiheit« des Arbeiters, die den Kapitalismus von früheren Formen von Klassenausbeutung unterscheidet, ist gleichzeitig (und in einem viel realeren Sinn) die Freiheit des Ausbeuters. Als die Leibeigenen sich aus der feudalen Knechtschaft befreiten, wurden sie frei, auf der Suche nach Überlebenschancen überall hinzugehen, wo sie wollten: Da sie nicht länger an einen besonderen Ausbeutungsort gebunden waren, konnten sie überall hingehen und sich aus-

⁶ »Es gibt eine Tendenz in der marxistischen Analyse des Staates, sich auf den Staat, den einzelnen Staat, zu konzentrieren. Diese Tendenz herrscht vielleicht stärker in der marxistischen als in der nichtmarxistischen Literatur, da die marxistische Betonung des Klassencharakters des Staates es notwendig macht, den Staat im Verhältnis zur Struktur der Gesellschaft zu diskutieren, und daher ist es praktisch, eine Deckung der Gesellschaft und der Klassen in ihr mit dem Staat innerhalb dieser Gesellschaft anzunehmen.« (Picciotto, 1985/1991, S. 217).

⁷ In diesem Sinne hat Barker (1978/1991, S. 208) ganz recht in der Kritik an einem Artikel von Sol Picciotto und mir (Holloway und Picciotto 1977/1991) meint, »ihr ganzer Artikel handelt von einer Abstraktion namens »der Staat«, deren Zusammenhang mit den tatsächlichen Staaten des kapitalistischen Systems nicht hinreichend entwickelt ist«.

⁸ Zu einer verwandten Diskussion dieses Punktes siehe Burnham (1992).

beuten lassen, wo sie wollten, vorausgesetzt, sie konnten einen Ausbeuter finden, der sie einstellte. Genauso war der Grundherr nicht länger daran gebunden, die Leibeigenen auszubeuten, die er geerbt hatte, sondern konnte seinen Reichtum in Geld umsetzen und das Geld als Kapital benutzen, um von der Ausbeutung von Arbeitern an jedem beliebigen Ort der Welt zu profitieren. Die Befreiung des Arbeiters von einem besonderen Ausbeuter und die Befreiung des Ausbeuters von einer besonderen Gruppe von Arbeitern bedeutete gleichzeitig die Etablierung von Gesellschaftsverhältnissen, in denen der geographische Ort absolut zufällig war und in dem das Kapital über die ganze Welt fließen konnte und auch floß. Die Zerstörung der individuellen Knechtschaft war auch die Zerstörung der geographischen Begrenzungen. Ob der zum Kapitalisten gewordene Grundherr weiß oder nicht weiß, wo sein Geld zur Ausbeutung von Arbeit benutzt wird, ist irrelevant, denn alles Kapital teilt sich die Ausbeutung aller Arbeit durch die Angleichung der Profitrate durch die Konkurrenz. Ausbeutungsverhältnisse existieren räumlich, weil Menschen räumlich existieren, aber der Raum ist nicht definiert und ändert sich ständig. Die absolute Zufälligkeit des Raums ist in der Existenz des Kapitals als Geld verkörpert. Immer wenn sich das Geldkapital bewegt (d.h. ständig), verändert sich das räumliche Muster der Verhältnisse zwischen Kapital und Arbeit.

Die kapitalistischen Gesellschaftsverhältnisse sind also nicht erst wegen der jüngsten »Internationalisierung« oder »Globalisierung« des Kapitals global (beide Begriffe implizieren das Heraustreten aus einer historisch und logisch vorausgehenden nationalen Gesellschaft).⁹ Ihre Globalität ist vielmehr im kapitalistischen Ausbeutungsverhältnis angelegt: einem durch Geld vermittelten Verhältnis zwischen freiem Arbeiter und freiem Kapitalisten, einem von räumlichen Begrenzungen befreiten Verhältnis. Daß die kapitalistischen Gesellschaftsverhältnisse global und nicht-räumlich sind, bestimmt die kapitalistische Entwicklung

⁹ Das Editorial zu *Capital & Class* 43 (1991) behauptet, daß »die Globalisierung des Kapitalismus grundsätzliche Probleme der Analyse und der Theorie in dem Raum stellt«, und fragt dann: »Müssen wir jetzt einen ›globalistischeren‹ Analyserahmen entwickeln, oder stellt der Nationalstaat immer noch einen ausreichenden Rahmen dar, innerhalb dessen wir die Entwicklung und Veränderung des Kapitalismus verstehen und für sozialistische Ziele kämpfen können?« Das »grundsätzliche Problem« ist ja wohl, daß es keine Globalisierung des Kapitalismus gibt und daß der Nationalstaat noch nie einen ausreichenden Rahmen für Verständnis und Kampf dargestellt hat. Wichtig ist vielmehr, daß die Veränderung in der Form der weltweiten Natur des Kapitalismus die Fehler der früheren, am Nationalstaat orientierten Analysen deutlicher macht. Wie Barker es in einem Kommentar zu einer früheren Fassung dieses Kapitels sagt: »Was die Gegenwart auszeichnet, ist, daß wir gerade eine Zeit überwinden, in der die vorherrschenden Theorien und Praxis der Linken der Welt nationale Argumente als selbstverständlich betrachteten, ob in Theorien des rein nationalen Reformismus oder in Argumenten für den »Sozialismus in einem Land« oder in Argumenten für den »nationalen Entwicklungssozialismus«.

schon seit ihrer blutigen Geburt aus Eroberung und Piraterie.

Das Politische ist als Moment des Verhältnisses zwischen Kapital und Arbeit also ein Moment eines globalen Verhältnisses. Es drückt sich aber nicht in der Existenz eines globalen Staates, sondern in der Existenz einer Vielheit von scheinbar selbständigen, territorial getrennten Nationalstaaten aus.¹⁰ Historisch wurde die Befreiung der Ausbeutungsverhältnisse von räumlichen Begrenzungen von der Entwicklung einer neuen Territorialität in Form der Nationalstaaten begleitet. Die Absonderung des Staates, die Abstraktion des Zwangs vom unmittelbaren Ausbeutungsprozeß drückte sich in einer gegensätzlichen Bewegung aus: Während das Ausbeutungsverhältnis von räumlichen Zwängen befreit wurde, wurde der Zwang, der sich als notwendige Stütze der kapitalistischen Ausbeutung herausstellte, territorial neu definiert. Zu den wichtigen Aktivitäten der entstehenden Nationalstaaten gehörte die territoriale Definition des Zwangs, die Begrenzung der Mobilität der gerade erst »freien« Arbeiter durch Maßnahmen wie eine Reihe von Gesetzen zur Definition und Kontrolle von Landstreicherei.

Das Politische ist also in territorial definierte Einheiten zersplittert: Diese Zersplitterung ist grundlegend für ein Verständnis des Politischen, und das läßt sich nicht begreifen, wenn man annimmt, Gesellschaft und Staat seien deckungsgleich. Die Welt ist keine Ansammlung von Nationalstaaten, nationalen Kapitalismen oder nationalen Gesellschaften; vielmehr zersetzt die zersplitterte Existenz des Politischen als Vielheit von Nationalstaaten die Welt in lauter scheinbar selbständige Einheiten.

Die Unterscheidung zwischen dem Politischem und dem Nationalstaat gibt dem Begriff des Staates damit eine neue Dimension als Prozeß der Fetischisierung oder Erstarrung gesellschaftlicher Verhältnisse. Die Zersetzung der Weltgesellschaft in Nationalstaaten ist nicht etwa nach der Ziehung von nationalen Grenzen vollendet. Im Gegenteil beteiligen sich alle Nationalstaaten an einem ständig wiederholten Prozeß der Zersetzung der globalen Gesellschaftsverhältnisse: durch Bekundungen nationaler Souveränität, durch Bekenntnisse zur »Nation«, durch Fahnenzeremonien, durch das Abspielen von Nationalhymnen, durch verwaltungsmäßige Diskriminierung von »Ausländern«, durch Krieg. Kurz gesagt, ist schon die bloße Existenz des Staates rassistisch. Je schwächer die gesellschaftliche Grundlage dieser nationalen Zersetzung der Gesellschaft ist – wie etwa in Lateinamerika –, desto offener sind ihre Ausdrucksformen. Diese Zersetzung der globalen Gesellschaftsverhältnisse ist durch die Zersetzung der Arbeiterschaft als einer Klasse ein entscheidendes Element bei der Zersplitterung

¹⁰ Etwas ähnliches sagt Burnham (1992, S. 12).

der Opposition gegen die kapitalistische Herrschaft.¹¹

Der Nationalstaat ist also wesentlich eine Form der Zersplitterung der Weltgesellschaft. So gesehen gibt es eine grundlegende territoriale Nichtübereinstimmung zwischen dem Staat und der Gesellschaft, auf die sich bezieht. Die von Picciotto erwähnte »praktische« Annahme einer Deckung von Staat und Gesellschaft ist ganz einfach falsch, grundfalsch. Wenn die kapitalistischen Gesellschaftsverhältnisse von vornherein global sind, dann ist jeder Nationalstaat ein Moment der Weltgesellschaft, eine territoriale Zersplitterung einer Gesellschaft, die sich über die gesamte Welt erstreckt. Kein Nationalstaat, ob »reich« oder »arm«, läßt sich verstehen, wenn man von seiner Existenz als Moment des globalen Kapitalverhältnisses abstrahiert. Die so oft getroffene Unterscheidung zwischen »abhängigen« und »nicht abhängigen« Staaten fällt in sich zusammen. Alle Nationalstaaten sind – historisch und immer wieder – durch ihr Verhältnis zur Gesamtheit der kapitalistischen Gesellschaftsverhältnisse definiert. Die Unterscheidung zwischen den »zentralen« Staaten mit einer »gesellschaftlichen Identität der ökonomischen und politischen Sphäre« und den »peripheren« Staaten ohne diese Identität, die z.B. Evers in seiner Weiterentwicklung des Staatsableitungsansatzes für die kapitalistische »Peripherie« trifft (Evers 1979, S. 77-79), läßt sich überhaupt nicht halten. Trotz der nationalen Orientierung der meisten Theoretiker in den »reicheren« Ländern ist die Existenz des Nationalstaates als eines Moments des globalen Kapitalverhältnisses nicht weniger entscheidend für das Verständnis etwa des Thatcherismus in Großbritannien als für das Verständnis des neoliberalen Vormarschs in jedem sogenannten »peripheren« Land (wie Bonefeld 1993 überzeugend zeigt).¹²

Das soll nicht heißen, daß das Verhältnis zwischen globalem Kapital und Nationalstaaten überall dasselbe ist. Im Gegenteil, obwohl alle Nationalstaaten als Momente des globalen Verhältnisses konstituiert sind, sind sie verschiedene und nicht-identische Momente dieses Verhältnisses. Die Zersplitterung des Politischen in Nationalstaaten bedeutet, daß jeder Staat eine besondere territoriale Definition und daher ein besonderes Verhältnis zu den Menschen auf seinem Territorium hat, von denen er einige (gewöhnlich die Mehrheit, aber nicht immer: Südafrika, Kuwait) als seine »Staatsbürger« definiert, den Rest als »Ausländer«. Diese territoriale Definition bedeutet, daß jeder Staat eine anderes

¹¹ Zur Neuzusammensetzung der Arbeiter als Klasse gehört folglich die grundsätzliche Ablehnung aller Formen des Nationalismus, aller Formen von Diskriminierung gegen wie auch immer definierte »Ausländer«. Da die bloße Existenz des Staates schon rassistisch ist, muß antirassistische Politik antistaatlich sein.

¹² In Großbritannien zeigte sich das dramatisch am »Schwarzen Mittwoch«, dem 16. September 1992 und allen politischen Konsequenzen, die sich daraus ergeben haben.

Verhältnis zu den globalen Kapitalverhältnissen hat.

Der Gegensatz zwischen der räumlichen Befreiung des (durch den Fluß von Kapital als Geld vermittelten) Ausbeutungsprozesses einerseits und der (in der Existenz von Nationalstaaten ausgedrückten) räumlichen Definition des Zwangs drückt sich als Gegensatz zwischen der Beweglichkeit des Kapitals und der Unbeweglichkeit des Staates aus. Die territoriale Definition bedeutet, daß jeder Staat auf eine Weise unbeweglich ist, die im scharfen Gegensatz zur Beweglichkeit des Kapitals steht. Der Nationalstaat kann seine Grenzen nur unter Schwierigkeiten ändern, während das Kapital sich in Sekunden von einem Ende der Welt zum anderen bewegen kann. Während Nationalstaaten fest sind, ist das Kapital wesentlich flüssig, und es fließt überall da auf der Welt hin, wo die größten Profite zu machen sind. Natürlich gibt es Hindernisse für diesen Fluß, Grenzen dieser Beweglichkeit. Die Reproduktion des Kapitals hängt entscheidend davon ab, daß es (vorübergehend) in Form von produktivem Kapital unbeweglich gemacht wird, also z.B. in Maschinen, Arbeitskraft, Land, Gebäuden und Waren verkörpert wird. Andere Hindernisse wie staatliche Regelungen oder das Bestehen von Monopolsituationen behindern den freien Kapitalfluß ebenfalls, etwa aber in seiner allgemeinsten und abstraktesten Form, dem Geld, ist das Kapital global, flüssig und bewegt sich schnell. Geld kennt keine persönlichen oder nationalen Gefühle.

Das Verhältnis des Nationalstaats zum Kapital ist ein Verhältnis eines national fixierten Staates zu einem weltweit beweglichen Kapital. In diesen Begriffen müssen sowohl die Beziehung zwischen dem Nationalstaat und der Welt als auch die Beziehungen zwischen Nationalstaaten formuliert werden. Dies ist wichtig, weil es besonders auf der Linken gängig war, das Verhältnis von Staat und Kapital zu diskutieren, als sei das Kapital unbeweglich, als sei es an bestimmte Aktivitäten, Orte oder Personen gebunden. Das führt dann zu Analysen der politischen Entwicklung als Konflikten zwischen Kapitalfraktionen (etwa Textilkapital vs. Chemiekapital oder Finanzkapital vs. Industriekapital), als sei das Kapital irgendwie an eine bestimmte Aktivität gefesselt,¹³ oder führt (was hier wichtiger ist) zur Behandlung des Staates, als gäbe es eine Art Fusion, Einheit oder Verschränkung von Staat und »nationalem Kapital«, als sei das Kapital irgendwie an einen bestimmten Teil der Welt gefesselt. Die Verbindungen von Staat und Kapital werden anhand von Familienbanden, persönlichen Beziehungen oder der Existenz militärisch-industrieller Komplexe gezeigt, und die Theorie will anhand dieser Verbindungen die kapitalistische Natur des Staates (wie bei Miliband 1969) oder die »Verschmelzung« von Staat und der Monopolen (wie in Staatsmonopolkapitalismus-Theorien) die Formierung konkurrier-

¹³ Zu einer einflußreichen Kritik des Fraktionalismus siehe Clarke (1978).

render Staatskapitale (wie in Staatskapitaltheorien wie Barker 1978/1991¹⁴ oder in klassischen Imperialismustheorien) zeigen. All diese Ansätze tun so, als ließe sich das Kapital anhand seiner personellen, institutionellen oder lokalen Anbindung verstehen, statt diese Bindungen als Übergangsmomente zu behandeln, als Etappen im unaufhörlichen Fluß des Kapitals. Sicher existieren persönliche, institutionelle und politische Verbindungen zwischen Gruppen von Kapitalisten und Nationalstaaten, aber »Gruppen von Kapitalisten« sind nicht das Kapital, und häufig sind Nationalstaaten gezwungen, die Verbindungen mit ihren kapitalistischen Freunden abzubrechen, um die Reproduktion des Kapitals insgesamt zu sichern (Hirsch 1974/1978). Die relative Unbeweglichkeit des Nationalstaates und die extrem hohe Beweglichkeit des Kapitals macht es unmöglich, ein derart einfaches Verhältnis zwischen einem Nationalstaat und irgendeinem besonderen Teil des Weltkapitals zu behaupten (Murray 1971; Picciotto 1985/1991).

Die Konkurrenz zwischen Staaten und die wechselnde Stellung von Nationalstaaten im Verhältnis zum globalen Kapital lassen sich daher nicht angemessen als Konkurrenz zwischen »nationalen Kapitalen« diskutieren. Die Diskussion darf nicht von der Unbeweglichkeit des Kapitals, sondern sie muß von seiner Mobilität ausgehen. Insoweit die Existenz jedes Nationalstaates nicht nur von der Reproduktion des Weltkapitalismus, sondern auch von der Reproduktion des Kapitalismus innerhalb seiner Grenzen abhängt, muß er sich bemühen, Kapital anzuziehen, und wenn dies gelungen ist, das Kapital¹⁵ auf seinem Gebiet festzuhalten.¹⁶ Der Konkurrenzkampf zwischen Nationalstaaten ist kein Kampf zwischen nationalen Kapitalen, sondern ein Kampf zwischen Staaten um die Anziehung und/oder den Erhalt eines Teils des Weltkapitals (und somit eines Teils des globalen Mehrwerts). Um dieses Ziel zu erreichen, muß der Nationalstaat versuchen, günstige Bedingungen für die Reproduktion des Kapitals innerhalb seiner Grenzen zu sichern (durch die Bereitstellung von Infrastruktur, die Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung, die Erziehung und Regulierung von Arbeitskräften usw.) sowie dem innerhalb seiner Grenzen operierenden Kapital internationale Unterstützung zu gewähren (durch Handelspolitik, Geldpolitik, Militärinterventionen usw.), weitgehend ungeachtet der Staatsangehörigkeit der

¹⁴ Obwohl Barkers Kritik an den Beschränkungen der Staatsableitungsdebatte im Grunde richtig ist, ist seine Schlußfolgerung, daß es notwendig sei, die Nationalstaaten als konkurrierende Staatskapitale zu analysieren, somit völlig falsch.

¹⁵ Protektionismus ist ebenso sehr ein Ausdruck der globalen Existenz des Kapital wie Freihandelspolitik, die Kapital anziehen soll.

¹⁶ Das Ausmaß, in dem bestimmte Staaten diese Grenzen in revolutionären Situationen durchbrechen können, würde eine besondere Diskussion erfordern, die hier nicht unternommen wird.

rechtmäßigen Eigentümer dieses Kapitals.

In diesem Konkurrenzkampf werden hegemoniale und untergeordnete Positionen errichtet, aber eine hegemoniale Position befreit Staaten nicht von der globalen Konkurrenz um die Anziehung und den Erhalt von Kapital. Relativ hegemoniale oder unterworfen Positionen beruhen letztlich auf der Existenz mehr oder weniger günstiger Bedingungen für die Kapitalakkumulation auf den verschiedenen staatlichen Territorien: von daher der langfristige Niedergang Großbritanniens als einer Hegemonialmacht und die gegenwärtige Instabilität der internationalen Position der Vereinigten Staaten. Die Bedingungen für die Kapitalakkumulation hängen wiederum von den Bedingungen für die Ausbeutung der Arbeitskräfte durch das Kapital ab, aber hier gibt es keine direkte territoriale Verbindung. Kapital kann auf dem Territorium eines Nationalstaates aufgrund der Ausbeutung von Arbeit auf dem Territorium eines anderen Staates akkumuliert werden – wie in kolonialen oder neokolonialen Situationen, aber auch da, wo sich Staaten durch Steuervergünstigungen oder andere Anreize zu attraktiven Orten der Kapitalakkumulation machen (gute Beispiele sind die Cayman-Inseln und Liechtenstein).

Nationalstaaten konkurrieren also darum, einen Teil des weltweit produzierten Mehrwerts auf ihr Territorium zu ziehen (oder dort zu halten). Der Antagonismus zwischen ihnen ist nicht Ausdruck einer Ausbeutung der »peripheren« durch die »zentralen« Staaten (wie die Dependenztheoretiker behaupten), sondern der (äußerst ungleichen) Konkurrenz zwischen ihnen um die Anziehung (oder die Festhaltung) eines Teils des globalen Mehrwerts auf ihr Territorium. Aus diesem Grunde haben alle Staaten ein Interesse an der weltweiten Ausbeutung der Arbeitskraft. Die Dependenztheoretiker haben recht, daß sich Nationalstaaten nur im Hinblick auf ihre Existenz in einer bipolaren, durch Ausbeutung bestimmten Welt verstehen lassen, aber die Ausbeutung ist keine Ausbeutung von armen Ländern durch reiche Länder, sondern von weltweiter Arbeit durch weltweites Kapital, und die Bipolarität besteht nicht zwischen Zentrum und Peripherie, sondern zwischen Klassen; in dieser Bipolarität befinden sich alle Staaten – da ihre ganze Existenz als Staaten von der Kapitalreproduktion abhängt – am kapitalistischen Pol.¹⁷

Das Verhältnis zwischen Nationalstaaten läßt sich also nicht zutreffend als äußeres Verhältnis verstehen, obwohl es sich als solches darstellt. Wenn der Nationalstaat ein Moment des globalen Kapitalverhältnisses ist, dann lassen sich weder das globale Kapitalverhältnis (»internationales Kapital«) noch andere Staaten zutreffend als ihm äußerlich begreifen. Beim Versuch, die Entwicklung

¹⁷ Zu einer Diskussion des Verhältnisses von Kampf und Zusammenarbeit zwischen Nationalstaaten siehe Burnham (1992).

irgendeines Nationalstaates zu verstehen, stellt sich daher gar nicht die Wahl zwischen den »äußeren« (von der Dependenztheorie für die »peripheren« Staaten bevorzugt) und den »inneren« Bestimmungsfaktoren der staatlichen Entwicklung (von der Regulationstheorie bevorzugt: Hirsch 1992). Genausowenig läßt sich die Entwicklung von Staaten als Ergebnis einer Kombination von endogenen und exogenen Triebkräften verstehen, wie es Dabat (1992) als Lösung vorschlägt. Die Unterscheidung zwischen innen und außen, intern und extern, endogen und exogen reproduziert die scheinbare Selbständigkeit der Nationalstaaten und verstärkt so die mörderische Erstarrung gesellschaftlicher Verhältnisse, die nationale Grenzen darstellen, aber sie taugt nicht als Erklärung der Entwicklung von Staaten. Alle Nationalstaaten brauchen die Unterscheidung zwischen innen und außen, um damit praktische Politik zu machen. Alle Staaten, die Abmachungen mit dem IWF getroffen haben, stellen die Ergebnisse solcher Abmachungen z.B. als von außen aufgezwungen dar, während sie in Wirklichkeit Teil des nahtlosen Ineinanderübergehens von »nationalen« und globalen politischen Konflikten sind. Das gilt ebenso für die Bedingungen, die dem britischen Staat 1976 vom IWF »auferlegt« wurden (ein wichtiger Sieg der Rechten in Großbritannien), wie für die Bedingungen, die Venezuela kürzlich »auferlegt« wurden und die ein wichtiger Teil der Strategie des venezolanischen Staates sind, die Gesellschaft so umzustrukturieren, daß günstigere Bedingungen für die Kapitalakkumulation geschaffen werden. Das globale Kapital ist Cochabamba oder Zacatlán oder selbst Tannochbrae nicht »äußerlicher« als New York, Tokio oder London, obwohl die Formen und Folgen seiner Präsenz sich enorm unterscheiden.

Zum Verständnis der Entwicklung des Nationalstaates müssen wir keine inneren und äußeren Bestimmungsfaktoren untersuchen, sondern versuchen zu verstehen, was es heißt, wenn wir sagen, daß der Nationalstaat ein Moment des globalen Kapitalverhältnisses ist. Zunächst heißt es natürlich, daß die Entwicklung eines bestimmten Staates sich nur im Zusammenhang der globalen Entwicklung kapitalistischer Gesellschaftsverhältnisse, deren integraler Teil er ist, verstehen läßt. Die »globale Entwicklung kapitalistischer Gesellschaftsverhältnisse« ist kein logischer Prozeß oder etwas »da draußen«, sondern ein historischer Kampfprozeß, ein zwar zersplitterter, aber dennoch globaler Kampf. Die Struktur dieses Kampfes (letztlich die Form der Abhängigkeit des Kapitals von der Arbeit, das Verhältnis der Mehrwertproduktion) gibt den kapitalistischen Gesellschaftsverhältnissen eine typische Instabilität, die sich in der Krisentendenz des Kapitalismus ausdrückt. Daher läßt sich die Entwicklung von Nationalstaaten, ihr Verhältnis zueinander und ihre Existenz als Momente des globalen Kapitals nur im Zusammenhang der krisengeschüttelten Entwicklung des kapitalistischen

Klassenkampfes verstehen (vgl. Holloway 1992).¹⁸ Allerdings ist das Verhältnis zwischen einem besonderen Nationalstaat und der globalen Entwicklung komplex. Obwohl die Tatsache, daß alle Nationalstaaten Momente desselben globalen Verhältnisses sind, im Auftreten von gemeinsamen Entwicklungsmustern zum Ausdruck kommt, wie die »Reform des Staates« in etlichen Ländern in den letzten Jahren gezeigt hat, bedeutet das unterschiedliche Verhältnis der einzelnen Nationalstaaten zum globalen Kapital, daß die Formen, die die Kämpfe um die Entwicklung des globalen Kapitals annehmen, und daher die Entwicklung der Nationalstaaten, sich immens voneinander unterscheiden können. Hinter auf den ersten Blick gemeinsamen Entwicklungen (der neoliberalen Reform des Staates z.B.) verstecken sich viele verschiedene (und konkurrierende) Strategien, durch Umstrukturierung ein neu definiertes Verhältnis zu einem globalen Kapital zu erreichen.¹⁹

Die Reform des Staates und die nationale Politik der globalen Überakkumulation

Der Kapitalismus ist eine rastlose Herrschaftsweise. Die Auflösung des Feudalismus befreite zwar die Ausbeuter von ihren Bindungen an bestimmte Arbeiter und von einem nicht mehr funktionierenden Ausbeutungsverhältnis, aber es verurteilte sie (bzw. ihren Reichtum) auch zu einer endlosen Suche nach einem neuen, stabilen Ausbeutungsverhältnis. Die Geschichte des Kapitals ist die Geschichte einer ständigen Flucht nach vorn, einer ständigen Flucht vor der Unzulänglichkeit der bestehenden Ausbeutungsverhältnisse, vor der Unzulänglichkeit seiner Herrschaft über die Macht der Arbeiter, von denen es abhängt. Diese Flucht

¹⁸ Es überrascht, daß Picciotto in seiner Diskussion der Internationalisierung des Staates (1991) die internationale Entwicklung weder mit dem Begriff des Kapitals noch mit dem Begriff der Krise in Verbindung bringt. Das führt ihn zur Trennung von gesellschaftlichen und Klassenverhältnissen, von Wirtschaft und Gesellschaft und von Klassen- und Volkskämpfen.

¹⁹ Bei all dem muß jeder Funktionalismus vermieden werden. Eines der Probleme im Zusammenhang mit der Analyse des »kapitalistischen Staates«, als gäbe es nur einen Staat, war, daß sie sehr leicht zu der funktionalistischen Annahme führte, daß der Staat, da er kapitalistisch sei, die Funktionen erfülle, die das Kapital von ihm verlange. Wie in den Ausführungen zur »Staatsableitungsdebatte« erläutert, ist dies schon auf der Ebene »des Staates« eine nicht zu rechtfertigende Schlußfolgerung, aber die Schwäche des funktionalistischen Arguments wird noch viel deutlicher, wenn man sich klarmacht, daß das Kapital global und »der Staat« eine Vielheit von Nationalstaaten ist: Aus der Tatsache, daß bestimmte politische Manöver die Reproduktion des globalen Kapitals fördern, läßt sich nicht folgern, daß einem oder mehreren Staaten das Erforderliche gelingen wird (Picciotto 1985/1991). Es kann nicht vorausgesetzt werden, daß das Kapital seine Krisen immer lösen wird.

existiert immer, aber in Krisenzeiten wird sie besonders intensiv; in der Krise zeigt sich die Unzulänglichkeit der bestehenden Ausbeutungsverhältnisse (für das Kapital).

Die Rastlosigkeit des Kapitals ist in seiner Existenz als Geld verkörpert. In seiner Existenz als Geld ist das Kapital frei – es kann weltweit frei fließen auf der Suche nach dem größten Vorteil aus der Ausbeutung der Arbeit, auf der Suche nach Profit. Das Kapital existiert natürlich nicht nur als Geld: Es fließt ständig durch seine verschiedenen Funktionsformen und existiert mal als Geld, mal als in Produktionsmitteln und Arbeitskraft verkörpertes produktives Kapital, mal als Waren. Hinsichtlich der räumlichen Beweglichkeit bedeutet jede Form etwas anderes. Kapital in Form von Geld kann innerhalb von Sekunden von London nach Tokio fließen. Kapital in Form von Produktivkapital, das sich in Maschinen, Gebäuden, Arbeitskräften usw. verkörpert, ist geographisch viel weniger beweglich. Kapital in Form von Waren steht, was seine Beweglichkeit angeht, offensichtlich irgendwo zwischen den anderen beiden Formen.

In den sich wandelnden Formen des Kapitals spielt die Produktion eine entscheidende Rolle, da sie die einzige Quelle des Mehrwerts und daher der Reproduktion und Ausweitung des Kapitals ist. Allerdings ist das Kapital blind für solche theoretischen Überlegungen: In seiner endlosen Rastlosigkeit fließt es immer in die Form, die die größten Profite, die besten Ausdehnungsmöglichkeiten zu bieten scheint. Wenn die Unzulänglichkeit der bestehenden Produktionsverhältnisse sich in sinkenden Profiten aus der Produktion und gesättigten Warenmärkten ausdrückt (was die »marxistischen Ökonomen« – ein Widerspruch in sich selbst – als »Wirtschaftskrise« bezeichnen), fließt das Kapital daher in die Geldform. Das Ergebnis ist eine radikale Veränderung der Beweglichkeit des Kapitals.

Veränderungen in der Beweglichkeit des Kapitals sind von wesentlicher Bedeutung für die Entwicklung des Nationalstaats. Das Kapital fließt global, aber der Nationalstaat ist gebunden. Das Kapital fließt weltweit, aber in jedem bestimmten Moment hat es irgendeinen räumlichen Ort, sei es auf dem Konto irgendeiner Finanzinstitution oder in den Ziegeln und dem Mörtel, aus denen eine Fabrik gebaut ist. Die verschiedenen Staaten konkurrieren darum, den Fluß des Kapitals anzuziehen und stillzustellen. Das Verhältnis bestimmter Nationalstaaten zum globalen Kapital ist durch diese Konkurrenz um Anziehung und Stillstellung vermittelt.

Man kann sich dieses Verhältnis vielleicht als eine Reihe von Staubecken vorstellen, die darum konkurrieren, so viel Wasser wie möglich aus einem mächtigen und weitgehend unkontrollierbaren Fluß anzuziehen und zu halten. Wie die Metapher nahelegt, haben die Nationalstaaten insgesamt keine Kontrolle über den Druck, die Geschwindigkeit und das Fließvolumen des Wassers. Um das zu verstehen, müssen wir uns ansehen, was die Bewegung des Wassers über-

haupt in Gang setzt. Die Nationalstaaten, die Staubecken unserer Metapher, können nur auf Veränderungen der Größe und Kraft des Flusses reagieren.

Die großen Veränderungen der Organisation des Staates und des Begriffs vom Staat, die in den letzten etwa fünfzehn Jahren auf der ganzen Welt stattgefunden haben, sind eine Antwort auf eine radikale Veränderung im Fließen des Kapitalflusses. Diese radikale Veränderung ist der Ausdruck einer Krise, die gesteigerte Flucht des Kapitals vor der Unzulänglichkeit seiner eigenen Grundlage, vor der Unzulänglichkeit seiner eigenen Unterwerfung der Macht der Arbeiter.

Die durch den Zweiten Weltkrieg verursachten Zerstörungen und die Vorkriegsdepression schufen zusammen mit der Erfahrung des Faschismus in einer Reihe von Staaten weltweit günstige Bedingungen für die kapitalistische Ausbeutung. Die etwa fünfundzwanzig Jahre nach dem Krieg waren allgemein eine Periode hohen und stetigen Wachstums auf der Grundlage der Profitabilität der kapitalistischen Produktion. Die sich daraus ergebende relative Stabilität des Kapitals schuf die Grundlage für die Entwicklung eines bestimmten Typs von Verhältnis zwischen Nationalstaat und globalem Kapital und verlieh dem Bild einer aus »nationalen Ökonomien« bestehenden Welt Glaubwürdigkeit. Die relative Stabilität schuf auch ein Umfeld, in dem die nach dem Krieg abgeschlossenen internationalen Abkommen die ökonomischen Beziehungen zwischen den Nationalstaaten regulieren konnten: Besonders wichtig war dabei das Abkommen von Bretton Woods, das durch die Einführung eines Systems von festen Wechselkursen in gewissem Umfang die Bewegung von Geld zwischen den Nationalstaaten regulierte und so die Nationalstaaten zu einem gewissen Grad von der globalen Bewegung des Kapitals abschirmte (vgl. Bonefeld 1993). Diese relative Abschirmung, die auf der relativen Stabilität des Produktivkapitals beruhte und durch internationale Regelungen und internationale Politik zur Kontrolle der Bewegung des Kapitals abgefedert wurde, schuf die Grundlage für die staatsorientierte Politik dieser Periode, sei es die Politik des keynesianischen Wohlfahrtsstaates oder die Politik der Importsubstitution. Dieselbe relative Stabilität ermöglichte auch den Aufbau einigermaßen stabiler Allianzen zwischen den Nationalstaaten und Gruppen von Kapitalisten – jene Sorte von Allianzen, die begrifflich in den oben diskutierten Theorien festgehalten ist (militärisch-industrieller Komplex, staatsmonopolistischer Kapitalismus usw.) – und gleichermaßen zwischen dem Staat und bürokratisierten Arbeiterbewegungen, wie sie sich in den vielen Spielarten der korporatistischen politischen Entwicklung

finden.²⁰ Viele immer noch gängige theoretischen Konzeptionen des Staates – besonders die oben diskutierte Abstraktion »des Staates« von der Welt – entsprangen der Erfahrung dieser Zeit, die auch für die »Politikwissenschaft« und die Sozialwissenschaften allgemein eine Zeit rapiden Wachstums war.

Das Ende des langen Nachkriegsbooms war auch das Ende der relativen Abschottung des Nationalstaates. Ab Mitte der sechziger Jahre gab es deutliche Signale wachsender Instabilität. Die Bedingungen, die die Produktion während der ganzen Nachkriegszeit profitabel gemacht hatten, verschlechterten sich: Die mit der Ausbeutung der Arbeitskräfte einhergehenden Kosten (oft als organische Zusammensetzung des Kapitals bezeichnet) stiegen, die durch die Erfahrung des Krieges durchgesetzte Disziplin nahm ab, die mit dem Nachkriegs-Entwicklungsmuster verbundenen Staatsbürokratien erwiesen sich als kostenträchtig für das Kapital. Investitionen in die Produktion wurden zu einem weniger sicheren Mittel der Kapitalausweitung. Die Unzulänglichkeit der bestehenden Ausbeutungsbedingungen als Grundlage der Kapitalausweitung zeigte sich in sinkenden Profiten.

Unter diesen Umständen bestätigte sich die dem Kapital innewohnende Rastlosigkeit. Um zu überleben, mußte sich das Kapital von den bestehenden Ausbeutungsbedingungen befreien, einige gegenwärtig ausgebeutete Arbeiter ausspucken, sein Verhältnis zu anderen neu strukturieren und auf die Suche nach neuen Menschen gehen, die es ausbeuten konnte. Das Kapital flieht vor der Unzulänglichkeit seiner eigenen Grundlage: Diese Flucht drückt sich aus in der Verwandlung von Kapital in Geld und in der Bewegung dieses Geldes auf der Suche nach profitablen Ausweitungsmöglichkeiten.

Dieser Prozeß läßt sich als Überakkumulation von Kapital beschreiben. In den Jahren des Booms hatte eine schnelle Akkumulation von Kapital stattgefunden. Es war mehr Kapital akkumuliert worden, als jetzt einen sicheren und profitablen Abfluß in produktive Investitionen finden konnte. Wenn dies geschieht, dann macht es das Kapital fast so wie die Bienen, die ausschwärmen, wenn nicht mehr genug Honig für eine wachsende Population im Stock ist. Das Kapital schwärmt aus – ein Teil fliegt weg und sucht sich ein neues Zuhause.²¹

²⁰ Viele dieser Verknüpfungen sind in der regulationistischen Diskussion zum Fordismus analysiert worden, aber da die Regulationstheorie den Nationalstaat und nicht das globale Kapital als Bezugsrahmen nimmt (vgl. Clarke 1988/1991; Hirsch 1992), ist es ihr nicht gelungen, diese Problematik zur Beweglichkeit des Kapitals in Beziehung zu setzen. Die Orientierung der Regulationstheorie am Nationalstaat spiegelt die Tatsache wider, daß der Nationalstaat in der Nachkriegsperiode eine wichtigere Rolle bei der Eindämmung der Arbeiterbewegung gespielt hat als jemals zuvor. Aber weil der Nationalstaat in der Regulationstheorie einfach vorausgesetzt wird, findet dies keinen Eingang in die Theorie.

²¹ Hier werden schamlos Metaphern gemischt. Aber Flüsse und Bienen reichen.

Das Kapital nimmt die flüssige Form des Geldes an und fließt durch die ganze Welt auf der Suche nach Profit. Anstatt sich in den Ziegeln und dem Mörtel, den Maschinen und den Arbeitern produktiver Investitionen zu verkörpern, fließt es auf der Suche nach spekulativen, oft sehr kurzfristigen Ausweitungsmöglichkeiten. Viele der nun unprofitabel gewordenen Fabriken werden geschlossen und die Gebäude und Maschinen verkauft, die Arbeiter entlassen: Das freigesetzte Kapital bleibt als Geld übrig, das in produktive Investitionen anderswo verwandelt werden kann, aber wahrscheinlicher in der Geldform bleibt, solange die Bedingungen für produktive Investitionen relativ ungünstig bleiben. Die Schwierigkeiten der Produktion drücken sich sowohl in einem Anstieg des Geldangebots (ehemals produktives Kapital verwandelt sich in Geld und bietet sich als Kredit an) als auch in der Nachfrage nach Geld aus (das in der Produktion verbleibende Kapital versucht Schwierigkeiten durch Kreditaufnahme zu überwinden, und Staaten versuchen wachsende soziale Spannungen durch zunehmende Verschuldung zu dämpfen).

Die Krise der Produktionsverhältnisse drückt sich in der Verflüssigung des Kapitals aus. Es gibt eine krasse Veränderung im Verhältnis zwischen produktivem Kapital und als Geld aufbewahrtem Kapital:²² Statt der Produktion untergeordnet zu erscheinen, erscheint das Geld jetzt als Selbstzweck. Die Veränderung in der Kapitalform bedeutet unweigerlich eine Veränderung im Verhältnis zwischen den territorial fixierten Nationalstaaten und der globalen Kapitalbewegung. Das ist keine »Internationalisierung« oder »Globalisierung« der Wirtschaft, wie oft gesagt wird, sondern eine Veränderung in der Form der globalen Existenz des Kapitals. Der vordem relativ stabile Kapitalfluß wird zu einem schnellen Strom und dieser Strom²³ schwemmt die Institutionen und Annahmen der Nachkriegswelt hinweg. Zu den ersten Säulen der Nachkriegswelt, die zerbrachen, gehörte das auf einer festen Parität von Dollar und Gold beruhende Bretton-Woods-System fester Wechselkurse. Das schnelle Wachstum der Dollar-mengen außerhalb der Vereinigten Staaten (und außerhalb der Regulationsmacht

²² Eine sehr viel detailliertere Erklärung des hier geschilderten Prozesses findet sich bei Bonefeld (1993), dem dieser Artikel viel verdankt. Siehe auch Bonefeld (1992).

²³ Zur Größenordnung der Veränderung im transnationalen Kapitalfluß siehe Crook (1992, S. 6-9). Um die Größenordnung der Zunahme der internationalen Geldbewegungen zu zeigen, bringt er u.a. folgende Zahlen: »In den letzten zehn Jahren ist das international von Banken verliehene Kapital (d.h. Kredite ins Ausland plus ins Inland in ausländischer Währung) von 4 auf 44 Prozent des BIP der OECD gestiegen«; »der Umsatz an ausländischen Wechseln einschließlich Derivaten wird jetzt auf etwa 900 Milliarden Dollar am Tag geschätzt... Der Währungshandel ist seit April 1989, als eine Umfrage bei den Zentralbanken eine Schätzung vom 650 Milliarden Dollar Nettoumsatz täglich ergab, um über ein Drittel gestiegen – und das war schon doppelt so viel wie die Schätzung bei der vorhergehenden Umfrage von 1986«.

irgendeines Nationalstaats), der sogenannten Eurodollars in den 60er Jahren, führte zur Untergrabung der Stellung des Dollars und 1971 zur Aufgabe des Bretton-Woods-Systems, das schließlich durch ein System floatender Wechselkurse ersetzt wurde. Das war nur der erste Schritt. Das schnelle Wachstum der globalen Geldmärkte in den 70er und 80er Jahren in Verbindung mit der durch den Einsatz neuer Techniken erleichterten schnelleren Geldbewegung hat drastische Konsequenzen für die Organisation von Nationalstaaten.²⁴ Nationalstaaten versuchen, Kapital anzuziehen und in ihren Grenzen zu halten: Das bekommt mit der neuen Liquidität des Kapitals eine radikal andere Bedeutung. Die Konkurrenz zwischen den Staaten um die Anziehung von möglichst viel Kapital verschärft sich deutlich und verpflichtet alle Staaten, neue Wege zu suchen, um sich für das Kapital attraktiv zu machen. Da ein viel größerer Teil des Kapitals kurzfristig investiert wird, stehen die Staaten unter ständigem Druck, Bedingungen aufrechtzuerhalten, die das Kapital auf ihrem Territorium halten.²⁵ Die alten Ideologien verschwinden: Die neue Herrschaft des Geldes drückt sich in den neuen Ideologien des Neoliberalismus, der Angebotstheorie und des Monetarismus aus, die alle auf die eine oder andere Weise sagen: *money rules*. Die alten Allianzen verschwinden. Die etablierten Bindungen zwischen Gruppen von Kapitalisten und dem Staat gelten zunehmend als Hindernis, sobald deutlich ist, daß das Kapital in seiner Geldform sich an keine Gruppe von Leuten und keine bestimmte Tätigkeit bindet. Die Muster korporatistischer Herrschaft durch die Gewerkschaften geraten ebenfalls unter Druck: Um Weltgeld anzuziehen, ist eine neue Organisation der Arbeit nötig, eine neue »Flexibilität« und neue Disziplin, die mit den alten Gewerkschaftsstrukturen unvereinbar ist, eine neue Art, »das Bücken zu lernen« (vgl. Peláez und Holloway 1990/1991). In seinem verzweifelten Bemühen, sich auszudehnen, öffnet das Geld gewaltsam Bereiche, die für privatkapitalistische Investitionen bisher verschlossen waren: Überall werden bisher von den Nationalstaaten kontrollierte Tätigkeitsbereiche privatisiert und für den Strom des Geldes auf der Suche nach einem profitablen Zuhause geöffnet.²⁶ Selbst die festeste aller Burgen, die Sowjetunion, wird vom Geld aufgeschlossen und gesprengt.

²⁴ Die Weltbank sagt es kurz und bündig: *»Auf einem Weltmarkt gibt es wesentlich weniger Toleranz für schlechte Politik«*: Fidler (1993, S. V).

²⁵ Wie stark der Druck auf Mexiko ist läßt sich z.B. daraus ersehen, daß der Kapitalzufluß nach Mexiko 1992 über 8,4 Prozent des BIP betrug; davon sind zwischen einem Drittel und der Hälfte kurzfristige Mittel, *»hot money«* – *Geld, das versucht, Profit aus Zinsunterschieden oder Währungsmarktschwächen zu schlagen und mit großer Wahrscheinlichkeit abgezogen wird, sobald das mit der Investition verbundene Risiko zu steigen scheint*: Fidler (1993, S. II, III).

²⁶ Dieser »Strom von Geld« kann als Bestätigung der Tendenz zur Angleichung der Profitrate gesehen werden. Zu jüngsten Trends vgl. Marx, MEW 25, S. 206f.

Und dann gibt es noch die Schulden. Die Verwandlung des Kapitals in seine Geldform bedeutet, daß ein Großteil dieses Geldes zum Verleih angeboten wird, daß es in Kredit und Schulden verwandelt wird. Die letzten Jahre des Nachkriegsbooms wurden durch eine rasche Ausweitung der Schulden getragen. Nachdem die Krise der Profitabilität Ende der 70er Jahre in den reichen Ländern spürbar geworden und monetäre Austerität verkündet worden war, bewegte sich die Geldflut nach Süden, besonders nach Lateinamerika, wo es sich sich Regierungen anbot, die nach einem Mittel zur Eindämmung der sozialen Spannungen suchten, und sich in Schulden verwandelte. Als die mexikanische Regierung 1982 erklärte, daß sie Schwierigkeiten bei der Rückzahlung habe, und klar wurde, daß Lateinamerika kein sicherer Ort für Kreditgelder war, floß das Geld wieder nach Norden, zerbrach die kurzlebigen Versuche einer strengen monetären Kontrolle in den Vereinigten Staaten und verursachte eine massive Erhöhung der Konsumentenverschuldung und der von den Militärausgaben angeführten Staatsverschuldung. Mit den Schulden geht eine neue Schuldenpolitik einher, sowohl internationaler wie innerhalb von Nationalstaaten (vgl. Cleaver 1989; Holloway 1990). Die Zunahme der Schulden bedeutet die Zunahme der Diskriminierung zwischen denen, die als kreditwürdig und denen, die nicht als kreditwürdig gelten, eine neue Spaltung, die weltweit sowohl zwischen Nationalstaaten als auch gesellschaftlich fürchterlich deutlich wird.

Die Verschiebung im Verhältnis zwischen Nationalstaat und globalem Kapital bedeutet eine entscheidende Veränderung in den Formen der globalen kapitalistischen Herrschaft. Es gibt, wie Marazzi es ausdrückt, »eine Verschiebung von staatlicher Macht auf die Weltebene – auf die Operationsebene des monetären Terrorismus« (Marazzi 1977/1988, S. 255). Auf der Ebene des Nationalstaats getroffene politische Entscheidungen sind nun direkter in die globale Kapitalbewegung integriert.²⁷ Die Deutlichkeit dieser Verschiebung bringt Probleme mit sich, aber: Die Unterwerfung des Nationalstaats unter das globale Kapital macht die nationale Zersetzung der Gesellschaft schwieriger und führt zu Spannungen, die sich auf sehr unterschiedliche Weise äußern: in den jüngsten Schwierigkeiten der venezolanischen Regierung, im Sturz von Thatcher in Großbritannien oder in der Rede, in der der mexikanische Präsident Salinas seinen patriotischen »Sozialliberalismus« vom Neoliberalismus abgrenzte, dem jedes nationale Gefühl fremd sei.

Bei all dem erscheint das Kapitals allmächtig. Das Geld ist die frechste,

²⁷ Diese Entwicklung führt paradoxerweise auch dazu, daß es leichter wird, die politische Form der Demokratie mit den Interessen des Kapitals zu versöhnen. Cavarozzi *et al.* (1992) meint, daß darin der Schlüssel liegt, warum das Wachstum der Demokratie in Lateinamerika in den letzten Jahren mit der Zunahme der Armut und der gesellschaftlichen Ungleichheit einhergeht.

arroganteste Form des Kapitals. Auf der ganzen Welt feiert es viele und sehr sichtbare Erfolge. Und doch zeigt sich in der Herrschaft des Geldes die Schwäche des Kapitals. Schwärmende Bienen sind ebenfalls die frechste, arroganteste Form von Biene, aber sie schwärmen nur aus, weil der Honig nicht reicht. Das Geld herrscht, weil die Produktion nicht mehr so attraktiv für das Kapital ist, aber der Honig kommt letzten Endes nur aus der Produktion: Die Produktion ist die einzige Quelle der Selbstausschüttung des Kapitals. Die gewaltsame Rastlosigkeit des Kapitals ist der deutlichste Hinweis darauf, daß die bestehenden Ausbeutungsverhältnisse (für das Kapital) unzureichend sind, daß das Kapital es nicht schafft, sich die Macht der Arbeiter zu unterwerfen, von denen es abhängt. Gegen den Anschein ist die rastlose Bewegung des Kapitals der deutlichste Hinweis auf die Macht der Aufsässigkeit der Arbeiter. Der Schlüssel zur Genesung des Kapitals liegt nicht im Zerschlagen alter Muster durch das Geld oder in der »Reform des Staates«, sondern in der Neuorganisation der Ausbeutung, in der neu strukturierten Unterwerfung der Macht der Arbeiter unter das Kapital; und trotz aller Veränderungen in der Produktionsorganisation und trotz aller aggressiver Politik des Kapitals in den letzten zehn oder fünfzehn Jahren ist nicht klar, ob das Kapital dieses Ziel bisher erreicht hat. ■

Literatur:

- Archila M. (coord) 1980: *Del Estado Instrumento a la Forma-Estado*, Bogotá: CINEP.
- Barker, C. 1978/1991: »A Note on the Theory of Capitalist States«, *Capital & Class*, No.4 (reprinted in Clarke 1991).
- Bonefeld, W. 1992: »Money and Liberty: The Constitutive Power of Labour and Capitalist Reproduction«, paper presented to the Seminar on Global Money and the National State, Mexiko, D.F.: FLASCO (Juli).
- Bonefeld, W. 1993: *The Recomposition of the British State During the 1980s*, Aldershot: Dartmouth.
- Bonefeld, W. Gunn, R., Psychopeidis, K. (eds.) 1992: *Open Marxism, Vol. I: History and Dialectics; Vol. II: Theory and Practice*, London: Pluto Press.
- Bonefeld, W., Holloway, J. (eds.) 1991: *Post-Fordism and Social Form. A Marxist Debate on the Post-Fordist State*, London: Macmillan.
- v. Braunmühl, C. 1974: »Kapitalakkumulation im Weltmarktzusammenhang. Zum methodischen Ansatz einer Analyse des bürgerlichen Staates«, *Gesellschaft* 1, Frankfurt/M.
- v. Braunmühl, C. 1978: »On the Analysis of the Bourgeois Nation State within the World Market Context«, in Holloway, Picciotti 1978.
- Burnham, P. 1992: »The International State System and Global Crisis«, paper presented to the Seminar on Global Money and the National State, Mexico, D.F.: FLASCO (Juli).
- Cavarozzi, M. et al. 1992: »Rethinking Development Theories in Latin America: Democratic Governance, the International Economic System and Domestic Social Structures«, unpublished paper, FLASCO, Mexico, D.F.
- Clarke, S. 1988/1991: Overaccumulation, Class Struggle, and the Regulation Approach, *Capital & Class*, No. 36 (reprinted in Bonefeld, Holloway 1991).
- Clarke, S. 1988: *Keynesianism, Monetarism and the Crisis of the State*, London: Edward Elgar.
- Clarke, S. 1991: *The State Debate*, London: Macmillan.
- Cleaver, H. 1989: »Close the IMF, abolish debt and end development: a class analysis of the international debt

- crisis«, *Capital & Class*, No. 39.
- Críticas de la Economía Política* 1979, No. 12/13: *Estado y Capital*, Mexico, D.F.
- Críticas de la Economía Política* 1980, No. 16/17: *Historia y Teoría del Estado*, Mexico, D.F.
- Crook, C. 1992: »World Economy«, *The Economist*, Survey, 19.09., S. 5-48.
- Dabat, A. 1992: *Capitalismos Mundai y Capitalismos Nacionales*, Mexico City.
- Evers, T. 1979: *El Estado en la Periferia Capitalista*, Mexico, D.F.: Siglo Veintiuno.
- Fausto, R. 1987: *Marx: Lógica e Política*, Rio de Janeiro: Editora Brasiliense.
- Fidler, S. 1993: »The Return of Capital to Latin America«, *Financial Times Survey on Latin American Finance*, 29.03., S. II-V.
- Gerstenberger, H. 1990: *Die subjektlose Gewalt: Theorie der Entstehung bürgerlicher Staatsgewalt*, Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot.
- Hirsch, J. 1974/1978: »The State Apparatus and Social Reproduction: Elements of a Theory of the Bourgeois State«, in: Holloway, Picciotto 1978 <ursprünglich auf deutsch veröffentlicht 1974>.
- Hirsch, J. 1992: »Regulationstheoretische Interpretationen des Verhältnisses von Kapital, Staat und Weltmarkt«, (Ms.). »Interpretations of Capital, State and World Market in terms of Regulation Theory«, paper presented to the Seminar on Global Money and the National State; Mexico, D.F.: FLACSO (Juli).
- Holloway, J. 1980/1991: »The State and Everyday Struggle«, in Clarke 1991.
- Holloway, J. 1990: »The Politics of Debt«, *Common Sense*, No. 9.
- Holloway, J. 1991: »Capital is Class Struggle (And Bears are not Cuddly)«, in Bonefeld, Holloway 1991.
- Holloway, J. 1992: »Crisis, Fetishism, Class Decomposition«, in Bonefeld, Gunn, Psychopedis 1992.
- Holloway, J., Picciotto, S. 1977/1991: »Capital, Crisis and the State«, *Capital & Class*, No. 2 (reprinted in Clarke 1991).
- Holloway, J., Picciotto, S. 1978: *State and Capital: A Marxist Debate*, London: Edward Arnold.
- Jessop, B. 1991: »Polar Bears and Class Struggle: Much Less than a Self-Criticism«, in Bonefeld, Holloway 1991.
- Marazzi, C. 1977/1988: »Das Geld in der Weltkrise. Die neue Basis der kapitalistischen Macht«, in *Zerwork, TheKla 10*, Berlin: Sisina.
- Marini, R.M. 1973: *Dialectica de la Dependencia*, Mexico, D.F.: Ediciones Era.
- Marx, K. 1894/1964: *Das Kapital*, Bd. 3, MEW 25, Berlin: Dietz
- Miliband, R. 1969: *The State in Capitalist Society*, London: Quartet Books.
- Murray, R. 1971: »The Internationalization of Capital and the Nation State«, *New Left Review*, No.67.
- Paschukanis, E. 1923/1970: *Allgemeine Rechtslehre und Marxismus*, Frankfurt/M.
- Peláez, E., Holloway, J. 1990/1991: »Learning to Bow: Postfordism and Technological Determinism«, *Science as Culture*, No. 8 (reprinted in Bonefeld, Holloway 1991).
- Perez Sainz, J.P. 1981: *Mercancía. Capital y Estado*, Diss., Universidad Libre des Bruselas.
- Picciotto, S. 1985/1991: »The Internationalisation of Capital and the International State System«, CSE Conference Papers (reprinted in Clarke 1991).
- Rojas, E., Moncayo, V. (coord) 1980: *Crisis Permanente del Estado Capitalista*, Bogotá.
- Sánchez Susarrey, J. 1986: *La Forma Estado, la Forma Mercancía*, Universidad de Guadalajara.
- Vincent, J.M. 1975: *L'État Contemporain et la Marxisme*, Paris: Maspéro.

Das folgende ist eine Übersetzung des 2. Kapitels von Toni Negris Buch »Marx oltre Marx« (»Marx jenseits von Marx«). Das Buch heißt im Untertitel »Arbeitsheft über die Grundrisse«, ist im Mai 1979 erschienen und enthält die Materialien, die Negri zusammengestellt hatte, um auf Einladung von Louis Althusser im Frühjahr 1978 in Paris 9 Seminare über die Grundrisse von Marx zu halten. Es gibt eine englische Ausgabe (»Marx beyond Marx«, 1984), das Buch ist aber nie auf deutsch übersetzt worden.

Die Negri-üblichen Formulierungen machen das ganze nicht gerade leicht lesbar, und er muß Marx-Zitate z.T. ziemlich hinbiegen, um gerade mit ihnen seine These von der »Überdeterminierung« der Ausbeutung durch die (staatliche) Macht zu belegen. Da aber das zweite Kapitel über das Geld ein Beitrag zum »Schwerpunkt« dieses Zirkulars ist, haben wir es übersetzt. Die Reihenfolge der neun Kapitel im Buch ist übrigens:

1: Grundrisse, offenes Werk; 2: Geld und Wert; 3: Die Methode der antagonistischen Tendenz; 4: Mehrwert und Ausbeutung; 5: Profit, Krise, Katastrophe; 6: Gesellschaftliches Kapital und Weltmarkt; 7: Die Lohntheorie und ihre Entwicklungen; 8: Kommunismus und Übergang; 9: Kapitalistische Entwicklung und revolutionäre Klasse.

Marx jenseits von Marx

Lektion 2 – Geld und Wert

Toni Negri

Warum wir beim Kapitel vom Geld beginnen. Allgemeines Schema des Kapitels. Geld und Wert: das Geld als Unmittelbarkeit des Werts. Das Geld als historische Unmittelbarkeit der Krise. Die Kritik der Geldform und ihrer Proudhon'schen Mystifizierung. Extreme Radikalität dieses Marx'schen Ansatzes. Die Tendenz als Anfang der Untersuchung. Analyse des Textes: a) Geld und Krise. Die Bedeutung von »Durchschnittsarbeit« und »gesellschaftlich notwendiger Arbeit«. Umkehrung [rovesciamento] des Proudhonismus. Und dann, im Gegenteil, Geld als Symbol. b) Geld und Ungleichheit: ein politischer Exkurs. c) Systematische Analyse des Geldes: Geld als Maß und allgemeines Äquivalent (und die Verweigerung der Arbeit?); Geld als Zirkulationsmittel; Geld als Geld und als Kapital. d) Geld-Wert-Kapital. Ein Plan für den weiteren Fortgang der Analyse. Von der Kritik des Geldes zur Kritik der Macht: eine Vorwegnahme.

Wir beginnen die innere Analyse der *Grundrisse*¹ bei Heft I und – zum ganz kleinen Teil – II (»*Das Geld*«) statt bei Heft M (»*Einleitung*«), das diesen chronologisch und thematisch vorausgeht, weil wir lieber sofort mitten in die Dinge einsteigen. In der *Lektion 3* wenden wir uns Heft M und der Thematik der Methode zu, was den Vorteil hat, daß wir schon gesehen haben, wie sie funktioniert, und sie dann zum Thema machen und uns ansehen können, wie sie sich in der Berührung mit der Sache verwandelt. So wird uns klarer werden, daß Heft M und die Marx'sche Definition der Methode im Sommer 1857 einen »Übergang« darstellen, und vielleicht können wir so herauszufinden, worin die besondere Produktivität dieses Ansatzes liegt.

Aus einem anderen, schon erwähnten, Grund, an den ich hier nur erinnern möchte, lohnt es sich, bei den Heften über das Geld zu beginnen: In der Polemik über das Geld laufen nämlich die Fäden zusammen, die die Achse der *Grundrisse* darstellen: die Kritik des »wahren Sozialismus«, die Erwartung der »unmittelbar bevorstehenden Krise« und die außerordentliche Anstrengung einer theoretischen Vertiefung. Diese Hefte sind die Grundlage für den qualitativen Sprung der Marx'schen Untersuchung.

Also die Hefte über das Geld. Alles beginnt mit einem Verweis auf »*Alfred Darimon: De la réforme des Banques. Paris 1856*« [Über die Reform der Banken; d.Ü.]. Es scheint sich also um eins der vielen von Marx bekannten Hefte mit Notizen und kritischen Überlegungen zu handeln. Aber dem ist nicht so: Der Verweis auf Darimon, auf die Bescheidenheit seines Textes (der aber zusammen mit der Polemik gegen Proudhon, wie wir sehen werden, implizit sehr wohl eine wichtige Grundlage darstellt) wirkt erst mal wie ein Vorwand. Nämlich:

A. ([Seite?]). Marx beginnt mit der Analyse und der sorgfältigen Kritik des Buchs von Darimon, aber sofort wird das Problem allgemein, entwickelt sich die Theorie und werden die Verweise auf Darimon lächerliche Beiläufigkeiten. Praktisch haben wir hier einen *ersten Teil* des Manuskripts vor uns, den wir »*Geld und Krise*« nennen könnten. Die Unmittelbarkeit des Problems der Krise wird zum grundlegenden Untersuchungsproblem, und damit verbunden wird die Phänomenologie der Krise zum Motor der Analyse.

B. (87-[Seite 95?]). Nach einer kurzen Notiz über den *Economist* (86-87) zum zweiten Mal Darimon und Polemik über die »Stundenzettel« und gegen die dreckige Utopie der Saint-Simon'schen Bank; aber wiederum verallgemeinert

¹ Die Seitenzahlen wurden soweit wie möglich aus der deutschen Ausgabe herausgesucht, MEW 42. Diese Ausgabe weicht in der Seitennummerierung von der in den 70er Jahren verbreiteten Ausgabe von 1953/1974, die außerhalb der MEW erschien, ab.

sich das Problem sofort. *Zweiter Teil* des Manuskripts mit einem ersten großen theoretischen Exkurs (»*Das Geld als soziales Verhältnis*«), der zwar Anregungen der *Einleitung* wiederholt, uns aber zum Kern der Marx'schen Kritik und zu einem eigentlichen theoretischen Anfang führt. Diesen Teil könnten wir »*Geld und Ungleichheit*« nennen.

C. ([Seite 98-151?]). Noch eine kleine notizartige Klammer ([Seite 95-96?]). Schluß mit Darimon: Der Übergang von der Polemik (A) zur Exposition (B) hat den Gegenstand hervorgebracht, der jetzt in der systematischen Komplexität seiner Eigenschaften analysiert werden kann. Diesen *dritten Teil* können wir »*systematische Analyse des Gelds*« nennen, er zerfällt in drei systematische Kapitel:

C1. *Das Geld als Maß* (98-105) mit einer Klammer über die edlen Metalle (106-117).

C2. *Das Geld als Zirkulationsmittel* (117-132).

C3. *Das Geld als Geld und als Kapital* (132-[Seite 152]).

D. An diesem Punkt (*vierter Teil*) kehrt der Text zum Verhältnis »*Wert-Geld*« zurück, d.h. zur schon in Punkt B berührten allgemeinen Theorieebene. Das gilt für die Seiten [Seite 152]-164, aber auch für die unmittelbar darauffolgenden Seiten, die schon das Vorwort des nächsten Buches darstellen (»*III. Das Kapital*« – 165-176). Dabei sollte man auch den anfänglichen Entwurf des Kapitels über den Wert im Kopf behalten, auf den ich schon in der ersten Lektion hingewiesen habe.

Zunächst bemerken wir, daß Marx das Kapitel über das Geld mit »II« bezeichnet hat. Wahrscheinlich sollte vorher ein Kapitel I über den Wert kommen. Schon in *Zur Kritik der politischen Ökonomie* wird das erste Kapitel über den Wert ja zu einem Kapitel über die Ware und bereitet über diesen Übergang die endgültige Systematisierung des Themas im *Kapital* vor. Aber hier fehlt das Kapitel über die Ware, und wir müssen uns fragen, ob dieses Fehlen nicht ganz nützlich für Marx' Vorgehen ist.

In den Heften I und II nun *geht es unmittelbar vom Geld zum Wert*: Der Wert tritt auf in Form des Geldes. Der Wert ist also dieselbe Scheiße wie das Geld. Hier gibt es kein philosophisches »taumazein« [Staunen]; die Verwunderung, das Erstaunen und die Wißbegierde führen nicht zu vollendeten Synthesen der Erkenntnis, zu phantastischen Hypothesen, sondern zur praktischen Unmittelbarkeit der Kritik, der Anklage, der Ablehnung. Andererseits stehen wir dem Wert nicht gegenüber, sondern wir sind mittendrin: Wir sind mittendrin in dieser Welt aus Geld. Das Geld stellt die Form der gesellschaftlichen Beziehungen dar, es stellt sie dar, und es bestätigt sie, indem es sie organisiert. Ist diese Unmittelbarkeit des Herangehens nicht an den Wert, sondern an den Wert in der Form des Geldes – als enthalte das Geld allen möglichen Wert – zu naiv? Aber

die Welt stellt sich so dar, als Warenwelt, die vollständig vom Geld dargestellt wird, indem dieses durch sich selbst die Verwertung der Waren bestimmt. Darimon ist ein nützlicher, idiotischer, aber umfassender Ansatzpunkt für den »naiven« Marx. Welche Bedeutung hätte andererseits eine Werttheorie, die nicht unmittelbar der Geldtheorie untergeordnet, sowie eng und notwendig mit ihr verbunden ist, mit der Form, in der sich die kapitalistische Organisation des gesellschaftlichen Verhältnisses in der Alltäglichkeit des gesellschaftlichen Tauschs darstellt? Kann es eine Werttheorie geben, die sich nicht unmittelbar auf die Theorie des Geldes beschränkt, auf die Theorie der kapitalistischen Organisation des Tausches und insofern der Ausbeutung? Ich beginne, die Naivität der Marx'schen Herangehensweise für nützlich zu halten. In dieser Herangehensweise liegt so viel Klassenhaß! Das Geld hat den Vorteil, daß es mir unmittelbar die dreckige Fratze des gesellschaftlichen Wertverhältnisses zeigt; es zeigt mir den Wert sofort als kommandierten und für die Ausbeutung organisierten Tausch. Ich brauche nicht erst in den Hegelianismus hinabzusteigen, um das Doppelgesicht der Ware, des Wertes zu entdecken: Das Geld hat nur ein Gesicht, das des Chefs.

Dies ist die typische Herangehensweise der *Grundrisse*, und das werden wir überall sehen: Sie läßt *den praktischen Antagonismus zuerst hervortreten, in jeder kategorialen Setzung*. Die Werttheorie als Theorie der kategorialen Synthese ist eine Hinterlassenschaft der Klassiker und der bürgerlichen Mystifizierung, auf die wir als Einstieg in das Feld der Revolution bestens verzichten können. Das galt, wie der Ansatz der *Grundrisse* zeigt, gestern für die Klassiker, heute kann die Theorie die Richtigkeit dieser Herangehensweise gegen all die Wiederholer der Werttheorie zeigen, vom *Diamat* bis Sraffa.

Es ist daher müßig, mühsam nach Analogien mit anderen Versionen der Marx'schen Geldtheorie zu suchen (laut Rosdolsky, S. 129-230, gibt es vier, einschließlich der *Grundrisse*). Hier setzt die Untersuchung unmittelbar bei der Form des Werts an, und daher verlagert sich die Untersuchung zumindest in den als A, B und D bezeichneten Abschnitten auf sie. Höchstens das unter Punkt C gefaßte Material ließe sich vielleicht mit den anderen Versionen der Marx'schen Geldtheorie vergleichen: Wir werden allerdings sehen, welche außerordentlichen Feinheiten und Unterschiede es da gibt, die sich – wie Rosdolsky unterstreicht – nicht auf einfache Textvarianten reduzieren lassen. Daher ist es auch müßig, nach unterschwelligem inhaltlichen – und nicht bloß textlichen – Kontinuitäten zu suchen. Im Unterschied zu Marx' späteren Werken ist in den *Grundrissen das Wertgesetz nicht nur mittelbar sondern unmittelbar als Gesetz der Ausbeutung dargestellt*. Es führt kein logischer Weg von der Warenanalyse zur Wertanalyse und zur Mehrwertanalyse: es gibt keinen vermittelnden Begriff [termini medio], dieser ist eine literarische Erfindung, schlichtweg eine Mystifizierung, in der nicht einmal ein Körnchen Wahrheit steckt. Wenn man sagt, daß das Geld die

Form des Werts darstellt, erkennt man an, daß das Wertgesetz ausschließlich in der Geldform funktioniert, daß die Kritik unmittelbar am Geld ansetzen muß. Kritik in der Unmittelbarkeit.

Daß die *Grundrisse* beim Geld als herausragender Form, in der sich das Wertgesetz ausdrückt, ansetzen, ist allerdings nicht nur wegen der Unmittelbarkeit der Kritik so außerordentlich wichtig. Genauso wichtig ist, daß das dieser Zuspitzung [estremizzazione] des Wertverhältnisses zugrundeliegende gesellschaftliche Verhältnis nicht vom Standpunkt der Synthese sondern des Antagonismus aus betrachtet wird. Den Antagonismus kann es nur geben, wenn sich das Kapitalverhältnis nicht in einer Synthese vollendet. Wenn das Wertverhältnis also unmittelbar auf den Dualismus/Pluralismus der gesellschaftlichen Antagonismen bezogen wird, wenn es keinen vermittelnden Äther darstellt, dann muß die Analyse zu den Subjekten vordringen, die die verschiedenen Figuren in diesem Drama spielen: Das Wertverhältnis wird immer nur die sich über die soziopolitische Überdeterminierung des Klassenkonflikts erstreckende Täuschung sein. Man wird nie von Wert sprechen können, ohne von Ausbeutung zu sprechen. Vor allem aber muß die Verwertungsfunktion als Überdeterminierung konkreter Inhalte des Klassenkampfes begriffen werden, als Kommando und Herrschaft einer Klasse über die andere, – die die Zusammensetzung sowohl der einen als auch der anderen bestimmt.

Es gibt noch einen dritten Grund, warum es so wichtig ist, daß die *Grundrisse* beim Geld anfangen: Das *Geld als Krise* des Wertgesetzes (und seine vorbeugende Entmystifizierung) war der erste. Das *Geld als Überdeterminierung* und als Spannung zum [tensione al] Kommando ausgehend von der Zusammensetzung der beiden miteinander kämpfenden Klassen war der zweite. Drittens hielt Marx es für wichtig, die Ebene der Analyse unmittelbar bei der Vergesellschaftung des Kapitals anzusetzen. Es wäre unmöglich, am Geld als herausragender oder ausschließlicher Form anzusetzen, in der der Wert auftritt, ohne *den Prozeß der Vergesellschaftung des Kapitals als Voraussetzung* anzunehmen.

Auf diese Themen werden wir später ausführlich zurückkommen. Zunächst will ich noch auf die Ausgangsfrage antworten: Ob das Fehlen des Kapitels über die Ware und die unmittelbare Darstellung des Werts als Geld sich nützlich auswirkt. Ich denke, daß ich diese Frage bejahen muß. In der Geldform stellt sich das Wertgesetz 1. in der Krise, 2. in antagonistischer Weise und 3. in gesellschaftlichem Maßstab dar. Und das schon zu Anfang. So gesehen könnte man hinzufügen, daß *Das Kapital* fast wie eine Einführung in die *Grundrisse* wirkt: mittels der Begriffe, in denen sich die Geschichte des Kapitals zusammenfassen läßt, erklärt es haarklein die Vollendung seiner Geschichte, die für die *Grundrisse* den Gegenstand der Kritik darstellt.

Das ist der theoretische Ansatz der *Grundrisse*. Aber wichtig ist auch, daß das Geld – wie es historisch auftritt – sich der Analyse als Krise darbietet. Was also implizit im theoretischen Ansatz steckt, enthüllt die historische Analyse ausdrücklich. *Sergio Bologna* [in Ermangelung einer deutschen Ausgabe des hier von Negri zitierten Textes verweisen wir auf die englische Übersetzung in *Common Sense* 13 und 14: »Money and Crisis: Marx as Correspondent of the New York Daily Tribune, 1856-1857«] hat dafür eine Reihe von wichtigen Hinweisen aufgeführt. In seiner Beschreibung der Krise von 1857/58 auf der Grundlage der Materialien, die Marx in seiner journalistischen Arbeit benutzt hatte, wird deutlich, daß sie vor allem eine Geldkrise war. Es ist also kein Zufall, daß Marx seine Polemik zu Anfang gegen Darimon richtet: dessen Werk – ebenso und noch viel wichtiger die *Gratuité du Crédit* von Proudhon (vgl. *ebenda*, S. 46 ff) – trägt zur Mystifizierung der *historischen Entwicklung der Form der Mehrwertabpressung durch den bürgerlichen Staat* bei. Marx ist mit »der ersten vollendeten Form des modernen Staats, der Regierung des gesellschaftlichen Kapitals konfrontiert; er ist mit der ersten vollendeten Form eines modernen Geldsystems, der zentralisierten Regierung der Liquidität konfrontiert« [Bologna?]. All dies zeigt sich in Form der Krise: Marx geht vor, indem er von der Engführung an der Geldform der Krise (von nun an werden sich die Krisen immer als »monetäre« ausdrücken) zur Analyse der Krise der gesellschaftlichen Verhältnisse herabsteigt, von der Krise der Zirkulation zur Krise des Verhältnisses zwischen notwendiger Arbeit und Mehrarbeit. Wie in einem gewaltigen Versuch der Vorwegnahme faßt er die gegenwärtige Krise als Ausdruck der tendenziellen Geschichtlichkeit der kapitalistischen Entwicklung. Und genau in dieser historischen Projektion wird die Krise zur Krise des Wertgesetzes, in der historischen Projektion auf eine immer gesellschaftlichere Form der Produktion, in der die moderne Funktion des Wertes sich in eine Kommando- und Herrschaftsfunktion verwandelt, in eine Funktion des Zugriffs auf die gesellschaftlichen Bruchteile notwendige Arbeit und Akkumulation. Der Staat ist hier die »Zusammenfassung der bürgerlichen Gesellschaft« (42). Diese in der *Einleitung* formulierte Definition wird in den *Grundrissen* ständig bestätigt (z.B. 154, 188), schon bevor die vollständigsten Definitionen des Staats als direktem Vertreter des kollektiven Kapitals, als »kollektivem Kapitalisten« selbst, um es mit Engels zu sagen, herangereift sind. Der Übergang ist real, geprägt von einer Krise, die ihn notwendig macht, aber gleichzeitig aufzeigt, in welche Richtung er sich auflösen läßt. An diesem Ergebnis der historischen Entwicklung muß die Kritik sich also abarbeiten, und innerhalb dieser Übergänge muß sie den tendenziellen Fortschritt bewußt machen: den Antagonismus. Und sich dabei darüber im klaren sein, daß die vom Kapital angestrebte starke Synthese in Form des Kommandos, seiner Vergesellschaftung und seiner Institutionalisierung eine angemessene kategoriale Antwort erfordert. Die Theorie muß eng an der Ge-

schichte entlang entwickelt werden. Das Geld, der Sprung nach vorn der monetären Form des Werts stellen also die historische Unmittelbarkeit der Krise dar – aber auch die Tendenz.

Die Proudhonianer haben diese Entwicklung aufgegriffen, um sie zu mystifizieren. Wie nämlich antworten Darimon und Proudhon auf die von der Krise gestellte Frage? Sie antworten, indem sie uns erklären, daß das Geld ein Äquivalent sei, und von dieser wesensmäßigen Bestimmung ausgehend entwickeln sie eine Polemik mit dem Ziel der Wiederherstellung einer reinen, ausgebreiteten, reichen Zirkulation. Aber, sagt Marx, wenn das Geld ein Äquivalent ist, wenn es bisweilen Äquivalentcharakter hat, so ist es vor allem die *Äquivalenz einer gesellschaftlichen Ungleichheit*. Die Krise rührt dann weder von den Unvollkommenheiten der herrschenden äquivalenten Zirkulation her, noch läßt sie sich durch eine Reform der äquivalenten Zirkulation beheben. Die Krise rührt her von der Ungleichheit der Produktionsverhältnisse und kann nur zusammen mit der Ungleichheit *aufgehoben* werden. Der hinter dem Geld verborgene Inhalt ist ganz eindeutig Ungleichheit und Ausbeutung. *Der Inhalt des Geldäquivalents ist das Ausbeutungsverhältnis*: besser ließe sich dieser Inhalt nicht ausdrücken. Und das zeigt Marx. Aber er zeigt noch mehr: Er betont auch *die Form*, in der das Geld den Inhalt verbirgt. Sie ist fast noch wichtiger als der Inhalt selbst. Denn diese Form ist der Widerspruch und der Antagonismus, zu dessen Aufhebung die Geldzirkulation tendiert. In dem Moment, wo der reformistische »wahre Sozialismus« den Zirkulations- und den Äquivalenzmechanismus vervollkommen will, um das Auf und Ab der Krise zu überwinden, will er also die konkreten Erscheinungen der Form abschaffen, in denen sich der Antagonismus der dahinter verborgenen Inhalte widerspiegelt. Das Kapital folgt dabei dem Reformismus, der ihm gegen die Kritik von Arbeiterseite zur Hilfe kommt; Triebkraft der Umstrukturierung des Kapitals ist die Notwendigkeit, die Grenze des Widerspruchs immer weiter hinauszuschieben, den die Form der Zirkulation auf dem Antagonismus des grundlegenden Produktionsverhältnisses anhäuft. Den »wahren Sozialismus« zu entzaubern, heißt also zu zeigen, daß der Reformismus das Interesse des Kapitals an Entwicklung bedient. Es heißt daran festzuhalten, daß die Form zentral für die Funktion der Ausbeutung ist. Und konsequent zu zeigen, daß die Revolution nur soweit Befreiung vom Inhalt der Ausbeutung ist, wie sie *Befreiung von der gesamten Form der Zirkulation des Werts*, des Werts *tout court* ist – denn der Wert ist nichts anderes als die Form, in der die Ausbeutung berechnet wird. Aber das reicht nicht. Wenn die Form und der Inhalt des Werts in der Ausbeutung dermaßen eng zusammenhängen, wenn jede Reform den Inhalt der Ausbeutung vertieft, dann stellt sich der Antagonismus auf dieser Ebene von Allgemeinheit und Radikalität: Es gibt keine Revolution ohne Zerstörung der bürgerlichen Gesellschaft, der Lohnarbeit als Produzent des Werts,

und des Geldes als Werkzeug seiner Zirkulation und des Kommandos. Jeder Fortschritt in der Vergesellschaftung der Form der Zirkulation entwickelt den Inhalt der Ausbeutung weiter: Daher muß die Fortentwicklung dieses Zusammenhangs selbst zerstört werden, ebenso alle ideologischen und institutionellen Formen, in denen er auftritt und die ihn in Bewegung setzen – erst recht die »sozialistischen«. Das Geld, das reformistische Abarbeiten daran: das ist die ganze Scheiße. Andererseits: »Der Klassenkampf als Schluß, worin sich die Bewegung und Auflösung der ganzen Scheiße auflöst« (Marx an Engels, 30. April 1868). Diese Zusammenhänge sind die Grundlage für die Verbindung und die Gliederung der verschiedenen Teile der Hefte über das Geld.

Aber sehen wir uns den Text noch genauer an. Die *Polemik gegen die Proudhonianer* besteht also aus drei Punkten. Einerseits richtet Marx seine theoretische und politische Kritik wie gesagt hauptsächlich gegen die zeittypische »sozialistische« Mystifizierung, d.h. er mischt sich destruktiv in die Polemik über die Banken und das allgemeine Äquivalent ein. Andererseits und zweitens bezieht Marx seine Polemik hier auf die Anfänge einer für ihn jetzt schon und für alle anderen nach und nach ebenfalls fundamentalen Tendenz: der Tendenz zur Reform des Staats hin zu einer Vertretung der gesamten bürgerlichen Gesellschaft, der Tendenz zur finanziellen Umstrukturierung des Staats. Die Krise der 50er Jahre markiert den Beginn der Epoche, an deren Ende Hilferdings und Lenins Analysen vom Staat und vom Finanzkapital stehen: Und auch Marx geht in seinem Beharren auf dem Geld von dieser Tendenz aus. Wieder *bildet das Ergebnis die Voraussetzung*. Über diese beiden polemischen Zugänge bildet sich nun – als dritter grundlegender Bestandteil – die endgültige Gestalt der Werttheorie in den Schriften dieser Zeit über das Geld heraus: der Wert als gesellschaftliche Vermitteltheit [medietà, wörtl. Mittigkeit] und Äquivalent der Ungleichheit, die Werttheorie als Theorie des Mehrwerts, die Mehrwerttheorie als gesellschaftliche Regel der gesellschaftlichen Ausbeutung. Durch die Ebene der Polemik (Geld, Zusammenfassung der bürgerlichen Gesellschaft in der Form des Staats, Vertiefung der gesellschaftlichen Form der Ausbeutung) kann die Werttheorie also ausschließlich als Theorie des *Mehrwerts* und der *Vergesellschaftung* der Ausbeutung gefaßt und (*zusammen*) definiert werden – also so, wie in den *Grundrissen*. Paradoxerweise könnte man sagen: Während die Kategorien im *Kapital* allgemein am Privat- und Konkurrenzkapital entwickelt werden, werden sie in den *Grundrissen* an einem tendenziellen Schema von *gesellschaftlichem Kapital* entwickelt. Dies ist die Bedeutung des Ausgehens vom Geld, wie es die Polemik gegen die Proudhonianer vorgab.

Sehen wir uns nun wieder gründlich den Text der Hefte I und II über das Geld an. Der erste Teil, den wir »*Geld und Krise*« genannt haben, arbeitet erst mal nur akribisch heraus, wie diese beiden Begriffe zusammenhängen: Die Krise zeigt, was das Geld ist. Bei Darimon zählt der Text nur eine Reihe von Fehlern

auf statistischer und rechnerischer Ebene auf ([Seite 49]-58, [Seite ?], [Seite ?])). Aber wir dürfen nicht am Text kleben bleiben, hier geht es um den politischen Zweck, den die Proudhonianer allgemein verfolgten – und um seine unmittelbare Verurteilung. »Wir sind hier bei der Grundfrage angelangt, die mit dem Ausgangspunkt nicht mehr zusammenhängt. Die Frage wäre allgemein: Können durch Änderung im Zirkulationsinstrument – in der Organisation der Zirkulation – die bestehenden Produktionsverhältnisse und die ihnen entsprechenden Distributionsverhältnisse revolutioniert werden? Fragt sich weiter: Kann eine solche Transformation der Zirkulation vorgenommen werden, ohne die bestehenden Produktionsverhältnisse und die auf ihnen beruhenden gesellschaftlichen Verhältnisse anzutasten? Wenn jede solche Transformation der Zirkulation selbst wieder Veränderungen der anderen Produktionsbedingungen und gesellschaftliche Umwälzungen voraussetzte, so fiel natürlich von vornherein die Lehre, die ihre Zirkulationskunststücke vorschlägt, um einerseits den gewaltsamen Charakter der Veränderungen zu vermeiden, andererseits diese Veränderungen selbst nicht zur Voraussetzung, sondern umgekehrt zum allmählichen Resultat der Zirkulationsumwandlung zu machen. Die Falschheit dieser Grundvoraussetzung würde hinreichen, das gleiche Mißverständnis über den innern Zusammenhang der Produktions-, Distributions- und Zirkulationsverhältnisse zu beweisen« (58). Diese Herren wollen also das Kapital, die Zirkulation des Geldes verbessern, »ohne das in der Kategorie Geld ausgedrückte Produktionsverhältnis selbst aufzuheben« (58). Aber das ist »eine sich selbst auflösende Forderung«: Es ist nämlich nicht möglich, »durch die formelle Umwandlung eines Verhältnisses sich über wesentliche Bedingungen desselben wegsetzen zu wollen«. (58) »Die verschiedenen Formen des Geldes mögen der gesellschaftlichen Produktion auf verschiedenen Stufen besser entsprechen, die eine Übelstände beseitigen, denen die andere nicht gewachsen ist; keine aber, solange sie Formen des Geldes bleiben und solange das Geld ein wesentliches Produktionsverhältnis bleibt, kann die dem Verhältnis des Geldes inhärenten Widersprüche aufheben, sondern sie nur in einer oder der andern Form repräsentieren. Keine Form der Lohnarbeit, obgleich die eine Mißstände der andern überwältigen mag, kann die Mißstände der Lohnarbeit selbst überwältigen.« (58f) Sicher, die Herren Proudhonianer wollen die Dinge mit ihrer Arbeit mystifizieren: Aber wie soll das gehen, wenn die Krise mit derartiger Macht die benutzten theoretischen Begriffe selbst wieder vorschlägt? Das Geld ist eine Vermittlungskategorie des gesellschaftlichen Antagonismus: In der Definition steckt die *Möglichkeit* der Krise, die Wirklichkeit [effettualità] zeigt sie *wie sie entsteht [in atto]*.

Hier reicht es aber mit der Polemik: Der Zusammenhang von Geld und Krise wirft nicht nur die proudhonianische Mystifikation über den Haufen, sondern er hat noch viel weiterreichende Folgen: Vor allem zeigt er uns, was der Wert ist. Die Definition des Werts muß ganz und gar auf die Allgemeinheit des Geldes bezogen werden, wenn wir mitten in einer Krise stecken, die zeigt, daß das Geld tendenziell nur dazu dient, die antagonistischen gesellschaftlichen Verhältnisse zu verdecken und auszudrücken. Die Werttheorie muß also nach den Merkmalen des Geldes und nach der gezeigten Krisentendenz umformuliert werden. *Der Wert muß schon die Merkmale des Geldes enthalten.* Die bislang existierende

Werttheorie spielt einfach darauf an, daß sich die gesellschaftliche Vermittlung des Antagonismus konkret im Geld darstellt. Der Wert läßt sich insoweit durch die Durchschnittsarbeit, durch die *gesellschaftlich notwendige Arbeit* definieren, wie das Geld in das so definierte Bild eingeht. »Nicht die in den Produkten inkorporierte Arbeitszeit, sondern die gegenwärtig nötige Arbeitszeit ist das Wertbestimmende.« (70) Aber die Definition der notwendigen Arbeit ist wohlgermerkt schon eine gesellschaftliche Definition. Der durch die Arbeitszeit bestimmte Wert der Waren ist nur ihr *Durchschnittswert*. »Als Werte sind alle Waren qualitativ gleich und nur quantitativ unterschieden« (76). Und schon wieder wird die proudhonianische Hypothese über den Haufen geworfen: Was die Reformisten als Lösung des Antagonismus sehen, ist in Wirklichkeit seine Grundlage. Genau auf dieser Ebene gesellschaftlicher Vermitteltheit stellt das Geld – als herausragende Form des Werts – das Gebiet dar, auf dem und gegen das sich die Theorie richten wird. Das ist alles andere als eine Metaphysik des Werts! Die überläßt Marx seinen Vorgängern und – nur zu oft – seinen Nachfolgern. Der Wert ist Geld, er ist die Scheiße, zu der es keine Alternative außer der Zerstörung gibt: die Abschaffung des Geldes. Studieren wir es also, um es zu zerstören.

Und hier sehen wir dann diese Gleichung Wert - Geld - Krise. Als Oszillation geht sie weiter: »Von diesem Durchschnittswert der Ware ist ihr *Marktwert* stets verschieden und steht stets entweder unter oder über ihm. Der Marktwert gleicht sich aus zum Realwert durch seine beständigen Oszillationen, nie durch eine Gleichung mit dem Realwert als einem Dritten, sondern durch stete Ungleichsetzung seiner selbst (nicht, wie Hegel sagen würde, durch abstrakte Identität, sondern durch beständige Negation der Negation, d.h. seiner selbst als der Negation des Realwerts).« (72) *Diese Oszillation ist gleichzeitig Bewegungsgesetz und Möglichkeit der Krise*. Diese Oszillation ist die Existenzform des Werts, sie ist die ständige Umwandlung und die wesensmäßige Dualität des Werts. In dieser Oszillation enthüllt sich das real herrschende gesellschaftliche Verhältnis, in ihr verfestigt sich die Austauschbarkeit als ausschließliches gesellschaftliches Verhältnis. Diese Oszillation ist also immer noch und immer wieder die Möglichkeit der Krise. Aber um welche Krise handelt es sich? Die Krise, die den *Begriff* konstituiert, spielt auf die Definition des *Wirklichen* als Antagonismus und Krise an. »Je mehr die Produktion sich dermaßen gestaltet, daß jeder Produzent vom Tauschwert seiner Ware abhängig wird, d.h., je mehr das Produkt wirklich Tauschwert wird und der Tauschwert das unmittelbare Objekt der Produktion, desto mehr müssen sich die *Geldverhältnisse* entwickeln und die Widersprüche, die dem *Geldverhältnisse*, dem Verhältnisse des Produkts zu sich als Geld, immanent sind. Das Bedürfnis des Austauschs und die Verwandlung des Produkts in reinen Tauschwert schreitet voran im selben Maß wie die Teilung der Arbeit, d.h. mit dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion. Aber in demselben Maße, wie dieser wächst, wächst die Macht des *Geldes*, d.h. setzt sich das Tauschverhältnis als eine den Produzenten gegenüber äußere und von ihnen unabhängige Macht fest. Was ursprünglich als Mittel zur Förderung der Produktion erschien, wird zu einem den Produzenten fremden Verhältnis. In demselben Verhältnis, wie die Produzenten vom Austausch ab-

ängig werden, scheint der Austausch von ihnen unabhängig zu werden und die Kluft zwischen dem Produkt als Produkt und dem Produkt als Tauschwert zu wachsen. Das Geld bringt diese Gegensätze und Widersprüche nicht hervor; sondern die Entwicklung dieser Widersprüche und Gegensätze bringt die scheinbar transzendente Macht des Geldes hervor.« (81)

Zusammengefaßt tritt der Wert in Gestalt des Geldes also als Widerspruch auf, als »Möglichkeit, daß diese beiden getrennten Existenzformen der Ware nicht gegeneinander konvertibel sind« (82). Diese antagonistische Natur (wo »die Gleichsetzung {von Ware und Geld} selbst von äußeren Bedingungen abhängig wird, also zufällig« – 82) enthüllt sich sowohl räumlich (Handelskrisen) als auch zeitlich (zyklische Krisen): Aber *begründet* ist sie *im gesellschaftlichen Verhältnis*, das die Austauschbarkeits-, Wert- und Geldform notwendig macht. Und hier verwandelt sich die *Möglichkeit* der Krise in ihre *Aktualität*: »Es ist absolut nötig, daß die gewaltsam getrennten Elemente, die wesentlich zusammengehören, durch gewaltsame Eruption sich als *Trennung* eines wesentlich Zusammengehörigen ausweisen. Die Einheit stellt sich *gewaltsam* her. Sobald die feindliche Spaltung zu Eruptionen führt, weisen die Ökonomen auf die *wesentliche Einheit* hin und abstrahieren von der Entfremdung.« (84)

Marx' Analyse von »*Geld und Krise*« bereitet also einen Übergang zur Analyse des Wirklichen vor. Einerseits benutzt Marx den proudhonianischen Ansatz (indem er ihn als Mystifizierung eines sich in der Krise entwickelnden endgültigen Übergangs von der Wertform zur Geldform begreift), andererseits wirft er diesen Ansatz über den Haufen, indem er ihn als Fälschung und Versuch zur Verdinglichung [Hypostase] eines realen Antagonismus zeigt. *Die Kritik muß also zur Politik werden*, sie muß die gesellschaftlichen Bedingungen des Antagonismus angreifen. Und genau diesen Weg beschreitet Marx. Der zweite Teil der *Hefte über das Geld* setzt hier an. Der erste Teil, den wir bis hierher betrachtet haben, scheint fast ein Anlauf zum Sprung zu sein, zum Sprung mitten hinein in die Dinge, die den Gegenstand der materialistischen Kritik darstellen.

Aber bevor auch wir dahin vordringen, sehen wir uns einen Augenblick lang etwas an, das oft implizit, manchmal explizit auf den bis hierher betrachteten Seiten auftaucht und das wir bisher noch nicht in unsere Überlegungen einbezogen haben, nämlich die Beschäftigung mit dem *Geld als Symbol*. Wenn Marx von der Möglichkeit der Krise spricht, d.h. von der Notwendigkeit des Auseinanderbrechens der Geld- (Wert-) Funktion in dem Antagonismus, der sie konstituiert, meint er ja zugleich auch die ambivalente Wirkung dieses Auseinanderbrechens. Bruch, Spaltung = Vertiefung des Klassengegensatzes, auf dem das Geldverhältnis beruht. Aber sobald die Teile des Gegensatzes nicht vermittelt werden, wird klar, wieviel oppositionelle Kraft darin liegt. Weiter unten in den *Grundrissen* geht Marx sehr genau auf die Arbeiterklassenzusammensetzung in diesem Stadium der Spaltung ein. Hier dagegen geht es ihm um die politische Funktion des Geldes als Symbol, als Funktion des Kommandos. *Das Geld als*

»bloßes Zeichen« (76), als »gesellschaftliches Symbol« (79), als »a priori gefaßte Idee« (79) [bei Negri oder in der italienischen Ausgabe der *Grundrisse* falsch übersetzt; Marx schreibt: »Dies Symbol, dies materielle Zeichen des Tauschwertes ist ein Produkt der Tausches selbst, **nicht** [meine Hervorhebung, d.Ü.] die Ausführung einer a priori gefaßten Idee.« (79)], *zusammengenommen also als »Geldsubjekt«* (101) kann das Resultat des Moments der Krise sein, es kann eine Lösung der Krise sein. Sehen wir uns diesem Punkt genau an: Hier erklärt uns Marx seine Dialektik: Es ist nicht die Hegel'sche der notwendigen Vermittlung und nicht die Proudhon'sche des Wertgesetzes, sondern die Logik des Antagonismus, des Risikos, des Beginns. *Das Symbol kann Subjekt werden*, der Wert kann Kommando werden, die Überdeterminierung kann die Dialektik durchbrechen und mit Gewalt und Kommando herrschen [vigere]. Der Faschismus, die Barbarei, die Regression sind nicht unmöglich. Das Symbol kann stärker sein als die Realität, weil es aus der bewußten Spaltung der Realität entsteht. Wir werden weiter unten sehen, wie außerordentlich wichtig diese Ahnung von Marx war (*Rosdolskys* Lesart, S. 145-147, ist hier viel zu trocken. Während Rosdolsky zu Recht darauf besteht, daß dieser Bestandteil der Marx'schen Geldtheorie zur Theorie des Mehrwerts führen kann, unterschätzt er die Möglichkeit einer diesbezüglichen *Neuen Darstellung*. Rosdolsky ahnt nicht, daß dieser logische und theoretische Übergang auch ein historischer und politischer Übergang sein kann).

»*Geld und Ungleichheit*«. Wieder ein pedantischer Anfang: Kritik von Gray und der Saintsimon'schen Bank. Marx wiederholt sich: allgemeine Bedingungen der Produktion, vom Geld über den Tausch zu den gesellschaftlichen Bedingungen des einen wie des anderen: »Der größte Austausch ist nicht der der Waren, sondern der der Arbeit.« (89) Aber hier – wumms! – kommt der erste große Sprung, *der erste politische Exkurs der Grundrisse*.

Fangen wir beim einfachsten Punkt an: Das Geld, die Form des Werts, ist ein Ungleichheitsverhältnis, allgemein dargestellt im Eigentumsverhältnis, wesentlich durch das Machtverhältnis. »Die wechselseitige und allseitige Abhängigkeit der gegeneinander gleichgültigen Individuen bildet ihren gesellschaftlichen Zusammenhang. Dieser gesellschaftliche Zusammenhang ist ausgedrückt im *Tauschwert*, worin für jedes Individuum seine eigne Tätigkeit oder sein Produkt erst eine Tätigkeit und ein Produkt für es wird; es muß ein allgemeines Produkt produzieren – den *Tauschwert* oder, diesen für sich isoliert, individualisiert, *Geld*. Andererseits die Macht, die jedes Individuum über die Tätigkeit der andren oder über die gesellschaftlichen Reichtümer ausübt, besteht in ihm als dem Eigner von *Tauschwerten*, von *Geld*. Es trägt seine gesellschaftliche Macht, wie seinen Zusammenhang mit der Gesellschaft in der Tasche mit sich.« (90) Je geringer nun die Kraft des Tauschmittels ist, desto größer ist die Kraft des Gemeinwesens, das die Individuen zusammenbindet: und dies ist die Form der antiken Gesellschaft. »Persönliche Unabhängigkeit, auf *sachlicher* Abhängigkeit gegründet, ist die zweite große Form, worin sich erst ein System des allgemeinen

gesellschaftlichen Stoffwechsels, der universalen Beziehungen, allseitiger Bedürfnisse und universeller Vermögen bildet. Freie Individualität, gegründet auf die universelle Entwicklung der Individuen und die Unterordnung ihrer gemeinschaftlichen, gesellschaftlichen Produktivität als ihres gesellschaftlichen Vermögens, ist die dritte Stufe. Die zweite schafft die Bedingungen der dritten.« (91) Ist das Geschichtsphilosophie? Ganz und gar nicht: denn die hier beschriebene Geschichte wird sofort in ein aktives und konstruktives Verhältnis *umgekehrt* und gleichzeitig in eine Dialektik, die so extrem ist, daß sie sich keinesfalls auflösen läßt. Einerseits also: »Austausch und Teilung der Arbeit bedingen sich gegenseitig.« (91) Schon im Körper der Arbeit gründet sich also jene Verdoppelung [duplicità] des Tausches und des Geldes, die sie völlig aufsaugt. Dies ist also »*versachlichte[s] Verhältnis* der Personen untereinander«, »*versachlichte[r] Tauschwert*« (94). Andererseits aber *Zerstörung* all dessen, bewußte, freiwillige, rationale, kreative Zerstörung: »Die universal entwickelten Individuen, deren gesellschaftliche Verhältnisse als ihre eignen, gemeinschaftlichen Beziehungen auch ihrer eignen gemeinschaftlichen Kontrolle unterworfen sind, sind kein Produkt der Natur, sondern der Geschichte.« (95) (Wohlgemerkt: Diese Entwicklung ist Kampf, Bruch, Schöpfung. Keinesfalls Wiederherstellung eines ursprünglichen Wesens. Mit Humanismus hat das nicht das Geringste zu tun. »So lächerlich es ist, sich nach jener ursprünglichen Fülle zurückzusehen, so lächerlich ist der Glaube, bei jener vollen Entleerung stehnbleiben zu müssen. Über den Gegensatz gegen jene romantische Ansicht ist die bürgerliche nie herausgekommen, und darum wird jene als berechtigter Gegensatz sie bis an ihr seliges Ende begleiten.« (95f)) Sicher, die Dialektik dieser beiden Momente ist notwendig: »Die generelle Prostitution erscheint als eine notwendige Phase der Entwicklung des gesellschaftlichen Charakters der persönlichen Anlagen, Vermögen, Fähigkeiten, Tätigkeiten.« (96) Aber noch viel notwendiger – und historischer und bewußter – ist die Zerschlagung dieser Prostitution.

Diese theoretische und politische Sprengschlag ist nicht maßgebend. Er wird später wieder aufgenommen, zunächst ist er eine Vorwegnahme, die darauf wartet, daß die ausgebrachte Saat aufgeht, um dann als Protagonist zurückzukehren. Lassen wir diese Saat also wachsen und kehren zur Analyse des Geldes zurück.

Das Geld als Maßeinheit und als allgemeines Äquivalent. Wir kennen das Problem und seine Lösung. »Das Geld ist das sachliche Medium, worein die Taschwerte getaucht, eine ihrer allgemeinen Bestimmung entsprechende Gestalt erhalten.« (100) Aber nur die Arbeitszeit fixiert diese Allgemeinheit: »Das Geld ist die Arbeitszeit als allgemeiner Gegenstand« (101). Es folgt die Kritik an Adam Smith, bei dem die beiden Bestimmungen der Arbeit – zu produzieren und für Geld zu produzieren – als nebeneinander gesetzt erscheinen. Für Geld zu produzieren, ist nun *gleichzeitig* ein Moment von Ausbeutung und ein Moment von Vergesellschaftung. Die kapitalistische Vergesellschaftung verherrlicht die Gesellschaftlichkeit der Arbeit als Ausbeutung, die kommunistische Vergesellschaftung zerstört das Geld, indem sie die unmittelbare Gesellschaftlichkeit der Arbeit bestätigt. »Im zweiten Fall ist die *Voraussetzung selbst vermittelt*; d.h., eine gemeinschaftliche Produktion, die Gemeinschaftlichkeit

als Grundlage der Produktion ist vorausgesetzt. Die Arbeit des einzelnen ist von vornherein als gesellschaftliche Arbeit gesetzt. [...] Sein Produkt ist *kein Tauschwert*.« (104) Und so geht es noch ein Stück weiter bei Marx.

Wir sollten jetzt einige Teile der Argumentation noch einmal betrachten, die – woanders – schon aufgetaucht sind. Grundlegend ist wohl, daß Marx die verdinglichte Allgemeinheit des Geldes (des Werts) immer wieder in die *produktive Allgemeinheit der assoziierten Arbeit* umkehrt. Diese Umkehrung bedeutet *keine Gleichsetzung [Homologie]*: Marx' Kategorien und Methode sind immer antagonistisch. So grundlegend es ist, daß der Wert in Gestalt des Geldes erscheint, so grundlegend sind die *Verweigerung des Werts*, die *Radikalität der Umkehrung*. Der Kommunismus ist nicht die Verwirklichung der Austauschbarkeit des Werts, das Herrschen des Geldes als wirkliches Maß. Der Kommunismus ist die Negation jedes Maßes, er ist die Bestätigung der wütendsten Pluralität. Der Kreativität.

»Ökonomie der Zeit sowohl wie planmäßige Verteilung der Arbeitszeit auf die verschiedenen Zweige der Produktion bleibt also erstes ökonomisches Gesetz auf Grundlage der gemeinschaftlichen Produktion. Es wird sogar in viel höherem Grade Gesetz. Dies ist jedoch wesentlich verschieden vom Messen der Tauschwerte (Arbeiten oder Arbeitsprodukte) durch die Arbeitszeit.« (105) Ökonomie der Zeit und geplante freie Aktivität: so wird hier der Kommunismus charakterisiert! *Verweigerung der Arbeit?* Auf dieses Problem sollten wir wohl (und werden wir) zurückkommen.

»*Geld als Zirkulationsmittel*«. Wir sind mitten in der »großartigen Seite« des Geldes, jenes Aspekts und jener Bewegung, die gleichzeitig Vergesellschaftung und Krise hervorbringt. Eine lange Klammer über die Metalle ist diesem neuen theoretischen Ansatz vorausgegangen. »Zunächst ist der *allgemeine Begriff der Zirkulation oder des Umlaufs* festzusetzen.« (118) Das ist ein weiterer zentraler Punkt der *Grundrisse*: Auf dieser Grundlage entwickelt sich nämlich der zweite große Strang der Analyse, der zu den Problemen des gesellschaftlichen Kapitals und des Antagonismus auf gesellschaftlicher Ebene führt. Und wie immer in der absolut dichten Struktur dieses Werkes wird dieser reichhaltige Entwicklungsgang hier schon teilweise *antizipiert*. Aber sehen wir uns die Übergänge einzeln an. Erstens erscheint das Geld als Allgemeines in Bewegung, als »*Perpetuum mobile*«, als »Umkreis von Austauschen, eine Totalität derselben, in beständigem Flusse und mehr oder minder auf der ganzen Oberfläche der Gesellschaft vorgehend; ein System von Tauschakten« (119). Aber indem das Geld Motor der Zirkulation ist und die Einheit des Marktes wesentlich vorantreibt, ist es zweitens auch Fixierung der Fremdheit und *Verselbständigung des allgemeinen Äquivalents*. »Die Bedingung der Warenzirkulation ist, daß sie als *Tauschwerte* produziert werden, nicht als *unmittelbare Gebrauchswerte*, sondern als durch den Tauschwert vermittelte. Die Aneignung durch und vermittelst der Ent- und Veräußerung

ist Grundvoraussetzung.« (126) Und noch einmal: »Die Zirkulation ist die Bewegung, worin die allgemeine Entäußerung als allgemeine Aneignung und die allgemeine Aneignung als allgemeine Entäußerung erscheint.« (126) Das Geld stellt sich jetzt als »eine über ihnen [den Individuen] stehende, *fremde* gesellschaftliche Macht« (127) dar. Das hat einige grundlegende *Folgen*: Man kann sagen, daß der Antagonismus, der in dieser begrifflichen Verdopplung des Geldes in der Zirkulation steckt, die Zirkulation als »*schlecht unendliche[n] Prozeß*« (127) herstellt. In Wirklichkeit ist der Prozeß unter allen Gesichtspunkten widersprüchlich, die in ihm erscheinenden Akte sind einander »gleichgültig« (128), in Raum und Zeit getrennt. Die schon auf der analytischen Ebene des allgemeinen Äquivalents festgestellte *Möglichkeit der Krise* stellt sich jetzt *auf der Ebene der Zirkulation* dar. »Insofern Kauf und Verkauf, die beiden wesentlichen Momente der Zirkulation, gleichgültig gegeneinander sind, in Raum und Zeit getrennt, brauchen sie keineswegs zusammenzufallen. Ihre Gleichgültigkeit kann zur Befestigung und scheinbaren Selbständigkeit des einen gegen das andre fortgehn. Insofern sie aber beide wesentlich Momente eines Ganzen bilden, muß ein Moment eintreten, wo die selbständige Gestalt gewaltsam gebrochen und die innre Einheit äußerlich durch eine gewaltsame Explosion hergestellt wird. So liegt schon in der Bestimmung des Geldes als Mittler, in dem Auseinanderfallen des Austauschs in zwei Akte, der Keim der Krisen, wenigstens ihre Möglichkeit, die nicht realisiert werden kann als da, wo die Grundbedingungen der klassisch ausgebildeten, ihrem Begriff entsprechenden Zirkulation vorhanden sind.« (128) Aber auch das reicht noch nicht. Immer wenn es in den *Grundrissen* um den Antagonismus der Zirkulation, um seine räumlichen oder zeitlichen Bestimmungen geht, verlagert sich das Thema sofort auf die *Arbeitsteilung*, auf die gesellschaftlichen Bedingungen des Antagonismus. Auch hier findet diese Verlagerung statt. Und gleichzeitig findet auch wieder die entsprechende Umkehrung statt, die den Reichtum des Kapitalprozesses in der Zirkulation aufgreift, um ihn zu negieren, die ihn nicht weiterentwickeln, sondern zerstören und *kommunistisch aneignen* will. Diese Übergänge sind grundlegend, weil sie nicht nur zeigen, daß im Begriff des Geldes die Möglichkeit der Krise enthalten ist, sondern auch zeigen, wie Marx begrifflich vorgeht. Was diesem Argumentationsprozeß durchgängig Sinn verleiht, ist nämlich nicht die dialektische Möglichkeit der Krise, sondern die antagonistische Gewalt der Umkehrung. Dadurch verändert sich natürlich der Gebrauch der Kategorien selbst: Sie verweisen pausenlos auf die Subjektivität des Antagonismus, sie lassen sich definitiv nur so verstehen, nur so funktionieren sie.

Aber gehen wir weiter. An diesem Punkt erscheint das Geld »*erstens* als Selbstzweck, zu dessen bloßer Realisation der Warenhandel und Austausch dient« (132). »Wir haben so zu betrachten das Geld in seiner dritten Bestimmung, worin es die beiden ersten als Bestimmungen in sich einschließt, also sowohl die, als Maß zu dienen wie das allgemeine Tauschmittel, und so die Realisation der Warenpreise zu sein.« (132) Das dialektische Schema der Exposition schließt sich: Die Synthese zeigt das »*Geld als Geld und Kapi-*

tal«, als realisierte Totalität des Prozesses. Hier macht Marx sozusagen eine Pause: Die antagonistische Umkehrung steht nämlich nicht an erster Stelle. Fast amüsiert sich die Analyse mit einer langen *Phänomenologie der Geldsynthese*. Tatsächlich will sie deren ganze Macht und Subjektivität von seiten des Kapitals zeigen. Die Macht des Geldes als Verkörperung der Zirkulation und ihrer Totalität und als allgemeine Herrschaft über die Realisierung wird zugespitzt [estremizzata]. Die Herrschaft des Geldes hat den Anschein und die Gleichgültigkeit der Mobilität und der Flüssigkeit, das Geld übt seine Herrschaft in der paradoxen Form der *Verschwommenheit* aus. Es ist überall, und es läßt sich nie greifen, aber gleichzeitig sammelt es sich als Zeichen von Totalität. Seine Mittlerrolle [intermediazione] ist ebenso subtil wie starr. Aber hier materialisiert sich dieses Paradox: Die verschwommene Macht des Geldes haftet sich den Dingen an und verwandelt sie nach seinem Abbild. Es ist eine *welterschöpfende [demiurgische] Macht*, die mittels des Zeichens die Realität verändert. Mit dem Geld meint Marx hier natürlich eine *Tautologie für die Macht*. Eine Macht, die sich überall hin ausdehnt. Und tatsächlich: das Geld erscheint als *Produktionsverhältnis* (»weil das Geldverhältnis selbst ein Produktionsverhältnis ist, wenn die Produktion in ihrer Totalität betrachtet wird« – 144), als *Produktionsinstrument* (»indem die Zirkulation nicht mehr in ihrer ersten Einfachheit erscheint als quantitativer Umtausch, sondern als Prozeß der Produktion, der reale Stoffwechsel. Und so ist denn das Geld selbst bestimmt als besonderes Moment dieses Produktionsprozesses« – 146), als *Macht* (in seiner Fähigkeit zur »Ausbreitung und Zersplitterung in der Welt der Waren« – 147; »das Geld ist daher der Gott unter den Waren« – 148; »als das Individuum des allgemeinen Reichtums« – 148 – über »die allgemeine Herrschaft über die Gesellschaft, über die ganze Welt der Genüsse, Arbeiten etc.« aus – 148f), speziell als *Macht über die Lohnarbeit* (»Es liegt in der einfachen Bestimmung des Geldes selbst, daß es als entwickeltes Moment der Produktion nur da existieren kann, wo die Lohnarbeit existiert; daß es also da auch so, weit entfernt, die Gesellschaftsform aufzulösen, vielmehr eine Bedingung ihrer Entwicklung und ein Triebrad zur Entwicklung, aller Produktivkräfte, materieller und geistiger, ist.« – 150; »Als materieller Repräsentant des allgemeinen Reichtums, als der individualisierte Tauschwert, muß das Geld unmittelbar Gegenstand, Zweck und Produkt der allgemeinen Arbeit, der Arbeit aller einzelnen sein. Die Arbeit muß unmittelbar den Tauschwert, d.h. Geld produzieren. Sie muß daher Lohnarbeit sein.« – 150), als *produktive Macht* (»Das Geld als Zweck wird hier Mittel der allgemeinen Arbeitsamkeit« – 150: »Es ist also klar, daß mit der Lohnarbeit als Grundlage das Geld nicht auflösend, sondern produzierend wirkt« – 151), als *universelle Macht* (»zu neuen Bedürfnissen« – 151; »Mittel, den Reichtum zur Universalität zu erweitern« – 152 –, »die wirkliche Allgemeinheit ... zu schaffen« – 152). Und schließlich sind »Lohnarbeit nach der ersten Seite, Kapital nach der zweiten ... also nur andre Formen des entwickelten Tauschwertes und des Geldes als seiner Inkarnation. Das Geld ist ... die allgemeine Substanz des Bestehens für alle...« (152) [Negri schreibt: »E infine il denaro si presenta come ›la reale sostanza comune del lavoro salariato e del capitale‹« – ohne Seitenangabe.]

Es ist kein Zufall, daß das Geld in der von uns analysierten Stelle die »reale Substanz der Lohnarbeit und des Kapitals« darstellt. Während nämlich in den anderen Teilen der Geldanalyse die Gestalten des Kapitals dialektisch durch Umkehrung oder neben der Umkehrung entwickelt wurden, geschieht das in den Absätzen über das »*Geld als Geld*« nicht. Es kann nicht geschehen, denn hier triumphiert das Geld, seine Subjektivität: Das Verhältnis wird zugespitzt durch die Identifikation mit einem einzigen Pol. Aber das Bild muß hier sofort verändert, umgekehrt werden. Alle Widersprüche, die die Kategorien im Verlauf ihrer Konstitution und Entwicklung gezeigt haben, müssen jetzt in der Umkehrung zusammengefaßt werden. Wahrscheinlich sollten wir dazu auf die Texte zurückgreifen, die wir unter Punkt B gesammelt haben, denn schon dort war die Notwendigkeit der Umkehrung deutlich geworden. Lieber konzentrieren wir uns aber auf diese neuen Texte am Ende von Heft I und am Anfang von Heft II. Hier ist wirklich etwas Müdigkeit zu spüren, aber die Umkehrungsbewegung ist druckvoll, sie ist radikal.

Marx betont hier drei Themen: *Geld und Weltmarkt, Geld und produktive Zirkulation, politische und institutionelle Formen der gesellschaftlichen Reproduktion*. Diese drei Themen sind eng miteinander verbunden: Tatsächlich ist die Umkehrung an allen drei Punkten auf der von der bisherigen Entwicklung der Untersuchung geschaffenen allgemeinen Ebene möglich. Die Aufmerksamkeit richtet sich hier sozusagen anders als bei Punkt B eher auf den extensiven als auf den intensiven Widerspruch.

Besonders hier auf dem Weltmarkt bedeutet die Krise das »allgemeine Hinausweisen über die Voraussetzung und das Drängen zur Annahme einer neuen geschichtlichen Gestalt« (154). Der Weltmarkt vervielfältigt die Widersprüche des Geldes in der Zirkulation und setzt sie alle in Bewegung. Das Verhältnis erreicht die größtmögliche Gegensätzlichkeit, und auf diesem riesigen Gebiet türmen sich sämtliche Gegensätze. Der Weltmarkt ist die *Tendenz*: Das Geld als universelle Macht bewegt sich rücksichtslos auf diese Dimension zu. Aber so erhebt es die Gesamtheit der Widersprüche, die es konstituieren, zu dieser Bedeutung. Der Qualitätssprung zum Weltmarkt konstituiert die Gesamtheit der Widersprüche als Antagonismus [in antagonismo]. Auf diesen Punkt werden wir gleich zurückkommen – auch als Antwort auf die unmittelbaren Kritiken an dieser Marx'schen Präsentation des Verhältnisses von Weltmarkt, Geld und Krise. Man könnte sagen, daß sich die extensive Dimension geradezu in einen Gegensatz zur intensiven setzt und daß das Auftreten des Antagonismus im *Verhältnis* zur Auftürmung der Widersprüche eher einen *logischen Sprung* als eine Ableitung darstellt. Aber darauf kommen wir gleich zurück. Kommen wir jetzt zum zweiten aufgestellten Verhältnis: dem zwischen Geld und Zirkulation und Geld und Reproduktion. Das Geld als reproduktive Macht reproduziert ja gleichzeitig sich selbst und die Welt der Produktion als seine Bedingung. Das Geld lebt »als

Verhalten zu sich selbst durch den Prozeß der Zirkulation« (161); aber das geschieht nur aus folgendem Grund: »Der Prozeß der Zirkulation muß ebenso als Prozeß der Produktion der Tauschwerte erscheinen. Es ist also einerseits das Rückgehn des Tauscherts in die Arbeit, andererseits des Gelds in den Tauschwert; der aber jetzt in einer vertieften Bestimmung gesetzt ist. Bei der Zirkulation ist der *bestimmte* Preis vorausgesetzt, und sie als Geld setzt ihn nur formell. Die *Bestimmtheit* des Tauscherts selbst, oder das Maß des Preises, muß jetzt selbst als Akt der Zirkulation erscheinen. So gesetzt ist der Tauschwert das *Kapital*, und die Zirkulation zugleich als Akt der Produktion gesetzt.« (161)

»Zirkulation als Akt der Produktion«. Die Umkehrung muß also auch in der Zirkulation stattfinden, in der produktiven Zirkulation. Sie stellt die Synthese des gesamten Kapitalprozesses dar: »Das Geld in seiner letzten, vollendeten Bestimmung erscheint nun nach allen Seiten als ein Widerspruch, der sich selbst auflöst; zu seiner eignen Auflösung treibt.« (160) Auch hier (und viel überzeugender als beim Weltmarkt) bestimmt dann die Tendenz des Geldes, die Synthese von Zirkulation und Produktion zu konstituieren, die *Explosion des Antagonismus*. Schließlich als dritter Punkt das Verhältnis zwischen Geld und institutionellen Formen. Auch hier besitzt das Geld eine außerordentliche Ausbreitungskraft. Vom Geld aus [bei Marx fängt der Satz (von Negri nicht mit zitiert) allerdings so an: »In den einfach gefaßten Geldverhältnissen«] erscheinen »alle immanenten Gegensätze der bürgerlichen Gesellschaft ausgelöscht ..., und nach dieser Seite wird wieder zu ihm geflüchtet, von der bürgerlichen Demokratie mehr noch als von den bürgerlichen Ökonomen« (166); »so kann das Geldsystem in der Tat nur die Realisation dieses Systems der Freiheit und Gleichheit sein« (171). *Die moderne Demokratie ist die totale Realisierung des Tauscherts*. Alle institutionellen Formen der Demokratie sind seine Erscheinungsformen. Aber auch hier durchläuft der Widerspruch die Auftürmung der Auswirkungen des Tauscherts, des Geldes, um zu zeigen, daß es auf antagonistischen Bedingungen beruht: »schon in der einfachen Bestimmung des Tauscherts und des Geldes {ist} der Gegensatz von Arbeitslohn und Kapital etc. latent enthalten« (173). Folgerichtig ist den Sozialisten »zu antworten: daß der Tauschwert oder näher das Geldsystem in der Tat das System der Gleichheit und Freiheit ist und daß, was ihnen in der näheren Entwicklung des Systems störend entgegentritt, ihm immanente Störungen sind, eben die Verwirklichung der *Gleichheit und Freiheit*, die sich ausweisen als Ungleichheit und Unfreiheit. Es ist ein ebenso frommer wie dummer Wunsch, daß der Tauschwert sich nicht zum Kapital entwickle oder die den Tauschwert produzierende Arbeit zur Lohnarbeit.« (174)

Wir haben gesehen, daß der Übergang vom Geld über den Weltmarkt zur Krise nicht die Intensität und die gleiche zusammenfassende Bedeutung besitzt wie die anderen Schlüsse [spunti conclusivi] des Kapitels über das Geld. Aber – ohne die Begrenzung der Marx'schen Argumentation zu leugnen – lassen sich hier einige Anmerkungen hinzufügen. Wenn Marx in den Grundrissen von »Weltmarkt« schreibt, so verweist er damit auf eine erst noch zu leistende Arbeit. So

in Heft M (42), so mehrmals in den zentralen Heften (154, 188). In jedem Fall stellt der Verweis auf den Weltmarkt den Schlußpunkt des Marx'schen Arbeitsprojektes dar, das als in mehrere Bücher gegliedertes Gesamtwerk die Gesellschaft des Kapitals theoretisch zerstören sollte. *Weltmarkt versus Krise*. Wohlgemerkt: Als Marx das Buch über Weltmarkt und Krise entwirft, wirft er ihn nicht einfach in einen Topf mit den Dimensionen der Internationalisierung und den damit einhergehenden Prozessen des Kapitals: Er unterscheidet sie im Gegenteil ausdrücklich voneinander. Weltmarkt ist also als spezifische Kategorie gemeint. Weiter unten – in der *Lektion 3 über die Methode* – werden wir sehen, wie in diesem Fall eine Besonderheit der Marx'schen Methode deutlich wird: daß nämlich die Anhäufung der konkreten Erscheinungen eine neue kategoriale Ebene bestimmt; die Analyse hat sich nach vorn verlagert, *verschoben*. Nun gut, auf dieser neuen Ebene müßte der Antagonismus eigentlich so intensiv analysiert werden, wie es seiner Ausdehnung und Dichte entspricht. Das perspektivische Mißverhältnis zwischen Marx' Verweis auf eine Analyse der Verbindung zwischen Weltmarkt und Krise und dem Inhalt der Untersuchung läßt uns für den Moment unzufrieden. Sobald wir diese Form allerdings – Marx'sch – mit den in Jahrhunderten des Klassenkampfes weltweit akkumulierten theoretischen Inhalten füllen, verstehen wir sehr gut, daß dieser Verweis alles andere als wehrlos ist. Auf der anderen Seite geht es nicht so sehr um die Kategorie als vielmehr um ihre tendenzielle Herausbildung ausgehend vom Antagonismus des Geldes. Aber das hatten wir schon.

Damit sind wir am Ende des Kapitels über das Geld angekommen. Ich glaube, daß sich die eingangs gestellten Fragen mit einem ersten Diskussionsbeitrag beantworten lassen und daß wir die weitergehenden Fragen wenigstens annäherungsweise entfalten können. Vor allem scheint sich mein vorweggenommenes Urteil zu bestätigen, daß es nützlich ist, mit diesem Kapitel über das Geld zu beginnen. Welche theoretischen Vorteile bringt nun dieser Einbruch [mit der Tür ins Haus fallen] des Geldes mit sich? Ich glaube, darauf kann ich auf verschiedenen Ebenen antworten.

Erstens auf der Ebene der einfachen Lektüre. Ich denke, hier *konkretisiert der unmittelbar vorgeschlagene Zusammenhang von Wert und Geld das Thema des Werts wie sonst nie bei Marx*. Der Übergang von der Geldform zur Warenform, von den *Grundrissen* zum *Kapital*, schafft nur zusätzliche Abstraktion und Verwirrung – der Ansatz beim Problem der Ware hat, trotz aller gegenteiligen Absichten und Erklärungen, eine idealistischere, hegelianischere Methode zur Folge. Zweitens bedeutet das Festhalten am Geld, daß sich die Werttheorie nicht verselbständigt und abtrennt. Später – in *Lektion 4* – werden wir sehen, daß man von der Werttheorie überhaupt nur als Teil der Theorie des Mehrwerts sprechen kann: Aber die Zurückführung des Werts auf das Geld beugt nicht nur der

Versuchung einer Verselbständigung der Werttheorie vor, sondern sie führt auch gut in den Fortgang der Untersuchung ein, sie bringt uns von Anfang an auf einen richtigen Weg. Das Geld ist ein konkretes Ding, das – unter formalen wie inhaltlichen Gesichtspunkten – alle Dynamiken und Widersprüche des Werts enthält, ohne die leere Abstraktion des Diskurses über den Wert zu haben.

Unter formalen Gesichtspunkten. Im Geld zeigt sich sehr deutlich *die Dynamik der Tendenz und die Dynamik des Antagonismus*. Was ersteres angeht, die Tendenz, hat Marx völlig recht, wenn er unterstreicht: Das Geld »selbst ist das *Gemeinwesen* und kann kein andres über ihm stehendes dulden. Das unterstellt aber die völlige Entwicklung der Tauschwerte, also einer ihr entsprechenden Organisation der Gesellschaft« (149). Und wir erinnern uns noch, »daß mit der Lohnarbeit als Grundlage das Geld nicht auflösend, sondern produzierend wirkt« (151). Aber damit gewinnt die Grundlage des Antagonismus volle Gestalt: Geld und Arbeitsteilung, Geld und Ausbeutung, ständige *Vertiefung der Spaltung als Folge ihrer Ausdehnung*: All das ist schon angelegt, wenn die Kritik aus der Unmittelbarkeit des Geldes heraus angesetzt und entwickelt wird. Unter formalen Gesichtspunkten bietet die Werttheorie uns nichts, was uns die Geldtheorie nicht viel stärker und farbiger bietet.

Erst recht unter inhaltlichen Gesichtspunkten. Hier zeigt uns das Geld in seinen besonderen Dynamiken sofort *das Wertgesetz als Krise*. Das Geld zeigt, daß die Bewegung des Werts reine Unbeständigkeit ist, bzw. daß seine Beständigkeit nur tendenziell ist und nur im ständigen Hin und Her zwischen der gesellschaftlichen Vermitteltheit der notwendigen Arbeit und ihrer erzwungenen [forzosa] Überdeterminierung besteht. Diese Leitgedanken sind wichtig, denn sie bilden die Grundlage, auf der sich die Theorie des Mehrwerts herausbilden kann und muß. Aber als Gesetz des Klassenkampfes bildet sie sich nur insoweit heraus, wie das Wertgesetz ein Horizont ist, und nicht eine selbstgenügsame Kategorie. Und *das Geld stellt gut diese Rückführung des Wertgesetzes auf einen bloßen Horizont dar*. Über die Geldtheorie läßt sich nämlich einerseits das *caput mortuum* [lat: toter Kopf, lat. Lexikon: »allg. für Wertloses«] der Werttheorie eliminieren: das Verhältnis zwischen *Werten* und *Preisen*. Dies Verhältnis wird unmittelbar vom Geld konstituiert, indem dieses die Oszillation zwischen der gesellschaftlichen Vermitteltheit der Arbeitswerte und der gesellschaftlichen (staatlichen [statuale]) Überdeterminierung der Preise interpretiert. Das Geld selbst stellt diese Oszillation als solche dar, und es gibt – außerhalb dieser Oszillation – auch keine andere Wirklichkeit: Das Geld ist eine konstitutive Oszillation, die den von der gesellschaftlichen Arbeit produzierten Gesamtwert vermittelt und zeigt. Andererseits zeigt wiederum das Geld in seinem Auftreten als Geld, als »abstrakte Sinnlichkeit«, wie das *kapitalistische Kommando* über die Gesellschaft die Oszillation der Ausbeutung ständig überdeterminiert. Über das Geld können wir begreifen, wie sich der Mehrwert als gesellschaftliches Kommando festigt, und wie das Steuern der Krise die normale Situation des

Kapitals ist. Die Konzentration seiner Untersuchung auf das Geld erlaubt Marx daher eine *radikale Neuerung gegenüber der Werttheorie der Klassiker*, in doppelter Hinsicht: indem er die Werttheorie auf die tatsächliche Vermitteltheit der gesellschaftlichen Arbeit zurückführt und indem er sie so als Oszillation, als Kampfverhältnis, als Möglichkeit des Antagonismus definiert.

Aber jetzt geht es darum, diesen Antagonismus zu bestimmen. Nicht zufällig wird die Analyse von der Kritik des Geldes (des Werts) zur Kritik der Macht weitergehen. Bis hier ist alles für die Bestimmung der Theorie vom Mehrwert als wichtigster Grundlage vorbereitet: Aber wie wir sehen werden, ist der Mehrwert selbst nur möglich, wenn er sich ständig neu als Kommando gegen die Oszillationen, die Krise und den von der gesellschaftlichen Arbeit – zusammen mit dem Reichtum – produzierten Antagonismus durchsetzt. Der Ansatz der *Grundrisse* beim Geld ist also ein guter Einstieg und eine Vorwegnahme des theoretischen Wegs *von der Kritik des Geldes zur Kritik der Macht*. ■

Futur antérieur / 10

(»Vollendete Zukunft«, in Paris erscheinende Zweimonatszeitschrift)

Zusammenfassung des **Schwerpunkts über Arbeit** in Nr. 10 /1992/2

Im Vorwort *Paradoxes autour du travail* (Paradoxien rund um die Arbeit) beziehen Toni Negri und Jean-Marie Vincent Position: »In der Tatsache, daß der Marxismus die Arbeit als das grundlegende und bleibende Terrain der Widersprüche und der Erfindung von neuen Lösungen ansieht, scheint uns der Unterschied zwischen dem Marxismus und anderen sozialistischen Doktrinen der radikalen Veränderung der kapitalistischen Gesellschaft zu bestehen. Ausgehend von der Arbeit, ihrer Kritik und ihrer Überwindung vollziehen sich alle Spiele des Imaginären/Vorstellungen von der Befreiung – hier wird aus der Kritik Utopie, aus der Negation Revolution.« Davon ausgehend haben sie in der Nummer unterschiedliche Beiträge zusammengestellt über die »neue Natur der Arbeit an der Schwelle zum 21. Jahrhundert«. Im Vorwort setzen sie sich mit André Gorz' Thesen auseinander, weil diese immer in einer revolutionären Perspektive verwurzelt seien, großen Einfluß hätten, ihren eigenen politischen Positionen nahe seien, vor allem aber stimulierend für die Marxisten seien:

Sie sehen drei starke Punkte in der Argumentation von Gorz: Erstens zeige er klar die irreversible und radikale Krise des gegenwärtigen Systems. (Die Produktionsweise des westlichen Kapitalismus läuft auf eine Katastrophe hinaus; zumindest in den Bereichen Ökologie und Unterentwicklung ist die Krise nicht nur angekündigt, sondern bereits da.) Der zweite starke Punkt sei, daß die Arbeit, so wie sie heute ist, nicht Träger von Sinn sein kann. Die kapitalistische Entwicklung hat die Arbeitsgesellschaft zerstört durch die enorme Erhöhung der Produktivität. Die Arbeit ist vollständig absorbiert in den Funktionen der Effektivität, des Profits, der Wettbewerbsfähigkeit, die jede freie Entwicklung der Individuen und der Gruppen ausgeschlossen haben. Die kapitalistische Entwicklung der Arbeitsproduktivität hat zur dualen Gesellschaft, zur instrumentellen Logik des Profits, der permanenten Produktion des Ausschlusses, zur Entfremdung und Gewalt geführt. Was von der Arbeiterklasse und ihren Organisationen in der dualen Gesellschaft bleibt, ist komplett in die kapitalistische Logik absorbiert worden. Der reale Sozialismus repräsentiert die extreme Verwirklichung dieses Projekts der Entfremdung der Arbeit. Der dritte starke Punkt von Gorz bestehe in der Erarbeitung der Kritik des Ökonomismus, den er in eine Kritik der Arbeit überführt. Für Gorz kann die Befreiung der Arbeit / von der Arbeit nur in der

Befreiung vom Industrialismus bestehen, in einer alternativen radikalen Ethik des Kapitalismus. Der Arbeit Sinn zurückzugeben bedeutet für Gorz, nach Sinn in der Nicht-Arbeit zu suchen. So führt der Weg, den Gorz weist, von der allgemeinen und massiven Reduzierung der Arbeitszeit zur Wiederentdeckung der alternativen Organisation der freien Zeit; von der Propaganda für einen Syndikalismus, der die Industrie einschränkt, zur 'Aufteilung der Arbeit'; von der Behauptung, nach der alle arbeiten müssen (ein wenig, um die Reproduktion der Gesellschaft zu sichern) zum Projekt einer neuen Gesellschaft, in der die Beziehungen zwischen den gesellschaftlichen Kräften, die Entscheidungsprozesse, die Arbeit, die Alltagskultur, die Konsumtions- und Entwicklungsmodelle den Stempel der Alternative tragen. In dieser (nicht allzu) paradoxen Welt muß die zweite Gesellschaft die erste kommandieren.

»Der Macht der Polemik von Gorz kann sich keiner entziehen – gerade heute scheint das Thema des 'Exodus' aus der Arbeit, den er propagiert, Argumente und Unterstützung in der politischen Erfahrung zu finden. Aber wie verführerisch die Positionen von Gorz auch sind, wir können weder ihre Logik, noch die Vorschläge akzeptieren. Tatsächlich sieht Gorz nicht, daß die beiden Gesellschaften unzertrennlich sind. Und dies nicht nur aufgrund des Macht des Kapitals, das sich verwerten will: sie sind vor allem unzertrennlich, weil die Arbeitskraft sich als *essence commune* auf dem Ensemble des Territoriums des Lebens darstellt [das heißt in einfachen Worten ungefähr: die ArbeiterInnen sind nicht nur Lohnarbeiter, sondern auch Frauen, Männer, Kinder, Kinoliebhaber, Fußballspieler, Mieter und Schachspieler]. Ob sie produziert oder nicht, ob sie leidet oder sich freut beim Produzieren oder Nichtproduzieren, immer ist es dasselbe menschliche Wesen, das sich auf der Szene darstellt. Daraus folgend und an zweiter Stelle ist dieses Wesen nicht gattungsmäßig – und es ist nicht mehr gattungsmäßig der kapitalistischen Entfremdung unterworfen. Dieses gemeinschaftliche Wesen [*essence commune*] ist spezifisch, es ist jedes Mal mit dem Kapital eingefügt in einzelne Zusammensetzungen, es ist vergesellschaftet, es ist produktiv, es ist entfremdet, es ist begehrend, es ist auf jeden Fall aktiv – konstruktiv oder destruktiv – innerhalb der Kapitalbeziehung: und immer in neuen Formen, mit Potentialitäten von Antagonismen, die immer spezifisch und original sind, weil die konkrete und alltägliche, permanente und grausame Geschichte der Ausbeutung und der Freiheit implizit in ihrer Konstitution ist. Wie kann dies Gorz nicht bemerkt haben? Wie kann er nicht verstehen, daß ausgehend von dieser Tiefe der Einbindung [insertion] der Arbeitskraft in das Kapital alle Zukunft Form annehmen wird? Drittens sieht Gorz also nicht, daß ausgehend von der Nichtdissoziierbarkeit der beiden Gesellschaften (der produktiven und der nicht-produktiven) ebenso wie von der Nichtdissoziierbarkeit der Kreativität der (gesellschaftlichen) Arbeiterarbeit und ihrer Ausbeutung, d.h. daß es nur aus dem Innern dieser Konstellation möglich ist, die politische Subjektivität zu

identifizieren, eine Subjektivität, die in der permanenten Zerstörung der Erfahrung der Unterwerfung entsteht, die sich als Alternative zur produktiven Kraft des Kapitals konstruiert, sei diese noch so erhaben. Dieses Subjekt befindet sich dort, es ist materiell gegeben. Es entspricht den immateriellen Fähigkeiten und denen der Kooperation in der Arbeit, die die Entwicklung uns materiell gebracht hat. Daß es revolutionäres Subjekt wird, hängt einzig von uns ab, von unserem Militantismus, vom Eifer unseres Engagements.

Diese Aktualität der Revolution hat eine wirkliche Macht. Bei Gorz, in seiner Perspektive ist im Gegensatz dazu nur die Ethik mächtig. Eine respectable Moral. Eine ideale kantianische Moral (mit Anklängen an Habermas), die an den Haaren herbeigezogen in den politischen Kampf geworfen wird. Mit dem Risiko, daß, wenn man diese Ideale der Aufklärung ans Licht hält, man nur eine Perücke in den Händen hält. Um diese Risiken zu vermeiden, ist es besser, auf dem Terrain zu bleiben, das uns der Marxismus anbietet: das der Kritik der Arbeit, und zwar von ihrem Innern selbst ausgehend, wobei wir sie gleichzeitig als Quelle von Widersprüchen und Ort der Produktion von Utopie ansehen.«

»André Gorz glaubt heute, nach dem Zusammenbruch der Plansysteme des 'realen Sozialismus', daß die kapitalistische ökonomische Rationalität nicht zu überschreiten ist. Folglich muß man die ökonomische Vernunft kritisieren, indem man anerkennt, daß sie im gegenwärtigen Kapitalismus ihre definitive Form gefunden hat. Jenseits der ökonomischen Vernunft könne man strenggenommen nur eine Reduktion der Bedeutung der Ökonomie in den sozialen Tätigkeiten haben. Die Logik des Kapitals und der Akkumulation dürfen sich nur in gut abgegrenzten Bereichen des Lebens der Gesellschaft abspielen können. Diese Reduktion müsse unter anderem erreicht werden durch die Reduzierung der Arbeitszeit in den Unternehmen (was als 'heteronome Zeit' betrachtet wird), die im Gegenzug die Entfaltung freier Tätigkeiten erlauben müssen. Man müßte in gewisser Hinsicht dem Kapital einen Tribut bezahlen, um das Recht auf schöpferische und autonome Tätigkeiten zu verdienen. Die Frage, die man André Gorz stellen muß, ist folgende: kann man es für möglich halten, das Kapital auf seinen Anteil zu verbannen, während es alle Mechanismen der Gesellschaft durchdringt? Muß man ihm nicht eine gesellschaftliche Logik des Gesamten entgegensetzen (und dabei besonders eine andere Art von Ökonomie angehen)? Muß man nicht gegen die Heteronomie in der Arbeit kämpfen und diesen Kampf benutzen als Instrument gegen die Autonomie des Kapitals?«

Weitere Artikel in dieser Nummer:

Yves Clot, *Renouveau de l'industrialisme et activité philosophique*

Toni Negri, *Valeur-travail: crise et problèmes de reconstruction dans le post-moderne* (siehe folgende Übersetzung)

Pierre Lantz, *Travail: concept ou notion multidimensionnelle?*

Paolo Virno, *Quelques notes à propos du general intellect*
Maurizio Lazzarato, *Le concept de travail immatériel: le grande entreprise*
Pierre Veltz, *Vers un nouveau modèle d' organisation? Destabilisation et résistance du taylorisme*
Jean-Pierre Durand, *Critique de la rationalisation douce*
Theierry Baudouin, *Le travail, au-delà de l' usine*
Chronique du dinosaure II: Le conflit des facultés
Monogrammes VI: De la figure politique à l' événement de l'art
Bruno Karsenti, *Pauvoir, assujettissement, subjectivation*
Hector Ynkelevitch, *Qu'est-ce qu' un concept en psychanalyse?*

Anschrift: Futur antérieur
Éditions L'Harmattan
5-7, rue del'École-Polytechnique
75005 Paris

Arbeitswert – Krise und Rekonstruktionsprobleme in der Postmoderne

Toni Negri (in: *Futur antérieur*, Nr. 10, 1992/2)

1. In der marxistischen Tradition gibt es die Werttheorie in zwei Formen. Erstens als Theorie der abstrakten Arbeit, die in jeder Ware vorhanden ist, wodurch die Arbeit der gemeinsame Inhalt/Wesen aller Produktionstätigkeiten ist. Nach dieser Sichtweise läßt sich jede produktive Tätigkeit auf abstrakte Arbeit zurückführen, was es erlaubt, hinter allen besonderen Formen, die die Arbeit in bestimmten Momenten annehmen kann, klar eine globale gesellschaftliche Arbeitskraft erscheinen zu lassen, die sich von einem Gebrauch zum anderen verschieben kann funktional zu den gesellschaftlichen Bedürfnissen, und deren Bedeutung und Entwicklung in letzter Analyse von der Fähigkeit der Gesellschaft zur Produktion von Reichtum abhängen. Von dieser *qualitativen* Sichtweise gelangt der Marxismus zu einem *quantitativen* Konzept, zentriert um das Problem des Maßes des Werts der Arbeit. »Die Größe des Werts drückt das bestehende Band zwischen einem bestimmten Gut und dem Teil der gesamten zu seiner Produktion notwen-

digen gesellschaftlich Arbeitszeit aus« (Sweezy), und man kann sie in Einheiten »einfacher Arbeit« ausdrücken. Die Hauptaufgabe der Werttheorie besteht in dieser Definition des Werts als Größe. Sie stellt die Frage nach Gesetzen, die die Aufteilung der Arbeitskraft zwischen den verschiedenen Sektoren der Produktion in einer Gesellschaft von Warenproduzenten regeln. »Um einen modernen Ausdruck zu gebrauchen: das Wertgesetz ist im wesentlichen eine Theorie des allgemeinen Gleichgewichts, das in erster Linie in bezug auf die einfache Güterproduktion entwickelt und später dem Kapitalismus angepaßt wurde. Hierin ist mit eingeschlossen, daß eine der Primärfunktionen des Wertgesetzes darin liegt, klarzumachen, daß in einer warenproduzierenden Gesellschaft trotz des Fehlens zentralisierter und koordinierter Entscheidungen Ordnung herrscht, und nicht bloßes Chaos. (...) Die Funktion des Wertgesetzes besteht darin, die Erklärung dafür zu liefern, wie dies geschieht und welches das Ergebnis ist.« (Sweezy) Das Wertgesetz sieht also eine Rationalität hinter den Handlungen der Kapitalisten, die sie auf dem Markt blind tätigen, durch das Spiel der Konkurrenz, durch den Druck, den sie aufeinander ausüben und die Übel und die Verheerungen, die das nach sich zieht. Das Wertgesetz setzt das gesellschaftliche Gleichgewicht der Produktion inmitten ihrer zufälligen Fluktuationen durch (Sweezy). Deshalb verliere das Wertgesetz seine Bedeutung, wenn die Verteilung der produktiven Tätigkeit einer bewußten Kontrolle. Das Gesetz der Planung tritt an seine Stelle. »In der Ökonomie einer sozialistischen Gesellschaft sollte die Theorie der Planung genau dieselbe Grundposition innehaben wie die Werttheorie innerhalb der Ökonomie einer kapitalistischen Gesellschaft. Wert und Planung stehen sich genauso gegenüber wie Kapitalismus und Sozialismus, und zwar aus denselben Gründen.« (Sweezy) Walras dachte nicht anders.

2. Bei Marx kommt das Wertgesetz jedoch in einer *zweiten* Form vor, als Gesetz des Werts der Arbeitskraft. Worin besteht diese zweite Form des Wertgesetzes? Sie besteht darin, den Wert der Arbeit nicht als Figur des Gleichgewichts zu betrachten, sondern als antagonistische Figur, als Subjekt des dynamischen Bruchs des Systems. Im ganzen Werk von Marx, sowohl vor als auch nach der sogenannten theoretischen »Zäsur« wird die Arbeitskraft als wertschaffendes (verwertendes) Element der Produktion betrachtet, relativ unabhängig vom Funktionieren des Wertgesetzes. Das heißt, die Einheit des Werts wird zunächst im Verhältnis zur »notwendigen Arbeit« identifiziert, die keine feste Größe ist, sondern ein dynamisches Element des Systems: historisch qualifiziert und bestimmt von den Kämpfen der Arbeiterklasse ist die notwendige Arbeit also das Produkt des Kampfs gegen die Lohnarbeit, des Bemühens um die Veränderung der Arbeit, um sie ihrem Elend zu entziehen. So bildet sich also ein zweiter Gesichtspunkt, der aus dem Wertgesetz kein Gesetz des Gleichgewichts des kapitalistischen Systems macht, sondern im Gegenteil den Motor seines konstitutionellen

Ungleichgewichts. Aus diesem Blickwinkel ist das Wertgesetz einerseits ein Teil des Mehrwertgesetzes, andererseits ein Element, das die konstitutionelle Krise des Gleichgewichts auslöst. Wenn das Wertgesetz auf die Gesamtheit der kapitalistischen Entwicklung angewandt wird, zeugt es die Krise – Krise nicht nur der Zirkulation und der Disproportion (insofern diese Krisen auf das Modell des Gleichgewichts des Systems bezogen werden können), sondern eine Krise, die hervorgerufen wird durch die Kämpfe, durch das subjektive Ungleichgewicht des Zyklus, durch die Unmöglichkeit, dem Wachstum der Nachfrage Einhalt zu gebieten, d.h. den Bedürfnissen und Forderungen der Subjekte. In diesem Rahmen zeigt sich das Wertgesetz/Gesetz des Mehrwerts als ein dialektisches Gesetz der Kämpfe, der kontinuierlichen Destrukturierung und nicht weniger kontinuierlichen Restrukturierung des kapitalistischen Entwicklungszyklus – und gleichzeitig als Gesetz der Zusammensetzung und Neuzusammensetzung der Arbeiterklasse als Macht der Veränderung.

3. Diese beiden Formen des Wertgesetzes treten in unterschiedlichen Formen und Bedeutungen im Werk von Marx auf. Die erste Form ist vor allem von den unterschiedlichen (aber deshalb nicht weniger homogenen) Schulen entwickelt worden, die zwischen der zweiten und dritten Internationale aufeinander gefolgt sind, und hat ihre endgültige Weihe vom sowjetischen Planungsbegriff erhalten. Die zweite Form des Wertgesetzes/Gesetz des Mehrwerts hat sich im heterodoxen revolutionären Marxismus entwickelt, und ist vor allem vom italienischen Operaismus der 60er und 70er Jahre studiert, vertieft und angewandt worden. Aber selbst in seiner zweiten Form hat das Wertgesetz immer seine dialektische Struktur bewahrt. Die These, die ich hier formulieren möchte, ist, daß sich – in der Entwicklung der Klassenzusammensetzung von der Reifezeit des Kapitalismus bis zur postindustriellen Periode – *die erste Form des Wertgesetzes erschöpft und in die zweite Form des Gesetzes mündet*. Grundlegend ist dabei, daß *das Wertgesetz inmitten dieser Verbindung radikal erneuert wird und dabei definitiv die dialektische Struktur und Realität der Definition überschreitet*.

4. Die Auslöschung der ersten Form des Wertgesetzes verläuft über die Vertiefung seiner inneren Widersprüche. Der erste Widerspruch ist der zwischen »einfacher Arbeit« und »qualifizierter oder komplizierter Arbeit«; die zweite [Art der Arbeit] kann nicht als eine Multiplikation der ersten gefaßt werden, die als Maßeinheit betrachtet wird. Und daraus entsteht das Paradox, nach dem der höchste Gebrauchswert der qualifizierten Arbeit, d.h. ihre höchste Produktivität, sich eher aus dem Wert ihres Produkts abzuleiten scheint, statt diesen zu erklären. Der zweite Widerspruch stellt »produktive Arbeit« und »unproduktive Arbeit« gegeneinander. Produktive Arbeit ist diejenige, die im Gegensatz zur unproduktiven Arbeit Kapital produziert. Aber diese Definition ist vollkommen

reduzierend, wegen ihres Begriffs von Produktivität, von Produktivkraft im allgemeinen. Tatsächlich ist die produktive Arbeit im allgemeinen (und das um so mehr, je stärker die Arbeit unter das Kapital subsumiert wird) mehr definiert durch ihre Einbindung in die Kooperation als in bezug auf die formellen Mengen von Einheiten einfacher Arbeit, die sie vereint. Die Kooperation nämlich macht die Arbeit produktiv, und die Kooperation nimmt zu in dem Maß, indem sich die Produktivkräfte entwickeln. Der dritte Widerspruch schließlich liegt in der Tatsache, daß die produktive Arbeit der intellektuellen und wissenschaftlichen Arbeitskraft nicht rückführbar ist weder auf die einfache Summe einfacher Arbeit, noch auf die Kooperation, und sei sie noch so komplex. Die intellektuelle und wissenschaftliche Arbeit drückt die Kreativität aus. Diese Widersprüche sind von jetzt an reell, d.h. sie stellen nicht nur logische Widersprüche des Systems dar: sie folgen der Evolution der kapitalistischen Entwicklung, wo die Widersprüche zu konkreten Aporien [unlösbaren Situation] werden. Die Unterscheidung zwischen einfacher und komplizierter Arbeit mag für die Phase der einfachen Kooperation noch gelten; in der Phase der Manufaktur wird sie zur Aporie; die Unterscheidung zwischen produktiver und unproduktiver Arbeit gilt für die Manufaktur und wird aporetisch in der großen Industrie; der produktive Wert der intellektuellen und wissenschaftlichen Arbeit wird hegemonial unter Ausschluß aller anderen produktiven Figuren in der postindustriellen Periode. Es ist evident, daß es nach und nach in dieser Evolution unmöglich wird, das Wertgesetz als Maß der globalen Produktivität des Wirtschaftssystems und als Norm seines Gleichgewichts zu sehen.

5. Wir können die Auslöschung des Wertgesetzes anders betrachten und zwar unter dem Blickwinkel der Konvergenz dieser beiden ersten Formen des Gesetzes. In der zweiten Form des Gesetzes wurde der Gebrauchswert der Arbeitskraft als bestimmender Faktor der Dynamik der kapitalistischen Entwicklung gesehen. D.h. über die relative Unabhängigkeit ihrer Veränderungen zwingt die globale Arbeitskraft das Kapital zu einer permanenten Reorganisation der Ausbeutung, zu einer immer größeren Intensivierung der Produktivität und einer immer globaleren Ausweitung seiner Herrschaft. Der erste Prozeß (der intensiven Integration) ist gekennzeichnet durch die Evolution des Kapitalismus zu immer höheren Ebenen organischer Zusammensetzung der Produktionsstruktur (von der absoluten zur relativen Mehrwertproduktion, vom Industriekapital zum Finanzkapital, usw.); der zweite Prozeß (der globalen Ausweitung der Herrschaft) ist gekennzeichnet durch die Evolution des Kapitalismus von der formellen Subsumtion der Arbeit zur reellen Subsumtion der Gesellschaft ins Kapital. Die zweite Form des Wertgesetzes läßt also eine Art Naturgeschichte des Kapitals entstehen, die von der Dialektik zwischen Gebrauchswert der Arbeitskraft und kapitalistischem Subsumtionsprozeß regiert wird. Das ist eine *schlechte Dialektik*,

die eine relative Unabhängigkeit der Arbeit im Herz der kapitalistischen Entwicklung setzt bis zur maximalen (intensiven und extensiven) Integration des Gebrauchswerts durch das Kapital. Diese schlechte Dialektik macht also aus der Entwicklung des Gebrauchswerts der Arbeitskraft den Schlußstein der universellen Ausbreitung des Tauschswerts. Aber wenn einmal die ganze exogene Dimension des Gebrauchswerts der Arbeitskraft auf den Tauschwert reduziert worden ist, wie kann dann das Wertgesetz noch existieren und noch irgendeine Gültigkeit besitzen?

6. Die Konvergenz und die Auslöschung der beiden Formen des Wertgesetzes können wir unter noch einem anderen Blickwinkel betrachten. Der Begriff des Werts wurde zunächst als zeitliches Maß der Produktivität begriffen. Aber unter welcher Form kann die Zeit zum Maß der Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit werden? Wenn die gesellschaftliche Arbeit die ganze Lebenszeit und alle Sektoren der Gesellschaft ausfüllt, wie kann die Zeit die Totalität messen, in der sie eingeschlossen ist? Wir stehen hier tatsächlich vor einer Tautologie. Nachdem sich das Wertgesetz als unfähig erwiesen hat, den qualitativen (kooperativen, intellektuellen, wissenschaftlichen) Unterschied im Arbeitsprozeß zu messen, erweist es sich nun als unfähig, eine Unterscheidung zu machen zwischen der Totalität des Lebens (oder der Beziehungen zwischen Produktion und Reproduktion) und der Totalität der Zeit, aus der es gewoben ist. Wenn die Lebenszeit vollständig Produktionszeit geworden ist, wer mißt dann was? Die Entwicklung des Wertgesetzes in seiner zweiten Form führt zur realen Subsumtion der produktiven Gesellschaft unter das Kapital: wenn die Ausbeutung solche Dimensionen erreicht, wird es unmöglich, sie zu messen. Das ist also die gleichzeitige Auslöschung der ersten und der zweiten Gestalt des Wertgesetzes.

7. *Die Tatsache, daß das Wertgesetz die Ausbeutung nicht mehr messen kann, bedeutet nicht, daß die Ausbeutung verschwunden ist. Verschwunden ist nur die dialektische Form des Wertgesetzes, d.h. die Äquivalenzform der einfachen quantitativen Elemente, des Maßes des Prozesses, der Konstitution der Entwicklung.* Das Wertgesetz bleibt als Gesetz des Mehrwerts, und also als rechtliche Norm und als politisches Gesetz, als Kommando und/oder Kontrolle über die Gesellschaft in der kapitalistischen Subsumtion. Die Ausbeutung ist über jedes ökonomische Maß hinausgetrieben; ihre ökonomische Realität ist in rein politischen Begriffen fixiert; die Ausbeutung ist Funktion eines gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses, der die Aufrechterhaltung und Reproduktion des kapitalistischen Kommandos zum Ziel hat. Der Begriff des Maßes stirbt ab, erlöscht: die Reproduktion des kapitalistischen Systems ordnet sich gemäß den Prozessen der Disziplinierung und/oder Kontrolle der Gesellschaft und ihrer verschiedenen Teile. So kann auch die materielle Konstitution der Arbeitskraft und des Arbeits-

tages in der Gesellschaft der realen Subsumtion nur verstanden und geleitet werden, wenn man von der Organisation der Macht, des politischen Gesichtspunkts, der politischen Konstitution ausgeht. Das Kapital übt seine Herrschaft über die Gesellschaft der realen Subsumtion nur in politischen Formen aus (Währung, Finanzen, Bürokratie, Verwaltung). Indem es das Kommando über die Kommunikation ausübt, übt das Kapital sein Kommando über die Produktion aus – was bedeutet, daß es keine Theorie der Produktion mehr gibt, die sich vom pragmatischen Lenken der Produktion unterscheidet, daß es keine Theorie der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit, des Arbeitstages und der Verteilung der Einkommen mehr gibt, die sich vom Kommando über das Gesamte unterscheidet.

8. Das Wertgesetz als dialektisches Gesetz (Gesetz des Maßes) ist also definitiv implodiert – aber die Ausbeutung bleibt. Es handelt sich um eine Ausbeutung, die umso brutaler und absurder ist, als die Logik des Kapitals – da es keine Dialektik mehr gibt – nicht mehr funktional für die Entwicklung ist, sondern nur noch Macht ist, die ihre eigene Reproduktion sichert. Das Ende der Dialektik zeigt klar, daß die Funktion des Kapitals in der Produktion rein parasitär geworden ist.

Wenn die dialektische Form überholt ist, ist es dann möglich, die Form des Werts neu zu definieren als entschiedene positive Subjektivität? Oder vielmehr: wie verschiebt sich das Gesetz des Mehrwerts und der Ausbeutung und welche neue Gestalt kann eventuell der Antagonismus annehmen?

Wir behaupten nicht, hier eine definitive Antwort auf eine offene Frage zu geben, auf die es eine Vielzahl möglicher Antworten gibt, unter denen einzig die revolutionäre Praxis das Recht haben wird zu wählen. Es reicht uns, die verschiedenen Felder zu identifizieren, auf denen sich die Überlegung entwickelt und die Problematik anzugeben, die wir bevorzugen.

a) Manche heben hervor, daß der *Bruch* des dialektischen Funktionierens des Wertgesetzes einen extrem starken gesellschaftlichen Dualismus hinterläßt. Der Bruch führe somit nicht zu einer Verdrängung der Wertform, sondern betone die Entstehung einer *Alternativ-Position zur Entwicklung des Wertgesetzes*, zum kapitalistischen Kommando über diese Entwicklung. Das Ende der Dialektik des Werts befreit den Gebrauchswert. Und von ihm ausgehend bricht immer der Antagonismus hervor: Gebrauchswert, Selbst-Verwertung, Exodus/Abhauen sind die aktuellen Formen des Antagonismus.

b) Eine zweite Position besagt, daß wenn einmal die *Verdrängung* der Konstitution des Werts vollzogen ist (außerhalb der alten Maße des Werts), *eine neue Dialektik in Bewegung gesetzt werden kann*. Während bei der ersten Position der

Bruch die Verdrängung ignorierte, vermeidet bei der zweiten Position die Verdrängung den Bruch. In dieser Perspektive enthüllt sich der Antagonismus von neuem als Kraft, die kapitalistische Entwicklung zu erzwingen, oder wenn man so will, als rationelle Arbeiterleitung der Entwicklung. Die Dialektik kann vereinbart werden als Gesetz des historischen Prozesses, des Fortschritts der Arbeit.

c) Es gibt eine dritte Position, die es für möglich hält, den Bruch des dialektischen Prozesses und die Verdrängung der Wertproduktion *zusammen* zu halten. Dies bedeutet, daß man den *Gebrauchswert im Innern der reellen Subsumtion* neu erfinden muß, in seiner Gleichgültigkeit [indifférence]. Somit ist die Verdrängung des Wertgesetzes, die auf das Zerplatzen seiner Maßform folgt, eine radikale *Erneuerung* der Geschichte. Wenn das Kapital durch die Zerstörung der Zeit als Maß die hohle Vertikalisierung seiner Macht erzwungen hat, haben sich jedoch innerhalb dieses Prozesses die Zeit und die Kooperation als gemeinsame Substanz enthüllt. Dort, wo der Gebrauchswert definitiv verschwunden ist, dort ist die notwendige Arbeit Totalität geworden. Aus der reellen Subsumtion das neue Terrain der Produktion, des Werts zu machen, bedeutet also, den Antagonismus als globale kollektive Dimension zu setzen. In dieser Perspektive erscheint der Antagonismus als Stärke, als *konstituierende Macht*. Der Tauschwert ist global wiedererfunden als Gebrauchswert in der Kreativität der neuen Subjekte. Dieser letzten revolutionären Option gebe ich den Vorzug. ■

Kritik am Begriff des Fordismus, wie ihn die Regulationsschule benutzt¹

Ferruccio Gambino

(Vortrag auf dem Kongreß über »Nationalstaat, Arbeit und Geld im integrierten Weltssystem« an der Universität von Salerno vom 3.-4. Oktober 1995)

Einleitung

Einige Kategorien wie Fordismus, Postfordismus und immaterielle Produktion, die in den letzten Jahren benutzt wurden, um die Verwandlung der Produktion zu beschreiben, haben sich als eher stumpfe Werkzeuge herausgestellt.² Im folgenden werde ich herausarbeiten, wie die Regulationsschule die Begriffe »Fordismus« und »Postfordismus« gebraucht: vom ersten Begriff haben sie ihre falsche Interpretation populär gemacht, den zweiten haben sie neu gebildet. Ich will damit dazu beitragen, die versöhnende Zauberformel zu brechen, in welche die Regulationisten den Fordismus und den Postfordismus eingepaßt haben.

Seit Mitte der 70er Jahre hat der Fordismus im Gefolge der Arbeit von Michel Aglietta³ und dann auch von anderen Vertretern der Regulationsschule,

¹ Ferruccio spricht im Text immer vom »Fordismo regolazionista«, das läßt sich nicht übersetzen: es klingt einerseits nach »reguliertem Fordismus« – klingt aber nur so, denn das würde »fordismo regolato« heißen! –, andererseits meint es den »Begriff Fordismus, wie ihn die Regulationisten benutzen«. Aus sprachlichen Gründen übersetze ich den Begriff im folgenden mit »reguliertem Fordismus«. Überhaupt macht Ferruccio relativ viele Wortprägungen; so benutzt er z.B. häufig ein Adjektiv »concentrazionario«, das er nicht gibt; er meint damit Konzentrationen (von Arbeitern in großen Fabriken) und spielt auf Konzentrationslager an.

² Eine passende Kritik am Begriff »immaterielle Produktion« macht z.B. Sergio Bologna in »Problematiche del lavoro autonomo in Italia (I)«, erschienen in *altreragioni* Nr. 1 (1992) - bei uns auf Deutsch zu haben.

³ M. Aglietta (1974), *Accumulation et régulation du capitalisme en longue période. L' exemple des Etats-Unis (1870-1970)*, Paris, Insee, 1974; die zweite französische Ausgabe trägt als Titel *Régulation et crises du Capitalisme*, Paris, Calmann-Lévy, 1976; engl. Übers.: *A Theory of Capitalist Regulation: The US Experience*, London und New York, Verso 1979; 1987 folgte eine zweite englische Ausgabe beim selben Verlag. Als Verbindungsstück zwischen den Kategorien Fordismus und Postfordismus, kann man den Begriff Neofordismus betrachten, der zwei Jahre nach dem Erscheinen des Buchs von Aglietta von Christian Palloix vorgeschlagen wurde. Siehe Christian Palloix, »Le procès de travail.

wie zum Beispiel Boyer, Coriat, Lipietz, nach und nach eine neutrale Bedeutung angenommen, was einerseits einem leichtfertigen Umgang mit der Geschichte, andererseits aber auch der Zurückstufung von Bewegungen der gesellschaftlichen Klassen auf einen rein abstrakten Bezugspunkt geschuldet ist.⁴

Unter Fordismus versteht die Regulationsschule im wesentlichen ein Produktionssystem, das auf dem Fließband basiert, welches zu einer relativ hohen industriellen Produktivität fähig sei.⁵ Die Aufmerksamkeit der Regulationsschule richtet sich nicht so sehr auf die bekannte Unflexibilität des Produktionsprozesses, auf die notwendige Dequalifizierung der Arbeitskraft, auf die rigide Struktur des Kommandos und der produktiven und sozialen Hierarchie des Fordismus, und noch weniger auf die Formen und die Inhalte des industriellen Konflikts, der auf seinem Boden entsteht, sondern auf die Regulierung der Produktionsverhältnisse durch den Staat als Ort von Vermittlung und institutionellem Ausgleich der gesellschaftlichen Kräfte. *Diese Interpretation werde ich »regulierten Fordismus« nennen, während ich mit »vorgewerkschaftlichem Fordismus« die Bedeutung bezeichnen werde, welche der Begriff Fordismus normalerweise in Europa von*

Du fordisme au néofordisme«, La Pensée, Nr. 185 (Februar 1976), S. 37-60; unter Neofordismus versteht er hier die neue kapitalistische Praxis von Anreicherung und Neuzusammensetzung der Arbeitsaufgaben als Antwort auf neue Erfordernisse bei der Verwaltung [gestion] der Arbeitskraft.

⁴ Zum Fordismusbegriff der Regulationisten bis 1991 siehe das grundlegende Buch von Werner Bonefeld und John Holloway (Hrsg.) Postfordism and Social Form: A Marxist Debate on the Post-Fordist State; London, MacMillan, 1991; hierin auch bibliographische Hinweise zur Debatte. Als Beispiele für die Regulationistenschule seien genannt: R. Boyer, La Théorie de la régulation: une analyse critique, Paris, La Découverte, 1986; R. Boyer (Hrsg.) Capitalismes fin de siècle, Paris, Presses Universitaires de France, 1986; A. Lipietz, »Towards Global Fordism?«, New Left Review, Nr. 132 (März-April 1982), S. 33-47; »Imperialism as the Beast of the Apocalypse«, Capital and Class, Nr. 22 (Frühjahr 1984), S. 81-109; A. Lipietz »Behind the Crisis: The Exhaustion of a Regime of Accumulation. A 'Regulation School Perspective' on Some French Empirical Works«, Review of Radical Political Economy, vol. 18, Nr. 1-2 (1986), S. 13-32; A. Lipietz, Mirages and Miracles: The Crisis of Global Fordism, London, Verso, 1987; A. Lipietz »Fordism and post-Fordism« in W. Outhwaite und Tom Bottomore (Hrsg.) the Blackwell Dictionary of Twentieth Century Social Thought, Oxford, Blackwell, 1993, S. 230-231; B. Coriat, Penser à l' envers. Travail et organisation dans l'entreprise japonaise, Paris, Christian Bourgeois, 1991; Ripensare l' organizzazione del lavoro. Concetti e prassi del modello giapponese, Bari, Dedalo 1991, con introduzione e traduzione di Mirella Giannini.

⁵ Ich sage deshalb »relativ hohe Produktivität«, weil das Fließband dazu nicht immer in der Lage war. Zum Beispiel wurde der sowjetische Fordismus der ersten beiden Fünfjahrespläne (1928-32, 1933-37) vor allem am Fließband der Autofabrik von Gorki ausprobiert auch mit direkter Hilfe von Fordtechnikern. Man erreichte aber nur ein Produktivitätsniveau von etwa 50% der us-amerikanischen Fordfabriken. Siehe dazu John P. Hardt und George D. Holliday, Technology Transfer and Change in the Soviet Economic System, in Frederic J. Fleron, Jr., Technology and Communist Culture: the Socio-Cultural Impact of Technology under Socialism, New York und London, Praeger, 1977, S. 183-223.

Der regulierte Fordismus

Ich werde im folgenden kurz die historischen Zeiträume darstellen, in welche die Urheber des reguliertem Fordismus diesen unterteilen. Denn ich halte das für wesentlich, um zu erklären, welcher Bedeutungsunterschied zum vorgewerkschaftlichen Fordismus besteht, dessen wesentliche Linien ich im folgenden kurz skizzieren werde.

Den Regulationisten zufolge ist der Fordismus in die Lebensnerven der US-amerikanischen Metallindustrie eingedrungen und wurde dort zum Katalysator in einem nicht genauer bestimmten Zeitraum, wahrscheinlich den zwanziger Jahren, indem er hohe Löhne austeilte und somit die Speerspitze des Massenkonsums dauerhafter Konsumgüter bildete. Nachdem er durch die Walzmaschine der Großen Depression und des Zweiten Weltkriegs gegangen war, sei er Grundlage für die Ausweitung der keynesianischen effektiven Nachfrage in den Vereinigten

⁶ In seinem »Fordism and post-Fordism«, a.a.O., S. 230 behauptet Lipietz fälschlicherweise, daß der Begriff »Fordismus« »in den 30er Jahren von dem italienischen Marxisten Antonio Gramsci und dem belgischen Sozialisten Henri de Man« geprägt worden sei. Lipietz bezieht sich offensichtlich auf »Americanismo e fordismo« (1934) in Gramscis Gefängnisheften (Quaderni del carcere, vol. terzo, hrsg. von V. Gerratana, Turin, Einaudi 1975 S. 2137-2181), eine Reihe von Anmerkungen, in denen sich Gramsci unter anderem auf ein Buch von De Man bezieht, das nicht direkt über Fordismus geht. Die erste Ausgabe des Werks von De Man erschien in Deutschland 1926: Hendrik de Man, Zur Psychologie des Sozialismus, Jena, E. Diederichs, 1926, und nach einer teilweisen französischen Übersetzung, erschienen in Brüssel 1927, wurde 1929 eine vollständige Übersetzung mit dem Titel Au delà du marxisme aufgelegt (Paris, Alcan, 1929), die auf der zweiten deutschen Ausgabe bei Diederichs beruhte (1927). Für seine Anmerkungen über »Amerikanismus und Fordismus« benutzte Gramsci im Knast die italienische Übersetzung der bei Alcan erschienenen französischen Ausgabe: Henri de Man, Il superamento del marxismo, Bari, Laterza, 1929. In Europa wurde aber der Begriff »Fordismus bereits vor de Man und Gramsci benutzt und läßt sich bereits in den frühen 20er Jahren nachweisen; insbesondere bei Friedrich von Gottl-Ottilienfeld, Fordismus? Paraphrasen über das Verhältnis von Wirtschaft und Technischer Vernunft bei Henry Ford und Frederick W. Taylor, Jena, Gustav Fischer, 1924; H. Sinzheimer, »L' Europa e l' idea di democrazia economica« (1925), Quaderni di azione sociale, XXXIX, Nr. 2 (1994), S. 71-74 hrsg. und übersetzt von Sandro Mezzadra, dem ich für diesen Hinweis danke. Im oben zitierten Artikel behauptet Lipietz auch fälschlicherweise, daß »in den 60er Jahren der Begriff von einigen italienischen Marxisten (R. Panzieri, M. Tronti, A. Negri) wiederentdeckt wurde.« In Italien wurde der Fordismus diskutiert, indem wir uns von Gramsci distanzieren; z.B. R. Alquati, Sulla Fiat e altri scritti, Mailand, Feltrinelli 1975 [deutsch TheKla 5 und 6] und im Sammelband Operai e stato: Lotte operaie e riforma dello stato capitalistico tra rivoluzione d' Ottobre e New Deal (S. Bologna, G. P. Rawick, M. Gobbin, A. Negri, L. Ferrari Bravo, F. Gambino), Mailand, Feltrinelli 1972, in dem die Dokumente eines Kongresses in Padua 1967 abgedruckt waren.

Staaten gewesen, wo er – vermutlich seit Ende der 40er Jahre – ein *Wohlfahrts-*regime stabiler umfassender gesellschaftlicher Reproduktion gesichert habe. In den 50er Jahren habe dieses Produktionssystem von den Vereinigten Staaten auf die Länder Westeuropas und auf Japan ausgestrahlt. Nach der Periodisierung der Regulationsschule war also die große Zeit des Fordismus in Wirklichkeit ziemlich kurz, denn er fällt – allerdings nur auf dem Papier – mit dem Keynesianismus gegen Ende der 30er Jahre zusammen; danach kann er sich zu Beginn der 50er Jahre konkret durchsetzen und dauert bis Ende der 60er Jahre an, als er in eine nicht umkehrbare Krise gerät. An diesem Punkt begänne die Periode – in welcher wir noch immer steckten – des Postfordismus.

Zu Recht kann die Regulationsschule das Verdienst beanspruchen, die Veränderungen in den Verwertungsprozessen in bezug auf die Veränderungen in der sozio-politischen Sphäre und umgekehrt interpretiert zu haben. Diese Position wurde dann übernommen und weiterentwickelt mit den Beiträgen zum Staatsapparat und seinen Beziehungen zum modernen, gegenwärtigen Kapital von Hirsch und Roth in Deutschland und Jessop in Großbritannien.⁷ Jessop zufolge besteht die Regulationsschule aus vier grundlegenden Untersuchungsrichtungen.⁸

Die erste Richtung, die Aglietta eingeleitet hat, untersucht die Akkumulationsregimes sowie die Entwicklungsweisen entsprechend ihren ökonomischen Bestimmungen; ihr erstes Interpretationsschema hat sie auf die Vereinigten Staaten angewandt. Andere Studien haben die staatlichen ökonomischen Formationen untersucht, einmal, um an ihnen die Verbreitung des Fordismus zu erforschen, zum anderen, um darin die Besonderheiten der Entwicklung zu verfolgen, unabhängig davon, ob sie in den internationalen Wirtschaftskreislauf eingeliedert sind.

Die zweite Richtung konzentriert sich auf die internationalen wirtschaftlichen Dimensionen der Regulation. Sie erforscht die besonderen Weisen der internationalen Regulation, sowie die Form und die Dimension der Komplementaritäten zwischen verschiedenen nationalen Entwicklungsweisen. Zur Untersuchung stehen hier Fragen von Einschluß und Ausschluß der staatlichen und regionalen Formationen aus der Wirtschaftsordnung und die Tendenzen zur Autarkie und zur internationalistischen Öffnung der verschiedenen Länder.

Die dritte Richtung analysiert die komplexen Modelle der gesellschaftlichen

⁷ Siehe besonders den Aufsatz von Joachim Hirsch, *Fordism and Post-Fordism: the Present Social Crisis and its Consequences*, S. 8-34 und die beiden Aufsätze von Bob Jessop, *Regulation Theory, Post-Fordism and the State: More than a Reply to Werner Bonefeld*, S. 69-91 und *Polar Bears and Class Struggle: Much Less than a Self-Criticism*, S. 145-169; alle drei Aufsätze in Werner Bonefeld und John Holloway (Hrsg.) *Post-Fordism and Social Form*; dort auch weitere Literaturhinweise.

⁸ Bob Jessop, *Regulation Theory, Post-Fordism and the State*, ebenda S. 87 f.

Strukturen der Akkumulation auf nationaler Ebene. Die Reproduktion der Gesellschaft hängt von einer Gesamtheit von institutionell vermittelten Praktiken [Fertigkeiten, Gewohnheiten, Verfahrensweisen; d.Ü.] ab, die zumindest eine gewisse Entsprechung zwischen verschiedenen Strukturen und ein Gleichgewicht des Kompromisses zwischen den gesellschaftlichen Kräften garantieren. Diese Richtung widmet den Kategorien Staat und Hegemonie besondere Aufmerksamkeit, die sie für zentrale Elemente der gesellschaftlichen Regulation hält.

Die vierte, am wenigsten entwickelte Richtung untersucht die Zusammenhänge zwischen den entstehenden internationalen Strukturen und den Versuchen, eine globale Ordnung zu begründen durch internationale Institutionen (die sie »Regimes« nennen), die dazu dienen, eine internationale Ordnung zu stabilisieren oder zu restabilisieren.

Bereits aus dieser summarischen Auflistung der Hauptthemen der Regulationsschule wird klar, daß der Schwerpunkt ihrer Interessen nicht so sehr in der Analyse der gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse liegt, sondern eher [in der Analyse] der ökonomisch-staatlichen Institutionen, welche diese leiten. *Kurz gesagt, besteht die Regulationsschule auf der Permanenz der Strukturen und vernachlässigt zwangsläufig die menschlichen Subjekte, ihre Veränderungen und ihre Spannungen um die Desorganisation und Reorganisation der gesellschaftlichen Verhältnisse herum.*

Die Regulationsschule entsteht und bleibt unwiderruflich gefesselt von der Fragestellung, warum der US-Kapitalismus nach 1968 und trotz der Niederlage in Vietnam durchhalten konnte. Da den Vereinigten Staaten nach dem Zweiten Weltkrieg die »herrschende imperialistische Position«⁹ zugeschrieben wurde, muß man den Regulationisten zufolge zu verstehen versuchen, wie und *dank welcher Institutionen* die Strukturen der Vereinigten Staaten und der mit ihnen verbündeten Industrieländer ihre Stabilität bewahren konnten. In dieser Arbeitshypothese steckt die Behauptung, daß die westlichen Strukturen fest bleiben (bzw. extrem fest im Fall der Vereinigten Staaten), während nicht nur die Institutionen der Arbeiterbewegung, sondern auch die lebendige Arbeitskraft in ihrer Gesamtheit dem *unaufhaltsamen* Marsch der Akkumulation unerbittlich unterjocht seien: auf kurze, mittlere und lange Sicht sei das majestätische Einerschreiten des Kapitalismus dazu bestimmt weiterzugehen, während sich seine Aporien am Horizont verflüchtigen. Es ginge somit darum, die Gesetze zu untersuchen, nach denen das westliche Kapital weiterlebt. In diesem Klima

⁹ Joachim Hirsch, *Fordism and Post-Fordism: the Present Social Crisis and Its Consequences*, a.a.O., S. 15.

erscheint das Buch von Michel Aglietta¹⁰, im Jahr nach dem ersten Ölpreisschock, das auch das Jahr der politischen und militärischen Niederlage Washingtons in Vietnam war.

Die unsicheren Konturen des regulationistischen Postfordismus

Der Postfordismus erscheint den Regulationisten wie eine Kristallkugel, in der man, »abgesehen von den noch nicht vollständig vorhersehbaren Konsequenzen der Molekular- und Gentechnologie«, einige Zeichen der Zukunft entziffern kann. Vor allem in der neuen Informationstechnologie, in der Telekommunikation und in den Datenverarbeitungstechnologien, welche zur Grundlage der »Hyperindustrialisierung« werden könnten, sehen sie das Potential, die Produktion zu revolutionieren. Indem sie die Arbeit tiefgreifend verändert und den »tayloristischen Massenarbeiter« zersplittert, schichtet die »elektronische Revolution« die Arbeitskraft neu und teilt sie in eine schmale obere Ebene von Hochqualifizierten und in eine massenhafte untere Ebene von postfordistischen Ausführenden. Kurz gesagt trennt sie die Arbeitskraft hierarchisch und räumlich und zerbricht letztlich den Rahmen kollektiver Verhandlungen.¹¹ Der Akkumulationsrhythmus intensiviert sich und es beginnt ein langer Zeitraum von Kapitalismus ohne Opposition, oder eines »Turbokapitalismus«, ohne daß die politische Stabilität infragegestellt würde. Der postfordistische Arbeiter der Regulationisten erscheint als atomisiertes Individuum, flexibilisiert und tendenziell ohne gewerkschaftliche Organisation, mit niedrigem Lohn und hoffnungslos prekarisiert am Arbeitsplatz. Der Staat sichert nicht mehr die materiellen Kosten der Reproduktion der Arbeitskraft und begünstigt die Verminderung ihres Konsums. Nach Ansicht der Regulationisten könnte die Umwälzung des sogenannten fordistischen Konsumismus nicht vollständiger sein, dank dessen die Arbeitskraft, so behaupten sie, lohnmäßig in die Lage versetzt war, die langlebigen Konsumgüter zu kaufen, die sie produzierte.

Wenn wir dann die Diskontinuität zwischen Fordismus und Postfordismus betrachten, so scheint diese vom Schwinden zweier wesentlicher Bedingungen herzurühren: der kapitalistischen Akkumulationsweise und der fehlenden Anpassung des Massenkonsums an die durch die intensive Akkumulation hervorge-

¹⁰ Michel Aglietta, (1974), *Accumulation et régulation du capitalisme en longue période. Exemple des Etats-Unis (1870-1970)*, Paris, Insee, 1974.

¹¹ Joachim Hirsch, *Fordism and Post-Fordism ...*, a.a.O. S. 25 f.

brachte Erhöhung der Produktivität.¹² In den auf den Zweiten Weltkrieg folgenden »goldenen Jahren« waren diese beiden Bedingungen erfüllt: der Fordismus mobilisierte die industriellen Kapazitäten an den beiden Extremen Hochqualifikation und Dequalifizierung, ohne daß das System durch diese Polarisierung destabilisiert worden wäre; aus dem Massenkonsum ließen sich ausreichende Profite ziehen, die Schritt hielten mit den wachsenden Investitionen.¹³ Seit den 70er Jahren treten diese beiden Bedingungen nicht mehr ein, weil die Investitionen in den warenproduzierenden Sektor der Industrieländer stärker als die Produktivität gewachsen sind und damit eine Krise erzeugt haben, die das Kapital für sich zu lösen versucht, indem es nach neuen Produktionsstätten und Absatzmärkten in der Dritten Welt sucht.

Den Regulationisten zufolge führt das zu breiten Auswirkungen auf gesellschaftlicher Ebene. Die Gesellschaft entstaatlicht sich, der Staat verschlankt, der überwiegende Sektor der Nicht-Privilegierten wendet die Sparsamkeit auf sich selber an, um das eigene Überleben zu organisieren. Es lassen sich keine neuen Aggregationsweisen voraussehen, die aus der Asche der alten Organisationen entstehen würden und die in der Lage wären, eine kollektive Solidarität auszudrücken. Den Regulationisten erschienen Streiks, Kampagnen und Konflikte in der Produktion wie ein vorpolitischer Spuk, ein Mittelding zwischen interessantem Zierrat (dem die universitäre Forschung keine Aufmerksamkeit schenken kann) und Überbleibsel.

Die toyotophile Variante

Die Verfechter der Heraufkunft des Postfordismus haben den Toyotismus als dessen konkrete Spielart gegen Ende der 80er Jahre entdeckt.¹⁴ In den 60er Jahren bemerkte man im Westen verspätet die Expansion des japanischen Kapitalismus.¹⁵ Damals wurde er als Erscheinung studiert, die kluge Handelsstrategien mit einem endemischen Konformismus und mit einer ungenügenden Sozialpolitik

¹² Alain Lipietz, »Towards Global Fordism«, *New Left Review*, Nr. 132 (März-April 1982), S. 33-47.

¹³ ebenda S. 35 f.

¹⁴ Siehe dazu den Sammelband von Giuseppe Bonazzi, »La scoperta del modello giapponese nelle società occidentali«, *Stato e mercato*, Nr. 39 (Dezember 1993), S. 437-466, der die unterschiedlich kritische Aufnahme des japanischen Modells in der westlichen Soziologie diskutiert; kürzer und allgemeiner gehalten, Pierre-François Souyri, »Un nouveau paradigme?«, *Annales*, Vol. 49, Nr. 3 (Mai-Juni 1994), S. 503-510.

¹⁵ Robert Guillain, *Japon troisième grand*, Paris, Seuil, 1969; Herman Kahn, *The Emerging Japanese Superstate*, Minneapolis, Minn., Hudson Institute, 1970.

verband.¹⁶ Auf der Linken erkannten einige – zu Recht und ihrer Zeit voraus – in der japanischen Expansion neue Hegemonialbestrebungen von Japan in Ostasien.¹⁷ Einige Jahre später konstatierte ein Bewunderer des japanischen Wirtschaftswachstums die regelmäßige Zunahme des Lebensstandards und die Absorption der Ölpreisschocks der 70er Jahre.¹⁸ Es fehlten auch nicht Stimmen, die vor der Reglementierung der japanischen Gesellschaft und ihrer beginnenden Verweigerung der vom Westen diktierten Regeln warnten.¹⁹ Unterdessen hatten diejenigen japanischen Autoren einen gewissen Erfolg, die begonnen hatten, den Westlern zweifelhafte aber leichtverständliche Erklärungen für den Aufstieg Japans auf der Basis seiner kulturellen und religiösen Modelle zu liefern.²⁰

In den 80er Jahren schafften einige bedeutende Werke über die Wirtschaftsstruktur den Durchbruch beim Publikum trotz der wachsenden westlichen Handelsfeindseligkeiten und den daraus erwachsenden, billigen Presseangriffen auf das japanische Industriesystem.²¹ Trotzdem wurden in den 80er Jahren einige ins Englische übersetzte Studien von japanischen Wirtschaftswissenschaftlern und Soziologen kaum beachtet.²² Das Buch des hauptsächlichen Erfinders und Propagandisten des Wortes Toyotismus, Tai'ichi Ohno²³ wurde erst zu Beginn dieses Jahrzehnts übersetzt und im Westen verbreitet, als die japanische Industrielwelt zu einem der bevorzugten Terrains des Nachdenkens über die industrielle Produktivität wurde.

In den frühen 90er Jahren verlagerte sich – dank des bekannten Buchs von

¹⁶ Robert Brochier, *Le miracle économique japonais*, Paris, Calmann-Lévy, 1970.

¹⁷ Jon Holliday und David McCormack, *Japanese Imperialism Today: Co-Prosperity in Greater East Asia*, Harmondsworth, England, Penguin, 1973.

¹⁸ Ezra Vogel, *Japan as Number One: Lessons for America*, Cambridge, Mass., Harvard University Press, 1979.

¹⁹ Karel Van Wolferen, *The Enigma of Japanese Power*, New York, N.Y., Knopf 1989.

²⁰ Chie Nakane, *Japanese Society*, London, Weidenfeld & Nicholson, 1970; Michio Morishima, *Why has Japan »Succeeded«*, Cambridge, Cambridge University Press.

²¹ Jean-Loup Lesage, *Les grandes sociétés de commerce au Japon, les Shosha*, Paris, PUF; Chalmers Johnson, *MITI and Japanese Miracle: the Growth of Industrial Policy, 1925-1975*, Tokio, Tuttle, 1986.

²² Masashiko Aoki, *The Economic Analysis of the Japanese Firm*, Amsterdam, Elsevier, 1984; Kazuo Koike, *Understanding Industrial Relations in Modern Japan*, London, MacMillan, 1988.

²³ Tai'ichi Ohno, *Toyota Seisan Hoshiki [Die Produktionsweise von Toyota]*, Tokio, Diamond Sha, 1978; engl. Übers. *The Toyota Production System: Beyond Large Scale Production*, Productivity Press, Cambridge, Mass.; frz. Ausgabe: *L' esprit Toyota* 1989; ital. Ausgabe (1993) *Lo spirito toyota*, Turin, Einaudi.

Coriat²⁴ – auch im kontinentalen Europa die Debatte über die japanische Industrie von kulturellen Begründungen auf die Unternehmensstrategie, während einige dennoch löbliche frühere Beiträge weniger Interesse hervorgerufen hatten. Coriat zufolge führt die von den Toyotawerken ausstrahlende Lehre ein neues produktives Paradigma ein, dessen Bedeutung dem vergleichbar ist, was zu ihrer Zeit der Taylorismus und der Fordismus waren. *So tritt der Toyotismus auf die Bühne in der Maske eines vollendeten und nunmehr unabwendbaren Postfordismus*. Der Toyotismus sei die Verwirklichung einer Tendenz zur neuen Rationalisierung, die bereits in der Kategorie Postfordismus durchgeschimmert, aber im Westen vage geblieben war und sich nicht in einer konkreten neuen Produktion[sweise] und in einem gefestigten gesellschaftlichen Raum verkörpert hatte. Von Coriat lernen wir aber, daß der Toyotismus nicht nur die Verwirklichung des Postfordismus sei als Gesamtheit der Versuche zu rationalisieren und die Produktionskosten zu senken, sondern auch auf breiter Ebene das Ausprobieren von neuen und fortgeschritteneren Produktionsverhältnissen und geradezu einer neuen Gesellschaftlichkeit, die neue Formen industrieller Demokratie vorwegnehmen könne. Im Buch von Coriat bleibt der Westen im Hintergrund, aber wenn wir uns vom empfindlichen Produktionsgleichgewicht in Japan in seine europäische Abart, die diffuse Fabrik, versetzen würden, fänden wir einen informellen Toyotismus, der auf Individualverträgen beruht. In den gefeierten Industriedistrikten Norditaliens zum Beispiel versucht das Unternehmertum der diffusen Fabrik, individuelle Vereinbarungen durchzusetzen, um die Tarif-Verhandlungen zu zersplittern.

Der toyotistischen Vulgata zufolge entstand das neue Produktionssystem vor allem durch endogene Nachfragefaktoren während und nach dem Koreaboom (1950-53) als Produktion ohne Lager (*just in time*), und war folglich in der Substanz ein Versuch, die Umschlagszeiten der Rohstoffe zu verkürzen, angesichts einer absolut beschränkten Arbeitskraft.²⁵

Die Neuheiten des Toyotismus bestehen hauptsächlich in der Produktion ohne Lager und der schnellen Reaktion auf den Markt; darin, daß den Arbeitern die Polivalenz aufgedrückt wird, sie gleichzeitig oder nacheinander an mehreren Maschinen arbeiten; in der Qualitätskontrolle während der Arbeit; in der simultanen Information über den Produktionsablaufs in der Fabrik, die dermaßen kapillar und autoritär gefiltert ist, daß sie bei Vorfällen, die die Produktion

²⁴ Benjamin Coriat, *Penser à l' envers. Travail et organisation dans l' entreprise japonaise*. Paris, Christian Bourgeois, 1991. Ital. Ausgabe: *Ripensare l' organizzazione del lavoro. Concetti e prassi del modello giapponese*. Bari, Dedalo 1991.

²⁵ *Ripensare l' organizzazione del lavoro. Concetti e prassi del modello giapponese*. Bari, Dedalo 1991. S. 32 f.

stören, zu sozialen Schwierigkeiten und Dramen führt. Die Produktion kann in jedem Moment unterbrochen werden, womit ein Vorfall geschaffen wird, der die ganze Gruppe oder die Abteilung oder sogar die ganze Fabrik miteinbezieht. Der Arbeiter, der die Gleichgültigkeit des Lohnabhängigen gegenüber den Produktionsergebnissen zeigt und sich folglich nicht in die Gruppe integriert, wird stigmatisiert und dazu gebracht zu kündigen. Von Coriat haben wir auch gelernt, daß im Dilemma »Demokratie/Ächtung« der Gruppe möglicherweise Demokratie zuteil wird, während den Stigmatisierten sicher die Ächtung trifft. In der Beschreibung der *Wunderdinge* des Toyotismus widmet Coriat der Vollständigkeit halber dem Essayist Satochi Kamata eine lakonische Bemerkung;²⁶ dieser war 1972 bei Toyota arbeiten gegangen und schrieb darüber sein Buch mit dem bezeichnenden Titel *Toyota, die Fabrik der Verzweiflung*.²⁷

Im Vergleich zum Horizont der westlichen Manager bietet der Toyotismus den Regulationisten einige Vorteile, obwohl sich der japanische Vorsprung in der Produktion als zerbrechlich erweist – trotz des propagandistischen Nimbus, mit dem er im Westen übergossen worden ist.²⁸ Fürs erste ist er ein geographisch weit entferntes und kommerziell gelungenes Experiment, denn er findet seinen Weg zur Akkumulation, wenn auch in Vorkriegs- und Kriegskonjunkturen und keineswegs in friedfertigen, wie die Lobgesänge auf den Toyotismus glauben machen wollen. Zweitens scheinen die toyotistischen Methoden dem wachsenden Prozeß der Individualisierung zu widersprechen, dem oft der endemische Widerstand der westlichen Arbeitskraft gegen die Vermassung und gegen die Reglementierung zugeschrieben wird. Drittens ist der Toyotismus Träger eines Programms zur Tertiärisierung der Arbeitskraft, dem sogenannten »Bleichen« der Blaumänner, das zwar im Moment nur eine ziemlich begrenzte Minderheit der Belegschaften betrifft, das aber mit jenen Vorhersagen einer dualistischen Neuschichtung der Arbeitskraft übereinstimmt, welche die Postfordisten für unabwendbar halten.

Der vorgewerkschaftliche Fordismus

Wie sieht die Wirklichkeit des Fordismus aus für die Subjekte, die ihn auf ihrer eigenen Haut erfahren haben? Kurz zusammengefaßt ist der Fordismus ein

²⁶ ebenda S. 85.

²⁷ Satochi Kamata, *Toyota, L' usine du désespoir*, Paris, Editions Ouvrières 1976; engl. Übers.: *Japan in the Passing Lane: Insider's Account of Life in a Japanese Auto Factory*, New York, N.Y., Unwin Hyman, 1984, vom selben Verfasser: *L' envers du Miracle*, Paris, Maspéro, 1980.

²⁸ Ray und Cindelyn Eberts, *The Myths of Japanese Quality*, Upper Saddle, N.J., Prentice Hall, 1994.

autoritäres Produktionssystem, das durch das Fließband »objektiv« durchgesetzt wird, und in dem Lohn und Arbeitsbedingungen von der Arbeitskraft nicht kollektiv verhandelt werden können. Es handelt sich folglich um den vorgewerkschaftlichen Fordismus, der mit den Kürzungen der Taktzeiten, bewaffnetem Werkschutz, physischer Einschüchterung der Arbeiter am Arbeitsplatz und mit massiver Propaganda auch außerhalb des Betriebs in den 20er und 30er Jahren *eines der wesentlichen Elemente im langsamen Aufbau des Konzentrations[lager-]Universums* ausmachte, das gerade dabei war, seine ersten Klauen in die stalinistische UdSSR auszufahren und bald danach auch ins nazistische Deutschland. In den USA dagegen überdauerte und verstärkte sich sogar während der großen Depression eine demokratische Tradition der Basis, die auf den Aufbau der Industriegewerkschaft zielte und den Fordismus so lange belagerte, bis er fiel. In den 20 Jahren, die der gewerkschaftlichen Organisierung 1941 bei Ford vorausgehen, führen bei Ford die Manager und Wachschutz-Schläger die Repression gegen die Arbeiter mit Faustschlägen, Rausschmissen und Public Relations. Vielleicht können wir eines Tages genauer ins Detail gehen als Irving Bernstein, der das größte Ford-Werk so beschreibt: »River Rouge ... war ein großes Konzentrationslager, das auf Angst und körperlicher Gewalt beruhte«²⁹. Es ist eine Tatsache, daß der fordistische Wahn, den Rhythmus des menschlichen Handelns zu zerbrechen, um es nach einem rigiden Plan auf weltweiter Ebene zu verdichten, in den Vereinigten Staaten besiegt wird, aber in der Zwischenzeit ist er schon auf das in Flammen stehende Europa überggesprungen. Man kann die Behauptung aufstellen, daß im 20. Jahrhundert das Fließband zusammen mit den totalitären Maschinen des Staates und des rassistischen Nationalismus eine der originären Strukturen ist, die in weitem Maß die in industriemäßig verübten Konzentrations[lager]-Untaten erklären. Damit möchte ich sagen, daß im vorgewerkschaftlichen Fordismus, und vorher im Taylorismus, *nicht schon potentiell sein Gegenteil enthalten war*: weder die Überlegenheit der Arbeit »über das Kapital« von Abraham Lincoln, noch der Aufbau der Industriegewerkschaft CIO, noch der Zusammenbruch der rassistischen und sexistischen Arbeitsteilung, und schon gar nicht das Streikrecht. Der Faschismus und der Nazismus *waren nicht von Anfang an* die Verlierer des Fordismus, sondern sie wurden von den gesellschaftlichen und Arbeiterkämpfen der 30er Jahre in den USA *in diese [Verlierer-]Rolle gezwungen*, von denselben Kämpfen, die bereits eine herrschende Klasse aufgehalten hatten, die 1932-33 während der Bildung der ersten Roosevelt-Regierung auf dem Weg zu korporativen Lösungen gewesen war.

²⁹ Irving Bernstein, *Turbulent Years: A History of the American Worker 1933-1941*, Boston, Houghton Mifflin, 1969, p. 737.

Das Fließband hat in den USA bekanntermaßen einen langen Weg hinter sich. Die Serienproduktion von langlebigen Konsumgütern im 20. Jahrhundert ist ein Prozeß, der in das *American System of Manufactures* einmündet, der Produktionsmethode mit austauschbaren Teile, die von der US-amerikanischen Industrie bereits im 19. Jahrhundert ausgebrütet worden war.³⁰ Das Experiment der Ford-Fabrik ist ein entscheidendes Moment dieser Serienproduktion, weil er es auf ein langlebiges Gut, das Auto, anwendet, das zu Beginn dieses Jahrhunderts allgemein, auch in den Vereinigten Staaten, als Luxusgut galt. Dadurch strukturierte Ford eine immer breitere und drängendere Nachfrage, die ihrerseits in der öffentlichen Meinung die autoritären Maßnahmen legitimiert, welche für die Fordwerke von Anfang des Jahrhunderts bis zum Vorabend des Zweiten Weltkriegs typisch sind.

Ich habe gesagt: autoritäres Experiment von Ford, auf seine Weise autoritärer und vor allem wirksamer als die Predigten von Frederick W. Taylor zwanzig Jahre zuvor. Der Arbeiter bei Ford ist ein Individuum, welches das Instrument zur Multiplizierung der Berührungspunkte³¹ zwischen den Individuen produziert, aber paradoxerweise produziert er es gerade dank seiner eigenen stundenlangen Einkerkering am Ort der Produktion, wo ihm in einem bis dahin unbekanntem Ausmaß alle Rechte sich zu bewegen genommen sind, gerade so wie die mit seiner täglichen Reproduktion beschäftigte Frau an die Rhythmen der Industrieproduktion gebunden und gleichzeitig im gesellschaftlichen Halbschatten der Hausarbeit eingeschlossen ist. Dem Arbeiter ist es sogar verboten zu sprechen, denn – und in dieser Disziplinierung potenziert der Fordismus den Taylorismus noch – er erhält weniger direkte verbale Anweisungen von einem Vorgesetzten, sondern eine vorherbestimmte Zerlegung des Produktionsrhythmus durch die Maschinerie; die Kommunikation und der Kontakt mit Seinesgleichen werden auf ein Mindestmaß herabgesetzt; er muß lediglich monoton auf die Impulse eines totalitären Produktionssystems reagieren. Keinesfalls die unwichtigsten Isolierungsmittel sind die sprachlichen Barrieren, welche die eingewanderten Arbeiter Ford zum Geschenk machen, und welche dieser vier Jahrzehnte lang absichtlich aufrechterhält und ausnutzt, wodurch er harte Mißverständnisse und Spaltungen schürt, die erst gemildert werden durch die Zeit, durch die tägliche Nachbarschaft, durch die große Depression und durch die schon zu Beginn scheinbar

³⁰ David A. Hounshell, *From the American System to Mass production (1800-1932)*, Baltimore und London, The John Hopkins University Press, 1984.

³¹ Karl Marx, *Grundrisse zur Kritik der politischen Ökonomie ...* wo Marx über die Gesellschaft schreibt, diese »besteht nicht aus Individuen, sondern drückt die Summe der Beziehungen, Verhältnisse aus, worin diese Individuen zueinander stehn.« Karl Marx, *Grundrisse der politischen Ökonomie*, Dietz Verlag Berlin 1974, S. 176.

geschlagene Organisationsarbeit einer dennoch unermüdlichen Minderheit, die in den 20er und 30er Jahren für die Industriegewerkschaft kämpft.

Es ist bekannt, daß Ford seit seiner Gründung im Jahre 1903 keinerlei Gewerkschaft im Betrieb duldet, nicht nur die Berufs- oder Industriegewerkschaften, sondern sogar die »gelben«, die Unternahmergewerkschaften, blieben bis 1941 aus den Fordwerken in den USA ausgeschlossen. Der Lohn wird hoch mit den berühmten 5 Dollar am Tag im Januar 1914, aber nur für die Arbeiter, welche die soziologische Abteilung von Ford nach minutiösen Recherchen in ihrem Privatleben für geeignet befindet, und nur in der Hochkonjunktur, als Ford dringend seine Belegschaft stabilisieren muß, denn die Arbeiter verlassen seine Fabriken wegen der aufreibenden Taktzeiten.³² Als der Plan zur totalen Kontrolle der Arbeiter und ihrer Familien nach dem Kriegseintritt der Vereinigten Staaten 1917 in die Krise gerät, wird das Überwachungsnetz mittels Spionen in den Abteilungen engmaschiger. In der auf den Ersten Weltkrieg folgenden Rezession holen die Löhne der anderen Unternehmen die Fordlöhne ein, und Ford baut die Unterstützungsleistungen aus dem ersten Jahrzehnt des Jahrhunderts ab. Im Februar 1921 werden mehr als 30 Prozent der Fordarbeiter entlassen, und diejenigen, die bleiben, müssen sich mit den inflationierten sechs Dollar am Tag und einer weiteren Erhöhung der Takte zufrieden geben.

Die Überlegenheit von Ford im Autobau geht Mitte der 20er Jahre in die Brüche, als die Manager von General Motors, zum Gutteil Überläufer von Ford und seinen autoritären Methoden, ihm definitiv den ersten Platz in der Autoproduktion entreißen. Gegen die unterschiedlose Produktion »für die Massen«, wie sie Henry Ford nennt, gewinnt General Motors die Schlacht *im Namen des Unterschieds und der Individualisierung*, indem sie die Produktionsskala erweitern, diversifizieren und jährlich neue Modelle einführen. Vom Ende der 20er Jahre und bis zur Anerkennung der Gewerkschaft 1941 ist Ford ein Unternehmen, das berüchtigt ist für seine Löhne, die noch unter den in der Autobranche üblichen niedrigen Löhnen liegen.³³

³² Stephen Meyer III, *the Five Dollar Day: Labor Management and Social Control in the Ford Motor Company 1908-1921*, Albany, N.Y., State University of New York Press, 1981, insbes. S. 96-202.

³³ Joyce Shaw Peterson, *American Automobile Workers, 1900-1933*, Albany, N.Y., State University of New York, 1987. Wie Samuel Romer schrieb (*The Detroit Strike in The Nation* vom 15.2.1933): »Die Autoindustrie ist saisonal. Alle Jahre im Herbst werden die Fabriken langsamer gefahren, um die neuen Modelle vorzubereiten; und der Autoarbeiter muß die »hohen Löhne« aus 8 Monaten strecken, um das ganze Jahr über zurechtzukommen.« [aus dem Italienischen übersetzt; d.Ü.] Siehe auch La Fever, M.W. (1929), »Instability of Employment in the Automobile Industry«, *Monthly Labor Review*, vol. XXVIII, S. 214-217.

Die Übereindung durch General Motors und die finanziellen Schwierigkeiten reichen aber nicht aus, um den vorgewerkschaftlichen Fordismus in den USA in die Knie zu zwingen: Es sind zunächst die Arbeiterrevolten und die Fabrikbesetzungen in den 30er Jahren und danach die gewerkschaftliche Organisierung der Großindustrie, welche die anderen Automobilunternehmen und schließlich auch Ford politisch einkreisen, bis zu seiner regelrechten Kapitulation vor der Autogewerkschaft UAW im Gefolge des großen Streiks im Frühjahr 1941. Der vorgewerkschaftliche Fordismus löst sich da auf, als die Streikposten von bewaffneten Wachschildern angegriffen werden und nicht nachgeben, sondern Verstärkung bekommen und die Wachschilder zurückschlagen. Das ist ein Moment, an den ich vielleicht am besten mit den Worten von Emil Mazey erinnere, einem der hauptsächlichen Organisatoren der UAW: »Es war, als könnte man dabei zusehen, wie Halbtote plötzlich zu Menschen werden.«³⁴

Mit der Unterschrift unter den ersten Tarifvertrag 1941, zieht Ford nicht nur mit General Motors und Chrysler gleich, den anderen beiden Großen in der Autobranche, sondern er überholt sie mit seinen Konzessionen an die UAW – und rettet sich ein zweites Mal vor dem Konkurs nur dank der Kriegsaufträge von der Regierung. Bereits im Verlauf des Zweiten Weltkriegs versucht Ford, den Gewerkschaftsapparat in der Fabrik zu stärken und in die Ziele der Firma zu integrieren. Seit 1946 ordnet ein neues Ford-Management eine Strategie der langen Leine an, um die UAW zu kooptieren und sie zu einem Instrument der betrieblichen Integration zu machen. Damit ist der Fordismus begraben. Wenn man unter Fordismus ein autoritäres System der Massenproduktion am Fließband versteht, bei dem die Arbeitskraft ihre Löhne und Arbeitsbedingungen nicht gewerkschaftlich verhandeln kann, also das, was die Arbeitssoziologie allgemein in den 20er und 30er Jahren unter Fordismus verstanden hatte, dann *verlöscht der Fordismus* dank der Kämpfe für die Industriegewerkschaft in den Vereinigten Staaten der 30er Jahre, die gekrönt werden von der Durchsetzung der kollektiven Verhandlungen bei Ford im Jahr 1941. Was aber die Tendenzen betrifft, der Arbeitskraft durch die Zerlegung der Arbeitszeiten und das Aufzwingen von in der Maschinerie verkörperten Arbeitsrhythmen auf totalitäre Weise ihre Verfügungsgewalt zu nehmen, so sind diese Tendenzen mit dem Ende des vorgewerkschaftlichen Fordismus keineswegs verschwunden; sie sind in diesem Zeitabschnitt des Jahrhunderts zwingender als je zuvor gerade angesichts der Potenzierung der Produktivkräfte der Arbeit und des Heraufkommens computergesteuerter Maschinen – aber sie sind nun weit entfernt vom vorgewerkschaftlichen Fordismus.

³⁴ Bernstein, *Turbulent Years*, a.a.O., S. 740.

Wir können uns entscheiden, ob wir diese Tendenzen als ein Kapitel in einer breiteren Rationalisierungsbewegung sehen wollen, die bereits mit dem *American System of Manufactures* beginnt und sich noch nicht erschöpft hat. Auf jeden Fall haben schon vor Ford andere Großunternehmen den umfassenden Drang zum Kommando über die Arbeitszeiten durch die »Objektivität« der Maschinerie³⁵ entwickelt; mit der Verbreitung des fordistischen Fließbands weitet er sich explosionsartig aus; seine zeitweilige Niederlage Ende der 30er Jahre beendet ihn offensichtlich nicht, vielmehr scheint er sich heute auch in den weit entfernten Schlupfwinkeln kapitalistischer Durchdringung mit erneuerter Virulenz aufzudrängen.

Globaler Postfordismus und globaler Toyotismus

Die Kategorie Postfordismus, wie sie von den Regulationisten geheimnisvoll formuliert wurde, hat dann den Weg frei gemacht für einige Positionen, die sich anscheinend auf zwei unbewiesene Annahmen stützen: den technologischen Determinismus der kleinen Serien, die seit den 70er Jahren dieses Jahrhunderts einen tiefen Bruch zur Großserienproduktion langlebiger Konsumgüter ausmachen würden; und die kürzliche Entdeckung der Produktivität, die in der Kommunikation zwischen den sogenannten Produzenten im Innern des Unternehmens liegt.³⁶

Die erste Annahme geht von der Feststellung aus, daß die materielle Produktion im allgemeinen und insbesondere die mechanische – die diskontinuierlicher als die in Fließprozessen organisierte ist – heute in kleinen Serien vorstatten gehe, denn dank der Flexibilität der Werkzeugmaschinen, angefangen mit den NC-gesteuerten der 50er Jahre, wird die Diversifizierung des Produkts erleichtert, insbesondere bei der Produktion langlebiger Güter. Diese Diversifizierung macht es nicht nur möglich, den Wünschen der Konsumenten nach Unterscheidung nachzukommen, sondern erlaubt es auch, Geschmacksrichtungen zu bilden und allgemein die Veränderungen und die »persönliche Note« hervorzuheben, die dann als teure Innovationen gelten. Kurz gesagt ist diese Tendenz nichts anderes als der Diversifizierungsschub, den General Motors seit Beginn der 20er Jahre unterstützt und gefördert hatte und mit dem es GM gelungen war,

³⁵ David Noble, *Social Choice in Machine Design*, in: Adrew Zimbalist *Case Studies on the Labor Process*, New York, Monthly Review Press, 1979, S. 18-59.

³⁶ Eine aktualisierte Zusammenfassung dieser Positionen ist der Aufsatz von Marco Revelli *Economia e modello sociale nel passaggio tra fordismo e toyotismo*, in: Pietro Ingrao und Rossana Rossanda, *Appuntamenti di fine secolo*, Rom, Manifestolibri 1996, S. 161-224 [in der deutschen Ausgabe wurde dieser Aufsatz weggelassen; d.Ü.]

Ford zu schlagen, während Henry Ford geprahlt hatte, »der Kunde kann das Auto in jeder Farbe kaufen, vorausgesetzt, sie ist schwarz«. Die Massenproduktion hatte nur scheinbar den Massenarbeiter geformt (ein Begriff, der gebraucht, aber auch mißbraucht wird, um summarisch entlang historischer Figuren vorzugehen). In vielen Abteilungen des größten Fordwerkes, River Rouge, wurde das Ford-Schweigen unterbrochen vom »Ford-Geflüster« oder einer »Kommunikation durch Gebärden«, einem der Elemente des Arbeiterwiderstands bis zum entscheidenden Zusammenstoß 1941.³⁷ Obwohl alle den gleichen blauen Anton tragen mußten und nicht autorisiert waren zu denken, gab es offensichtlich im »Produzenten« einen Geist, der zur *Individualisierung* strebte, *nicht zur umfassenden Nivellierung*. Der ausgleichende Kampf für eine Gleichheit, die »die Festigkeit eines Volksvorurteils besitzt«³⁸ war dabei, sich zu erschöpfen. Gegen Ende der 20er Jahre befand Henry Ford sich zum ersten Mal in ernsthaften finanziellen Schwierigkeiten aufgrund seines Festhaltens am Modell T in einer einzigen Farbe. Es verdient festgehalten zu werden, daß es selbst in den dunklen 30er Jahren in den Fordwerken immer Arbeiter gab, die ein Auto von GM kauften, obwohl sie damit ihren Rausschmiß riskierten.³⁹ In der Autoindustrie war es also die GM-Fabrik der 20er Jahre, wo eine zeitgemäße flexible Produktion erfunden und verwirklicht wurde.⁴⁰ Die unterschiedlichen Fahrzeuge wurden mittels der »Angleichung« der Werkzeugmaschinen und hauptsächlich Zulieferteile (*commonalisation*) hergestellt. Die Economies of scale sind die Grundlage der Modellökonomie. Die Produktvielfalt mußte keineswegs auf den Toyotismus warten, was Charles Wright Mills zu Beginn der 50er Jahre sehr wohl bewußt war, als er auf die manipulierte Verknüpfung des Massengeschmacks und der »persönlichen Noten« an den damaligen Produkten hinwies.⁴¹

Darüber hinaus wird es als gegeben angenommen, daß der *Toyotismus* mit dem »Fordismus« gebrochen habe und seine Flexibilität bereits in den 50er und 60er Jahren entwickelte, insofern seine Autoproduktion mit einer bereits diver-

³⁷ Irving Bernstein, *Turbulent Years*, a.a.O., S. 740.

³⁸ Karl Marx, *Das Kapital* Bd. 1, S. 74; Berlin 1973.

³⁹ Irving Bernstein, *Turbulent Years*, a.a.O., S. 740.

⁴⁰ Obwohl sie nicht zur Regulationsschule gehören, haben zwei andere Bewunderer der italienischen Industriedistrikte die flexible Produktion als eine typische Erfindung der 70er Jahre dargestellt und sich dabei nicht auf Japan, sondern auf den östlichen Teil der Poebene bezogen: J. Michael Piore und Charles F. Sabel (1983), *The Second Industrial Divide, Possibilities for Prosperity*, New York, N.Y., Basic Books.; ital. Ausgabe: *Le due vie dello sviluppo industriale. Produzione di massa e produzione flessibile*, Torino, Isedi, 1987. [dt. Ausgabe: *Das Ende der Massenproduktion. Studie über die Requalifizierung der Arbeit und die Rückkehr der Ökonomie in die Gesellschaft*, Berlin 1985.]

⁴¹ Charles Wright Mills, »Commentary on Our Culture and Our Country«, *Partisan Review*, vol. 19, Nr. 4 (Juli-August 1952), S. 446-450, insbesondere S. 447.

sifizierten Nachfrage Schritt halten mußte. Das behauptet der größte Vertreter des Toyotismus selbst⁴² und viele westliche Wissenschaftler, darunter Coriat, haben diesen Mythos verbreitet. In Wirklichkeit konnte Toyota, genauso wie Nissan, nach dem Krieg auf eine kurze Erfahrung als Autohersteller zurückblicken; erst 1936 hatte man mit der Produktion begonnen und schnell gelernt, sich eine oligopolistische Position zu verschaffen, indem man dazu beitrug, daß Ford und GM kaum drei Jahre später sich aus Japan zurückziehen mußten. Nach 1945, immer noch mit der Familie Toyoda am Steuer, hat die Firma lange von *großen Serien* gelebt, die exportiert und später sogar im Ausland produziert wurden. Die Kontinuität nicht mit dem regulationistischen Fordismus, aber sehr wohl mit der US-amerikanischen Autobranche ist wesentlich stärker als die toyotaphile Vulgata es zugeben will.

In Wirklichkeit versucht sich Toyota nach einer kümmerlichen Rekonversion nach dem Krieg mit dem Kleinwagen Toyotapet und hat es zunächst mit den Streiks von 1949 und 1953 zu tun. Man rettet sich vor allem dank der Unnachgiebigkeit von Nissan, das die Autogewerkschaft Zenji zerstört, aber auch dank der US-amerikanischen Aufträge im Koreakrieg. Danach ist die Modellapalette von Toyota wie die der anderen japanischen Automobilunternehmen 20 Jahre lang auf sehr wenige Modelle beschränkt. Bis in die 60er Jahre sind die Autos von so schlechter Qualität, daß sie nicht exportiert werden können. Nach diesem Mißerfolg beginnt die Experimentierphase, die sich einerseits auf den Einsatz polyvalenter und mobiler Gruppen an Werkzeugmaschinen mit variablen Modulen stützt, andererseits auf die Beachtung der Qualität, im Hinblick auf den Export.⁴³ Der Erfolg eines einzigen Modells (des Kleinwagens Corolla) legt in den 70er Jahren die Grundlage für die Diversifizierung der Produktion – nicht umgekehrt. Und es ist ein Erfolg, den Toyota viel mehr im Ausland als im Inland einfährt, wo der Markt wesentlich weniger dynamisch ist. Bis in die 80er Jahre bleibt die Modellapalette von Toyota vorsichtig begrenzt, und erst als in den 80er Jahren der innere Markt ins Stocken gerät, erweitert das Unternehmen die Produktpalette, um neue Marktanteile im Ausland zu erobern. *Nicht die Modellvielfalt, sondern die Mobilisierung der Arbeitskraft nach einer historischen Arbeiterniederlage erklärt also das Experiment des Ingenieurs Ohno bei Toyota.* Aber während General Motors in den 20er Jahren sich mit der Modellvielfalt begnügte, besteht die substantielle Neugierkeit darin, daß Toyota seine nach Belieben kommandierbare Belegschaft zur polyvalenten Arbeit zwingt, um unter-

⁴² Tai'ichi Ohno, a.a.O.

⁴³ Marie-Claude Belis Bourguignan und Yannick Lung (1994) *Le Mythe de la variété originelle. L' internationalisation dans la trajectoire du modèle productif japonais*, Annales, 49, 2 (Mai-Juni), S. 541-567.

schiedliche Modelle am selben Band produzieren zu können.

Was die Produktion ohne Lager betrifft, so war diese auf ihre Art bereits in den 20er Jahren und bis über die große Depression hinaus in der US-amerikanischen Autoindustrie erprobt worden. Die »Freistellung« ohne Lohn aufgrund der jahreszeitlich schwankenden Nachfrage, die in den 20er Jahren sehr häufig war und in der großen Depression noch zunahm, wurde einer der entscheidenden Kampfferrains für das Entstehen der Autogewerkschaft in den Vereinigten Staaten.⁴⁴ Im Kampf 1936-37 zwischen der UAW und General Motors, erreichte die Gewerkschaft einen Sieg nach Punkten in der Frage der Planung der Lager und der Abschaffung der jahreszeitlichen Arbeitslosigkeit. Diejenigen, die Loblieder auf *just in time* singen, sollten sich einmal eine Seite aus den Berichten über Detroit in den 30er Jahren anschauen, aber auch einen Bericht über die wiederkehrenden europäischen und US-amerikanischen Streiks von »selbst-fahrenden Transportunternehmern« im Automobilzyklus, die in Wirklichkeit extreme Anhängsel der großen Unternehmen sind.

Was die zweite Annahme betrifft, so behaupten die Verfechter des Postfordismus, daß die Produktion inzwischen sehr hoch entwickelte Kommunikationsgrade zwischen den produktiven Subjekten verlange und immer stärker verlangen werde, und daß solche Ebenen ihrerseits Räume von Verfügungsgewalt auf seiten der sogenannten Produzenten voraussetzen, die enorm seien im Vergleich zu einer Vergangenheit mit nicht-kommunikativer Arbeit, mit dem »stummen Zwang der ökonomischen Verhältnisse«⁴⁵ der modernen Welt. Eine solche Kommunikation würde eine immer intensivere Vernetzung zwischen den Subjekten schaffen, im Kontrast zur Isolierung, der Abgetrenntheit und der Stummheit, die den Arbeitern von der ersten und der zweiten industriellen Revolution aufgezwungen worden war. Die Lernprozesse in der Produktion (*learning by doing*) haben zweifellos einen beachtlichen Grad von auch verbaler Interaktion zwischen Individuen verlangt und werden ihn weiter verlangen. Doch bleibt die Tatsache bestehen, daß seit dem Taylorismus die Einsparung von Arbeitszeit zum großen Teil durch die äußerste Verminderung des Kontakts und der informellen Interaktion zwischen den Planern und den Ausführenden erreicht wurde. Der Taylorismus hat mit mageren Ergebnissen versucht, eine solche Planung zum Zwecke der Produktivitätssteigerung aufzuzwingen, indem er den Meistern und den Arbeitern die Entscheidungsgewalt über die Zeit entzog, welche jene durch informelle und verbale Verhandlungen in den Abteilungen ausübten. Dennoch muß daran erinnert werden, daß auch in der Epoche des vorgewerkschaftlichen

⁴⁴ M. L. La Fever, »Instability of Employment in the Automobile Industry«, *Monthly Labor Review*, vol. XXVIII (1929), S. 214-127. Siehe auch Fußnote 32.

⁴⁵ Karl Marx, *Das Kapital* Bd. 1, S. 765; Berlin 1973.

Fordismus in Zeiten von Umstrukturierung der Fabrik, Modellwechsel und technologischer Innovation das Flüstern der Umstrukturierung nicht nur produktiv war, sondern unmittelbar wesentlich für den guten Ausgang der Operation. Das von den Chefs aufgezwungene Schweigen und der ohrenbetäubende Lärm der Entwicklung beherrschen die Autoindustrie bis zur Mitte der 30er Jahre.⁴⁶ *Aber ist die Disziplinierung des Schweigens und des Flüsterns in die Kanäle der produktiven Kommunikation des Kapitals nicht vielleicht ein konstitutiver Zug der modernen Fabrik?* Bei dieser Gelegenheit sollte daran erinnert werden, daß die Industriosozologie als Disziplin unmittelbar auf der Verschleierung der kommunikativen Dimension und auf der Zurückweisung jedweder Analyse der verbalen Interaktionsprozesse am Arbeitsplatz beruht und so entstanden ist. Und das war kein Versehen: es wird reichen, an die Beobachtung von Harold Garfinkel zu erinnern:

»Es gibt eine lokal hergestellte Ordnung in den Dingen der Arbeit; [...] Sie bilden einen enormen Bestand von organisatorischen Phänomenen;[...] die klassischen Arbeitsstudien hängen hoffnungslos und ohne Alternative von der Existenz dieser Phänomene ab, machen Gebrauch von diesem Bestand und ignorieren ihn.«⁴⁷

Die Tendenzen, Arbeitsrhythmen totalitär aufzuzwingen, sind mit dem Ende des vorgewerkschaftlichen Fordismus sicherlich nicht verschwunden; sie kehren in diesem Zeitabschnitt des Jahrhunderts zwingender denn je zurück, gerade angesichts der Potenzierung der Produktivkräfte der Arbeit, und sie haben sogar einige Züge des vorgewerkschaftlichen Fordismus der brummenden 20er Jahre angenommen: Prekarität des Arbeitsplatzes, mangelnde Gesundheitsversorgung und Arbeitslosenunterstützung, Kürzung nicht nur der Reallöhne, sondern auch der Nominallöhne, Verlagerung von Produktionslinien weit weg von den industriell »reifen« Regionen. Die Arbeitszeiten werden länger statt kürzer. Im ganzen Westen wie auch im Osten arbeitet man länger als vor 20 Jahren, und in einer gesellschaftlichen Dimension, aus der sich die regulierende Macht des Staates davon gemacht hat. Man arbeitet länger und intensiver auch dank der überholten tayloristischen Stoppuhr und des fordistischen Fließbands, die angeblich »außer Mode« sind. Ironischerweise zeigen gerade für Frankreich, wo die Regulationsschule entstanden ist, wertvolle Daten, die für andere Länder nicht existieren, *daß die Arbeit am Fließband und unter automatischem Arbeitszwang zunimmt*, sowohl prozentual wie absolut: 1984 machten 13,2% aller

⁴⁶ Joyce Shaw Peterson, *American Automobile Workers, 1900-1933*, a.a.O., S. 54-56; Irving Bernstein, *Turbulent Years*, a.a.O., S. 740.

⁴⁷ Harold Garfinkel (Hrsg.), *Ethnomethodological Studies of Work*, Routledge & Kegan Paul, London und New York 1986, S. 7.

Arbeiter solche Arbeit, 1991 waren es 16,7% (von jeweils 6 187 000 und 6 239 000 Arbeitern).⁴⁸

In den 50er und 60er Jahren, oder in den »goldenen Jahren« des Fordismus, wie Lipietz sie nennt, regte die internationale Ökonomie unter US-amerikanischer Führung die Nachfrage nach Privatinvestitionen noch stärker an als den Konsum der Löhne. *Was als stabiles System erschienen war, begann von innen her zu zerbröckeln*, denn Ende der 60er Jahre warf der Klassenkampf in seinen gescheckten Formen die soliden Gewißheiten des Kapitals auf dem Terrain des Lohns, der Arbeitsorganisation, des Verhältnisses zwischen Entwicklung und Unterentwicklung und des Patriarchats um. *Wenn man die Radikalität dieser Herausforderung nicht begreift, kann man die Elemente von Krise und Ungewißheit nicht verstehen, welche die Perspektiven der Herrschaft in den darauffolgenden beiden Jahrzehnten gekennzeichnet haben.*⁴⁹ Die ungleichartigen Reaktionen – vom Angriff auf die Blaumänner in den Industrieländern bis zur Regionalisierung in drei große kapitalistische Gebiete (Nafta, EU und Japan) und zum Golfkrieg – bezeichnen nicht den Übergang zu einem postfordistischen Modell, sondern die beständige Neukombination von alten und neuen Herrschaftselementen, um die Arbeitskraft rund um eine flexible Produktion politisch zu zersetzen.

Schlußfolgerungen

Die Regulationsschule betrachtet diese Entwicklungen *von der Seite des Kapitals* als Zentrum und Motor der gesellschaftlichen Gesamtbewegung. Hirsch und Roth sprechen in Namen von vielen, wenn sie feststellen, »daß es immer noch das Kapital selbst und die von ihm »objektiv«, hinter dem Rücken der Akteure gesetzten Strukturen sind, welche entscheidende Bedingungen von Klassenkämpfen und Krisenprozessen setzen.«⁵⁰ Es überrascht nicht, daß die Schlußfolgerungen, die die Regulationisten aus dieser Position ziehen, in die einzige Richtung gehen, die ihnen nicht versperrt ist: sich gegen die Gesetze der kapitalistischen Entwicklung aufzulehnen, hat keine Zukunft, und deshalb ist es unnützlich, die Risse im Herrschaftsgebäude hervorzuheben. Mark Twain paraphrasierend kann man

⁴⁸ Anonym, Alternatives Economiques, Mai 1994, zu den Daten Dares, Enquêtes spécifiques Acemo: Enquêtes sur l'activité et les conditions d'emploi de main-d'oeuvre, diesen Hinweis verdanke ich Alain Bihr.

⁴⁹ Vgl. den unerläßlichen Artikel »Intervento su Pietro Ingrao e Rossana Rossanda, Appuntamenti di fine secolo« von Riccardo Bellofiore, Associazione dei Lavoratori e delle Lavoratrici Torinesi (Allt) vom 24.11.1995 [Deutsch im Zirkular 27, S. 3 ff. »Lavori in Corso«],

⁵⁰ Joachim Hirsch und Roland Roth, Das neue Gesicht des Kapitalismus, VSA Hamburg, 1986 S. 37.

sagen, daß wenn die Regulationisten nur über einen panfordistischen Hammer verfügen, sie eben auch nur postfordistische Nägel zum Einklopfen sehen.

Mit dieser Position versperren sich die Regulationisten nicht nur den Weg zur Analyse von konfliktualen Prozessen heute und in der Zukunft, sondern sie schließen sich auch selber aus der vielstimmigen Diskussion über die Subjekte aus.⁵¹ Anders läßt sich nicht erklären, warum die Regulationisten die Arbeiterklasse in den Vereinigten Staaten gerade in einer Phase ihrer enormen antagonistischen Entwurfskraft, wie sie zwischen der großen Depression und der neuen nazifaschistischen Ordnung in Europa zum Ausdruck kommt, auf ein reines *fordisiertes Objekt*⁵² reduzieren. Und mit dieser Position kann der Regulationismus dann auch nicht verstehen, wie gerade diese Arbeiterklasse auf entscheidende Weise dazu beigetragen hat, den US-amerikanischen Kapitalismus auf einen Kollisionskurs zum Nazifaschismus zu bringen. Der vorgewerkschaftliche Fordismus war vergänglich, nicht im banalen Sinn (der gleichwohl nicht unbedeutend war), daß Henry Ford Hitler auf dem Weg zur Macht finanzierte und sich bis 1938 mit nazistischen Medaillen schmückte, sondern weil es die Arbeitskraft selber war, welche den stummen Zwang der fordisierten Arbeitskraft in einer sozialen Selbstbefreiungsbewegung umwarf. Den Regulationisten fehlen die strukturellen Mittel, um das in seinen breiten Auswirkungen auf weltweiter Ebene und für viele Jahre, weit über den Zweiten Weltkrieg hinaus, zu verstehen.

Was die heutigen Bedingungen betrifft, so würde ich nicht infrage stellen, daß wir die neuen Entwicklungen nach dem Fall der Sicherheiten – und nicht nur der Berliner Mauer – untersuchen müssen. Ich weiß aber nicht, ob es möglich sein wird, die Unvermeidbarkeit des Übergangs zu einem »postfordistischen« Paradigma abzuschütteln, in dem die Arbeitskraft ein weiteres Mal nur als reines Objekt oder träge Masse vorkommt. Wie Holloway und Pelaez bemerken, macht einen die Beharrlichkeit, mit der die Regulationisten ihr Publikum dazu einladen, der Zukunft ins Gesicht zu sehen, einigermaßen ratlos.⁵³ Schließlich hat der Glaube in die Wunder der Technologie von seiten der Organisationen der Arbeiterbewegung zu einigen epochalen Niederlagen in der Vergangenheit geführt. Es steht nicht nur die Unvermeidbarkeit eines Systems, des Kapitalismus, auf dem Spiel, das zu sehr mit Zwang und Tod verbunden ist, als daß wir es akzeptieren könnten, sondern geradezu jede, auch noch so vorsichtige

⁵¹ Zu diesem Thema siehe den Sammelband von Peter Miller und Nikolas Rose »Production, Identity and Democracy«, *Theory and Society*, Vol. 24, Nr. 3 (Juni 1995), S. 427-467.

⁵² Während der ersten beiden stalinistischen Fünfjahrespläne, wurden die Arbeiter an den Fließbändern der Autofabriken vom Regime die »Fordisierten« (*fordirovannye*) genannt.

⁵³ Eloina Lelaez und John Holloway, *Learning to Bow: Post-Fordism and technological Determinism*, in: Bonefeld, Werner und Holloway, John (Hrsg.) *Postfordism and Social Form*, a.a.O., S. 137.

Initiative, die von den Subjekten ausgeht. Auf dem Spiel steht die Perspektive des Kampfs gegen eine vorbestimmte Unterwerfung der Arbeitskraft unter die erbarmungslosen [unabwendbaren] Neuen Zeiten, die *auch* voll von Informatik/-Silizium sind, aber auch voller starker innerimperialistischer Feindseligkeiten, die im Moment noch mit Parolen wie Wettbewerb und freier Markt bemäntelt werden.

Die Gegenwart veranlaßt uns dazu, die Unbestimmtheit der Grenzen der konflikthaften Aktion zu verteidigen. Wir werden deshalb rechtzeitig einige Instrumente neu untersuchen müssen, um die Zukunft wenn schon nicht von eventuellen Hypothesen, so zumindest von dem größten Gewinsel zu befreien.

Bisher haben die Zersetzung und das Sezieren der Arbeitskraft als »menschlicher Maschine« tatsächlich den Vorbereitungsprozeß der verschiedenen Stadien der Mechanisierung gebildet; diesen Prozeß hat die kapitalistische Herrschaft beständig als notwendig dargestellt. Die Frage ist nicht, ob der Postfordismus unter uns herumpunkt, sondern ob wir weitere Opfer von »menschlichen Maschinen« auf den Pyramiden der Akkumulation verhindern können. ■



»Die wechselseitige und allseitige Abhängigkeit der gegeneinander gleichgültigen Individuen bildet ihren gesellschaftlichen Zusammenhang. Dieser gesellschaftliche Zusammenhang ist ausgedrückt im Tauschwert, worin für jedes Individuum seine eigne Tätigkeit oder sein Produkt erst eine Tätigkeit und ein Produkt für es wird; es muß ein allgemeines Produkt produzieren - den Tauschwert oder, diesen für sich isoliert, individualisiert, **Geld**. Andererseits die Macht, die jedes Individuum über die Tätigkeit der andren oder über die gesellschaftlichen Reichtümer ausübt, besteht in ihm als dem Eigner von Tauschwerten, von Geld. Es trägt seine gesellschaftliche Macht, wie seinen Zusammenhang mit der Gesellschaft in der Tasche mit sich. (...) Die Individuen sind unter die gesellschaftliche Produktion subsumiert, die als ein **Verhängnis** außer ihnen existiert; aber die gesellschaftliche Produktion ist nicht unter die Individuen subsumiert, die sie als ihr gemeinsames Vermögen handhaben. (...) Aber innerhalb der bürgerlichen, auf dem Tauschwert beruhenden Gesellschaft, erzeugen sich sowohl Verkehrs- als Produktionsverhältnisse, die ebenso viele Minen sind, um sie zu **sprengen**.«